

Forderung nach mehr Grenzkontrollen; Die starke illegale Migration über Osteuropa alarmiert die Polizeigewerkschaften. Sie warnen vor dem Herbst

Die Welt

Montag 31. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 146

Length: 1069 words

Byline: Hannelore Crolly

Body

Die illegale **Migration** nimmt weiter drastisch zu. Bis Ende Juni registrierte die Bundespolizei mehr als 45.300 unerlaubt nach Deutschland eingereiste Personen, 50 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Zudem liegen die Zuwanderungszahlen erfahrungsgemäß in der zweiten Jahreshälfte stets deutlich über denen aus dem ersten Halbjahr. Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) warnen daher vor einer noch stärkeren **Migrationsbewegung** im Herbst und sorgen sich vor allem um die bisher schlechter gesicherten Grenzen Richtung Osteuropa.

Tatsächlich wurden im Juli laut Bundespolizei binnen einer einzigen Woche bereits 2233 illegal Einreisende aufgegriffen, knapp die Hälfte davon an der polnischen und tschechischen Grenze. Früher kamen die meisten Personen ohne Visum, Aufenthaltstitel oder Ausweispapiere über Süd-Routen ins Land, also über die Schweiz und vor allem aus Österreich. Das hat sich zuletzt deutlich geändert. Unter anderem würden **Migranten** etwa aus Syrien, Afghanistan oder Ägypten zunehmend über Belarus in die Europäische Union geschleust, um diese zu destabilisieren, so der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Alexander Throm (CDU). Im ersten Halbjahr lag die Zahl der unerlaubten Übertritte aus dem Osten in manchen Monaten bereits über jener aus Österreich, wo seit 2016 stationäre Grenzkontrollen bestehen.

"Es ist dringend notwendig, endlich den rechtlichen Status der Bundespolizei an den Grenzen zu Polen und Tschechien zu ändern", sagt der GdP-Vorsitzende für die Bundespolizei, Andreas Roßkopf, WELT. Noch weigerte sich Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) aber, die notwendigen Schritte in Brüssel zu unternehmen. "Daher dürfen die Bundespolizisten bei illegalen Übertritten im Osten niemand zurückweisen, anders als in Bayern." Bei einem Treffen mit Faeser Mitte August wolle die Gewerkschaft sämtliche Argumente erneut vorbringen, so Roßkopf. Auch der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke und der Chef der Bundespolizei in der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG), Heiko Teggatz, fordern die Bundesregierung dringlich zum Handeln auf.

Wie die Polizeigewerkschaften verlangt auch die Opposition im Bundestag, die irreguläre Migration an der Grenze zu Polen und Tschechien nicht weiter aus dem Ruder laufen zu lassen. Faeser dürfe "nicht länger wegschauen",

Forderung nach mehr Grenzkontrollen Die starke illegale Migration über Osteuropa alarmiert die Polizeigewerkschaften. Sie warnen vor dem Herbst

mahnt die Vize-Fraktionschefin der Union, Andrea Lindholz (CSU). Die AfD-Bundesvorsitzende Alice Weidel ist allerdings überzeugt, dass die Forderung der Polizeigewerkschaften ungehört bleibe: "Die Ampel-Regierung hat wiederholt gezeigt, dass sie gar nicht gewillt ist, die massenhafte Einwanderung in die deutschen Sozialsysteme auch nur zu begrenzen."

Die Krux liegt in der sogenannten Notifizierung, die laut Gewerkschaften dringend angegangen werden müsste. Dafür müsste die Bundesinnenministerin von der EU grünes Licht erbitten, wenn sie eine Grenze stärker kontrollieren lassen will. GdP-Bundeschef Kopelke schlug daher gerade vor, die gesamte Grenze in Ostdeutschland notifizieren zu lassen, um dort "ein System der flexiblen Kontrollen an wechselnden Schwerpunkten wie in Frankreich zu ermöglichen". Einwände, diese Notifizierung führe automatisch zur Einrichtung stationärer Grenzkontrollen, die Faeser nicht will und nur als "Ultima Ratio" akzeptiert, weist Gewerkschafter Roßkopf zurück. Zwar müssten in der Tat in Brüssel sämtliche Grenzübergangsstellen konkret beantragt werden. Zwischen Bayern und Österreich sind das lediglich fünf Orte, wo auch tatsächlich stationäre Kontrollpunkte eingerichtet wurden. Die Genehmigung ist temporär, im Juni hat Faeser sie erneut um ein halbes Jahr verlängert.

"Das Beispiel Frankreich zeigt aber, dass ein Land auch einfach sämtliche Grenzübergänge auflisten und notifizieren kann", so Roßkopf. Anfang Mai hatte Frankreich, befristet zunächst auf ein halbes Jahr, für seine Grenzen und auch den Luftraum die Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen in Brüssel beantragt. "Nach erfolgter Notifizierung kann flexibel und je nach Lage entschieden werden, ob auf feste Kontrollposten oder Schleierfahnder gesetzt wird", erläutert Roßkopf. Auch letztere hätten dann aber die rechtliche Befugnis zur Zurückweisung, was derzeit in Richtung osteuropäischer Nachbarländer noch nicht der Fall sei.

Der Bayern-Chef der Polizeigewerkschaft DPolG, Jürgen Köhnlein, betont, wie erfolgreich variable Grenzkontrollen seien. "Standkontrollen, wie sie an der deutsch-österreichischen Grenze ja schon praktiziert wurden, sprechen sich herum, dann werden Ausweichrouten gewählt. Deshalb sind wir hier für eine Stärkung der Schleierfahndung." Zugleich müsse es aber die Möglichkeit geben, Kontrollen direkt an der Grenze durchzuführen - und das gehe eben nur durch eine Notifizierung. "Deshalb sind die Voraussetzungen zu schaffen. Wie dann die Kontrollen durchgeführt werden, muss eng mit der Bundespolizei abgestimmt werden."

Allerdings warnt Roßkopf vor übersteigerten Erwartungen. Die Notifizierung sei eine Erweiterung der Möglichkeiten, löse aber das Problem der illegalen Übertritte nicht. "Zurückgewiesen werden darf nur, wer bereits Asyl in einem anderen EU-Land beantragt hat oder für den eine Wiedereinreisesperre besteht." Immerhin sei das aber an der bayerisch-österreichischen Grenze im vergangenen Jahr in 15.000 Fällen gelungen, betont Heiko Teggatz von der DPolG. "Das ist durchaus eine spürbare Entlastung." Außerdem hofft er: "Das löst eine abschreckende Kettenreaktion aus, und das soll es auch."

Um für die Monate mit stark steigender illegaler Migration im Herbst ausreichend vorbereitet zu sein, müsse die Option für Grenzkontrollen baldmöglichst geschaffen werden, mahnt Sachsen-Innenminister Schuster. Das sei auch mit Blick auf zunehmende Aggressivität der Schleuser wichtig. Diese pferchten immer mehr Menschen in ihre Autos und seien teils höchst riskant unterwegs; bei der Flucht eines überfüllten Kleintransporters sei im Juli eine Frau gestorben. Die Notifizierung in Brüssel und die Abstimmung mit den Nachbarstaaten dauerten rund einen Monat. "Wann die Grenzkontrollen dann tatsächlich eingeführt würden, wäre damit noch nicht beschlossen. Aber wir sind ab September handlungsfähig und könnten sie einführen, wenn es notwendig wird."

Das ist durchaus eine spürbare Entlastung Heiko Teggatz, Chef der Bundespolizei in der DPolG, über Zurückweisungen an der Grenze

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 31, 2023

Forderung nach mehr Grenzkontrollen Die starke illegale Migration über Osteuropa alarmiert die Polizeigewerkschaften. Sie warnen vor dem Herbst

End of Document

Sind die Nachteile größer?; Zehn Tage nach Einführung von stationären Grenzkontrollen wächst die Kritik. Vor allem Abgeordnete aus Grenzregionen sind skeptisch

Die Welt

Donnerstag 26. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 208

Length: 1107 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Die Kritik kam prompt. Es war Dienstag, der 17. Oktober, ein Tag, nachdem Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) verkündet hatte, dass es nun doch stationäre Grenzkontrollen zu Tschechien, Polen und der Schweiz geben soll. Da schickte das Büro der FDP-Bundestagsabgeordneten Ann-Veruschka Jurisch eine Nachricht an Medienvertreter: "Stationäre Grenzkontrollen sind eine **migrationspolitische** Nebelkerze der Union", heißt es - offenbar vor dem Hintergrund, dass vor allem die oppositionelle CDU und CSU die Einführung der Grenzkontrollen gefordert hatten. Und womöglich unter dem Eindruck, dass Faeser sich davon habe treiben lassen.

"Nicht ein einziger **Asylbewerber** weniger kommt deswegen nach Deutschland", kritisierte Jurisch, die aus einem Wahlkreis an der Schweizer Grenze kommt und auch **Migrationsexpertin** der FDP-Fraktion ist. Denn jeder, der Schutz begehrte, müsse eingelassen werden, Grenzkontrollen hin oder her. Aufwand und Nutzen stünden in "keinem Verhältnis".

Jurisch ist nicht die einzige Kritikerin. Tatsächlich äußern sich inzwischen einige Ampel-Bundestagsabgeordnete, die ihren Wahlkreis in Grenzregionen haben, besorgt bis verärgert. Zwar hörten sie aus ihrer Heimat, dass manche Bürger die neuen Grenzkontrollen begrüßen. Aber auch Kritik aus Wirtschaft und Polizeigewerkschaften, die vor Staus und Überlastung warnen. Alle Abgeordneten sprechen sich für die Bekämpfung der irregulären Migration aus. Sie fragen sich aber, ob die aktuellen Grenzkontrollen überhaupt wirksam sind - oder ob die Nachteile überwiegen.

Besorgt äußert sich etwa Stefan Zierke, dessen Wahlkreis in Brandenburg an Polen grenzt. Zierke ist Tourismuspolitiker der SPD-Fraktion. Seine Brandenburger Kollegen und er hätten sich inzwischen so positioniert, dass Grenzkontrollen nur in konkreten Fällen zum Einsatz kommen dürften, sagt Zierke WELT. Der Brandenburger Osten lebe von der "Freizügigkeit von polnischen und deutschen Bürgern", täglich finde ein intensiver grenzüberschreitender Austausch statt - etwa familiär, kulturell, dienstlich und touristisch. "Ich bedauere, dass die Maßnahme der festen Grenzkontrollen jetzt durch die gestiegene Schleuserkriminalität nötig geworden ist."

Sind die Nachteile größer? Zehn Tage nach Einführung von stationären Grenzkontrollen wächst die Kritik. Vor allem Abgeordnete aus Grenzregionen sind skeptisch

Oder der FDP-Abgeordnete Christian Bartelt, dessen Wahlkreis in Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls an Polen grenzt. Zwar bestehe mit Blick auf die irreguläre Migration und die angespannte weltweite Sicherheitslage "ein akuter Handlungsbedarf", sagt Bartelt. "Dennoch sind stationäre Grenzkontrollen nicht der Weisheit letzter Schluss und führen auch nicht zu mehr Sicherheit." Fakt sei, dass Schleuser "sich schnell neuen Gegebenheiten anpassen können und neue Routen erschließen". Bartelt kritisiert, dass verlängerte Grenzkontrollen "dauerhaft unsere Polizisten überlasten, die dann dort im Einsatz sind und demzufolge aber an anderer Stelle fehlen". Auch sei in Urlaubszeiten mit Staus durch die Kontrollen zu rechnen. "Daher kann man die Frage nach der Verhältnismäßigkeit durchaus stellen."

Der SPD-Abgeordnete Jörg Nürnberger aus dem Wahlkreis Hof in Bayern erklärt, dass er es zwar für notwendig halte, dass die Bundespolizei "zeitweise auch an der Grenzlinie Präsenz zeigt". Die Bürger fühlten sich dadurch sicherer. Klar sei aber auch, dass flächendeckende Kontrollen auf Dauer der Wirtschaft schaden würden. "Viele unserer Krankenhäuser und Industriebetriebe sind von tschechischen Mitarbeitern abhängig." Nürnberger befürchtet zudem, dass durch anhaltende Grenzkontrollen an den Straßen die Schleusungen gefährlicher werden könnten. Bei der Stadt Selb direkt an der tschechischen Grenze sei kurz nach der Grenze ein leeres Fahrzeug gefunden worden. "Davor waren 30 Syrer - dabei auch Kinder - nachts im unwegsamen Waldgebiet in Tschechien ausgesetzt wurden. Sie mussten mehrere Kilometer Richtung Deutschland laufen." Das sei ein Phänomen, "das bei anhaltenden Kontrollen an den Straßen vermehrt auftreten wird".

Und Simona Koß, die im Bundestags-Innenausschuss der SPD sitzt, berichtet von zwiespältigen Rückmeldungen aus ihrem Wahlkreis. "Ich höre, dass sich die Bevölkerung sicherer fühlt", sagt sie. Diese sehe jetzt: "Es wird etwas gemacht." Für andere aber werde durch die Grenzkontrollen auch das Lebensgefühl beeinträchtigt. "Ich persönlich habe es genossen, ohne Kontrollen zwischen Deutschland und Polen hin- und herfahren zu können. Ich habe das als Signal eines freien Europas empfunden."

Stundenlange Staus an den Grenzübergängen gibt es bislang nicht, das zeigen die vergangenen Tage. Allerdings hören die Abgeordneten von den Wirtschaftsverbänden in ihrer Region, dass schon die Aussicht darauf ein Problem darstellt. "Viele unserer Unternehmen beobachten die Situation mit Sorge", berichtet etwa Sara Franke, die den Bereich Internationales bei der Industrie- und Handelskammer für Oberfranken Bayreuth leitet. Mehr als 41.000 Tschechen arbeiteten im bayerischen und sächsischen Grenzraum. Viele oberbayerische Betriebe unterhielten Niederlassungen in Tschechien. "Jegliche Unberechenbarkeit durch Grenzkontrollen würde die Leistung der innereuropäischen Wertschöpfungsketten gefährden."

Immer stärkere Kritik übt auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP). Die Situation im Osten sei für die dort eingesetzten Polizisten "katastrophal", beklagt Lars Wendland, Vorsitzender der GdP für die Bundespolizei in Berlin-Brandenburg. "Sie stehen ohne Wetterschutz auf den Autobahnen, oft in einem drei mal drei Meter großen Gartenpavillon, durch den der Wind pfeift. Das ist ein unwürdiges Bild, das wir an der Grenze abgeben." Zudem hätten die neuen Kontrollen zu enormen Personalverschiebungen geführt. So müssten zum Beispiel Polizisten, die eigentlich an Flughäfen im Einsatz seien, Fußballspiele sichern, weil die Bereitschaftspolizisten an den Grenzen stehen. "Das ist ein Verbraten von Personal, das wir als Gewerkschaft der Polizei nicht tolerieren dürfen."

Gegenläufige Stimmen aus den Grenzregionen gibt es weniger. Eine von ihnen ist die FDP-Abgeordnete Ulrike Harzer. "Aus meiner Sicht sind die Grenzkontrollen zwingend notwendig und überfällig", sagt sie. "Für die Bevölkerung in den grenznahen Kommunen stärken sie zudem das Sicherheitsgefühl." Inwieweit die Grenzkontrollen an der Gesamtsituation der Migranten etwas ändern, sei jedoch nach dieser kurzen Zeit nicht einzuschätzen. Faeser selbst zog am Wochenende eine erste positive Bilanz. Durch die Kontrollen würden die Menschen geschützt, "die auf lebensgefährliche Weise, eingepfercht, ohne Wasser und mit kaum Sauerstoff, über die Grenzen geschmuggelt werden", sagte sie der "Bild am Sonntag". Am Mittwoch hat sie die Maßnahmen für weitere 20 Tage verlängert.

Sind die Nachteile größer? Zehn Tage nach Einführung von stationären Grenzkontrollen wächst die Kritik. Vor allem Abgeordnete aus Grenzregionen sind skeptisch

Graphic

Bundespolizisten kontrollieren einen Kleintransporter nahe der deutsch-tschechischen Grenze

Load-Date: October 26, 2023

End of Document

Warum Staatenlose kaum abgeschoben werden; Der palästinensische Messerangreifer von Brokstedt ist ein Staatenloser. Die Opfer sind 16 und 19 Jahre alt

Die Welt

Freitag 27. Januar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 20

Length: 1079 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Warum wurde der mutmaßliche Messerangreifer von Brokstedt nicht schon abgeschoben? Diese Frage stellte in der Pressekonferenz der Landesregierung eine Journalistin stellvertretend für viele andere Bürger. Die Sprecherin des Kieler Sozialministeriums antwortete: "Eine Abschiebung setzt zunächst einmal voraus, dass der Betroffene vollziehbar ausreisepflichtig ist."

Dies sei nicht der Fall. Ibrahim A., der eine 16-Jährige und einen 19-Jährigen in einem Regionalzug auf der Fahrt von Kiel nach Hamburg getötet haben soll, besitze einen Aufenthaltstitel als subsidiär Geschützter. Das sind solche **Asylbewerber**, bei denen das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) zwar keine Bedrohung durch Verfolgung feststellen kann und deswegen kein **Asyl**, beziehungsweise keinen **Flüchtlingssschutz** erteilt - aber bei denen eine Bedrohung durch Gefechte oder Gewalt festgestellt wird. Im deutschen Recht werden diese subsidiär Geschützten inzwischen weitgehend so behandelt wie **Flüchtlinge**.

Der mutmaßliche Messerstecher ist also anerkannter Asylbewerber. Er zählt nicht zu den rund 300.000 Ausreisepflichtigen in Deutschland, die keinen Aufenthaltstitel haben und zur Ausreise aufgefordert sind. Dies wäre erst dann der Fall, wenn ihm sein Schutzztitel entzogen worden wäre. Das ist zwar möglich nach geltender Rechtslage, wird allerdings nur selten erfolgreich durchgeführt, weil es hohe rechtliche Hürden gibt. Die Rücknahme eines Schutzztitels ist als Ultima Ratio möglich bei schweren Straftaten und wenn eine Wiederholungsgefahr bescheinigt wird. Hierzu bedarf es einer Prognose, dass der Täter weitere Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die sexuelle Selbstbestimmung oder das Eigentum unter Anwendung oder Androhung von Gewalt begehen wird. Zwar wurde laut WELT-Informationen ein Rücknahmeverfahren angestoßen, der Entzug des Schutzztitels ist aber offenbar im schwarz-grün geführten Schleswig-Holstein bisher nicht durchgeführt worden. Möglicherweise kommen in der Aufarbeitung der politischen Versäumnisse, die die Messerattacke ermöglicht haben, hierzu weitere Erkenntnisse zum Vorschein.

Warum Staatenlose kaum abgeschoben werden Der palästinensische Messerangreifer von Brokstedt ist ein Staatenloser. Die Opfer sind 16 und 19 Jahre alt

Gründe dafür, die Schutzberechtigung infrage zu stellen und gegebenenfalls aufzulösen, lieferte der 33-jährige Mann jedenfalls reichlich. Schon bald nach der unerlaubten Einreise fiel er polizeilich auf, ihm wurden unter anderem gefährliche Körperverletzung, Bedrohung und ein sexueller Übergriff vorgeworfen. Laut der Sprecherin des Sozialministeriums sind drei Vorstrafen bekannt, in Haft kam er aber nur einmal, nämlich wegen eines Messerangriffs vor mehr als einem Jahr. Erst vor einer Woche wurde er aus der Untersuchungshaft entlassen.

Hätte der staatenlose Ibrahim A. aus Gaza abgeschoben werden können, wenn er schon seinen Schutztitel und die entsprechende Aufenthaltserlaubnis verloren hätte und also ausreisepflichtig wäre? Dazu sagte die Sprecherin des Sozialministeriums: "Grundsätzlich ist es so, dass wenn er ausreisepflichtig wäre, ein Staat sich aufnahmefähig zeigen müsste, weil er ja keinen Nationalstaat hätte, in den er abgeschoben werden soll."

Damit spielte sie auf die besonderen Schwierigkeiten bei der Rückführung sogenannter Staatenloser an, meist sind es arabische Zuwanderer aus den Palästinensergebieten oder seit Langem im Libanon lebende Palästinenser. Ihnen wird in der Regel keine libanesische Staatsangehörigkeit erteilt. In einer vertraulichen Auswertung der EU-Kommission, die WELT vorliegt, werden die besonderen Probleme der Mitgliedstaaten bei Rückführungen von Palästinensern ausgeführt: Demnach kooperieren die palästinensischen Behörden zwar gut bei der Identitätsklärung, aber sie stellen nur dann die erforderlichen "Reisedokumente aus, wenn jordanische, ägyptische und vor allem israelische Behörden die Rückkehr über ihr Staatsgebiet genehmigt haben, weil der direkte Zugang zu palästinensischem Gebiet fehlt". Charterflüge von Rückkehrern seien "nicht möglich, weil alle Flughäfen auf palästinensischem Gebiet seit Jahren geschlossen sind".

Die Ausstellung der Reisepässe für palästinensische Ausreisepflichtige in der EU hängt von der Überprüfung der israelischen Behörden ab. Diese verlangten von jedem Rückkehrer einen eigenhändig unterschriebenen Antrag, die Prozedur sei "zeitaufwendig und kann zwei, drei Monate dauern". Laut der internen EU-Analyse aus dem Jahr 2021 heißt es: Jene Mitgliedstaaten mit den meisten ausreisepflichtigen Palästinensern fragten gar "keine Reisedokumente mehr an, weil die Rückkehr nicht durchgesetzt werden kann". In der internen Auswertung heißt es, im Jahr 2019 hätten alle EU-Staaten insgesamt nur 33 Rücknahmeversuche an die palästinensischen Behörden gestellt. In "fünf Fällen folgte daraufhin die Ausgabe von Reisedokumenten". Im selben Jahr seien EU-weit 3915 Rückkehrentscheidungen gegen illegal in den Mitgliedstaaten aufhältige Palästinenser getroffen worden. 170 von ihnen seien "effektiv ausgereist".

In Deutschland leben laut Statistischem Bundesamt aktuell rund 27.940 Staatenlose und darüber hinaus fast 90.000 Personen mit ungeklärter Identität. Diese Angaben sind ungefähre Anhaltspunkte, denn die Grenzen zwischen ungeklärt und staatenlos sind nicht immer eindeutig feststellbar, wie ein mit der Identitätsklärung befasster Beamter WELT schildert. So stellen beispielsweise jährlich zehntausende Asylsuchende ihre Anträge, ohne einen Pass oder ein Identitätspapier bei sich zu haben.

In Deutschland stellten 2022 laut BAMF 640 Personen aus den palästinensischen Gebieten einen Asylantrag. Im selben Jahr wurde wegen Altfällen über etwas mehr Anträge entschieden, nämlich über 848 Fälle. Darunter erhielten sechs Asyl und 74 Flüchtlingsbeschutz. 38 erhielten subsidiären Schutz, so wie der mutmaßliche Messerstecher in Brokstedt, und bei 15 wurde ein Abschiebeschutz erteilt. Die übrigen wurden abgelehnt (529), oder ihr Antrag endete mit einer Verfahrenserledigung (186).

Abgeschoben aus Deutschland wird kaum ein Palästinenser oder sonstiger Staatenloser. 2021 gelang dies 14 Mal, sehr wahrscheinlich aber aktuell nicht verifizierbar durch WELT waren darunter auch Abschiebungen in andere EU-Staaten im Rahmen von Dublin-Überstellungen.

Staatenlose, also vor allem Palästinenser, sind Extrembeispiele für die Schwierigkeiten bei der Abschiebung aus Deutschland. Doch auch in alle anderen nichteuropäischen Asylherkunftsländer gelingen Rückführungen mehrheitlich nicht.

Tatverdächtiger fiel schon bald nach der unerlaubten Einreise polizeilich auf

Original Gesamtseiten-PDF

Warum Staatenlose kaum abgeschoben werden Der palästinensische Messerangreifer von Brokstedt ist ein Staatenloser. Die Opfer sind 16 und 19 Jahre alt

Load-Date: January 26, 2023

End of Document

Vor allem junge, starke Männer; Statt Zuwanderung politisch zu steuern, überlassen wir die Regulierung dem Mittelmeer und der Sahara. Das ist nicht nur zynisch. Es lässt auch vor allem diejenigen zu uns kommen, die schwerer zu integrieren sind

Die Welt

Montag 21. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; ESSAY; S. 7; Ausg. 161

Length: 1219 words

Byline: Kristina Schröder

Body

Das Individualrecht auf Asyl ist eine Lüge. Ebenso ein individueller Schutzanspruch, der aus der Genfer Flüchtlingskonvention resultieren soll. Selbstverständlich könnte Deutschland noch nicht einmal die individuelle Prüfung dieses Rechts gewährleisten, geschweige denn alle Berechtigten aufnehmen, wenn von den 108 Millionen Menschen, die laut UNHCR derzeit weltweit auf der Flucht sind, all diejenigen nach Deutschland kämen, die dies gerne würden.

Nun könnte man dies einfach einräumen - ganz im Sinne unseres ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck, der 2015 auf dem Höhepunkt der damaligen Flüchtlingskrise mit seiner Aussage "Unser Herz ist weit. Aber unsere Möglichkeiten sind endlich" den entscheidenden Kontrapunkt zum naiv-technokratischen "Wir schaffen das!" setzte. Und man könnte nach praktikablen und humanitär vertretbaren Wegen suchen, wenigstens einer bestimmten Zahl an Menschen zu helfen, möglichst solchen, die am dringendsten darauf angewiesen sind.

In diese Richtung geht der Vorschlag des Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU-Bundestagsfraktion, Thorsten Frei, der im Juli forderte, das individuelle Asylrecht abzuschaffen und sich europaweit stattdessen zur Aufnahme eines Kontingents von 300.000 oder 400.000 besonders Schutzbedürftigen zu verpflichten. Diese Menschen würden direkt aus ihren Herkunftsländern nach Europa gebracht. Eine Antragstellung auf europäischem Boden wäre nicht mehr möglich. Wer es dennoch illegal nach Europa schafft, dürfte hier nicht mehr arbeiten oder Sozialleistungen beziehen. So das Konzept Freis. Eine Chance auf Realisierung oder zumindest eine ernsthafte Diskussion hat dieser Vorschlag derzeit nicht. Die Bundesregierung behauptet stoisch weiter ein angeblich individuelles Asyl- und Flüchtlingsrecht. Das kann sie nur, weil die realen Bedingungen dafür sorgen, dass nur ein Bruchteil der Menschen, die gerne nach Deutschland kämen, dies auch wirklich schafft.

Vor allem junge, starke Männer Statt Zuwanderung politisch zu steuern, überlassen wir die Regulierung dem Mittelmeer und der Sahara. Das ist nicht nur zynisch.

Dafür sorgt allein schon die Tatsache, dass der Weg nach Deutschland weit und teuer ist. Ebenso der Grenzschutz an den EU-Außengrenzen - und das, was davon an unserer nationalen Grenze noch übrig ist. Der wirkungsvollste Mechanismus aber, um das Ziel zu erreichen, dass es nur wenige nach Deutschland schaffen, ist zugleich der brutalste. Er setzt auf das Mittelmeer. Und noch mehr auf die Sahara, die fast alle Menschen aus dem südlichen Afrika, aus Nigeria, dem Sudan oder Eritrea, durchqueren müssen. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) schätzt, dass mindestens so viele Flüchtlinge wie im Mittelmeer bei der mörderischen Tour durch die Sahara umkommen, wo tagsüber bis zu 60 Grad im Schatten herrschen. Der Unterschied zum Mittelmeer ist nur, dass dort die Weltöffentlichkeit nicht zuschaut. Es gibt dort keinen CNN-Effekt.

Diejenigen, die sich so bis nach Europa durchschlagen, haben meist Schreckliches hinter sich. Sie haben erlebt, wie Menschen neben ihnen verdurstet oder an ihren Verletzungen gestorben sind. Wie sie erniedrigt, drangsaliert und misshandelt wurden. Wie sie von wackligen Ladeflächen in die Wüste und aus überfüllten Schlauchbooten ins Meer gestoßen wurden. Unter den Flüchtlingen sind womöglich auch solche, die in diesem Überlebenskampf selbst brutal wurden. Anderen in der Wüste das Wasser oder die letzten Habseligkeiten weggenommen haben. Auf dem überfüllten Boot gegenüber dem Nebenmann gedrängelt haben. Anderen die Schwimmhilfe entrissen haben. Darüber moralisch zu urteilen, ist immer leicht, wenn man sich nicht selbst in einer derart existenziellen Situation befindet. Aber klar ist, dass die brutalen Bedingungen auf dem Weg nach Europa nicht nur unter Humanitätsaspekten inakzeptabel sind, sondern auch dazu führen, dass es fast nur ein bestimmter Typus bis in unser Land schafft.

Denn natürlich kommen so eher Männer als Frauen und Kinder. Eher Junge als Ältere, eher Alleinstehende als Familien. Eher Gesunde und Starke als Kranke und Schwache. Eher vergleichsweise Wohlhabende als die ganz Armen. Und sie dürfen fast immer bleiben, egal, ob sie es legal oder illegal nach Deutschland geschafft haben. Die Zahl der Abschiebungen aus Deutschland ist in den letzten Jahren noch einmal deutlich zurückgegangen ("wegen Corona", so die nicht unmittelbar einleuchtende amtliche Begründung) und lag 2022 bei gerade einmal 12.945 Personen.

Bei dieser Perspektive ist der Anreiz, nach Deutschland zu kommen, natürlich riesig. Und das wird auch so bleiben. Denn so sehr Rückführungsabkommen mit den einschlägigen Herkunftsländern zu begrüßen wären, so skeptisch bin ich, ob sie jemals zustande kommen und dann auch umgesetzt werden. Denn die Potentaten dieser Länder haben so gut wie kein Interesse daran, sich auf diese Weise mit der eher wohlhabenden Schicht ihres Landes anzulegen, die oft große Teile ihres Vermögens aufgeboten hat, um wenigstens ein Familienmitglied nach Europa zu bringen. Daran hängen für sie finanzielle Transfers und Perspektiven des Familiennachzugs. Eine Mitarbeit bei der Rückführung, die all dies zunichtemacht, würden sie ihrer Regierung kaum verzeihen.

Innerhalb des bestehenden Systems wird sich also nicht viel ändern lassen. Wer diesen Status quo verteidigt und nicht bereit ist, so wie etwa Thorsten Frei grundlegend neu zu denken, verteidigt damit dreierlei: dass Menschen weiter auf der Flucht, für die Europa mit seinem derzeitigen Regime aktiv einen Anreiz bietet, elend zu Grunde gehen. Dass gerade die, die unsere Hilfe oft am dringendsten brauchen, keine Chance haben, nach Europa zu kommen. Und schließlich, dass auch die Integrationsanstrengung, die wir unserer Bevölkerung zumuten, deutlich heftiger ausfällt, als es sein müsste.

Denn wir wissen aus der empirischen Forschung, dass Frauen sich besser integrieren als Männer, Kleinfamilien eher als Alleinstehende, psychisch Gesunde eher als Traumatisierte, Menschen, die wirklich politisch oder religiös verfolgt sind, eher als die, die aus rein wirtschaftlichen Gründen kommen, Menschen, für die der Rechtsstaat zählt, eher als die, die auf das Recht des Stärkeren setzen. Es kommen aber vor allem die alleinstehenden starken jungen Männer, die es geschafft haben, sich durchzuschlagen. Oft aus muslimischen Ländern, in denen Normen wirkmächtig sind, die Männlichkeit mit Ehre und Gewalt verknüpfen. Was dies unter Integrationsaspekten bedeutet, spürt man in unseren Innenstädten, auf den Pausenhöfen und in den U-Bahn-Stationen. Dies spüren übrigens auch - ein bisher kaum beachteter Aspekt - junge einheimische Männer, denn natürlich macht es etwas mit einer Alterskohorte, wenn es in ihr plötzlich erheblich mehr Männer als Frauen gibt. Dies spüren auch unsere Sicherheitsbehörden, Jugendämter und die Mitarbeiter in den Flüchtlingsunterkünften. Kommunalpolitiker aller Parteien, die organisieren sollen, was vielerorts kaum noch zu organisieren ist, sowieso.

Vor allem junge, starke Männer Statt Zuwanderung politisch zu steuern, überlassen wir die Regulierung dem Mittelmeer und der Sahara. Das ist nicht nur zynisch.

Nur die, die in moralischer Erhabenheit am angeblich individuellen Asyl- und Flüchtlingsrecht festhalten, die spüren das offenbar nicht. Und fegen deswegen weiter alle anderen Denkansätze herrisch vom Tisch.

Kristina Schröder war von 2002 bis 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages und von 2009 bis 2013 Bundesministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend. Heute ist sie unter anderem als Unternehmensberaterin tätig. Sie ist Mutter von drei Töchtern.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 20, 2023

End of Document

Das große Augenreiben; Angesichts der Welle des Juden-Hasses fragen sich Medien: Waren wir blind? Sie haben vor allem nicht richtig hingeschaut.
Der Verfassungsschutz war da schon sehr viel weiter

Die Welt

Donnerstag 9. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Kultur; S. 15; Ausg. 218

Length: 1182 words

Byline: Gunda Trepp

Body

Nun scheinen selbst die Medien erstaunt. Und man fragt sich, warum eigentlich? Innerhalb einer Woche nach dem Pogrom der Hamas am 7. Oktober in Israel hat die Zahl der antisemitischen Vorfälle in Deutschland laut der Dokumentationsstelle Rias um 240 Prozent zugelegt. 90 Prozent davon hatten einen Bezug zum jüdischen Staat.

"Hätte man das Ausmaß des Antisemitismus unter Migranten und Muslimen in Deutschland erkennen und bekämpfen können? Waren wir alle auf einem Auge blind?" fragt der "Spiegel." Nein. Ich würde es bewusste Ignoranz nennen. Und mir fällt Ignatz Bubis ein. Der damalige Präsident des Zentralrats der Juden sagte 1994 nach dem Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck, es erstaune ihn, wie überrascht die Menschen seien. "Die sehen die Wirklichkeit nicht." Er bezog sich auf die Schändungen jüdischer Friedhöfe, deren Zahl 1992 genauso hoch gewesen sei wie in vor-nationalsozialistischen Tagen.

Man kann Stimmungen nämlich erfassen und Entwicklungen erahnen - wenn man hinschaut. Und bereit ist, zu sehen, was ist. Eigentlich ist das die Urtugend des Journalismus. Dazu müssten Medienvertreter in diesem Fall erst einmal den israelbezogenen Antisemitismus verstehen. Denn um den geht es häufig, wenn wir über die Judenfeindlichkeit von Muslimen sprechen.

Doch nicht wenige Journalisten wollen selbst entscheiden, was Judenfeindlichkeit ist. Und was man alles so sagen darf gegen Israel, bis diese Grenze erreicht ist. Sekundieren dürfen dabei pensionierte Antisemitismusforscher wie Wolfgang Benz, der in einem Interview der "Frankfurter Rundschau" noch sechs Wochen vor der endgültigen Explosion keine muslimische Judenfeindlichkeit erkennen wollte, nur weil "gelegentlich junge Palästinenser" durch die Straßen zögen, die "abgefeimt bösartige judenfeindliche Parolen plärren".

Gern sichert man sich auch mit einer jüdischen Stimme ab. Meist sind diese Juden weder Experten im Nahost-Konflikt noch im Antisemitismus. Doch sie bringen eine Haltung mit, die auffällig oft der politischen Linie der Redaktion entspricht. Das ließ sich 2020 in der Diskussion um den Kolonialismusforscher Achille Mbembe genauso

Das große Augenreiben Angesichts der Welle des Juden-Hasses fragen sich Medien: Waren wir blind? Sie haben vor allem nicht richtig hingeschaut. Der Verfassungss....

beobachten wie 2022 in dem Streit um antisemitische Werke auf der Documenta. Warum nicht, könnte man fragen. Schließlich beruht das gesamte Judentum auf einer lebendigen Streitkultur, angefangen beim Talmud bis hin zu den frühen Zionisten und Anti-Zionisten.

Der Unterschied ist, dass hier zu häufig die Gegenstimme fehlt. Liest oder hört man in erster Linie die Stimme eines Lagers, fallen ungezählte jüdische Positionen unter den Tisch. Die queerer jüdischer Feministinnen zum Beispiel, die aus intersektional besetzten Kreisen ausgeschlossen werden, wenn sie gleichzeitig Zionistinnen sein wollen. Oder die linksliberaler Jüdinnen und Zionistinnen wie ich und viele meiner Freundinnen, die in den vergangenen Jahren darauf drangen, den Antisemitismus von links und aus der migrantischen Gemeinschaft nicht zu unterschätzen und Gefahr ließen, dafür in die rechte, islamophobe oder rassistische Ecke gestellt zu werden.

Das Fehlen dieser Stimmen führte unter anderem dazu, dass jüdische Befindlichkeiten auch in der Berichterstattung weniger wichtig wurden. "Erklär mir bitte, was daran antisemitisch ist", fragte der Ressortleiter eines Magazins, als ich 2015 über die Situation der jüdischen Studenten an vielen amerikanischen Universitäten schreiben wollte, die aus Gruppen verbannt, beleidigt und deren Zimmertüren beschmiert wurden. Ich erklärte also. Das sei doch Israelkritik, befand er.

Unter diesem Label wurden im Laufe der Jahre Dinge sagbar, die vor 20 Jahren noch undenkbar waren. In der postkolonialen Debatte wurde Israel zum "Apartheidsstaat" und zu einem "kolonialen Gebilde". Es sollte allen Flüchtlingen das "Rückkehrrecht" gewähren, was das Land als jüdischen Staat auslöschen würde.

Je öfter solche extremen Positionen verhandelt werden, umso anschlussfähiger werden sie. Schon 2020 warnten Wissenschaftler wie auch der Bundesverfassungsschutz in seinem "Lagebild Antisemitismus" eindringlich vor der Gefahr, dass der antizionistische Antisemitismus zum legitimierten Bestandteil gesellschaftlicher Diskussionen werde. Im Bericht des Verfassungsschutzes hieß es: "In dieser Anschlussfähigkeit - also dem Potenzial, extremistische Auffassungen mit nicht-extremistischen Diskursen zu verbinden - liegt eine besondere Gefahr. Denn im Kontext regelmäßig wiederkehrender Debatten über die politische Situation in Nahost können antisemitische Aussagen einen weniger anrüchigen und stigmatisierenden Charakter als in anderen Zusammenhängen annehmen."

Genau da sind wir längst. Und im Journalismus haben Kolleginnen, die sich gegen den Trend stemmen, oftmals einen schweren Stand. 2020 führte die Antisemitismusforscherin Monika Schwarz-Friesel eine noch nicht publizierte Umfrage unter 25 deutschen Journalisten durch. Alle hatten sich mehrfach mit Israel-Berichterstattung und dem Thema Judentum beschäftigt. Zwei Drittel der Befragten klagten darüber, dass sie unter der anti-israelischen Einstellung in ihren Redaktionen litten. Nach Sendungen mit kritischen Stimmen gegen das anti-israelische Narrativ seien oft abwertende und abwehrende Kommentare von Kollegen zu hören.

Das bekamen besonders die beiden Redakteure zu spüren, die sich 2017 in ihrem Film "Auserwählt und ausgegrenzt. Der Hass auf Juden in Europa" mit dem Antisemitismus beschäftigten, der aus der arabischen und migrantischen Gemeinschaft kam. Der Film beschreibt, wie es ist. Dennoch wollte ihn der WDR, der den Film mit Arte bestellt hatte, zurückziehen. Letztlich wurde er mit einem sogenannten Faktencheck gesendet, der in Teilen selbst Fehler enthielt. Zu sagen, was ist, war zu einem medialen Aufwand geworden.

Anfang 2016 schrieb ich einen Essay für ein Nachrichtenmagazin, in dem ich unter anderem auf die antisemitische Sozialisation vieler Flüchtlinge hinwies. Nach einem Lob fürs Schreiben und einem spürbaren Unwohlsein mit dem Inhalt ging das bestellte Stück am Ende nicht durch, weil sich die Chefredaktion sperzte. 2017 bedrohten Schüler aus arabischen und türkischen Familien einen jüdischen Jungen mit einer Waffe, die zwar nicht echt war, aber so aussah. Daraufhin verließ er die Schule. Nach weiteren Vorfällen las und hörte man 2017 und 2018 vereinzelte Berichte über muslimischen Antisemitismus. Dann verblasste das Interesse wieder. Das Problem blieb. Mittlerweile kann man einige junge Menschen der migrantisch-arabischen Community nicht mehr erreichen. Lehrer fühlen sich ihren Schülern gegenüber hilflos. Die Befürchtungen des Verfassungsschutzes verwirklichen sich in allen Teilen der Gesellschaft. Selbst Lehrkräften ist der Unterschied zwischen berechtigter Kritik an der Politik der israelischen Regierung und einem Antizionismus, der zum Antisemitismus mutiert ist, oft nicht mehr klar. Jüdinnen und Juden in

Das große Augenreiben Angesichts der Welle des Juden-Hasses fragen sich Medien: Waren wir blind? Sie haben vor allem nicht richtig hingeschaut. Der Verfassungss....

Deutschland und vielen Teilen der Welt haben in diesen Tagen berechtigte Angst. Es ist wichtiger denn je, dass Journalisten wissen, worüber sie sprechen. Dass sie ihre Verantwortung als Vertreter der vierten Gewalt ernst nehmen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 8, 2023

End of Document

Die wahren Profiteure der Migrationsdeals; EU-Abkommen mit den Maghreb-Staaten sollen chaotische Zuwanderung verhindern - doch sie nützen bisher vor allem den Partnerländern

Die Welt

Mittwoch 20. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 183

Length: 1137 words

Byline: Alfred Hackensberger

Body

Tanger

Rund 7000 **Migranten** innerhalb von weniger als zwei Tagen haben vergangene Woche die italienische Insel Lampedusa erreicht, so viele wie nie zuvor in einem so kurzen Zeitraum. Und es könnten noch viel mehr werden. In Libyen und Tunesien warten aktuell mehr als 500.000 **Migranten**, vorwiegend aus subsaharischen Ländern, die über das Mittelmeer nach Europa übersetzen wollen. Auch in anderen Maghreb-Staaten wie Marokko und Algerien stehen Zehntausende Menschen bereit, um nach Europa zu gelangen.

Die EU kann aus eigener Kraft kaum etwas gegen die Zuwanderung bewirken. Brüssel ist bei der Sicherung der europäischen Außengrenzen auf seine nordafrikanischen Partnerländer angewiesen, mit denen man Abkommen und Kooperationen vereinbart hat, um die unkontrollierte **Migration** aus Afrika eindämmen. Aber sind diese Deals sinnvoll und effizient? Oder hat Brüssel damit Abhängigkeiten geschaffen, die die EU erpressbar machen? Ein Überblick.

Tunesien

120 Metallboote waren am vergangenen Mittwoch aus der tunesischen Hafenstadt Sfax ausgelaufen und hatten ein humanitäres Chaos auf Lampedusa ausgelöst. Der italienischen Premierministerin Giorgia Meloni dürften die Zornesfalten auf der Stirn gestanden haben. Die Rechtspopulistin hatte auf das EU-Migrationsabkommen mit Tunis gedrängt, das im Juli unterzeichnet worden war. Der Deal sieht bis zu 900 Millionen Euro Hilfgelder sowie 150 Millionen Euro zur Unterstützung des bankroten tunesischen Haushalts vor. Zudem macht sich Meloni für die Vergabe eines Kredits des Internationalen Währungsfonds (IWF) über zwei Milliarden Euro an Tunesien stark. Und nun diese Flotte nach Italien, die sicher nicht unbemerkt von den tunesischen Behörden hätte auslaufen können. Obendrein hatte Tunis die vereinbarte Einreise einer EU-Delegation abgelehnt. Dieser gleich doppelte Affront zeigt, wie brüchig der Deal mit Tunesien ist, und wie problematisch auch andere Migrationsabkommen sind. Präsident

Die wahren Profiteure der Migrationsdeals EU-Abkommen mit den Maghreb-Staaten sollen chaotische Zuwanderung verhindern - doch sie nützen bisher vor allem den Pa....

Kais Saied scheinen die Verhandlungen in Brüssel über die Freigabe der vereinbarten EU-Finanzierung nicht schnell genug voranzugehen. Einem Bericht der italienischen Zeitung "La Repubblica" zufolge sollen die zugesagten Gelder bisher noch nicht geflossen sein. Deshalb hat Präsident Saied offenbar die Migrationskarte gezogen und seine Macht gegenüber Brüssel demonstriert. Europa steckt damit in einem Dilemma. Brüssel muss anscheinend erst die Forderungen des tunesischen Präsidenten erfüllen, bevor dieser seine Behörden gegen Migration vorgehen lässt. Das wäre nichts Außergewöhnliches. EU-Länder sind schon so manchen Wünschen ihrer Partnerstaaten nachgekommen. Dafür, dass weniger Migranten nach Europa kommen, nimmt man vieles in Kauf.

Libyen

Italien hatte 2017 im Alleingang einen Deal mit der Regierung unter dem damaligen Premierminister Fayiz as-Sarradsch in Tripolis vereinbart. Das Abkommen wird bis heute heftig kritisiert. Internationale Menschenrechtsorganisationen beschuldigen die EU, ein Komplize im System des Missbrauchs von Migranten zu sein. Viele EU-Hilfsgelder sollen kriminelle Milizen erhalten haben, die für ihren brutalen Umgang mit Migranten bekannt sind. Damals sanken die Migrantenzahlen in Italien tatsächlich deutlich. Ein Trend, der sich UN-Angaben zufolge bis 2019 fortsetzte. Aber bereits 2020 stiegen die Zahlen erneut stark an. Der Deal mit Tripolis, der immer wieder verlängert wird, hat sich nur für einen kurzen Zeitraum bewährt. Dabei war er sehr kostspielig. Die EU stellte von 2014 bis 2020 nach Angaben von EU-Innenkommissarin Ylva Johansson 700 Millionen Euro bereit. 2021 kamen noch einmal 85 Millionen Euro dazu, im Juli sicherte Italien weitere 8,5 Millionen Euro zu. Dabei sind auch in diesem Jahr Rekordzahlen von Migranten zu erwarten, die von Libyen aus nach Italien fahren. Dem italienischen Innenministerium zufolge sind seit Jahresbeginn insgesamt 127.000 Migranten an den Küsten des Landes angekommen, beinahe doppelt so viele wie im Vergleichszeitraum des Vorjahrs. Und der Trend dürfte sich fortsetzen. Der Nutzen des Deals hält sich für Italien und die EU also in Grenzen. Trotzdem wird weiter bezahlt. Man geht wohl davon aus, dass Libyen sonst noch weit mehr Migranten nach Italien schleusen würden.

Algerien

Algerien ist ein Sonderfall unter den Maghreb-Staaten. Seit Jahrzehnten ist es Transitland für Zehntausende Migranten, die jedes Jahr aus der Sahara weiter nach Libyen, Tunesien und Marokko ziehen. Ein Sprungbrett nach Europa ist das Land nur begrenzt, einige Tausend Menschen jährlich wagen von dort die Überfahrt. Die Route auf die Balearen zählt zu einer der gefährlichsten im Mittelmeer. Zudem geht die algerische Regierung hart gegen Migration vor. Die Behörden zerschlagen Schmuggernetzwerke und deportieren Migranten im großen Stil, setzen sie im Norden Nigers ohne Wasser und Proviant aus. Einen Deal mit der EU gibt es nicht - Algerien hat kein Interesse. Seit Beginn des Ukraine-Kriegs wendet sich das Regime in Algier weiter vom Westen ab und dem Verbündeten Russland zu. Wie andere Maghreb-Staaten setzt auch Algerien Migration als politisches Instrument ein. Im vergangenen Jahr hatte es diplomatische Verwerfungen mit Spanien über die umstrittene Westsahara gegeben. Kurz danach stieg die Zahl algerischer Migrantboote, die an spanischen Küsten landeten, plötzlich überproportional.

Marokko

Das Königreich ist im Maghreb quasi der Musterknabe - obwohl kein dezipiertes Migrationsabkommen mit der EU existiert. Brüssel hat Rabat in diesem Jahr insgesamt 624 Millionen Euro als Hilfsleistung zugesagt. Darunter sind 152 Millionen für "Programme zur Migration und Grenzschutzmaßnahmen". In den Jahren 2001 bis 2018 hatte Marokko in Summe nicht einmal die Hälfte erhalten. Das Königreich ist mittlerweile anerkannter Partner der EU, der seit 2022 die irreguläre Migration ins Nachbarland Spanien um mehr als 70 Prozent reduziert hat. Aber die Beziehungen waren nicht immer so gut - und in den Vorjahren konnten Zehntausende Migranten die Straße von Gibraltar zur iberischen Halbinsel überqueren. Marokko hat seine Grenzen zwar nie vernachlässigt, das Königreich setzte jedoch ebenfalls Migration ein, um seine Interessen durchzusetzen. Fast zwei Jahre lang dauerte die diplomatische Krise mit Spanien über das von Marokko beanspruchte Gebiet der umstrittenen Westsahara. Im Mai 2021 ließ das Königreich binnen weniger Stunden mehr als 6000 Menschen nach Ceuta durch, eine der beiden spanischen Exklaven auf marokkanischem Territorium. Das hatte erst ein Ende, als die spanische Regierung zehn Monate später ihre Westsahara-Position zugunsten Marokkos änderte. Trotz dieser Querelen gilt das Königreich

Die wahren Profiteure der Migrationsdeals EU-Abkommen mit den Maghreb-Staaten sollen chaotische Zuwanderung verhindern - doch sie nützen bisher vor allem den Pa....

als verlässlicher Partner Europas und ist im Gegensatz zu Libyen und Tunesien ein stabiles Land. Die Auslagerung der EU-Grenzverwaltung scheint zumindest in Marokko sinnvoll zu sein.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Zehntausende Migranten warten im Grenzgebiet zwischen Libyen und Tunesien darauf, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen

Load-Date: September 19, 2023

End of Document

Wie viel Einwanderung verträgt ein Land? (2); Die Ampel möchte 75.000 Erwerbsmigranten zusätzlich pro Jahr nach Deutschland holen - darunter auch Menschen ohne formale Qualifikation. Die Grünen-Innenpolitikerin Misbah Khan erklärt, warum

Die Welt

Donnerstag 13. April 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 72

Length: 877 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Ende März hat die Bundesregierung ihre Pläne für ein neues Fachkräfteeinwanderungsgesetz vorgestellt. Geht es nach den Grünen, muss auch ein Sinneswandel in der Gesellschaft stattfinden, um Fachkräfte nach Deutschland zu holen: **Migration** dürfe nicht nur als "problembehaftetes Krisenphänomen" diskutiert werden.

WELT:

Frau Khan, in welchen Branchen sehen Sie den größten Bedarf für ausländische Arbeitskräfte?

Misbah Khan:

Es gibt sicherlich einen hohen branchenspezifischen Bedarf - zum Beispiel in der Pflege. Unterschiedliche Studien zeigen jedoch, dass wir mittlerweile in beinahe allen Branchen einen Arbeitskräftemangel haben - und das nicht nur im Fachkräftebereich. Es ist daher wichtig, dass wir nicht nur auf Hochqualifizierte setzen, sondern uns als Einwanderungsland breit aufstellen.

Es gibt derzeit mehr als 2,5 Millionen Arbeitslose in Deutschland. Sollte man nicht zunächst sie in Jobs bringen?

Um dem Arbeitskräftemangel zu begegnen, gibt es zwei Hebel, bei denen wir ansetzen müssen. Zum einen müssen wir das inländische Potenzial nutzen, indem wir Menschen in Arbeit bringen, die aktuell arbeitslos sind. Dazu werden wir die Frauenerwerbstätigkeit erhöhen und eine Weiterbildungsoffensive starten. Zum anderen braucht es grundsätzlich mehr Erwerbsmigration. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat berechnet, dass wir - inländische Potenziale bereits berücksichtigt - langfristig 400.000 Personen netto pro Jahr brauchen, um unser Sozialsystem zu sichern und die Wirtschaftskraft aufrechtzuerhalten. Einwanderung ist die wichtigste arbeitsmarktrelevante Stellschraube.

Wie viel Einwanderung verträgt ein Land? (2) Die Ampel möchte 75.000 Erwerbsmigranten zusätzlich pro Jahr nach Deutschland holen - darunter auch Menschen ohne f....

Der Migrationsbericht der Bundesregierung zeigt, dass zwar viele Ausländer aus Drittstaaten nach Deutschland kommen, vor allem aber als Asylbewerber, selten als Arbeitskräfte. Warum ist das Missverhältnis so groß?

Deutschland verfolgt eine restriktive Migrationspolitik. Das Fachkräfte-Einwanderungsgesetz der großen Koalition beinhaltet zu hohe Hürden. Eine gut qualifizierte Fachkraft überlegt sich dreimal, ob sie nach Deutschland kommt, wenn in anderen Ländern die Prozesse sehr viel schneller, die Aufnahme freundlicher und die Bleibeperspektiven besser sind. Deswegen ist es richtig, dass wir die rechtlichen Hürden senken. Zugleich muss uns allen klar sein, dass wir eine Willkommenskultur brauchen, wenn wir attraktiv für Fachkräfte sein wollen. Dazu gehört der Abbau von rassistischen Denkweisen und Strukturen, aber auch die Ausweitung des Familienmitzugs. Deutschland tut sich wahnsinnig schwer damit, auch kulturell ein Einwanderungsland zu sein. Migration wird bei uns oft problembehaftet diskutiert. Es wird vor einer Einwanderung in die Sozialsysteme gewarnt, statt anzuerkennen, dass wir ohne Einwanderung in ein paar Dekaden kein funktionierendes Sozialsystem mehr haben.

Eine zentrale rechtliche Neuerung kommt für Menschen, deren Abschluss bislang nicht deutschen Standards entsprach. Auch sie sollen künftig einwandern können, wenn sie einen Arbeitsvertrag haben, berufserfahren sind und einen Abschluss besitzen, der im Heimatland anerkannt wurde. Migrationsexperten halten das zwar für sinnvoll, warnen aber, dass die Qualifikationen am Ende womöglich nicht mit den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts zusammenpassen könnten.

Diese Sorge teile ich nicht. Es gibt in Deutschland immer noch diese absurde Vorstellung, dass wir uns handverlesen auf dem globalen Arbeitsmarkt bedienen können und die Besten der Besten dann mit Freudentränen in den Augen zu uns kommen. Aber natürlich müssen wir auch in die Ausbildung und Weiterqualifizierung investieren. "Lebenslanges Lernen" ist hier das Stichwort.

Sie haben davon gesprochen, dass rassistische Denkweisen in Deutschland abgebaut werden müssten. Was meinen Sie damit?

Mehrere Studien belegen, dass ausländische Arbeitskräfte Deutschland den Rücken kehren, weil sie hier Diskriminierungserfahrungen gemacht haben. Das ist schade und ökonomisch problematisch.

Um welche Diskriminierungserfahrungen geht es konkret? Und sind davon alle ausländischen Fachkräfte betroffen?

Wir wissen aus den Mitte-Studien und den Leipziger Autoritarismus-Studien, dass rassistisches Gedankengut auch in der Mitte der Gesellschaft vorhanden ist. Fast alle nicht-weißen Personen machen Diskriminierungserfahrungen. Es fängt beispielsweise damit an, dass ihnen auf der Straße eine bestimmte Herkunft unterstellt wird. Ich bin überzeugt davon, dass das Klima in der Gesellschaft auch davon abhängt, wie politische Debatten geführt werden. Wenn wir Migranten Sozialtourismus unterstellen oder Migration immer nur als problembehaftetes Krisenphänomen diskutieren, dann macht das einen Unterschied. Das schreckt Menschen ab, die wir dringend brauchen.

Inwiefern wollen Sie den Familiennachzug ausweiten?

Schon heute können einige wenige hochqualifizierte Arbeitskräfte ihren Partner oder Partnerin und Kinder mitbringen. Ich plädiere dafür, diese Möglichkeit auch auf die Eltern auszuweiten. Wenn die Mutter nicht mitkommen darf, obwohl sie pflegebedürftig ist, entscheidet sich eine Arbeitskraft gegen Deutschland. Voraussetzung sollte sein, dass der Lebensunterhalt der Verwandten gesichert ist. Im Übrigen gelingt Integration sehr viel besser, wenn die Familie zusammen in Deutschland ein Leben aufbauen kann.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Wie viel Einwanderung verträgt ein Land? (2) Die Ampel möchte 75.000 Erwerbsmigranten zusätzlich pro Jahr nach Deutschland holen - darunter auch Menschen ohne f....

Misbah Khan (Grüne)

Load-Date: April 12, 2023

End of Document

Unruhige Eurokraten, verschwiegenes Massaker

Die Welt

Freitag 1. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: KULTUR; DAS WAR DIE WOCHE; S. 15; Ausg. 234

Length: 1241 words

Byline: Dirk Schümer

Body

Steht Deutschland vor Neuwahlen? Das Kuddelmuddel rund um einen nicht ganz rechtmäßigen früheren Bundeshaushalt, um das fehlende Geld für den künftigen Etat, um das mögliche Platzen der Ampelkoalition, um die Überforderung des Bundeskanzlers mit diesen sogar für ihn schwer zu vergessenden Kalamitäten - all dies führt der Öffentlichkeit vor, welch kompliziertes Geschäft das Regieren geworden ist. Ein Wortspiel drängt sich auf: Wenn die Koalition schon nicht rechtmäßig haushaltet, dann doch immerhin recht mäßig.

Mit Ehekrach zur Halbzeit steht das Zweckbündnis zwischen sparsamen Wirtschaftsliberalen, spendablen Sozioklientelisten und rechthaberischen Ökodirigisten im europäischen Vergleich nicht einmal übel da. Noch schlechter bestellt ist es um die Stabilität in einigen unserer Partnerländer. Nehmen wir die Niederlande, wo der Islam- und Zuwanderungsgegner Geert Wilders einen Monstersieg bei den Parlamentswahlen einfuhr und sich nun um die Bildung einer Koalition bemüht, die das Ruder um 180 Grad herumreißen soll: Keine neuen Asylbewerber mehr, die Öko-Agenda in den Schredder, keine Beschränkungen für Autoverkehr und Landwirtschaft, stattdessen mehr Polizei und viel mehr Abschiebungen, gerne auch nach Deutschland.

Politischer Notschrei

In den liberalen Medien Hollands weisen Kommentatoren darauf hin, dass der populistische Ein-Mann-Betrieb namens Wilders in Fragen von Religionsfreiheit und bei europäischen Verpflichtungen zur Migration am Rand oder jenseits der Verfassung agiert. Doch gerade dies focht die Wähler, die seine Freiheitspartei mit Abstand zur größten Fraktion machten, nicht im geringsten an; sämtlichen etablierten Parteien wurde in einer Art Polit-Ekel die Rote Karte gezeigt.

In Deutschland würde jetzt reflexhaft ein Parteienverbot für alle Wahlsieger gefordert. In den Niederlanden dagegen bereitet gerade ein sozialdemokratischer Exminister als offizieller "Sondierer" die rechte Koalition für Wilders vor. Und führende Liberalkonservative deuten den Erdrutsch nach Rechts als "Notschrei der Bevölkerung". Mehr noch - befragt über ihre mögliche Angst vor Wilders bekundeten sogar moslemische Zuwanderer ihre Sympathie: Es sei

Unruhige Eurokraten, verschwiegenes Massaker

höchste Zeit, Asylbewerbern das Gratisgeld zu streichen; das dicht besiedelte Holland sei voll; das Weltklima sei im Polder eh nicht zu retten, und die Bekämpfung von Kriminalität habe auch für Moslems höchste Priorität.

Schlaflose Nächte

Andere Länder, andere politische Sitten. Während Wahlen in Nachbarländern für Veränderung sorgen, ist dies in Deutschland nicht zu befürchten. Dass es sich bei AfD-Wählerstimmen eventuell auch um einen "Notschrei" handeln könnte - diese Deutung ließ nun der frühere Bundespräsident Joachim Gauck bei einem Fernsehgespräch und in einem Kölner Universitätsvortrag gerade noch so gelten. Besonders in Gaucks ostdeutscher Heimat wählten Menschen Rechtspopulisten, "um getröstet zu sein, um verstanden und beheimatet zu werden." Das klang gewohnt pastoral. Danach aber, so Gauck, wird es bei uns selbstredend eine Art Allparteienbündnis gegen Rechts geben, was die Landtagswahlen 2024 zu einem öden Zweikampf zwischen zwei Blöcken nach amerikanischem Vorbild macht. Ob das ein Trost sein kann für die Demokratie?

In Brüssel, wo Wilders als ein weiterer EU-kritischer und russophiler Leader im Fahrwasser Viktor Orbáns den Eurokraten jetzt schon schlaflose Nächte bereitet, blicken viele Strippenzieher zum Trost lieber nach Spanien. Dort haben die Stimmengewinne bei den jüngsten Wahlen ausnahmsweise nicht zum Sieg für das Rechtsbündnis gereicht. Stattdessen wurde der Sozialist Pedro Sanchez vor ein paar Tagen erneut Ministerpräsident. Doch gerade diese scheinbare Rückfahrt in die politische Mitte hat ihre Tücken. Sanchez bekam seine Mehrheit nur im Gegenzug für eine Amnestie separatistischer Parteien in Katalonien, für neue Sprachengesetze und Steuergeschenke an die Regionen. Als am Mittwoch Spaniens König Felipe VI. feierlich das Parlament eröffnete, verließen ausgerechnet die katalanischen und baskischen Unterstützer der neuen Regierung den Saal mit dem Schlachtruf: "Wir haben keinen König!" Spanien wirkt derzeit wie ein Land in der Zentrifuge.

Nicht einmal der sich hinziehende Sieg der Mitte-Links-Allianz in Polen taugt als Gegenbeispiel für einen Kontinent, der in der Multikrise immer mehr zu den politischen Extremen driftet. Die neue Mehrheit in Warschau steht mehrheitlich rechts von der CDU, wenn auch immer noch weit links von den unzimperlichen Machthabern der PiS. Während neuerdings auch in Schweden, Finnland und Italien extremrechte Parteien am Ruder sind, liefert einzig Dänemark ein Gegenbeispiel. Dort haben freilich die Sozialdemokraten eigenhändig ein drakonisches Regelwerk gegen illegale Zuwanderung und offene Grenzen auf den Weg gebracht, welches jeden "Notschrei" der Wähler gegen Migration in ein zufriedenes Brummen verwandelte.

Simple Botschaft

Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass von Wagenknecht bis Wilders, vom Brexit bis Meloni, vom steilen Aufschwung der AfD bis zum osteuropäischen Sonderweg sämtliche politischen Bruchkanten Europas von einer Lösung der Migrationskrise abhängen. Doch schafft es diese simple Botschaft über die deutschen Grenzen, die doch sonst überaus durchlässig sind? Beim Grünenparteitag forderte die Nachwuchstruppe der Partei vorsorglich das Verbot, mögliche Schattenseiten der Zuwanderung zu thematisieren, wie dies übrigens auch im Migrationspakt der Uno festgeschrieben steht. Augen zu und durch! Geht doch! Erich Honecker hat schließlich vorgemacht, wie es endet, wenn die Partei immer Recht hat.

Monströse Untaten im Sudan

Dann gab es diese Woche noch ein Massaker mit über 1000 Abgeschlachteten. Es fand bereits Anfang November statt, doch schaffte es anders als der hierzulande keineswegs allseits unbeliebte Terror der Hamas erst jetzt ins Kleingedruckte. Man muss im Netz lange suchen, um bei "Human Rights Watch" die monströsen Untaten einer Privatarmee namens "Rapid Support Forces" zu finden. Die Männer des RSF, geschult von russischen Wagner-Söldnern, vergewaltigten im sudanesischen Ort Ardamata Frauen, verbrannten Wehrlose bei lebendigem Leib und hackten selbst Neugeborenen massenhaft die Köpfe ab. Kommt uns das bekannt vor? Es handelt sich um einen Konflikt um Landbesitz, um Goldminen, aber auch um schieren Rassismus unter Moslems. "Tod den Sklaven" riefen die arabischen Täter, während sie die Angehörigen der schwarzen Ethnie der Masalit massakrierten. Es war wie so oft: "Black lives don't matter", jedenfalls solange keine US-Polizisten involviert sind. Und was besonders praktisch ist: Uno-Generalsekretär Guterres muss das Pogrom von Ardamata - anders als das in Israel - nicht verharmlosen, weil es für seine wählerrische Organisation kein Thema ist.

Unruhige Eurokraten, verschwiegenes Massaker

Außer dem Jahrhundertstaatsmann Kissinger ist diese Woche auch der polnische Schriftsteller Paweł Huelle gestorben, mit erst 66 Jahren. In Danzig geboren, widmet der Autor quasi sein gesamtes Werk der Geschichte seiner Vaterstadt und gerät damit zwangsläufig in die deutsche Historie mit ihren mal seligen, oft unseligen Ausformungen. Huelles genialste Idee ist eine Vorgeschichte von Thomas Manns "Zauberberg", dessen Held Hans Castorp in Danzig studiert. Diese Studienjahre von einem Polen in Manns opulentem Stil vor-erzählt zu bekommen, ist wundervolle literarische Mimikry - und wie so manch Großartiges in diesen geistfernen Zeiten nurmehr antiquarisch zu bekommen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 30, 2023

End of Document

Rücksichtslose nationale Egoismen; Weil für rechte Parteien die nationale Souveränität unabdingbar ist, sind sie zu gemeinsamem Handeln auf europäischer Ebene unfähig. Sie geraten sich unweigerlich in die Haare und blockieren sich gegenseitig

Die Welt

Dienstag 4. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; LEITARTIKEL; S. 7; Ausg. 127

Length: 1113 words

Byline: Thomas Schmid

Body

In Brüssel fand dieser Tage ein kleines europäisches Lehrstück statt - ein knappes Jahr vor der nächsten Wahl zum EU-Parlament. Es offenbarte ein grundsätzliches Dilemma jener weit rechts von der Mitte stehenden Parteien Europas, die der EU das Recht absprechen, eine supranationale politische Kraft zu sein. Und die EU in ein Konglomerat locker verbundener Nationalstaaten zurückverwandeln wollen. Gerade weil für sie die ungeschmälerte nationale Souveränität unabdingbar ist, sind sie zu gemeinsamem Handeln auf europäischer Ebene unfähig. Sie geraten sich unweigerlich in die Haare und blockieren sich gegenseitig.

Anlass war der **Asylkompromiss**, den die EU-Innenminister vor drei Wochen beschlossen hatten. Auf dem EU-Gipfel vom vergangenen Donnerstag und Freitag erklärten die Ministerpräsidenten von Polen und Ungarn, Mateusz Morawiecki und Viktor Orbán, dass sie den Kompromiss ablehnen. Sie seien grundsätzlich gegen die Verteilung von **Flüchtlingen** auf die EU-Staaten. Das entsprach ganz der Linie der polnischen PiS-Partei und von Fidesz aus Ungarn. Deren **Migrationspolitik** zielt ausschließlich auf die Abwehr jeglicher Zuwanderung.

Das ist im Prinzip auch die Position der Partei der italienischen Ministerpräsidentin. Doch Giorgia Meloni unterstützte den Asylkompromiss. In ihrer bisherigen Regierungszeit war es ihr nämlich nicht gelungen, ihr Wahlversprechen einzulösen, die Einwanderung über das Mittelmeer zu stoppen. Träte aber der Asylkompromiss in Kraft, wäre die unkontrollierte Ankunft von Bootsflüchtlingen in Italien so gut wie unterbunden. Meloni könnte ihrer Wählerschaft einen Erfolg präsentieren. Also bewegte sie sich auf die EU zu. Und von ihren beiden osteuropäischen Kollegen weg. Der Asylkompromiss ist ein Prestigeprojekt der EU. Denn er wäre der erste wirkliche Schritt zu einer gemeinsamen europäischen Migrationspolitik, die seit Jahren erfolglos beschworen wird. Auf dem Gipfel versuchten Olaf Scholz und Emmanuel Macron, die Ministerpräsidenten Polens und Ungarns umzustimmen. Nachdem sie damit gescheitert waren, unternahm Meloni einen weiteren Versuch. Mit größeren Erfolgsaussichten, wie es schien.

Rücksichtslose nationale Egoismen Weil für rechte Parteien die nationale Souveränität unabdingbar ist, sind sie zu gemeinsamem Handeln auf europäischer Ebene un....

Bevor sie Ministerpräsidentin wurde, hatte Meloni Polens PiS-Partei und Ungarns Fidesz stets als enge Verbündete gepriesen. Doch das half ihr diesmal nichts. Ihre beiden osteuropäischen Amtskollegen ließen sie auflaufen. Noch bevor die drei zu ihrem nur 25 Minuten dauernden Gespräch zusammenkamen, erklärte ihr Polens Regierungschef so verbindlich wie kühl: "Ich wünsche Giorgia viel Erfolg. Wir sind uns einig, dass wir uns nicht einig sind. Meinen italienischen Freunden wünsche ich viel Glück bei der Verwirklichung dieses Paktes. Ich glaube aber nicht, dass er eine gute Lösung ist. Denn er enthält keine Antwort auf die grundlegenden Fragen." Morawiecki wie Orbán wussten, dass ihre Gesinnungsgegnern Meloni einen Erfolg in der Asylfrage innenpolitisch braucht. Doch das war ihnen egal. Das zeigt: Wenn es konkret wird, kennen die Apostel der nationalen Souveränität keine Gemeinsamkeiten mehr. Weil das so ist und bleiben wird, hat die Idee eines Europas der Vaterländer, der die Italienerin, der Pole und der Ungar anhängen, kaum eine Chance.

Damit ist ein Europa gemeint, das allenfalls einen lockeren Verbund von Nationalstaaten darstellt. Die Wendung brachte zu Anfang der 60er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts der damalige französische Staatspräsident Charles de Gaulle auf. Er hatte damit weniger Europa als vielmehr Frankreich im Sinn. Da für ihn Frankreich die umstrittene Führungsmacht Europas sein sollte, kam für ihn die Abgabe von Souveränität nicht infrage. De Gaulle skizzierte seine Europa-Idee so: "Die Schaffung Europas ist sicherlich eine wichtige Sache. Allerdings darf man auf einem solchen Gebiet nicht Träumen nachhängen, sondern muss die Dinge so sehen, wie sie sind. Welches sind die Realitäten Europas? In Wirklichkeit sind es die Staaten. Es ist eine Schimäre, zu glauben, man könne etwas Wirksames schaffen und die Völker würden etwas billigen, was außerhalb oder über dem Staate stehen würde." Für de Gaulle war der Nationalstaat das letzte Wort der Geschichte. Und das ist er für die heutigen Vaterlands-Europäer noch immer. PiS, Fidesz, Fratelli d'Italia, Rassemblement National, AfD: Sie alle sind Gegner der Europäischen Union und würden sie am liebsten zugunsten eines nostalgischen Reigens von Einzelstaaten abschaffen. Realpolitisch versuchen sie freilich manchmal aus unterschiedlichen Gründen, sich mit der Realität EU zu arrangieren. Teils, weil die EU beträchtliche Geldmittel in ihr Land fließen lässt. Teils, weil - wie im Falle Italiens - innenpolitische Probleme des Landes ohne die EU kaum lösbar wären.

Ihr Verhältnis zur EU ist rein taktisch. Im Zweifelsfall hat das verabsolutierte nationale Interesse Vorrang. Weil es jedoch - von der Klima- bis zur Sicherheitspolitik - überstaatliche Interessen gibt, braucht es überstaatliche Zusammenschlüsse. Doch diese Idee ist den Anhängern der nationalen Souveränität verdächtig. Und fremd sind ihnen deswegen auch überstaatliche Zusammenschlüsse mit ihresgleichen. Dennoch liebäugeln seit einigen Jahren mehrere rechtspopulistische Parteien in Europa mit der Idee einer Internationale der Vaterlands-Europäer. So fand zum Beispiel 2017 in Koblenz am Rhein ein Treffen statt, bei dem unter anderem Marine Le Pen, Matteo Salvini, Geert Wilders und die damalige AfD-Vorsitzende Frauke Petry gemeinsam auftraten - und die paradoxe Idee einer Union der Unionsgegner propagierten. Obwohl sie alle Brüder und Schwestern im Geiste sind, gelang es ihnen nicht, ihrer vaterländischen Internationale Dauer zu verleihen. Dazu sind sie viel zu partikularistisch, zu selbstbezogen.

Was nicht heißt, dass mit ihnen nicht mehr zu rechnen wäre. In Polen, Ungarn, Italien, Schweden, Finnland und Kroatien führen sie Regierungen an oder sind an ihnen beteiligt. Mit Spanien könnte nach der Wahl in diesem Monat eine weitere konservative Regierung hinzukommen, diesmal unter Einschluss der rechtspopulistischen Partei Vox. Und mehrere Umfragen zur EU-Wahl im nächsten Jahr sagen den Parteien links von der Mitte, insbesondere den Grünen, beträchtliche Verluste voraus. Da dreht sich vermutlich der Wind. Aller Voraussicht nach werden im kommenden EU-Parlament die rechtspopulistischen Parteien an Stärke zunehmen. Und danach selbstbewusster auftreten. Es ist kein Zufall, dass sie heute schon von EVP-Politikern, allen voran Manfred Weber, umworben werden. Das sind keine guten Aussichten. Denn es wird das Gewicht jener zunehmen, für die am Ende nur die nationalen Egoismen zählen, rücksichtslos und roh.

forum@welt.de (forum@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 3, 2023

Rücksichtslose nationale Egoismen Weil für rechte Parteien die nationale Souveränität unabdingbar ist, sind sie zu gemeinsamem Handeln auf europäischer Ebene un....

End of Document

Eine Insel vor dem Kollaps; Seit Anfang der Woche haben mehr als 6000 Migranten Lampedusa erreicht. Ein Ortsbesuch

Die Welt

Freitag 15. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 180

Length: 871 words

Byline: Virginia Kirst

Body

Lampedusa

Mittwochabend auf der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa. Drei Männer stehen vor der Schlachterei "la Chianca del Toros", ihre Augen fixieren das Fleisch in der Auslage. Das Neonlicht spiegelt sich auf ihren Gesichtern. Sie sprechen kein Wort, starren nur das Fleisch an. Sie haben Hunger. Dann schaltet der Eigentümer das Licht der seines Geschäfts aus, das Fleisch verschwindet im Dunkeln, die Gesichter der Männer ebenfalls.

Die drei Männer gehören zu den 6.762 **Migranten**, die Lampedusa seit Montag auf dem Seeweg erreicht haben und am Mittwoch im Erstaufnahmezentrum registriert waren. Der sogenannte Hotspot ist mit diesen Zahlen völlig überfordert, ausgelegt ist er nur für 400 Menschen am Tag. Es gibt daher nicht mal ausreichend Platz auf dem Gelände der Sammelstelle für die vielen **Migranten**. Es fehlt an Duschen, Essen - an ein Bett für jeden ist nicht erst zu denken. Vor dem Hotspot sitzen die **Migranten** daher am Straßenrand, oder auf einem staubigen Platz, manche haben im Gestrüpp Schutz gesucht. Andere verteilen sich in Grüppchen über die ganze Insel.

Somit steht nicht nur der Hotspot, sondern die ganze Insel vor dem Kollaps. Insgesamt sind derzeit rund 9.000 Migranten auf der Insel, bei gerade einmal 6.300 permanenten Einwohnern. Doch die Lampedusiani haben keine Wahl, sie müssen sich mit den Migranten arrangieren, die in ihren kleinen Holz- und Metallschiffen auf ihrer Insel ankommen.

Auch wenn es innerhalb von drei Tagen so viele sind wie normalerweise in einem ganzen Monat. Bei diesen hohen Zahlen kommen die italienischen Behörden nicht hinterher. Sie müssen die Flugzeuge und Schiffe erst organisieren, die die Migranten von der Insel in die Migrationszentren auf Sizilien oder auf dem Festland bringen. Doch in der Zwischenzeit, so warnt der Priester der Insel, Don Carmelo Rizzo, stehe Lampedusa vor dem "totalen Kollaps": Die Situation sei "tragisch, dramatisch, apokalyptisch".

Eine Insel vor dem Kollaps Seit Anfang der Woche haben mehr als 6000 Migranten Lampedusa erreicht. Ein Ortsbesuch

So zeigten Filmaufnahmen vom Mittwochmorgen Menschen, deren Schiff abseits des Hafens angekommen war und die daher auf kleine Felsvorsprünge geklettert waren, um dem Meer zu entkommen. Am Dienstag ertrank ein fünf Monate altes Baby vor der Küste, als das Boot kenterte, auf dem es mit seiner Mutter war. Die Migranten hatten sich in der wackligen Metallschale zu schnell bewegt, als die italienische Küstenwache sich zu ihrer Rettung nährte. Alle anderen Passagiere konnten gerettet werden, für das Kind kam jede Hilfe zu spät.

Wie schon so häufig zuvor ist Lampedusa damit in diesen Tagen ein Spiegel der sich verschärfenden Migrationsströme von Nordafrika in die EU: Rund 124.000 Menschen haben die gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer in diesem Jahr bereits überstanden und sind an Italiens Küsten angekommen. Rund 1500 überlebten die Überfahrt nicht. Die Szenen auf der Insel zeigen auch die Überforderung der Politik mit der Situation, denn für die Einwohner reagieren sowohl die italienische Regierung als auch die EU zu langsam auf eine vorhersehbare Situation.

Der Stadtrat von Lampedusa rief am Mittwoch den Notstand aus. Filippo Mannino, parteiloser Bürgermeister, erklärte, dass die Einwohner mit diesem Signal auf ihre Forderung aufmerksam machen wollten: Nämlich, dass die Migrationsströme von der Insel weggeleitet werden müssten. Etwa, indem Schiffe vor der Insel vor Anker liegen würden, die sich um die Aufnahme der Migranten kümmern. "Wir fordern Hilfe und Unterstützung für eine Insel, die in diesen Monaten unter großem Stress steht", sagte Mannino. Dieser Stress zeigt sich auch auf den Straßen der Hauptstraße Via Roma. Dort flanieren braungebrannte und für den Abend angezogene Touristen, zwischen ihnen Migranten in ausgetretenen Flipflops und mit einem rot-weißen Erkennungskärtchen um den Hals, der Registrierungsnummer des Hotspots.

Die Gruppen beäugen sich. Die meisten Migranten sind sehr junge Männer, viele von ihnen wohl noch nicht volljährig. Sie sagen, dass sie aus Mali kommen, aus dem Sudan, von der Elfenbeinküste und aus Guinea. Manche haben ihr Heimatland vor einem Monat verlassen, andere vor dreien. Fragt man sie, wohin sie möchten, antworten sie "Italy" oder "Roma". Auf die Frage, was sie dort möchten, lächeln sie und zucken die Schultern. Ein junger Mann aus dem Sudan sagt: "Peace" - Frieden.

Die Einwohner sind indes mit der Situation sichtlich überfordert. Der Rentner Salvatore Garito fasst am folgenden Morgen ihre Stimmung zusammen: "Genug ist genug. Es sind einfach zu viele." Garito erzählt, wie sich die Lampedusianer seit Jahren um die Migranten kümmern, die auf ihrem Weg in die EU bei ihnen stranden. Wie sie sie mit Decken versorgen, mit Brot und Wasser. "Wir haben alles gegeben, was wir hatten. Aber jetzt ist nichts mehr da."

Wenn die Zahlen so hoch sind wie jetzt, hat die Migration auch einen negativen Effekt auf das wichtigste Geschäft Lampedusas: den Tourismus. Zwar ist mit dem August die Hauptsaison vorbei, doch auch im September sind viele Hotels ausgebucht - doch im Angesicht der Krise stornieren viele Besucher ihre Reisen. Den Einwohnern bleibt daher nur zu hoffen, dass die italienische Regierung ihr Wort hält und in den kommenden Tagen wirklich alle Migranten nach und nach ans Festland bringen wird.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Im Hafen von Lampedusa warten Migranten auf die Weiterfahrt zum Festland

Load-Date: September 14, 2023

Eine Insel vor dem Kollaps Seit Anfang der Woche haben mehr als 6000 Migranten Lampedusa erreicht. Ein
Ortsbesuch

End of Document

Der saudische Bling-Bling-Masterplan - und die Realität; Spektakuläre Transfers in die Fußball-Liga von Saudi-Arabien erregen viel Aufmerksamkeit. Das Land wird so nur vordergründig liberaler

Die Welt

Donnerstag 24. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 164

Length: 788 words

Byline: Christine Kensche

Body

Tel Aviv

Der Transfer des brasilianischen Fußballers Neymar war die Hauptnachricht in der Presse Saudi-Arabiens. Auch westliche Medien bestaunten seinen märchenhaften Empfang. Doch gleichzeitig machte eine andere Nachricht Schlagzeilen.

Laut Human Rights Watch haben saudische Grenzbeamte Hunderte **Geflüchtete** aus Äthiopien getötet. In lokalen Medien findet sich dazu kein Wort. Am Golf gibt es keine Pressefreiheit.

Seit Kronprinz Mohammed Bin Salman , kurz MBS, 2017 auf den Thron gekommen ist, hat er eine Parallelwelt errichtet. "Vision 2030" heißt der Masterplan, mit dem er weg vom Image der Öl-reichen Scharia-Diktatur kommen will, hin zu einer modernen Monarchie mit zukunftsweisenden Technologien und viel luxuriösem Bling-Bling. MBS will die saudische Wirtschaft, die noch immer vom schwarzen Gold abhängt, binnen weniger Jahre diversifizieren. Er investiert in Luftfahrt, Finanzbranche, Landwirtschaft, gigantische Bauprojekte - und in Sport.

Besonders im Fußball macht sich das bemerkbar. Bislang unbekannte Vereine wie Al-Ahli, Al-Hilal, Al-Ittihad und Al-Nassr kauften reihenweise Superstars wie Neymar, Cristiano Ronaldo, Karim Benzema und Sadio Mané ein. Die Clubs gehören zu 75 Prozent dem saudischen Staatsfonds, ihre finanziellen Möglichkeiten sind damit nahezu unbegrenzt. Bereits 2029 sollen die asiatischen Winterspiele im Wüstenstaat stattfinden. Riad baut an der "Mall of Saudi" mit der weltweit größten Indoor-Skipiste . Geht es nach dem Prinzen, sollen Olympische Spiele und eine Fußball-WM folgen.

Auch deutsche Firmen sind an den Prestige-Projekten des saudischen Herrschers beteiligt. Zum Beispiel an der "Stadt der Zukunft", die MBS am Roten Meer erbauen lässt. "The Line" heißt die Stadt, die in einem gigantischen Gebäude Platz finden soll: 170 Kilometer lang, 200 Meter breit, 500 Meter hoch und komplett verspiegelt. Flugtaxis

Der saudische Bling-Bling-Masterplan - und die Realität Spektakuläre Transfers in die Fußball-Liga von Saudi - Arabien erregen viel Aufmerksamkeit. Das Land wird....

, selbstfahrende Züge und E-Scooter sind für den Transport vorgesehen; betrieben werden soll die Stadt mit 100 Prozent erneuerbarer Energie aus Wind, Sonne und grünem Wasserstoff.

"The Line" ist Teil des noch größeren Projekts "Neom", zu dem auch eine künstliche Insel, Sportstätten und ein Hafen gehören. Die deutschen Tiefbaukonzerne Bauer und Keller, die Thyssenkrupp-Tochter Nucera, die Anlagen zur Herstellung von grünem Wasserstoff baut und das Start-up Volocopter aus Hamburg, das Flugtaxis entwickelt, beteiligen sich an dem Bauvorhaben. Nach Schätzungen von Menschenrechtsaktivisten sollen rund 20.000 Beduinen für das Bauprojekt vertrieben worden sein.

Die, die sich wehren, lässt das Regime hinrichten oder lebenslang einsperren, wie die Vereinten Nationen berichten. Allein 2022 tötete Saudi-Arabien 196 Menschen. Die Monarchie liegt auf Platz drei der meisten Hinrichtungen weltweit, hinter China und dem Iran. Vordergründig wird die Gesellschaft in kleinen Schritten liberaler. MBS erlaubte Frauen das Autofahren und beendete den Zwang, einen Schleier zu tragen. Im Hintergrund werden Menschenrechtsaktivisten weiter verfolgt.

Der wohl prominenteste Fall für den Umgang Saudi-Arabiens mit Kritikern ist Jamal Khashoggi. Der saudisch-arabische Journalist ging 2017 in die USA und schrieb von dort über die Verfolgungen in seiner Heimat. 2018 wurde Khashoggi in das saudische Konsulat in Istanbul gelockt, wo er getötet und zersägt wurde. Mit seiner Image-Offensive wollte MBS den Vorfall vergessen machen. Nun kommen ihm die schweren Vorwürfe von Human Rights Watch (HRW) über Tötungen an der saudisch-jemenitischen Grenze in die Quere.

"Die saudischen Behörden töten Hunderte von Migranten und Asylbewerbern in diesem abgelegenen Grenzgebiet vor den Augen der Weltöffentlichkeit", sagt Nadia Hardman, die Augenzeugenberichte, Satellitenbilder, Fotos und Videos zusammengetragen hat. In ihrer Arbeit als Forscherin für Flüchtlings- und Migrantenrechte habe sie noch niemals solche brutalen Verbrechen gesehen, sagt Hardman. Zeugen berichteten ihr von Frauen-, Männer- und Kinderleichen, die schwer verletzt, tot und zerstückelt im bergigen Grenzgebiet verstreut lagen. Wie saudische Grenzpatrouillen auf sie schossen.

HRW fordert die Vereinten Nationen auf, eine Kommission einzurichten, die untersucht, ob es sich bei den unzähligen Vorfällen um systematische Tötungen handelt, und damit den Tatbestand "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" erfüllt. Ob sich für Saudi-Arabien daraus Konsequenzen ergeben, ist allerdings zweifelhaft. Nach der Ermordung Khashoggis kündigte der damalige US-Präsidentenkandidat Joe Biden an, Mohammed Bin Salman zum "Paria" machen zu wollen. Inzwischen müht sich der US-Präsident ab, Riad wieder zum Partner zu machen. An dem Geld, Öl und politischem Einfluss Saudi-Arabiens kommt offenbar niemand vorbei.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 23, 2023

Arbeitsmigration ist kein Selbstzweck

Die Welt

Mittwoch 11. Januar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 8

Length: 327 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Auch der neue **Migrationsbericht** belegt eine seit Jahrzehnten bestehende Schieflage des Wanderungsgeschehens in die Bundesrepublik: Unter allen Nichteuropäern, die nach Deutschland einwandern, kommt nur ein kleiner Teil per Arbeitsvisum, der größere Teil wandert als **Asylsuchender** oder per Familiennachzug ein.

Diese Schieflage will die Ampel-Regierung beheben. Allerdings nicht durch Eindämmung der meist per illegaler Migration ablaufenden Asylzuwanderung, sondern durch mehr Arbeitsvisa für Nichteuropäer. Dies ist leicht umsetzbar, wenn man die Anforderungen nur weit genug absenkt und die schon bestehenden Möglichkeiten, ein Arbeitsvisum auch ohne Deutschkenntnisse oder eine Berufsausbildung zu erhalten, ausbaut.

Doch benötigt Deutschland tatsächlich, abgesehen von echten Fachkräften, noch mehr legale Arbeitszuwanderung? Immerhin hat das Land Vollbeschäftigung noch nicht erreicht, zwei Millionen Arbeitslose und noch mehr "Arbeitsuchende" hängen in der Luft. Zudem ist Deutschland schon seit vielen Jahren und auch im Jahr 2021 mit großem Abstand das wichtigste Zielland auch für Arbeitszuwanderung in Europa. Hunderttausende EU-Bürger, vor allem aus Rumänien, Polen und Bulgarien, kommen jährlich ins Land, um hier Geld zu verdienen. Überwiegend kehren sie nach einiger Zeit wieder zurück.

Auch bei Studenten- und Arbeitsvisa für Nicht-EU-Ausländer liegt Deutschland vorn. Deswegen kann auch nicht die Rede davon sein, dass es in der Bundesrepublik allgemein zu wenig Arbeitskräfte gebe. Inzwischen zählt das Statistische Bundesamt 45,6 Millionen Beschäftigte in Deutschland, das ist ein Allzeithoch und bedeutet fünf Millionen mehr Arbeitnehmer als noch vor 15 Jahren.

Und um mangelnde Zuwanderung von Geringqualifizierten, also von Menschen, die für leicht erlernbare Tätigkeiten in Betracht kommen, muss sich ein Land mit offenen Grenzen nun wirklich gar keine Sorgen machen.

marcel.leubecher@welt.de (marcel.leubecher@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: January 10, 2023

End of Document

"Wir erleben gerade einen Kippunkt"; Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) sieht seine Stadt angesichts der starken Migration am Limit. An der Abgrenzung seiner Partei zur AfD will er nichts ändern

Die Welt

Freitag 13. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 199

Length: 1260 words

Byline: Sabine Menkens

Body

Kai Wegner, 51, ist seit April Regierender Bürgermeister von Berlin. Der CDU-Politiker schildert die drastischen Folgen der Zuwanderung - und bietet der Bundesregierung eine Zusammenarbeit an.

WELT:

Herr Wegner, in den vergangenen Tagen haben arabischstämmige Berliner Freudenfeiern veranstaltet, nachdem die Hamas Israel überfallen hat. Welches Rezept haben Sie gegen solche Auswüchse radikaler Parallelgesellschaften?

Kai Wegner:

Das alles Entscheidende ist, dass wir solche Bilder künftig verhindern. Es passt nicht zu der Stadt der Freiheit, dass Menschen auf den Straßen tanzen, weil Terror über ein Land gezogen und Menschen verschleppt werden. Wir werden gegen Antisemitismus und Volksverhetzung sehr konsequent vorgehen. Dennoch muss man sagen: Es war eine kleine, radikale Minderheit, die gefeiert hat. Die allermeisten arabischstämmigen Menschen haben sich in Berlin nicht daran beteiligt. Es ist wichtig, dass sich die Stadt in dieser schwierigen Situation nicht spalten lässt.

Der deutsch-jüdische Sportverein Makkabi hat seinen Spielbetrieb aufgrund der anti-jüdischen Proteste aus Sicherheitsgründen eingestellt. Wie reagieren Sie darauf?

Die Sicherheitslage hat sich durch die Terror-Angriffe auf Israel weltweit und auch in Berlin massiv verschärft. Wir unternehmen mit der Berliner Polizei alles, um die Sicherheit der jüdischen und israelischen Einrichtungen und Gemeinden oder auch des Sportvereins Makkabi sicherzustellen. Der Schutz des jüdischen Lebens ist Staatsräson.

Wie die meisten anderen Kommunen ist Berlin mit Flüchtlingen vollgelaufen. Wie ist die Lage?

"Wir erleben gerade einen Kippunkt" Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) sieht seine Stadt angesichts der starken Migration am Limit. An der Abgr....

Im Schnitt kommen jeden Tag etwa 250 Geflüchtete in Berlin an. Das Landesamt für Flüchtlinge hat bereits Alarm geschlagen, weil sämtliche Unterkunftsplätze belegt sind. Wir haben deshalb angefangen, Großunterkünfte wie den ehemaligen Flughafen Tegel noch weiter auszubauen. Eine gute Unterbringung stelle ich mir zwar anders vor. Ich habe aber keine Alternative. Das Gleiche gilt für die Bildung. Bis zum Ende des Jahres werden wir 2500 Kinder haben, die wir beschulen müssten. Allein in Tegel wären das drei komplette Grundschulen. Die werden wir so schnell nicht bauen können. Wir wollen deshalb in der Flüchtlingsunterkunft Willkommensklassen einrichten, damit die Kinder nicht mehr 24 Stunden die Decke oder die weiße Wand anstarren, wie es vor meinem Amtsantritt leider auch der Fall war. Diese Situation werde ich nicht länger zulassen. Die Schulpflicht muss eingehalten werden.

Der linke Vorgängersenat war beim Thema Abschiebungen eher zurückhaltend. Wollen Sie das jetzt ändern?

Wir ändern das bereits. Berlin ist hinsichtlich der Rückführungen bundesweit im oberen Drittel angekommen und liegt hinter Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen auf dem vierten Platz. Natürlich müssen wir uns von den Menschen trennen, die keine Bleibeperspektive haben. Nur so erhalten wir die Akzeptanz der Bürger für unsere Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir brauchen dabei ein abgestimmtes Verfahren der Länder. Das gilt auch für die Frage von Sachleistungen. Ich würde gerne ein Bezahlkartensystem mit Prepaid-Cards einführen.

Die Wahlsiege der Union in Hessen und Bayern haben gemischte Botschaften hervorgebracht. In Bayern fuhr Ministerpräsident Markus Söder (CSU) einen eher krachledernden Anti-Grünen-Kurs und musste dennoch Stimmen an AfD und Freie Wähler abgeben. In Hessen triumphierte Boris Rhein mit eher moderaten Tönen. Welche Schlüsse ziehen Sie daraus?

Zunächst einmal den, dass zwei sehr erfolgreiche Ministerpräsidenten wiedergewählt worden sind und alle Ampel-Parteien verloren haben. Zum anderen beobachten wir den starken Anstieg der AfD. Auch das ist eine Folge der Frustration über die Politik der Ampel-Regierung. Ich wünsche mir, dass diese Signale jetzt in der Bundesregierung verstanden und ernst genommen werden. Die Menschen erwarten eine Veränderung, vor allem in der Migrationspolitik. Diese Aufgabe hat die Bundesregierung jetzt - und die Opposition hat die Verantwortung, daran mitzuwirken.

Ist das ein Plädoyer für eine Art große Koalition - den "Deutschland-Pakt", den Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) schmieden will?

Wir erleben gerade einen Kippunkt in unserer Gesellschaft. Viele Menschen haben ihr Vertrauen in die Politik und in staatliche Institutionen verloren, weil sie sehen, dass Länder, Städte und Kommunen nicht mehr in der Lage sind, die vielen Geflüchteten ordentlich unterzubringen. Hier braucht es eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bundesländern und Bundesregierung. Dabei geht es nicht mehr nur um Geld. Wir müssen es schaffen, uns auf die Menschen zu fokussieren, die wirklich um ihr Leben fürchten und unsere Hilfe brauchen. Bei den anderen braucht es verstärktere und konsequenterere Rückführungen. Und viele Menschen dürfen gar nicht erst nach Europa kommen.

Wie sollen sie von Europa ferngehalten werden?

Wir brauchen Ankunftscentren an den Außengrenzen, damit bereits dort eine Aufnahme geprüft wird und eine Registrierung stattfindet. Außerdem muss die Bundesregierung mehr Länder als sichere Herkunftsänder ausweisen - etwa Moldau oder Georgien. Das muss endlich umgesetzt werden. Das Ziel muss sein, dass wir zu einer gesteuerten Zuwanderung kommen.

Die Union kann siegen, aber sie ist auf linke Parteien angewiesen, wenn sie nicht mit der AfD zusammenarbeiten will. Was bedeutet das für die Handlungsfähigkeit der Partei?

Entscheidend ist, dass die demokratischen Parteien gemeinsam daran arbeiten, dass es eine Mehrheitsbildung in der Mitte der Gesellschaft gibt. In Hessen und Bayern kriegen wir das hin. Bezüglich der anstehenden Landtagswahlen in den ostdeutschen Ländern im kommenden Jahr mache ich mir hingegen Sorgen. Die Menschen müssen jetzt spüren, dass ihre Probleme gesehen, ernstgenommen und vor allem gelöst werden. Bei den

"Wir erleben gerade einen Kippunkt" Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) sieht seine Stadt angesichts der starken Migration am Limit. An der Abgr....

Landtagswahlen letzten Sonntag haben sie mit ihrem Votum doch das klare Signal gesetzt, dass sich etwas ändern muss. Die Demokratie stärkt man aus der Mitte, und Regierungen müssen aus der Mitte des politischen Spektrums gebildet werden. Eine Zusammenarbeit mit der AfD darf es niemals geben. Und mit mir wird es sie auch nicht geben.

Der zurückgetretene Vorsitzende der Grundwertekommission, Andreas Rödder, hat gesagt, es bringe nichts, ständig über Brandmauern zu sprechen. Wenn die AfD Anträgen der CDU zustimme, dann sei das normales parlamentarisches Verhalten. Ist das richtig?

Es passiert in den unterschiedlichsten Landtagen, dass die AfD bei Anträgen mitstimmt. Wichtig ist, dass man sich nie von der AfD abhängig macht und dass es niemals Absprachen mit der AfD gibt. Der Begriff Brandmauer ist daher nicht falsch. Jeder muss wissen, dass die CDU eine klare Grundhaltung hat. Und die lautet: Mit Faschisten arbeiten wir nicht zusammen.

Das heißt, Minderheitsregierungen, die sich von der AfD tolerieren lassen, wären mit Ihnen nicht zu machen?

Nein, weil man sich dann in Abhängigkeit dieser Partei begibt und Absprachen treffen muss. Diese Partei darf niemals Einfluss auf deutsche Politik bekommen, egal ob in den Kommunen, den Ländern oder auf Bundesebene. Abgesehen davon bin ich ohnehin kein Freund von Minderheitsregierungen. Wir leben in ernsten Zeiten, da braucht es stabile Regierungen.

Die CDU ergeht sich in Richtungsstreitigkeiten. Für Parteichef Friedrich Merz sind die Grünen die Hauptgegner, andere koalieren mit ihnen. Welcher Kurs ist für die CDU am erfolgversprechendsten?

Die CDU ist immer dann stark, wenn sie einen Kurs der Mitte fährt - unideologisch, pragmatisch, lösungsorientiert. Wir müssen die Probleme der Menschen adressieren und zuhören.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 13, 2023

End of Document

"Zustrom an Flüchtlingen" - Kommunalpolitiker schreiben Brandbrief; Bürgermeister und Landräte aus Hessen fordern die Bundesregierung auf, in der Migrations- und Flüchtlingspolitik umzusteuern. Es mangele allerorten an Kapazitäten

Die Welt

Donnerstag 2. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 24

Length: 546 words

Byline: Sebastian Beug

Body

Es ist ein Hilferuf von der Basis im Land: Die Bürgermeister und der Landrat des Main-Taunus-Kreises haben einen Brandbrief an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Hessens Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) geschrieben. In dem Schreiben, das WELT vorliegt, fordern sie eine Begrenzung und Steuerung des Zustroms von Flüchtlingen.

"Steuern und begrenzen Sie den Zustrom an Flüchtlingen aktiv! Schauen Sie genau hin, wer unserer Hilfe bedarf und wer nicht!", lautet der Appell am Ende des Briefes, in dem auch mehr Abschiebungen gefordert werden. "Führen Sie Menschen, die sich unrechtmäßig in der Bundesrepublik aufhalten, auch aktiv zurück, damit wir unsere Ressourcen für die einsetzen können, die wirklich unserer Hilfe bedürfen!"

Und weiter: "Helfen Sie uns durch konsequente Anwendung von Gesetzen, um der aktuellen Lage gerecht zu werden und setzen Sie keine weiteren Anreize, sich aus wirtschaftlichen Gründen auf den Weg in die Bundesrepublik zu machen."

Unterzeichnet ist das Schreiben von Landrat Michael Cyriax (CDU), mehreren Kreisbeigeordneten, darunter auch FDP- und Grünen-Politiker, sowie den Bürgermeistern der zwölf Gemeinden im Kreis. Unter ihnen ist auch Alexander Immisch (SPD) aus Schwalbach - der Heimatgemeinde von Innenministerin Nancy Faeser (ebenfalls SPD). Faeser hatte Pläne der EU, Abschiebungen zu erleichtern, erst vor wenigen Tagen abgelehnt.

Begründet wird die Forderung nach einer Begrenzung der Zuwanderung mit einer drohenden Überlastung. Derzeit lebten in dem Landkreis, der die zweithöchste Bevölkerungsdichte aller Landkreise in Deutschland aufweist, 8599 Flüchtlinge. "Aktuell mieten wir wieder Hotels und private Unterkünfte an, um die Lage zu bewältigen", heißt es in dem Schreiben. "Doch machen wir uns nichts vor: Bei immer weiter anwachsenden Fluchtbewegungen sind unsere Kapazitäten endlich."

"Zustrom an Flüchtlingen" - Kommunalpolitiker schreiben Brandbrief Bürgermeister und Landräte aus Hessen fordern die Bundesregierung auf, in der Migrations- und....

Schon heute würden viele ansässige Familien nur noch schwer adäquaten Wohnraum finden. "Diese Lage am Wohnungsmarkt verschärft sich massiv durch die Fluchtbewegungen", heißt es weiter. Die Unterzeichner fordern auch, dass bei der Verteilung von Asylbewerbern und Flüchtlingen stärker die Fläche eines Landkreises berücksichtigt wird. Denn in dem Landkreis im Speckgürtel von Frankfurt/Main gebe es kaum Leerstand oder Bauflächen. Bisher sind Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft wichtige Kriterien.

Auch bei der Versorgung der bereits aufgenommenen Menschen stößt der Main-Taunus-Kreis an Grenzen. Als Probleme werden in dem Schreiben die Betreuung, Schulplätze und Integrationskurse genannt. "Im Hinblick auf die Aufnahme von Geflüchteten müssen wir in unseren Ämtern Personal einsetzen, das entsprechend fachlich qualifiziert sein muss", schreiben die Kommunalpolitiker. Es gelinge nur noch mit erheblichem Aufwand, das dafür nötige Personal am Arbeitsmarkt zu finden - Grund sei der Fachkräftemangel.

In dem Brief wird aber auch betont, dass die Kommunen im Main-Taunus-Kreis grundsätzlich bereit seien, Flüchtlingen zu helfen. "Seit Jahren helfen wir vielen Menschen, hier in Sicherheit zu leben. Dies schaffen wir durch den unglaublichen Zusammenhalt der kommunalen Familie und der vielen Helfer vor Ort", endet der Brandbrief. "Bitte überfordern Sie diese Strukturen nicht. Helfen Sie uns, den Menschen zu helfen."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Michael Cyriax (CDU), Landrat in Hessen MTK

Load-Date: February 1, 2023

End of Document

Schwerer Behördenfehler im Fall Brokstedt; Bundesamt für Migration wollte Ibrahim A. den Schutztitel entziehen - konnte ihn aber nicht vorladen

Die Welt

Donnerstag 2. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 24

Length: 1153 words

Byline: Marcel Leubecher

Ulrich Exner

Body

Im Fall des mutmaßlichen Messerangreifers von Brokstedt gab es einen schweren Behördenfehler bei der Übermittlung von Adressdaten, wie WELT exklusiv erfuhr. Der Palästinenser verfügte bis zu seiner mutmaßlichen Gewalttat in der vergangenen Woche in einem Regionalzug bei Brokstedt über einen subsidiären Schutztitel, er war also im Status eines anerkannten **Asylbewerbers** und kam damit generell nicht für eine Abschiebung in Frage. Diese ist nur bei Ausreisepflichtigen möglich.

Schweren Straftätern wie dem mehrfach vorbestraften Ibrahim A. kann aber der Schutztitel entzogen werden - und zwar über ein Widerrufsverfahren. Dieses hatte das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) auch schon im November 2021 eingeleitet. Es wurde aber bisher nicht abgeschlossen.

Wie WELT nun aus Kreisen des Bundesinnenministeriums erfuhr, scheiterte das Verfahren daran, dass Ibrahim A. nicht zur Anhörung im Rahmen des Verfahrens zum Entzug seines Schutztitels eingeladen werden konnte. Der Grund dafür: Dem BAMF wurde nicht mitgeteilt, dass der heute 33-Jährige sich in der Justizvollzugsanstalt Billwerder in Hamburg befand. Dort saß er damals wegen eines anderen Messerdelikts in Untersuchungshaft und wurde erst sechs Tage vor der Tat von Brokstedt in Schleswig-Holstein entlassen. Laut den WELT-Informationen versuchte das BAMF insgesamt dreimal, Ibrahim A. eine Einladung zur Anhörung zuzustellen, um ihm Gelegenheit zu geben, zu dem beabsichtigten Widerruf seines Schutztitels Stellung zu nehmen. Zweimal kam das Einladungsschreiben wegen "unbekannt verzogen" zurück. Anschließend erkundigte sich das Bundesamt bei der für Ibrahim A. zuständigen Ausländerbehörde Kiel, ob ein neuer Aufenthaltsort bekannt sei. Im März 2022 erhielt das BAMF von der Ausländerbehörde die Information, der Antragsteller sei seit Juli 2021 obdachlos. Die Ausländerbehörde teilte aber eine "ladungsfähige Adresse" mit, und zwar eine Art Sammelanschrift für Obdachlose. Auch unter dieser Adresse versandete der Zustellungsversuch des BAMF. Die Einladung zur Anhörung im

Schwerer Behördenfehler im Fall Brokstedt Bundesamt für Migration wollte Ibrahim A. den Schutztitel entziehen - konnte ihn aber nicht vorladen

Widerrufsverfahren war wieder "unzustellbar". Und zwar, weil Ibrahim A. zu diesem Zeitpunkt schon längst im Gefängnis Billwerder in Hamburg einsaß.

Auf Anfrage an das BAMF will ein Sprecher die WELT-Informationen "weder bestätigen noch dementieren". Auf WELT-Anfrage an die Ausländerbehörde (ABH) Hamburg, warum der "Umzug des Ibrahim A. in die Haftanstalt Billwerder nicht in das Ausländerzentralregister eingetragen wurde, beziehungsweise warum die übrigen Behörden nicht darüber informiert wurden", antwortet ein Sprecher: "Die Ausländerbehörde Hamburg war und ist für die aufenthaltsrechtliche Sachbearbeitung nicht zuständig - diese liegt bei der ABH der Landeshauptstadt Kiel." Laut der Ausländerbehörde in Kiel sendete ihr die Justizvollzugsanstalt Billwerder erst am 4. Mai 2022 die Nachricht, dass Ibrahim A. dort in Untersuchungshaft saß, wie eine Sprecherin auf WELT-Anfrage mitteilt.

Die Justizvollzugsanstalt Billwerder antwortete bis zur Veröffentlichung dieses Berichts nicht auf die Anfrage, warum sie die Adresse von Ibrahim A. nicht früher an die übrigen Behörden weiterleitete.

Gründe dafür, Ibrahim A. die Schutzberechtigung möglicherweise zu entziehen, lieferte der heute 33-Jährige spätestens durch einen Messerangriff in Hamburg im Januar 2022. Doch auch zuvor fiel er laut "Spiegel"-Informationen mindestens 20 Mal polizeilich auf. Rechtskräftig verurteilt wurde er in seiner Zeit in Nordrhein-Westfalen, wo er vor seinem Umzug nach Schleswig-Holstein lebte, dreimal: wegen Diebstahls (2015), gefährlicher Körperverletzung (2016) und Betäubungsmittelhandels (2018). Bei dem Angriff in dem Regionalzug von Kiel nach Hamburg auf Höhe Brokstedt waren in der vergangenen Woche eine 17-Jährige und ein 19-Jähriger getötet worden. Fünf weitere Menschen wurden verletzt. Gegen den mutmaßlichen Täter, den Palästinenser, ist Haftbefehl erlassen worden. Ihm wird zweifacher heimtückischer Mord und viermal versuchter Totschlag vorgeworfen.

Der Entzug seines Schutztitels wäre nur eine notwendige und keine hinreichende Bedingung dafür gewesen, dass Ibrahim A. hätte abgeschoben werden können. Deutschland schiebt generell keine Flüchtlinge, also Schutzberechtigte ab. Das ist ausgeschlossen, sobald jemand Asyl, Flüchtlingschutz oder subsidiären Schutz in Deutschland genießt. Allerdings kann der Schutz bei schweren Straftaten entzogen werden, genau das wurde bei Ibrahim A. versucht. Ob der Palästinenser aber dann auch hätte abgeschoben werden können, falls er schon seinen Schutztitel und die entsprechende Aufenthaltserlaubnis verloren hätte und so ausreisepflichtig gewesen wäre, ist fraglich.

In seltenen Fällen gelingt dies, doch Palästinenser gehören zu einer jener vielen Gruppen, in denen die Rückführung besonders schwierig ist. Laut einer vertraulichen Auswertung der EU-Kommission zu den Abschiebungshürden für Palästinenser heißt es: Die unbedingt erforderlichen Reisedokumente würden nur ausgestellt, nachdem "jordanische, ägyptische und vor allem israelische Behörden die Rückkehr über ihr Staatsgebiet genehmigt haben, weil der direkte Zugang zu palästinensischem Gebiet fehlt". Charterflüge von Rückkehrern seien "nicht möglich, weil alle Flughäfen auf palästinensischem Gebiet seit Jahren geschlossen sind". Die Ausstellung der Reisepässe für palästinensische Ausreisepflichtige in der EU hänge von der Überprüfung der israelischen Behörden ab. Diese verlangten von jedem Rückkehrer einen eigenhändig unterschriebenen Antrag; die Prozedur sei "zeitaufwendig und kann zwei, drei Monate dauern".

An der bisherigen Einstufung von Ibrahim A. als "staatenlosem" Palästinenser kamen in den Behörden inzwischen Zweifel auf. Schleswig-Holsteins Integrationsministerin Aminata Touré (Grüne) sagte am Mittwoch im Innen- und Rechtsausschuss des Landtags in Kiel, es sei keine Feststellung der Staatenlosigkeit durch die Behörden erfolgt, deswegen werde er hinsichtlich seiner Herkunft unter "ungeklärte Staatsangehörigkeit" geführt. Landesinnenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) bezeichnete den 33-Jährigen deshalb im Ausschuss nur noch als Palästinenser, nicht mehr als Staatenlosen. Daran, dass er in Gaza geboren wurde und im Dezember 2014 nach Deutschland einreiste, regte sich bisher kein Zweifel. Angaben zu Staatsangehörigkeit, Alter und ähnlichen Personenangaben sind für die Behörden oft sehr schwierig zu ermitteln, weil jährlich zehntausende Asylsuchende ohne jedes Personaldokument einreisen.

Auch der Hamburger Bürgerschaft begann am Mittwoch die politische Aufarbeitung der Messerattacke im Regionalzug zwischen Kiel und der Hansestadt. In einer emotional aufgeladenen Debatte wies Justizsenatorin

Schwerer Behördenfehler im Fall Brokstedt Bundesamt für Migration wollte Ibrahim A. den Schutzztitel entziehen - konnte ihn aber nicht vorladen

Anna Gallina (Grüne) Kritik der Opposition hinsichtlich des Umgangs ihrer Behörde mit dem mutmaßlichen Täter zurück. Die Freilassung von Ibrahim A. aus der Untersuchungshaft sechs Tage vor der Tat sei rechtens gewesen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: February 1, 2023

End of Document

Australien plant harte Strafen bei Visavergehen; Reaktion auf Entscheidung des Obersten Gerichts

Die Welt

Freitag 17. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 9; Ausg. 224

Length: 286 words

Byline: Ap

Body

Vorbestraften **Migranten** in Australien sollen künftig bei Verstößen gegen Visabestimmungen mehrjährige Haftstrafen drohen. Ein entsprechendes Gesetz brachte Einwanderungsminister Andrew Giles im Eilverfahren im Parlament ein, wo es am Morgen das Abgeordnetenhaus passierte. Später stimmte die Regierung weiteren Änderungsanträgen für die Vorlage durch die Opposition zu, um eine Unterstützung im Senat zu gewährleisten. Damit reagierte Giles auf eine Entscheidung des Obersten Gerichts, wonach ausländische Staatsbürger nicht als Alternative zu einer Abschiebung unbegrenzt inhaftiert werden könnten. Die bisherige Praxis sei verfassungswidrig. Noch 2004 hatte die Instanz die unbegrenzte Inhaftierung von staatenlosen Personen in **Migrantenslagern** für zulässig erklärt, wenn deren Abschiebung aus Australien nicht möglich sei. Die Regierung ließ nach dem jüngsten Gerichtsurteil 84 straffällig gewordene **Migranten** frei. Viele von ihnen seien wegen Verbrechen wie Mord und Vergewaltigung verurteilt worden, hieß es. Ihnen allen waren wegen der Schuldsprüche oder anderweitiger Belege für schlechtes Verhalten entweder die Visa annulliert oder verwiegt worden. Nach ihrer Freilassung müssen sich der Regierung zufolge gemäß Änderungen durch die Opposition alle **Migranten** an strikte Visabestimmungen halten, etwa Ausgehbeschränkungen, und eine elektronische Fußfessel tragen. Wer gegen die Auflagen verstößt, dem sollen bis zu fünf Jahre Gefängnis drohen. Unter den freigelassenen **Migranten** seien "gewisse Individuen mit schwerwiegenden Vorstrafen", erklärte Minister Giles im Parlament. Menschenrechtler argumentierten, dass die Maßnahmen vor Gerichten als exzessiv angefochten werden könnten.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 16, 2023

Schengen-Deal für Rumänien und Bulgarien; Wien plant, sein Veto gegen einen Beitritt der beiden Länder fallen zu lassen - zumindest im Flugverkehr. Im Gegenzug verlangt Österreich einen stärkeren Grenzschutz. Und dass die EU einen Zaun zwischen Bulgarien und der Türkei finanziert

Die Welt

Dienstag 12. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 241

Length: 861 words

Byline: Carolina Drüten

Body

Athen

Seit mehr als zehn Jahren erfüllen Rumänien und Bulgarien die technischen Voraussetzungen dafür, der Schengen-Zone beizutreten - also dem europäischen Raum, in dem systematische Passkontrollen üblicherweise wegfallen. Praktisch warten sie immer noch darauf. Denn vor allem Österreich und die Niederlande stellen sich quer. Es ist eine politische Entscheidung, die auf Bedenken in den Bereichen irreguläre **Migration** und Korruption fußt.

Jetzt könnte es jedoch einen Teildurchbruch geben, denn Wien hat Rumänien und Bulgarien eine Art Schengen light in Aussicht gestellt: Reisefreiheit ohne Passkontrollen im Luftraum. Das betrifft die Flughäfen in den jeweiligen Ländern; die Landgrenzen blieben von der Regelung unberührt. Grund dafür ist, dass Österreich in der Vergangenheit eine hohe Zahl irregulärer **Migranten** verzeichnet hat, die Wiens Darstellung zufolge vor allem über Bulgarien in die EU gekommen sind. Dort liegt ein möglicher Startpunkt der hochfrequentierten Balkanroute.

Über den Luftweg dagegen kommen so gut wie keine Asylsuchenden. Für Österreich ist der mögliche Schritt deshalb ein Eingeständnis, das politisch wenig abverlangt, und das Land kompromissbereit da stehen lässt. "Schengen light" wäre ein potenziell leicht verdienter Erfolg, den Wien gleichzeitig als Hebel einsetzt.

Am Dienstag findet ein Treffen in Slowenien statt, bei dem der österreichische Innenminister Gerhard Karner die Angelegenheit mit Vertretern aus Bulgarien und Rumänien besprechen wird. Wien hat nach Informationen von WELT eine Reihe von Bedingungen genannt, die erfüllt werden müssen, um "Air Schengen" - in Abgrenzung zum Wegfall der Kontrollen an den Landgrenzen - umzusetzen. Ein Teil richtet sich an die beiden Anwärter, ein Teil an die EU-Kommission in Brüssel.

Schengen-Deal für Rumänien und Bulgarien Wien plant, sein Veto gegen einen Beitritt der beiden Länder fallen zu lassen - zumindest im Flugverkehr. Im Gegenzug v....

Erstens, ein besserer Schutz an den europäischen Außengrenzen, vor allem zwischen Bulgarien und der Türkei. Dafür sollen, wenn es nach Wien geht, mehr EU-Mittel bereitgestellt werden, unter anderem für die elektronische Überwachung der Grenze, aber auch für physische Barrieren wie Zäune. Deren Finanzierung lehnt Brüssel bislang ab, während andere Maßnahmen zum Grenzschutz finanziert werden. Aktuell prüft die Kommission die österreichischen Vorschläge.

Die Frontex-Präsenz an der bulgarischen Grenze zur Türkei soll nach Ansicht Wiens verdreifacht und zwischen Bulgarien und Serbien erhöht werden. Zurzeit unterstützen 176 Frontex-Beamte die bulgarischen Grenzsicherheitsbemühungen, wie die EU-Grenzschutzagentur auf Anfrage mitteilt. Hinzu kommen 110 Beamte in Serbien. Ihre genauen Einsatzorte werden aus Gründen der Sicherheit und Wirksamkeit nicht öffentlich gemacht. Was den Vorschlag anbelangt, die Zahl der Frontex-Mitarbeiter möglicherweise zu verdreifachen, so sei Frontex "entschlossen, die notwendige Unterstützung entsprechend den Anforderungen der Mitgliedstaaten zu leisten", sagte ein Sprecher gegenüber WELT. Das jedoch würde eine formelle Anfrage der bulgarischen Regierung voraussetzen. "Wir leiten keine eigenständigen Einsätze ein, ohne ein spezifisches Ersuchen des betreffenden Landes zu erhalten."

Als Zweites fordert Österreich stärkere Kontrollen an den Grenzen innerhalb der EU, speziell zwischen Bulgarien und Rumänien und zwischen Rumänien und Ungarn. Drittens verlangt man in Wien, dass Bukarest und Sofia zugig und in größerem Umfang Migranten zurücknehmen, die zuvor dort registriert wurden und über die Balkanroute nach Österreich gelangt sind.

In Rumänien und Bulgarien hatte man sich ursprünglich erhofft, noch in diesem Jahr der Schengen-Zone vollständig beitreten zu können - auch, weil Russlands Krieg gegen die Ukraine eine europäische Einigkeit erforderte. Die Schengen-Erweiterung, so die Annahme, wäre dafür ein wichtiges Signal gewesen. Als sich jedoch abzeichnete, dass es 2023 nicht mehr zu einer Abstimmung im EU-Rat kommen würde, reagierten die beiden betroffenen Regierungen empört.

Österreichs Angebot zu "Air Schengen" könnte nun ein Kompromiss sein. Der rumänische Ministerpräsident Marcel Ciolacu sieht es als Durchbruch: "Nach Jahren des Wartens werden wir diesen Traum gemeinsam verwirklichen! Rumänien verdient es, im Schengen-Raum zu sein!", schrieb er auf Facebook. In der Vergangenheit hatte seine Regierung mehrfach mit rechtlichen Schritten gedroht. Der bulgarische Präsident Rumen Radev dagegen betonte, dass die Landgrenze für Bulgarien von entscheidender Bedeutung sei. Hierbei geht es vor allem um Warenverkehr auf den Straßen. Momentan sind aufgrund der Kontrollen lange LKW-Schlangen Alltag in Bulgarien und Rumänien.

Gemeinsam mit Österreich hatten sich zuletzt die Niederlande gegen einen Schengen-Beitritt Rumäniens und Bulgariens ausgesprochen. Den Haag hatte an der effektiven Korruptionsbekämpfung der beiden Länder gezweifelt. Eine EU-Untersuchung vor rund einem Jahr bescheinigte ihnen aber, die Voraussetzungen für einen vollständigen Schengen-Beitritt zu erfüllen. In der Zwischenzeit wurden die Rechtspopulisten bei den Wahlen in den Niederlanden stärkste Kraft, das Land befindet sich in der Regierungsfindung. Wie eine neue Position bezüglich einer Schengen-Erweiterung aussehen könnte, ist noch unklar.

Schengen-Deal für Rumänien und Bulgarien Wien plant, sein Veto gegen einen Beitritt der beiden Länder fallen zu lassen - zumindest im Flugverkehr. Im Gegenzug v....



Quelle: dpa, EU, AA Stand Januar 2023

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Ein bulgarischer Polizist geht Streife an der Grenze zur Türkei

Load-Date: December 11, 2023

Schengen-Deal für Rumänien und Bulgarien Wien plant, sein Veto gegen einen Beitritt der beiden Länder fallen zu lassen - zumindest im Flugverkehr. Im Gegenzug v....

End of Document

BAMF reduzierte Personal für Entzug von Schutztiteln drastisch; Das Widerrufsverfahren gegen den Tatverdächtigen von Brokstedt wurde ein Jahr lang nicht abgeschlossen. In der entsprechenden Abteilung wurde Personal abgebaut

Die Welt

Donnerstag 9. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 29

Length: 834 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Die Tötung zweier Jugendlicher bei Brokstedt wirft ein Schlaglicht auf den Umgang staatlicher Stellen mit straffälligen Schutzberechtigten. Der mutmaßliche Täter Ibrahim A. verfügte noch zum Zeitpunkt des Messerangriffs am 25. Januar über einen subsidiären Schutztitel. Damit war der Palästinenser anerkannter **Asylbewerber** und kam schon deshalb nicht für eine Abschiebung infrage. Diese ist bei Personen, die einmal als schutzberechtigt anerkannt wurden, nur dann möglich, wenn ihnen der Titel entzogen wird.

Dafür zuständig ist eine eigene Abteilung im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), diese hatte ein solches Verfahren zum Widerruf des Schutztitels schon mehr als ein Jahr vor der Tat in Brokstedt eröffnet - aber nicht abgeschlossen. Und auch schon bevor es überhaupt zur Einleitung des Verfahrens kam, war schon viel Zeit verstrichen. Denn Ibrahim A. war schon in seiner Zeit in Nordrhein-Westfalen wo er bis 2020 gemeldet war, dreimal verurteilt worden, etwa wegen gefährlicher Körperverletzung. Doch die zuständige Ausländerbehörde Euskirchen schätzte seine Taten offenbar zu gering dafür ein, um das BAMF darüber zu informieren, damit es ein Verfahren zum Entzug des Schutztitels hätte einleiten können. Erst nach Ibrahim A.s Umzug nach Kiel im Juli 2021 kontaktierte die dortige Ausländerbehörde das BAMF. Bis das Bundesamt aber das Widerrufsverfahren im Fall des Palästinensers einleitete, vergingen weitere Monate: Erst am 19. November 2021 war es dann so weit. Bis März 2022 versuchte dann das BAMF dreimal vergeblich, Ibrahim A. zu kontaktieren, um ihn in seinem Widerrufsverfahren anzuhören. Dies scheiterte daran, dass dem Bundesamt die richtige Adresse nicht bekannt war. Wie WELT berichtet hatte, war dem BAMF nicht mitgeteilt worden, dass der Mann wegen einer neuerlichen Straftat, einem Messerangriff, in Hamburg im Gefängnis saß. Doch auch in dem dreiviertel Jahr seit dem letzten erfolglosen Zustellversuch des BAMF und der Tat in Brokstedt gelang es dem Amt nicht, eine Anhörung des Palästinensers zu ermöglichen. Für eigene Recherchen nach seinem Aufenthaltsort fehlte dem durch die steigende Zuwanderung stark beanspruchten BAMF offenbar die Kapazität, wie es Beamte aus Zuwanderungsbehörden schildern.

BAMF reduzierte Personal für Entzug von Schutzziteln drastisch Das Widerrufsverfahren gegen den Tatverdächtigen von Brokstedt wurde ein Jahr lang nicht abgeschl....

Das BAMF hat sein Personal für den Entzug von Schutzziteln nämlich drastisch reduziert. Waren Anfang 2020 noch 830 Mitarbeiter mit den Widerrufs- und Rücknahmeverfahren beschäftigt, waren es ein Jahr später nur noch 520, Anfang 2022 nur noch 202 und aktuell sind es 112, wie das Amt WELT mitteilt. Laut BAMF hat dieser Rückgang vor allem mit der Abarbeitung der Prüfungsfälle aus den Jahren 2015 bis 2017 zu tun. Damals waren hunderttausende Asylsuchende anerkannt worden, deren Fälle alle später noch einmal überprüft wurden. Dabei ging es um die Frage, ob der Schutzzitel damals zu unrecht vergeben worden war (Rücknahme) oder ob inzwischen die Schutzberechtigung weggefallen ist (Widerruf) - sei es wegen einer Verbesserung der Lage im Herkunftsland oder wegen schwerer Straftaten. Wie das BAMF erläutert, hatten diese Überprüfungen für "Asylentscheidungen des Jahres 2015 bis Ende 2019, für Asylentscheidungen des Jahres 2016 bis Ende 2020 und für Asylentscheidungen des Jahres 2017 bis Ende 2021 zu erfolgen". Die jüngste Verringerung auf aktuell nur noch 112 Mitarbeiter, die für alle Überprüfungen von Schutzziteln in ganz Deutschland zuständig sind, erklärt das BAMF mit einer Reform der Ampel-Regierung: "Mit dem zum 1. Januar 2023 in Kraft getretenen Gesetz zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren soll die Widerrufsprüfung nur noch anlassbezogen erfolgen." Anlassbezogen heißt: aufgrund von "Hinweisen von Ausländer-, Sicherheits-, Strafverfolgungs- und Leistungsbehörden an das Bundesamt, beispielsweise zu schweren Straftaten oder Hinweisen auf Täuschungshandlungen".

Bis Ende 2022 war das Bundesamt im Rahmen der sogenannten Regelüberprüfung gesetzlich verpflichtet, alle Anerkennungen von Asylbewerbern in der Regel drei Jahre nach Anerkennung noch einmal zu überprüfen. Diese Regelung bestand vor dem Hintergrund, dass in Deutschland Flüchtlinge bereits etwa drei bis fünf Jahre nach ihrer Einreise einen Rechtsanspruch auf einen Daueraufenthaltstitel erhalten, falls sie sich um Integration bemühen. Um zu verhindern, dass auch Zuwanderer, denen zu Unrecht ein Schutzzittel erteilt wurde, zu dauerhaften Einwanderern werden, gab es diese pauschalen Überprüfungen der Schutzzitel.

Filiz Polat, parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, begrüßt die "Entlastung bei der Bearbeitung von Widerrufsüberprüfungen durch die Abschaffung der anlasslosen Widerrufsprüfung beim BAMF". Die Regelüberprüfungen hätten in dem Amt "viele Kapazitäten gebunden". Dennoch sei es "gängige Praxis beim BAMF, besonders dringliche Fälle wie die von Straftätern vorzuziehen". Dafür sei nötig, dass Strafverfolgungs- und Ausländerbehörden ihre Übermittlungspflichten "konsequent umsetzen". Dies geschah im Fall Ibrahim A. nicht.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: February 8, 2023

End of Document

Ministerin Prien in Kritik wegen Äußerung über Touré; CDU-Politikerin hatte Fluchtgeschichte angeführt

Die Welt

Freitag 9. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Hamburg; S. 18; Ausg. 110

Length: 419 words

Byline: Lno

Body

Die CDU-Politikerin und Bildungsministerin von Schleswig-Holstein, Karin Prien, ist wegen einer Äußerung über ihre Kabinettskollegin Aminata Touré (Grüne) in die Kritik geraten. In der Diskussion über die Festlegung sicherer Herkunftsländer in der **Asylpolitik** hatte die stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU am Dienstag bei NDR Info über die Landessozialministerin Touré gesagt: "Natürlich ist Aminata Touré durch ihre eigene Fluchtgeschichte geprägt. Aber am Ende muss man in der Lage sein, als Politiker sich auch von seinem eigenen Schicksal ein Stück weit zu lösen und sich auch neben sich zu stellen und auch Entscheidungen mitzutragen die einem persönlich wehtun." Prien wehrte sich gegen die Kritik.

Schleswig-Holsteins SPD-Vorsitzende Serpil Midyatli warf Prien am Mittwoch eine Entgleisung vor, für die sie sich sofort entschuldigen müsse. Prien habe die Fachministerin Touré in ihrer politischen Einschätzung zu sicheren Herkunftsländern allein auf ihren persönlichen Hintergrund als Kind von Geflüchteten reduziert. Prien liefere mit ihrer Aussage über ihre Kabinettskollegin den besten Beweis dafür, wie Alltagsrassismus funktioniere. "Das ist einem Mitglied einer Landesregierung, die sich zudem ausdrücklich einer humanitären Migrationspolitik verpflichtet sieht, absolut unwürdig." Touré sei gebürtige Schleswig-Holsteinerin, betonte die SPD-Landeschefin.

Auch aus dem Koalitionslager kam heftige Kritik an Prien. "Die Aussage, eine Integrationsministerin solle sich freimachen von der eigenen Fluchtgeschichte in der Bewertung sicherer Herkunftsstaaten ist bodenlos und zeugt von internalisiertem Rassismus", meinte die Landessprecherin der Grünen Jugend, Johanna Schierloh.

Prien wehrte sich gegen die Angriffe: "In einem langen Interview zu Migrationspolitik wurde ich am Ende auch zur Biografie meiner Kabinettskollegin Aminata Touré befragt. Darauf angesprochen habe ich Verständnis für ihre persönliche Perspektive geweckt und dabei auch meine eigene, jüdische Perspektive hervorgehoben."

Erst durch die Fokussierung des Interviews auf diesen einen Satz und den fehlenden Kontext sei in dem Radiobeitrag der Eindruck entstanden, der in keiner Weise ihre Haltung widerspiegeln. "Mir Rassismus zu unterstellen, ist völlig absurd", so Prien. "Ich setze mich vehement gegen jede Form von Rassismus ein, das weiß

Ministerin Prien in Kritik wegen Äußerung über Touré CDU-Politikerin hatte Fluchtgeschichte angeführt

auch Aminata Touré, mit der ich heute darüber gesprochen habe. Sollte durch meine Äußerung ein falscher Eindruck entstanden sein, so bedauere ich dies zutiefst."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Karin Prien muss sich rechtfertigen

Load-Date: June 8, 2023

End of Document

Prominente Grüne rebellieren gegen Asylreform der EU; Ein offener Brief von Hunderten Mitgliedern könnte die Partei zu der nächsten Zerreißprobe zwingen

Die Welt

Mittwoch 7. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 108

Length: 1156 words

Byline: Jana Werner (extern)

Claus Christian Malzahn

Body

Die Liste der Unterzeichner ist lang. Etwa 730 Mitglieder der Grünen haben einen zweiseitigen Brief verfasst, in dem sie gegen den Kurs ihres Spitzenpersonals bei der geplanten EU-Asylrechtsreform rebellieren. Darin wirft die Basis der Führungsriege vor, mit der grundsätzlichen Zustimmung der Ampel-Regierung zu den Brüsseler Vorschlägen für Asylrechtsverschärfungen von den asylpolitischen Grundsätzen der Grünen abzurücken. Es geht den Autoren des Schreibens, das WELT vorliegt, um mehr Mut im Diskurs um die Aufnahme von Asylsuchenden.

Unter den Verfassern des Papiers tauchen prominente Grüne wie Hamburgs Justizsenatorin Anna Gallina auf sowie die Vorsitzenden des Landesverbandes und der Fraktion in der Hansestadt, Maryam Blumenthal und Jennifer Jasberg. Gallina habe mit der Unterzeichnung der "innerparteilichen Stellungnahme" ihre Haltung zum Ausdruck gebracht, "dass es bei der dringend nötigen Reform des Europäischen Asylsystems nicht zu einem Abbau von Menschenrechten und zu einer Absenkung des Schutzniveaus kommen darf", teilt ein Sprecher der Senatorin auf WELT-Anfrage mit. Er betont: "Die Unterzeichner:innen erinnern an die Verabredungen im Koalitionsvertrag." Dies sollte zunächst parteiintern diskutiert werden.

Für "zweifelsohne reformbedürftig" hält auch Hamburgs Grünen-Fraktionschefin Jasberg das EU-Asylsystem. Gegenüber WELT erklärt sie: "Der Koalitionsvertrag sieht wichtige Impulse in Richtung einer fairen Verteilung, einem Ende illegaler Zurückweisungen, der inhaltlichen Prüfung von Asylanträgen und einer Unterstützung der Seenotrettung vor." Folglich sprächen sich die Unterzeichner des Briefs dafür aus, zu diesen von allen Ampel-Parteien vereinbarten Grundsätzen zurückzukehren. Der Anlass für die Veröffentlichung des Briefs liegt auf der Hand, tagen doch am Donnerstag in Luxemburg die EU-Innenministerinnen und -minister, um über die Asylreform zu beraten. Es geht darum, ob ein Teil der Verfahren schon an den EU-Außengrenzen abgewickelt werden soll. Die

Prominente Grüne rebellieren gegen Asylreform der EU Ein offener Brief von Hunderten Mitgliedern könnte die Partei zu der nächsten Zerreißprobe zwingen

Bundesregierung hat dem zugestimmt, will allerdings verhindern, dass Minderjährige und Familien mit Kindern jene Schnellverfahren durchlaufen müssen.

Das Grünen-Schreiben, über das der "Spiegel" zuerst berichtete, wurde am Montag verschickt - an Außenministerin Annalena Baerbock, Wirtschaftsminister Robert Habeck, Familienministerin Lisa Paus, an die Parteichefs Ricarda Lang und Omid Nouripour sowie an die Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Katharina Dröge und Britta Haßelmann. Die Unterzeichner beklagen: "Auch wenn die Verhandlungssituation in Brüssel schwierig ist und wir sicher sind, dass ihr für die Umsetzung des Koalitionsvertrags kämpft, so ist es doch schwer nachvollziehbar, warum die deutsche Verhandlungsposition nicht annähernd den Inhalten des Koalitionsvertrags entspricht."

Berichte über die Prioritäten der Bundesregierung hätten die Autoren des Briefs "erschüttert", sie schreiben weiter: "Die Ausweitung sicherer Drittstaaten, schlechterer Rechtsschutz, verpflichtende Grenzverfahren in Haftlagern und eine massive Verschärfung des gescheiterten Dublin-Systems sind nur einige der Rechtsverschärfungen, die in der vorgeschlagenen Reform des Asylsystems angelegt sind." Mitgliedstaaten würden zur Inhaftierung von Schutzsuchenden verpflichtet und erhielten "massive Möglichkeiten" für Asylrechtsverschärfungen auf nationaler Ebene. "Eine verbindliche Verteilung von Schutzsuchenden wird in diesem Mechanismus auch von Deutschland nicht mehr angestrebt", heißt es weiter. Die Folge sei ein Reformvorschlag, der sich auf eine "massive Beschneidung des Asylrechts" beschränke. Dabei führen Asylrechtsverschärfungen "nicht zu weniger Geflüchteten, sondern nur zu mehr Leid", so die Autoren.

Deshalb fordern sie die Grünen in Regierung, Bundestag und an der Parteispitze zu mehr Selbstbewusstsein in der Asyldebatte auf: "Wir erwarten nicht, dass sich die schwierige Lage in der europäischen Asylpolitik von heute auf morgen ändert. Aber wir erwarten, dass ihr gemeinsam mit viel Rückenwind aus der Partei, Zivilgesellschaft und der Wissenschaft dazu beiträgt, dass Populismus nicht in Gesetzesform gegossen wird und wir die Hegemonie in der Debatte zurückgewinnen."

Der Brief belegt, dass die in Umfragen taumelnden Grünen blindlings in die nächste Zerreißprobe hineinlaufen könnten. Bereits seit Sommer 2022 spitzte sich die Situation für Städte und Gemeinden bei der Unterbringung und Versorgung von Migranten und Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine zu. Auch grüne Landräte warnten vor einer Überlastung. Dass damit Diskussionen darüber einhergehen würden, wie man illegale Einwanderung begrenzen und ausreisepflichtige Migranten abschieben könnte, war absehbar. Debatten dazu fanden in der Partei jedoch kaum statt. Also ließen sich die Grünen treiben und verwiesen auf europäische Lösungen. Diese gehen vielen Mitgliedern aber zu weit, wie der Brief an die Spitzen-Grünen zeigt. Die Unterzeichner möchten offenbar, dass sich nichts wesentlich ändert - jedenfalls nichts, was zu einer Reduzierung der illegalen Einwanderung führen würde.

Ähnlich lesen sich weitere Papiere, die jetzt bekannt wurden. So monieren auch 24 Bundestagsabgeordnete von SPD und Grünen sowie Landtagsabgeordnete beider Parteien die von der Ampel unterstützte EU-Asylreform. "Wir teilen die Sorge vieler Menschen, dass die Vorschläge für ein neues Gemeinsames Europäisches Asylsystem das Recht auf Asyl abschwächen könnten", heißt es in dem Schreiben, das dem "Spiegel" vorliegt.

Andererseits jedoch wächst der Druck auf die Bundesländer. Eine Ausweitung der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten etwa auf die Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien wird im Bundesrat nicht behandelt, weil die Grünen in den Landesregierungen eine Entscheidung faktisch blockieren. "Die Grünen stehen quer im Stall", betonte der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) jüngst im WELT-Interview. Seine Meinung teilen inzwischen auch Ministerpräsidenten von der SPD, wenngleich nur leise. In Berlin war die Führungsriege der Grünen zu Kompromissen bereit. Dass sich nun ein Teil der Partei dagegen aufbäumt, wird vermutlich dazu führen, dass die Lockerungsübungen wieder eingestellt werden. Am Samstag in einer Woche kommt im hessischen Bad Vilbel der grüne Länderrat zusammen, ein kleiner Parteitag. Dort werden sich die Grünen wohl mit sich selbst beschäftigen - und wie schon beim Streit über die Verlängerung von AKW-Laufzeiten wird es abermals um ein Ringen zwischen Prinzipien und Pragmatik gehen.

Hamburgs Landeschefin Blumenthal kündigt auf WELT-Anfrage an: "Wir wollen eine Reform des europäischen Asylsystems, die das Grundrecht auf Asyl schützt, menschenunwürdige Bedingungen beendet und für eine faire

Prominente Grüne rebellieren gegen Asylreform der EU Ein offener Brief von Hunderten Mitgliedern könnte die Partei zu der nächsten Zerreißprobe zwingen

Verteilung sorgt - wie in der Ampel vereinbart." Darüber führt die Partei gerade eine interne Debatte, der Brief an die Spitze "ist ein Teil davon". Und so stehen die Grünen vor einem Sommer der Entscheidungen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 6, 2023

End of Document

London streitet über legale Einwanderung; Nicht nur die illegale Migration ist ein Problem für britische Konservative. Premier Sunak steht unter Druck

Die Welt

Freitag 1. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 234

Length: 638 words

Byline: Mandoline Rutkowski

Body

London

Der britische konservative Immigrationsminister Robert Jenrick erklärte am Montag im Unterhaus, dass Einwanderer den sozialen Zusammenhalt in Großbritannien gefährden würden, die öffentlichen Dienstleister überlasten und die Wirtschaft drosseln.

Jenricks Worte richteten sich nicht etwa gegen die illegalen Bootsmigranten, die über den Ärmelkanal britischen Boden erreichen. Sie galten legalen **Migranten**, die für den Arbeitsmarkt gebraucht werden.

Die frisch veröffentlichten Einwanderungszahlen der britischen Statistikbehörde ONS zeigen nicht nur, dass die Netto-Migration, also die Differenz zwischen Ein- und Auswanderung, im Jahr bis Juni 2023 mit 672.000 den zweithöchsten Wert seit Beginn vergleichbarer Aufzeichnungen erreicht hat. Sie legten auch dar, dass der Großteil auf legale Einwanderung zurückzuführen war. Während London also zuletzt noch daran arbeitete, Arbeitskräfte für die Mangelsektoren aus dem Ausland zu holen, scheint sich ein Kurswechsel auf der Insel anzubahnen. Rechte Stimmen innerhalb der Partei, allen voran Immigrationsminister Jenrick, fordern eine Reduzierung der Arbeitskräfte, die aus dem Ausland angeworben werden.

Die Regierung könne ihre Migrationspolitik nicht mehr von den Bedürfnissen des Gesundheits- und Pflegesektors bestimmen lassen, sagte Handelsministerin Kemi Badenoch dem Radiosender der "Times".

Jenicks neuer Kurs sieht vor, ausländischen Arbeitskräften im Gesundheits- und Pflegesektor zu untersagen, Angehörige mit ins Land zu bringen. Rund die Hälfte der Visa entfiel auf Angehörige der Menschen, die zum Arbeiten auf diesem Gebiet ins Land kamen.

Auch die Möglichkeit, die Zahl der Visa für Arbeitskräfte im Pflegesektor zu deckeln, soll er vorgeschlagen haben. Hinzu kommt die Erhöhung der Gehaltsschwelle von 26.000 auf 35.000 Pfund sowie die Abschaffung der "Liste der Mangelberufe", die Visabestimmungen für bestimmte Fachkräfte lockert.

London streitet über legale Einwanderung Nicht nur die illegale Migration ist ein Problem für britische Konservative. Premier Sunak steht unter Druck

Premier Sunak gestand ein, dass die Zahl der legalen Einwanderer "zu hoch" sei und auf einen "nachhaltigeren" Wert fallen müsse - bislang verweigerte er jedoch eine Stellungnahme zu den Plänen des Immigrationsministers.

Der Premierminister werde zudem nur Maßnahmen zur Eindämmung der legalen Migration genehmigen, die geringstmögliche Auswirkungen auf die Wirtschaft, den öffentlichen Gesundheitsdienst NHS und den Pflegesektor hätten.

Madeleine Sumption, Chefin der britischen Denkfabrik "Migration Observatory" an der Oxford-Universität, schiebt die steigende Zahl der Einwanderer für den Gesundheits- und Pflegebereich auf das Scheitern der britischen Regierung, die Berufe für Briten zugänglicher und attraktiver zu gestalten.

Um den Zufluss ausländischer Arbeitskräfte in dem Sektor zu reduzieren, seien Investitionen nötig, erklärt die Migrationsexpertin. Sunak steht nun vor der Herausforderung, den rechten Flügel seiner Partei zu besänftigen und gleichzeitig den öffentlichen Dienst nicht zum Einsturz zu bringen.

Rob Ford, Politikwissenschaftler an der Universität von Manchester, erklärt, dass zwar "zwischen 45 und 60 Prozent der Bevölkerung" die Zahl der Einwanderer allgemein als zu hoch einschätzen, dieser Anteil jedoch deutlich niedriger ausfällt, wenn nach konkreten Migrantengruppen wie Studierenden, Krankenpflegern oder Ärzten gefragt wird. Unter konservativen Wählern sei Migration weiterhin ein wichtiges Thema. Es berge jedoch nicht mehr das Potenzial, Labour-Wähler für sich zu gewinnen - wie es etwa Ex-Premier Boris Johnson im Jahr 2019 erfolgreich geschafft hatte - , da diese heutzutage weitaus weniger immigrationsskeptisch seien. Im rechten Parteiflügel sieht man das anders. Die aktuelle Debatte markiere einen "Mach es oder stirb"-Moment, erklärte ein Abgeordneter. Viel Zeit, etwas zu bewegen, bleibt den Konservativen nicht mehr. Parlamentswahlen stehen im kommenden Jahr an.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 30, 2023

End of Document

**Auf diese Werte können wir bauen; Migrantische Gewalt nimmt zu in Europa.
Und in Wien ist Deutsch für jeden zweiten Schüler keine Umgangssprache
mehr. In dieser Lage erwarten die Menschen politische Antworten. Wir
Konservative müssen uns nur trauen, sie zu geben**

Die Welt

Mittwoch 10. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; GASTBEITRAG; S. 7; Ausg. 90

Length: 1232 words

Byline: Sebastian Kurz

Body

Vor einigen Wochen haben die Berlinerinnen und Berliner ihr Abgeordnetenhaus gewählt, und mittlerweile hat die Stadt wirklich einen neuen Regierenden Bürgermeister: einen Konservativen! Mehr als zwanzig Jahre lang war die SPD die bestimmende Kraft in der deutschen Bundeshauptstadt, die traditionell von einer linken Mehrheit dominiert wird. Wie schwierig ein solches Umfeld für eine bürgerliche Partei sein kann, weiß ich aus meiner eigenen Heimat, der österreichischen Bundeshauptstadt Wien. Die Sozialdemokraten stellen dort seit Ende des Zweiten Weltkriegs durchgehend den Bürgermeister. Über Jahrzehnte sogar mit absoluter Mehrheit.

In Berlin endete die rote Vormachtstellung mit der Wahl am 12. Februar. Obwohl die linke Mehrheit weiterhin ungebrochen ist, zeigte das Wahlergebnis einen deutlichen Trend zugunsten der Konservativen. Die Berliner CDU konnte mit ihrem Chef Kai Wegner rund 10 Prozentpunkte dazugewinnen und wurde mit fast 28 Prozent stimmenstärkste Partei in der Bundeshauptstadt. Angesichts des ernüchternden Ergebnisses der CDU bei der Bundestagswahl 2021 kam der Zugewinn bei der Berlin-Wahl für viele überraschend. Auf Bundesebene verlor die CDU nach 16 Jahren den Kanzlersessel und ist nicht mehr Teil der Regierung. Damit stellt sich die Frage: Was hat die CDU Berlin anders gemacht als ihre Mutterpartei knapp eineinhalb Jahre zuvor?

Ein Teil der Antwort darauf ist aus meiner Sicht die Positionierung. Kai Wegner präsentierte sich als Vertreter eines strengen "Law and Order"-Kurses mit dem Schwerpunkt Migration und Integration - und gewann damit die Wahl mit deutlichem Abstand vor der zweitplatzierten SPD. Für konservative Parteien in ganz Europa ist dieses Wahlergebnis aus meiner Sicht ein Lichtblick, denn es zeigt, dass es sehr wohl möglich ist, trotz widriger Ausgangssituationen Wahlen zu gewinnen. Der Schlüssel dafür liegt auch darin, den Mut zu haben, für die eigenen Werte und Positionen einzustehen, und nicht zu versuchen, einem medialen Mainstream zu gefallen oder andere Parteien links zu überholen.

Auf diese Werte können wir bauen Migrantische Gewalt nimmt zu in Europa. Und in Wien ist Deutsch für jeden zweiten Schüler keine Umgangssprache mehr. In dieser

Die politische Großwetterlage spielt Regierenden auf der ganzen Welt seit einigen Jahren nicht in die Hände. Internationale Krisen wie die Corona-Pandemie, die Inflation oder die hohen Energiekosten sind für die Menschen unmittelbar spürbar - im Alltag und auf dem Bankkonto. Oppositionsparteien haben es in solchen Zeiten naturgemäß leichter, denn sie können jede Maßnahme kritisieren und müssen dabei selbst keine unpopulären Entscheidungen treffen. Man würde es sich allerdings zu leicht machen, die schwierige Situation der Regierungsparteien in Europa nur auf äußere Einflussfaktoren zurückzuführen. Was konservative Parteien angeht, so müssen sich diese die grundsätzliche Frage stellen: Wofür stehen wir? Wenn eine Partei diese Frage nicht einmal für sich selbst beantworten kann, warum sollten es dann die Wählerinnen und Wähler können?

Konservative und bürgerliche Parteien haben ein klares Wertefundament. Sie haben aber manchmal die Tendenz, sich von der Kritik ihrer Konkurrenten und dem Druck der Medien verbiegen zu lassen. Eine klare und konsequente Haltung zu den großen Fragen unserer Zeit ist die Grundvoraussetzung für jede Partei, die Verantwortung übernehmen will. Denn letztlich sollte Politik ein Wettkampf der besten Ideen sein - und an den richtigen Ideen und Inhalten mangelt es konservativen Parteien sicherlich nicht.

Eine der brennendsten Fragen unserer Zeit ist eindeutig die Migration. Viele von uns haben noch heute die dramatischen Bilder des großen Ansturms 2015 und 2016 vor Augen. Vor dem Hintergrund geopolitischer Entwicklungen ist davon auszugehen, dass das nicht die letzte Migrationsbewegung nach Mitteleuropa war. Die Menschen erwarten sich von der Politik also zu Recht eine (rasche) Antwort darauf. Dass in Brüssel noch immer über dieselben Punkte in der Migrationsthematik gestritten wird wie zum Zeitpunkt, als ich die Politik vor mehr als einem Jahr verlassen habe, ist aus meiner Sicht ein Armutszeugnis. Das Thema ist auch in den Mitgliedstaaten der EU weiterhin wild umstritten. Auf der einen Seite gibt es jene, die für einen lockeren Migrationskurs stehen, Integration als Bringschuld der Mehrheitsgesellschaft betrachten und sich von denen distanzieren, die vor unkontrollierter Zuwanderung warnen. Auf der anderen Seite gibt es die, die für einen sehr restriktiven Migrationskurs eintreten, Parallelgesellschaften ablehnen und Ordnung einfordern. Für Konservative ist klar, wo sie in dieser Frage stehen. Es braucht aber auch die Entschlossenheit, diese Position gegen den Widerstand eines Mainstreams aus linken Parteien und Medien durchzusetzen.

Faktum ist: Unkontrollierte Zuwanderung geht in Ballungsräumen oft mit Problemen in der Integration und dem Entstehen von Parallelgesellschaften einher. In Wiener Schulen ist Deutsch beispielsweise für mehr als die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler nicht Umgangssprache. Das ist in vielen anderen europäischen Städten nicht anders. Dazu kommt: Egal ob in Wien, Berlin, Paris, Brüssel oder Stockholm, die Fälle von Bandenkriminalität, Gewaltexzessen oder sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen durch männliche Migranten oder Asylwerber haben in vielen europäischen Metropolen zugenommen. Dieser Trend hält in Europa erst seit wenigen Jahren Einzug und ist klar auf unkontrollierten Zuzug, fehlende Integration und eine inkonsequente Haltung der Politik zurückzuführen.

Solche und ähnliche Probleme im Bereich der Zuwanderung nicht offen und ehrlich zu diskutieren, hat fast immer ein Vakuum rechts der Mitte des politischen Spektrums zur Folge, das einen Nährboden für rechte und rechtspopulistische Parteien bildet. Diese sind immer dann stark, wenn die Unzufriedenheit in der Bevölkerung groß ist. Denn sie präsentieren scheinbar einfache Lösungen und nutzen die Angst der Menschen aus. Der Anspruch konservativer Parteien muss umgekehrt sein, sie mit vernünftigen Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit - darunter Migration, Digitalisierung, Standortpolitik, Klimawandel und Energie - zu erreichen, ihnen die Ängste zu nehmen und Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen.

Klar ist: Unsere Gesellschaft entwickelt sich stetig weiter. Das müssen auch konservative Parteien. Das bedeutet aber nicht, die eigenen Überzeugungen auf dem Altar der "Wokeness" zu opfern, sondern sich dabei weiterhin auf das eigene Wertefundament zu verlassen. Politik lebt immer vom Austausch mit der Bevölkerung - in beide Richtungen. Das heißt einerseits, das Ohr beim Volk zu haben, anderseits mit Leadership und Gestaltungswillen voranzugehen und eigene Inhalte klar zu kommunizieren.

Wie kann das gelingen? Das führt mich zurück zum Anfang dieses Textes und zur CDU Berlin. Nur eine Partei, die sich nicht vor heiklen Themen scheut und Mut zur Haltung beweist, kann letztendlich das Vertrauen der Menschen

Auf diese Werte können wir bauen Migrantische Gewalt nimmt zu in Europa. Und in Wien ist Deutsch für jeden zweiten Schüler keine Umgangssprache mehr. In dieser

gewinnen. Kai Wegner und der CDU Berlin ist das historische Kunststück gelungen, als bürgerliche Kraft im roten Berlin als deutlicher Wahlsieger hervorzugehen. Dazu kann man nur gratulieren und alles Gute für die Regierungsarbeit in der Bundeshauptstadt wünschen!

Der Autor war bis 2021 Bundeskanzler der Republik Österreich. Er betreibt ein eigenes Beratungsunternehmen und ist Global Strategist bei der amerikanischen Investmentfirma Thiel Capital. Sebastian Kurz hat diesen Beitrag auf Anfrage von WELT verfasst.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 9, 2023

End of Document

Will Christus offene Grenzen?

Die Welt

Montag 4. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; KOMMENTAR; S. 7; Ausg. 235

Length: 412 words

Byline: Till-reimer Stoldt

Body

Geht es um Zuwanderung, glaubt die evangelische Kirche ihren Gott zu kennen: Der Höchste will mehr **Migranten** im Land. Diese Botschaft verkündet die Spitze der deutschen Protestanten unisono. Bischöfe, Präsides, Kirchenparlamente lassen da kaum zwei Meinungen zu. Ein Garant dieser Einstimmigkeit war die nun zurückgetretene EKD-Ratsvorsitzende und westfälische Präses Annette Kurschus. Man kann nur hoffen, dass ihre Nachfolger diese **migrationspolitische** Einheitsfront aufbrechen werden. Denn damit missbrauchen die Kirchenoberen den Rest an Autorität, den die Kirche noch besitzt.

Selbstverständlich liegt der Missbrauch nicht in der Ansicht, Deutschland solle mehr Migranten aufnehmen. Das ist ein zulässiger Standpunkt. Das Problem liegt in dem Eindruck, den die Einheitsfront erzeugt: Wenn alle Kirchenführer verkünden, mehr Migranten aufzunehmen sei Gottes Wille, dann vermitteln sie die Botschaft, eine andere legitime Sichtweise gebe es für Christen nicht. Und Christus ist ein Open-border-Aktivist. Faktisch errichten sie damit ein protestantisches Unfehlbarkeitsdogma: Über alles kann und soll man in der EKD munter diskutieren, nur nicht über die Migrationsfrage. Was im Umkehrschluss heißt: Wem verstärkte Abschiebung und Zuwanderungsbeschränkung am Herzen liegen (immerhin 80 Prozent der Bevölkerung), der bleibt ohne Stimme in der Kirche Luthers und Calvins. Was mit dem gern bemühten Bild einer liberalen, offenen Protestant-Kirche nun gar nicht harmoniert.

Die migrationspolitische Enge der Kirchenspitze ist aber auch inhaltlich dürfzig: Denn natürlich haben christliche Zuwanderungsbegrenzer ebenfalls gute Argumente auf ihrer Seite. So zeugt es von Menschenfreundlichkeit, die einheimische Bevölkerung vor der überdurchschnittlichen Kriminalität von Migranten schützen zu wollen. Und wer eine überwiegend muslimische Zuwanderung bremsen möchte, weil sie Deutschland weiter entchristianisiert, liefert ebenfalls keinen Grund, aus der Kirche ausgegrenzt zu werden. Es geht nicht darum, dass die Kirche fortan unisono Positionen der Bevölkerungsmehrheit vertritt. Sondern darum, dass sie politisch überhaupt nicht mehr einseitig agiert. In umstrittenen politischen Fragen sollte sie sich künftig zurückhalten oder aber vielstimmig äußern. Denn mit dem christlichen Glauben sind viele politischen Ansichten vereinbar. Bibelkunde qualifiziert nicht, die politisch klügere zu erkennen.

Will Christus offene Grenzen?

till.stoldt@welt.de (mailto: till.stoldt@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 3, 2023

End of Document

Kritik an Kürzungen bei Eingliederung von Arbeitslosen; Union wirft Ampel-Koalition Fehlkalkulation vor - auch mit Verweis auf die Lage von Migranten

Die Welt

Dienstag 22. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 162

Length: 561 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Die von der Bundesregierung geplanten Kürzungen bei den Eingliederungsmaßnahmen für Arbeitslose stoßen auf heftige Kritik der Union. "Einsparungen sind unvermeidbar, um den Bundeshaushalt langfristig nachhaltig aufzustellen. Mit den Kürzungen bei der Eingliederung in Arbeit setzt die Ampel aber den Rotstift exakt an der falschen Stelle an", sagt Mathias Middelberg (CDU), Vizevorsitzender der Unions-Bundestagsfraktion mit Schwerpunkt Haushalt und Finanzen.

Berechnungen der Unions-Haushälter hätten ergeben: "Nur 100.000 mehr Menschen in Arbeit statt in Bürgergeld brächten einen massiven Doppeleffekt: Sozialausgaben würden gespart und zugleich Steuereinnahmen generiert. Das würde den Bundeshaushalt um zwei bis drei Milliarden Euro entlasten." Auf diese Summe kommen die Haushaltspolitiker, indem sie die eingesparten Ausgaben für 100.000 durchschnittliche Bürgergeldempfänger und die erwartbaren staatlichen Mehreinnahmen durch deren Beschäftigung addieren. Laut Middelberg stünden zwei Millionen unbesetzten Arbeitsstellen derzeit 3,5 Millionen Arbeitslose oder Unterbeschäftigte gegenüber, vor allem die Integration der Asylzuwanderer in den Arbeitsmarkt gelinge nur schleppend. "Von der größten Flüchtlingsgruppe der Syrer arbeiten gerade 31 Prozent sozialversicherungspflichtig, 55 Prozent beziehen Bürgergeld. Fast 500.000 Syrer, die Bürgergeld beziehen, suchen aktuell nach Beschäftigung", sagt der CDU-Politiker. Um diese Menschen in Arbeit zu bringen, müsse Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) sich für gezieltere, berufsbezogene Sprachförderung einsetzen, aber auch für Leistungskürzungen beim Bürgergeld, wenn zumutbare Beschäftigungsangebote nicht wahrgenommen würden.

Schon vergangene Woche hatte NRW-Arbeitsminister Karl-Joseph Laumann (CDU) sich in einem offenen Brief an Heil gegen die Kürzungen ausgesprochen. Das von Heil geführte Bundesministerium für Arbeit und Soziales hatte den Ländern Ende Juni mitgeteilt, dass die Mittel nach dem Sozialgesetzbuch II für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Bundeshaushalt für das Jahr 2024 um 500 Millionen Euro gekürzt werden sollen. Ab 2025 soll zudem die Arbeitseingliederung für Unter-25-Jährige von den Jobcentern auf die Arbeitsagenturen übertragen werden. Die Berufsförderung für junge Bürgergeldempfänger würde dann nicht mehr aus Steuermitteln, sondern über die Arbeitslosenversicherung von den Beitragszahlern finanziert werden.

Kritik an Kürzungen bei Eingliederung von Arbeitslosen Union wirft Ampel-Koalition Fehlkalkulation vor - auch mit Verweis auf die Lage von Migranten

Auf welche Bereiche der Eingliederung verteilen sich die Einsparungen und erfolgen die Kürzungen auch deshalb, weil Mitnahmeeffekte von Unternehmen beobachtet werden, die Eingliederungszahlungen des Staats nutzen, um die Personalkosten zu senken? Auf diese WELT-Anfrage antwortete Heils Ministerium ausweichend. Eine Sprecherin verwies darauf, dass die Ausgaben in dem Bereich seit Jahren sehr hoch sind: "Seit dem Jahr 2019 liegen die Mittel für Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten, im sogenannten Gesamtbudget SGB II, jährlich bei über zehn Milliarden Euro." Sowohl die Eingliederungsmittel für Beschäftigungsmaßnahmen als auch die Verwaltungsmittel für die Betreuung und Vermittlung durch die Jobcenter sowie die finanzielle und personelle Ausstattung der Jobcenter seien in den vergangenen Jahren deutlich erhöht worden.

Die Ampel setzt den Rotstift an der falschen Stelle an Mathias Middelberg (CDU), Unions-Fraktionsvize

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 21, 2023

End of Document

Das Misstrauen gegenüber der Demokratie wächst; SPD-Landräte und Demoskopen erklären AfD-Hoch

Die Welt

Dienstag 13. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 112

Length: 938 words

Byline: Hannah Bethke

Body

Das Vertrauen vieler Bürger in die Demokratie schwindet. Das belegen Daten aus der Demoskopie, das zeigen Berichte aus den Kommunen, von Bürgermeistern und Landräten, die mit den konkreten Problemen der Bürger konfrontiert sind. Viele sind unzufrieden mit der Bundesregierung, besonders in der Energie- und **Migrationspolitik**. In manchen Umfragen liegt die Rechtsaußen-Partei derweil gleichauf mit der Kanzlerpartei SPD.

Die Sozialdemokraten verstanden sich lange als Vertreter der Arbeiter und jener Schichten, die sozial benachteiligt sind. Nun aber dringen sie mit ihrer Ansprache an das Volk oft nicht mehr durch. Woran liegt das?

"Den Leuten fehlen Antworten, das merke ich hier in der ländlichen Region sehr deutlich", sagt Stefan Sternberg im Gespräch mit WELT. Der Sozialdemokrat ist Landrat im Landkreis Ludwigslust-Parchim in Mecklenburg-Vorpommern. In diesem Bundesland hat die SPD zumindest für Ostdeutschland einen vergleichsweise guten Stand; sie stellt mit Manuela Schwesig die Ministerpräsidentin und ist in aktuellen Umfragen immer noch stärkste Kraft - allerdings dicht gefolgt von der AfD. Es mangele in Berlin an klaren Botschaften und an umsetzbaren, ganz konkreten Lösungen, meint der Landrat.

Davon ist auch Anita Schneider überzeugt. Sie ist Landrätin für die SPD im hessischen Landkreis Gießen. In Hessen steht im Herbst eine Landtagswahl an. In Umfragen liegt die CDU dort mit 30 Prozent derzeit klar vorn; die SPD erreicht 20 Prozent, die AfD zwölf Prozent. Schneider findet, die Politik müsse besser werden bei der Vermittlung ihrer Inhalte: "Menschen müssen Ängste genommen, und sie müssen beteiligt werden."

Das aber gelingt offenkundig zurzeit nicht. Die mangelnde Abstimmung zwischen Bund und Kommunen ist geradezu symptomatisch für die Ampel-Koalition. Das gilt nicht nur für die Migrationspolitik, in deren Folge die Kommunen Alarm schlagen, weil sie nicht mehr Asylsuchende aufnehmen können. Fehlende Abstimmung prägt auch eines der wichtigsten Gesetzesvorhaben der Bundesregierung, nämlich das Gebäude-Energie-Gesetz. Geht es nach der SPD, soll es noch vor der parlamentarischen Sommerpause verabschiedet werden - trotz Koalitionskrachs, trotz vieler offener Fragen.

Das Misstrauen gegenüber der Demokratie wächst SPD-Landräte und Demoskopen erklären AfD-Hoch

In der Bevölkerung macht sich darüber Unmut breit. Das Heizungsgesetz sei auch in seiner Region eines der großen Themen unter den Bürgern, erzählt Landrat Sternberg. Im ländlichen Raum höre man von Wärmeversorgungsnetzen, auf die man setzen solle. Für den Sozialdemokraten hat das keinen Sinn: "Wenn man in einem Landkreis wie diesem lebt, wo eine durchschnittliche Gemeinde nur 350 bis 400 Einwohner hat, trägt sich wirtschaftlich kein Wärmenetz der Welt." Viele wüssten nun nicht mehr, was jetzt zu tun sei. Ein Unternehmer für Backofenbau habe ihn gefragt, was er jetzt produzieren solle: "Elektroöfen, die eine schlechtere Qualität haben als Gasöfen? Was ist dann mit den Bäckereien ?" Fast jeder habe hier ein Haus. Manche hätten dafür ein ganzes Leben gearbeitet, um die Kredite abzuzahlen. Jetzt sollen sie anders heizen, aber Wärmepumpen ließen sich dort nicht installieren. "Diese Unsicherheit sorgt bei den Menschen so aufgestaut für eine Protest-Situation", sagt Sternberg. Dann wählten sie die AfD.

Renate Köcher vom Institut für Demoskopie Allensbach bestätigt, dass das Umfragehoch für die AfD überproportional ein Thema im Osten sei, aber auch im Westen zunehme. Die Erklärung liege auf der Hand, sagt sie WELT: "Zwei Drittel geben ihrer Zustimmung zur AfD aus Enttäuschung über die anderen ." Auch aus diesem Grund wertet sie die Zustimmungswerte zur AfD bei den meisten noch nicht als Ausdruck einer politischen Radikalisierung. Es könne aber dazu kommen, wenn die anderen Parteien nicht reagierten. Das, was AfD-Anhänger verbinde, sei der Frust, erklärt sie: "Das ist für sich genommen kein politisches Programm."

Doch woher kommt dieser Frust? Die Lage ist angespannt, aber im internationalen Vergleich ist Deutschland immer noch ein stabiler Wohlfahrtsstaat. Köcher verweist auf Daten, die zwar bestätigten, dass die Deutschen "nach wie vor viele Stärken des Landes" sähen. Es gebe aber auch die Wahrnehmung, dass Deutschland nicht mehr richtig funktioniere: "Die Hälfte der Bevölkerung hat den Eindruck, Deutschland ist im Niedergang." Dabei gehe es um zukunftsträchtige Themen wie Verteidigung, Bildungswesen , Verkehrsinfrastruktur und Digitalisierung.

Daniel Kurth, SPD-Landrat aus dem brandenburgischen Landkreis Barnim, erzählt, es gebe bei einigen Bürgern Zweifel, ob der Staat noch seine Pflichten erfüllt. Das größte Thema für die Menschen hier sei aber die Migration. Er stoße vermehrt auf Skepsis gegenüber Flüchtlingen; mitunter gebe es rassistische Untertöne. Um in seiner Region strukturell daran etwas ändern zu können, setzt der Landrat auf Investitionen in politische Bildung.

Ob das ausreicht, um das Misstrauen gegenüber den staatlichen Institutionen zu beheben, ist allerdings fraglich. Wo man sich auch umhört, immer wieder zeigt sich dasselbe Phänomen: Die Politik dringt nicht mehr zu den Leuten durch. Es kommt bei vielen nur an, dass sie ihre Lebensweise grundlegend ändern sollen, ohne dafür konkrete Lösungen zu sehen.

Renate Köcher rät, man solle die Bürger nicht mit politischen Beschlüssen überraschen, sondern deren Folgen mitbedenken. Nur so könne Vertrauen wiederhergestellt werden. Das deckt sich mit den Schilderungen der Landräte. Wenn sich an diesen Defiziten der politischen Vermittlung nichts ändert und Rechtspopulisten solche Leerstellen für sich nutzen, könnte das die regierenden Parteien, allen voran die einstige Volkspartei SPD, weiter schwächen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 12, 2023

"Der Arbeitsmarkt der Zukunft ist international"; Daniel Terzenbach ist der neue Beauftragte für die Integration von Flüchtlingen in Jobs. Das Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit erklärt, was heute anders läuft als 2015 - und warum Englisch bald zweite Geschäftssprache sein könnte

Die Welt

Mittwoch 6. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Wirtschaft; S. 10; Ausg. 237

Length: 1231 words

Byline: Jan Klauth

Body

Der breiten Öffentlichkeit war Daniel Terzenbach bisher eher kein Begriff. Das könnte sich demnächst ändern. Terzenbach, der im Vorstand der Bundesagentur für Arbeit (BA) sitzt, ist seit Kurzem zuständig für die Arbeitsmarktintegration von **Flüchtlingen**. Als Sonderbeauftragter der Bundesregierung berichtet er an Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD).

Bereits von 2015 bis 2018 war Terzenbach für das operative **Flüchtlingsmanagement** bei der BA zuständig. Heils Ziel ist es, mittels des "Job-Turbos", mehr **Flüchtlinge** in Arbeit zu bringen. Mehrere Ökonomen hatten die "Turbo"-Pläne als eine Art Scheinreform kritisiert. Terzenbach hingegen verteidigt das Vorgehen. Im Interview mit WELT betont er, dass es auf die Vernetzung ankomme - und erklärt, warum der Beschäftigungszuwachs in Deutschland "zu 100 Prozent durch Ausländer getragen wird".

WELT:

Herr Terzenbach, Sie sind der neue Beauftragte der Bundesregierung für die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen. Was wird heute anders laufen als 2015 und 2016?

Terzenbach:

Die Arbeitsmarktintegration wurde damals vernachlässigt, es gab kaum Beratung. Lange glaubte man: Die Flüchtlinge werden einen Deutschkurs nach dem anderen machen, am Schluss haben wir dann eine fertige Fachkraft - und dann beginnt nach mehreren Jahren die Arbeit. Dieser Ansatz war im Nachhinein betrachtet nicht zielführend. Ein Learning: Wir brauchen jetzt mehr Sprachkurse, während die Menschen bereits in Arbeit sind.

"Der Arbeitsmarkt der Zukunft ist international" Daniel Terzenbach ist der neue Beauftragte für die Integration von Flüchtlingen in Jobs. Das Vorstandsmitglied

Arbeitsminister Heil will dazu den "Job-Turbo" zünden. Eine ganze Reihe von Ökonomen halten das vor allem für heiße Luft.

Es geht beim Turbo darum, Geschwindigkeit aufzunehmen und in einer Phase, in der 400.000 Menschen aus Sprachkursen gekommen sind und noch kommen, für die Integration in Arbeit zu sorgen - und zu verhindern, dass sie im Sozialsystem bleiben. Das koordiniere ich im Austausch mit der Wirtschaft, den Kommunen und Ländern und der Bundesregierung. Das Ganze ist anspruchsvoll. Dafür braucht es aber keine neuen Gesetze.

Alles, was in den "Turbo"-Punkten steht, gilt auch für Bezieher des Bürgergelds, die deutsch sind oder die keinen Fluchthintergrund haben. Daran ist doch nichts neu.

Es gibt im Bürgergeld keine Regeln, die für Flüchtlinge gelten und für andere nicht. Mitwirkungspflichten haben sie genauso. Neu ist die Koordinierung und Vernetzung: Während der Fluchtbewegung 2015/16 wurden die Migrationsorganisationen, die Wohlfahrtsverbände und der ganze Social-Media-Komplex überhaupt nicht mitgedacht. Heute gibt es Facebook-Gruppen, in denen mehrere 10.000 Syrer oder Ukrainerinnen vernetzt sind. Da müssen wir präsent sein und alle möglichen Akteure einbeziehen.

Sie sprechen von Geschwindigkeit, die mit dem Turbo erreicht werden soll. Da verwundert es stark, dass es überhaupt kein konkretes Ziel gibt.

Es sollen so viele Menschen wie möglich in Arbeit kommen. Deswegen schaue ich auch ins Ausland, um zu sehen, was und ob dort etwas besser gemacht wird. Nach Dänemark oder die Niederlande beispielsweise.

Wie sieht es aufseiten der Unternehmen aus? Arbeitsminister Heil hat mehrfach angedeutet, dass die Sprachanforderungen teilweise zu hoch seien oder es für Flüchtlinge zu hohe Einstellungshürden gebe.

Es gibt - wenn überhaupt wenige - Unternehmen, die überhaupt keine Flüchtlinge einstellen möchten. Aber insgesamt ist die Wirtschaft sehr offen. Vielen Firmen fehlt die Erfahrung, sie haben bis heute keine Flüchtlinge eingestellt. Das liegt auch daran, dass der Weg zu kompliziert scheint, allein schon die Besuche bei der Ausländerbehörde. Und dann gibt es eine Reihe von Fördermöglichkeiten, von denen viele gar nichts wissen.

Aber was ist mit der Sprache? Es ist ja nicht Aufgabe der Unternehmen, den Menschen Deutsch beizubringen. Für WELT habe ich zwei Berufsmessen besucht, wo auch viele Flüchtlinge vor Ort waren. Wer dort Motivation zeigt und halbwegs gutes Deutsch spricht, bekommt einen Vertrag in die Hand gedrückt.

Ich habe ähnliche Beobachtungen gemacht. Aber gerade bei ukrainischen Frauen zeigt sich: Viele trauen sich noch zu wenig zu. Wer vorher in einem Dienstleistungsberuf gearbeitet hat, wo die Kommunikation eine Stärke war und genau das jetzt die Schwäche ist - der muss sich komplett neu orientieren. Ein Beispiel: Wir haben ukrainische Apothekerinnen begleitet, die jetzt als Aushilfskraft in einer Apotheke anfangen und währenddessen weiterhin Deutsch lernen. Wenn das klappt und die Behörden ihre Qualifikationen anerkennen, können sie später als approbierte Apothekerin arbeiten.

Sie sprechen etwas an, woran es gerade bei ukrainischen Frauen oft zu scheitern scheint: Die Aufnahme einer Arbeit unterhalb der Qualifikation, die sie in der Ukraine erworben haben - mit einer ganz anderen Gehaltsstufe. Das gehört also auch zur Mitwirkungspflicht?

Ja, die Menschen müssen jetzt schnell in Arbeit kommen, vielleicht auch zunächst noch unterhalb ihrer Qualifikation - dann dürfen wir aber nicht loslassen, sondern müssen sie weiterbilden. Das ergibt auch ökonomisch Sinn, denn wir suchen in Deutschland überwiegend Fachkräfte.

Also glauben Sie, - auch im Hinblick auf die Fachkräfteeinwanderung - dass sich die deutsche Wirtschaft internationaler aufstellen muss, Stichwort Amts- oder Geschäftssprache Englisch?

Es geht mir um den Arbeitsmarkt als solchen. Längerfristig kommen wir da gar nicht drumherum. Allein schon demografisch bedingt wird der Arbeitsmarkt in Deutschland immer bunter und internationaler. Irgendwann müssen

"Der Arbeitsmarkt der Zukunft ist international" Daniel Terzenbach ist der neue Beauftragte für die Integration von Flüchtlingen in Jobs. Das Vorstandsmitglied

wir anerkennen, dass es kein kultureller Suizid ist, wenn wir, langfristig gesehen, auf dem Arbeitsmarkt neben Deutsch auch Englisch sprechen.

Schauen wir auf die Gruppe derjenigen, die 2015 und 2016 Asyl beantragt haben. Etwas mehr als die Hälfte ist heute erwerbstätig, davon ein Drittel in Vollzeit ungefähr. Wie ist das zu bewerten?

Der Durchschnitt irritiert erst mal, wir müssen differenzieren. Die Männer, die damals kamen, sind heute zu fast 70 Prozent beschäftigt. Das ist ein guter Wert, der uns große Hoffnung gibt, dass das für die, die jetzt gerade gekommen sind, ähnlich läuft. Gleichzeitig sind die Frauen mit knapp einem Drittel davon weit entfernt. Es ist bisher nicht gelungen, die Erwerbsbeteiligung gleichermaßen zu organisieren.

Die meisten Flüchtlinge waren damals aber Männer ohne Kinder. Wenn nur ein Drittel in Vollzeit arbeitet, sind es ja in vielen Fällen Aufstocker, die weiterhin zumindest zum Teil von staatlichen Leistungen abhängig sind.

Viele Flüchtlinge arbeiten heute auch in Helfertätigkeiten, wie zum Beispiel der Lagerlogistik oder in der Reinigung. Das sind Jobs, da müssen wir uns mal ehrlich machen: Viele Deutsche wollen diese Arbeit kaum noch erledigen. Es sind auch häufig Jobs im Niedriglohnsektor, wo das Geld kaum zum Leben reicht, insbesondere wenn man eine Familie hat. Dass die Menschen mit Bürgergeld aufstocken müssen, darf da keinen überraschen.

Apropos Bürgergeld. Die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ist um 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat angestiegen. Wie kann das sein, bei 1,8 Millionen offene Stellen?

Acht von zehn offenen Stellen sind Fachkräfte-Positionen. Und unter den Langzeitarbeitslosen haben 70 Prozent keine formale Qualifikation. Andererseits ist der Anstieg konjunkturell bedingt, der Arbeitsmarkt geht das ganze Jahr schon durch eine schwierige Phase. Dennoch: Hätten wir dieselbe Krise vor 15 Jahren erlebt, wäre die Arbeitslosigkeit viel stärker angestiegen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 5, 2023

End of Document

Afghanistan im Zentrum einer neuen Krise; Nachbarländer schieben massenhaft Flüchtlinge ab. Deutschland fliegt 188 aus Pakistan aus

Die Welt

Mittwoch 13. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 242

Length: 864 words

Byline: Carolina Drüten

Dpa

Body

Im Schatten des Krieges in Gaza und in der Ukraine spielt sich im Nahen und Mittleren Osten eine Krise ab, die sich schon bald auf die gesamte Region bis hin nach Europa auswirken dürfte. Vor eineinhalb Monaten lief ein Ultimatum ab, das Pakistans Regierung rund eineinhalb Millionen undokumentierten Afghanen gestellt hatte: Verlasst das Land, oder wir zwingen euch dazu. 448.200 Menschen sind seither nach Afghanistan zurückgekehrt - das sind deutlich mehr, als etwa die Stadt Bochum Einwohner hat. 27.200 davon wurden von pakistanischen Behörden deportiert (Stand: 7. Dezember).

Die Schutzräume für Menschen aus Afghanistan schrumpfen. Auch die Türkei hat ihre Abschiebungen intensiviert. In den vergangenen Wochen sollen knapp 4000 Menschen mit speziellen Flügen nach Kabul deportiert worden sein; im vergangenen Jahr waren es rund 50.000. Auch der Iran weist Berichten zufolge massenhaft Afghanen aus, teils wohl trotz gültiger Dokumente. Mehr als 345.000 aus dem Iran ausgewiesene Afghanen habe das von den Taliban geführte **Flüchtlingsministerium** in den vergangenen drei Monaten verzeichnet, berichtete am Montag der afghanische Nachrichtensender Tolonews. Offizielle Zahlen von iranischer Seite gibt es dazu nicht. Der iranische Innenminister Ahmad Vahidi sagte Anfang Dezember zum wiederholten Mal, dass Millionen von Afghanen, die ihm zufolge "illegal" im Land leben, abgeschoben werden sollen.

In Pakistan, wo im Februar Parlamentswahlen stattfinden, führt die Regierung Sicherheitsbedenken an. Grund ist das Erstarken des pakistanischen Taliban-Ablegers (TTP). Islamabad wirft den Taliban in Afghanistan vor, die TTP von dort aus Anschläge auf Ziele in Pakistan verüben zu lassen. Viele der Sicherheitsprobleme sind allerdings hausgemacht, weil der pakistanische Geheimdienst die Taliban seit ihrer Gründung mit Geld und Waffen ausstattete. "Pakistan versucht, die Taliban in Afghanistan unter Druck zu setzen", sagt Borzou Daragahi vom Thinktank Atlantic Council. "Die afghanische Wirtschaft ist von Überweisungen aus der Diaspora in Pakistan abhängig. Wenn die dortigen Afghanen zurückgeschickt werden, verlieren sie ihren wirtschaftlichen Nutzen - und

Afghanistan im Zentrum einer neuen Krise Nachbarländer schieben massenhaft Flüchtlinge ab. Deutschland fliegt 188 aus Pakistan aus

werden zu einer wirtschaftlichen Belastung für die Taliban." Pakistan will das Taliban-Regime so dazu zwingen, die TTP in Schach zu halten - und setzt Menschen als Druckmittel ein, die dabei ihre Existenz verlieren.

Ibraheem Bahiss von der International Crisis Group befürchtet dramatische Konsequenzen. "Pakistans Politik der erzwungenen Rückführung birgt die Gefahr einer humanitären Katastrophe mit weitreichenden Folgen für die Region und darüber hinaus", schreibt er in einem Beitrag des Thinktanks. "Die Migration aus Afghanistan könnte exponentiell zunehmen, was in Europa und entlang der Migrationsroute in Ländern wie dem Iran und der Türkei Anlass zur Sorge gibt."

Grund dafür ist auch die katastrophale Situation in Afghanistan selbst. Millionen sind von Hunger bedroht, mehr als die Hälfte der Einwohner ist auf humanitäre Hilfe angewiesen. "Die kommenden Monate werden entscheidend sein", sagt Salma Ben Aissa, Afghanistan-Länderdirektorin der Hilfsorganisation International Rescue Committee. Der harte Winter verschärfe die Notlage. Seit der Machtübernahme der Taliban sind zudem die Rechte der weiblichen Bevölkerung so stark eingeschränkt wie nirgends sonst.

Auswirkungen auf Europa und Deutschland sind aktuell nicht spürbar. Noch nicht. Deutsche Behörden erwarten unmittelbar keine steigenden Ankunftszyhlen - auch, weil die lange Route über den Iran, die Türkei und das Mittelmeer in den Wintermonaten kaum passierbar ist. Mittelfristig könnte sich das aber ändern. Dass sich die Flüchtlingspolitik großer Aufnahmeländer auf Deutschland auswirkt, gilt als gegeben. Ein Beispiel: In einem vertraulichen Dokument deutscher Sicherheitsbehörden heißt es, ein zwischenzeitlicher Anstieg der Anzahl afghanischer Staatsbürger, die die Türkei in Richtung Griechenland verlassen, stehe im Zusammenhang mit der "Wiederaufnahme der Rückführungsmaßnahmen der Türkei nach Afghanistan". In anderen Worten: Wenn die Türkei mehr Menschen abschiebt, fühlen sich diese dort nicht mehr sicher. Jene, die es sich leisten können, erwägen dann eher die Weiterreise in die EU - und das heißt dann oft Deutschland.

Zugleich wächst die Sorge, dass Pakistan auch Menschen abschiebt, deren Sicherheit unter den Taliban akut bedroht ist - speziell jene, die nach der Machtübernahme 2021 geflohen waren: Journalistinnen, Menschenrechtsaktivisten und ehemalige Angestellte der vorigen Regierung. Unter ihnen warten einige tausend auf eine Ausreise nach Deutschland im Rahmen des Bundesaufnahmeprogramms für besonders gefährdete Afghanen. Um zu verhindern, dass sie ausgewiesen werden, hat Berlin eine Namensliste an die pakistanischen Behörden gegeben. Am Donnerstag flogen 188 Afghanen mit einer Aufnahmezusage nach Leipzig, wie die Nachrichtenagentur dpa unter Berufung auf Informationen aus der deutschen Botschaft in Islamabad berichtete. Nach Angaben der Bundesregierung warteten Ende November aber noch rund 11.500 Menschen aus Afghanistan, die eine Aufnahmezusage der Bundesrepublik haben, auf die Ausreise.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 12, 2023

End of Document

"Der Begriff Klimaflüchtling ist schwierig"; Migrationsforscher Benjamin Schraven findet Prognosen, wegen des Klimawandels würden Millionen Menschen ihre Länder verlassen, unseriös

Die Welt

Mittwoch 6. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; THEMA DES TAGES; S. 2; Ausg. 173

Length: 1204 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Benjamin Schraven, 44, ist **Migrationsforscher** am German Institute of Development and Sustainability in Bonn. Er hat unter anderem die Internationale Organisation für **Migration** und die Europäische Kommission zu den Herausforderungen klimabedingter **Migration** beraten. Schraven ist Grünen-Mitglied. Von ihm ist kürzlich das Buch „Klimamigration“ - Wie die globale Erwärmung Flucht und **Migration** verursacht“ erschienen.

WELT:

Herr Schraven, immer wieder warnen Politiker und NGOs, aber auch Medien davor, dass wir bis 2050 bis zu 200 Millionen Klimaflüchtlinge haben könnten. Ist die Zahl realistisch?

Benjamin Schraven:

Die Zahl kursiert in der Öffentlichkeit seit den 1990er-Jahren. Damals hat der renommierte Oxford-Professor Norman Myers prognostiziert, dass bis zum Jahr 2050 etwa 200 Millionen Menschen zu "Klimaflüchtlingen" werden würden. Myers war allerdings ein Biodiversitätsforscher, kein Migrationsexperte. Was er sich damals zurecht gerechnet hat, ist aus heutiger Sicht methodisch nicht mehr haltbar.

Auch die Weltbank spricht davon, dass mehr als 200 Millionen Menschen wegen des Klimawandels in die Flucht getrieben werden könnten.

Die Weltbank hat mehrere Szenarien erstellt, das 200-Millionen-Szenario ist das pessimistischste. Es bezieht sich auch auf Migrationsbewegungen innerhalb der betroffenen Länder. Im Globalen Norden wird die Zahl von einigen allerdings so interpretiert, dass sich in den nächsten Jahrzehnten Millionen Menschen auf die Flucht machen könnten - vor allem Richtung Europa. Ich halte das für problematisch.

Warum?

"Der Begriff Klimaflüchtling ist schwierig" Migrationsforscher Benjamin Schraven findet Prognosen, wegen des Klimawandels würden Millionen Menschen ihre Länder

Migrationsforscher gehen heute überwiegend davon aus, dass sich die Zahl der sogenannten Klimaflüchtlinge nicht seriös vorhersagen lässt. Zwar kann man prognostizieren, wie viele Menschen von Klimaextremen betroffen sein werden. Der Weltklimarat IPCC geht davon aus, dass mehr als drei Milliarden Menschen unter den Folgen leiden werden. Diese Menschen werden sich aber nicht alle auf den Weg machen. Diejenigen, die migrieren, tun das oft innerhalb ihrer Region. Migrationsentscheidungen werden auch künftig von ganz vielen Faktoren beeinflusst werden. In der Forschung reden wir daher von "Migration im Kontext des Klimawandels" und nicht von "Klimaflüchtlingen".

Was ist der Unterschied?

"Klimaflüchtling" ist ein eher politischer Begriff. Aus wissenschaftlicher und juristischer Sicht ist er schwierig. Es wird nur wenige Regionen geben, bei denen der Klimawandel und Migration kausal ganz direkt und unmittelbar zusammenhängen. Wenn die pazifischen Inseln wegen des steigenden Meeresspiegels unbewohnbar werden und die Menschen deswegen umziehen müssen, handelt es sich sicher um Migration, die durch den Klimawandel bedingt ist. In vielen anderen Fällen ist der Zusammenhang komplexer. Um ein Beispiel zu nennen: Der Klimawandel erhöht zum Beispiel die Wahrscheinlichkeit von Dürren und damit für politische Instabilität und Konflikte. Das wiederum kann Flucht befördern. Aber das ist dann keine Flucht, die direkt durch Klimaextreme hervorgerufen wird. Der Klimawandel ist auch ein Multiplikator von Risiken.

Manche Regionen werden stärker vom Klimawandel betroffen sein als andere. Auch wenn Sie keine Zahlen nennen mögen: Ist davon auszugehen, dass sich künftig noch mehr Menschen etwa aus Tunesien oder Marokko nach Europa aufmachen werden, wenn ihre Heimat wegen steigender Temperaturen zunehmend lebensfeindlich wird?

Wir können natürlich mit einem anhaltenden Migrationsdruck aus diesen Regionen rechnen. Allerdings wird nur ein bestimmter Teil der Bevölkerung migrieren. Die Hauptbetroffenen des Klimawandels werden nicht in größerem Umfang nach Europa kommen. Dazu gehören die kleinbäuerlichen Familien, Viehnomaden oder Fischerfamilien. Die haben schon heute nicht die Ressourcen, um von Westafrika in Richtung Mittelmeer und dann die EU aufzubrechen. Wenn sie es sich leisten können, dann migrieren sie Richtung Küste, um in der kommerziellen Landwirtschaft oder im informellen Sektor in den Städten zu arbeiten. Einige - und das ist wirklich bedenklich - haben überhaupt nicht die Mittel, um irgendwo hinzugehen. Sie sind den Folgen des Klimawandels dann direkt ausgesetzt. Erzwungene Immobilität und ihre Folgen sind vielleicht ein weitaus größeres Problem als die Mobilität. In der öffentlichen Debatte kommt das bislang allerdings kaum vor.

Die Grünen haben vor ein paar Jahren einen sogenannten Klimapass für Menschen vorgeschlagen, die wegen des Klimawandels ihr Zuhause verlassen müssen. Sie sollen dann an einen sicheren Ort migrieren dürfen. Ähnliche Vorschläge unterbreitete jüngst der deutsche Sachverständigenrat für Integration und Migration. Halten Sie solche Aufenthaltstitel für sinnvoll?

Es gibt gute ethische Gründe, das zu fordern. Im Sinne der Klimagerechtigkeit wäre ein solcher Pass allemal. Es wird auch über eine eigene Konvention für Menschen diskutiert, die wegen des Klimawandels ihre Heimat verlassen müssen. Aber auf absehbare Zeit wird es keine politischen Mehrheiten für solche Vorhaben geben - weder in Deutschland noch international. Wir sollten hier eher auf regionale Lösungen vor Ort setzen. Das halte ich für erfolgversprechender und passiert auch bereits.

Wie sehen solche regionalen Lösungen aus?

Dazu können viele Maßnahmen im Bereich Klimaanpassung, Katastrophenschutz oder Migration gezählt werden - etwa die Einführung regionaler Freizügigkeitsabkommen, um Mobilität zu erleichtern. Wir dürfen nicht vergessen, dass Migration für viele Menschen ein Mittel ist, um die Folgen der Klimakrise wie Missernten bewältigen zu können. Eine wichtige Maßnahme ist zum Beispiel die Verbesserung der städtischen Infrastruktur im Bereich Kanalisation oder Versickerung, denn viele Menschen gehen in die Städte und sehen sich dort einer zunehmenden Flutgefahr ausgesetzt.

"Der Begriff Klimaflüchtling ist schwierig" Migrationsforscher Benjamin Schraven findet Prognosen, wegen des Klimawandels würden Millionen Menschen ihre Länder

Die Bundesregierung hat gerade mitgeteilt, dass sie im vergangenen Jahr 6,3 Milliarden Euro deutsche Haushaltssmittel in die sogenannte internationale Klimafinanzierung gesteckt habe. Damit sollen auch Anpassungsmaßnahmen in den besonders betroffenen Ländern gefördert werden. Ist das aus Ihrer Sicht ausreichend?

Wenn sich die Bundesregierung mit 6,3 Milliarden Euro beteiligt, ist das gut. Die Industriestaaten haben sich in Kopenhagen 2009 aber darauf geeinigt, den Ländern im Globalen Süden jährlich 100 Milliarden Euro an Klimafinanzierung zur Verfügung zu stellen, was bislang nicht ganz erreicht wurde.

Sie haben an anderer Stelle gesagt, dass der Klimawandel auch innerhalb Europas zu Migrationsbewegungen führen könnte. Was erwarten Sie konkret?

Wir wissen, dass vor allem der steigende Meeresspiegel für einige Regionen in den nächsten 30, 40 Jahren zum großen Problem werden könnte. Die Niederlande liegen zum Beispiel größtenteils unter dem Meeresspiegel. Nun sind die Niederländer Weltmeister darin, dem Meer Land abzutrotzen. Aber wenn das Wasser weiter steigt, wird es technisch und finanziell zunehmend schwieriger, die betroffenen Küstenregionen zu schützen. Ich gehe davon aus, dass Menschen dort dann ihre Heimat verlieren. Eigentlich müssten wir schon heute einen Dialog über diese Bedrohung und ihre möglichen Folgen wie eben auch Migration und Umsiedlungen anfangen. Ich sehe aber nicht, dass das passiert.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Unterwegs auf extrem trockener Erde: ein Schäfer mit seiner Herde nahe dem Dorf Ouled Essi Massoud in Marokko. Unten: Migrationsforscher Benjamin Schraven

Load-Date: September 5, 2023

End of Document

Schleuser verdienen Milliarden mit Migranten; Netzwerke agieren laut Geheimpapier der Bundespolizei zunehmend gewaltbereit

Die Welt

Dienstag 19. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 182

Length: 626 words

Byline: Alexander Dinger

Body

In einer internen Analyse der Bundespolizei, die WELT vorliegt, kommen die Beamten zu dem Ergebnis, dass Schleuser zunehmend risiko- und gewaltbereit vorgehen. Dabei verdienen sie immer mehr Geld.

Laut den Ermittlern haben sich die international agierenden Schleusernetzwerke in den vergangenen Jahren ständig sehr flexibel an die sich verändernden Rahmenbedingungen angepasst. Konkurrierende Netzwerke würden in Teilen sogar kooperieren, um die Nachfrage nach Schleusungen in die EU überhaupt decken zu können.

Die Schleusergruppen seien im Kern oft nicht in Deutschland ansässig, agierten konspirativ sowie arbeitsteilig. Soziale Medien wie Facebook und Instagram oder Messenger-Dienste wie Telegram und WhatsApp würden dabei immer häufiger als Werbeplattform dienen. Schwachstellen in der Migrationspolitik würden schnell erkannt und ausgenutzt.

Eine besondere Bedeutung komme der Schleusung von Migranten mit Fahrzeugen bei, heißt es in dem Bericht. Dabei werden Migranten versteckt mit Autos, Transportern oder Lkw über die Grenze nach Deutschland gebracht. Stärkere Grenzkontrollen und eine zunehmend restriktive Migrationspolitik in den Transitländern würden dazu führen, dass Migranten auf ihrem Weg nach Deutschland von professionellen Strukturen abhängig seien. Diese Alternativlosigkeit führe wiederum dazu, dass die Schleuser zunehmend höhere Summen für ihre Dienste verlangen können.

Der verdeckte Transport von Migranten im Kofferraum nahm im Jahresverlauf 2022 stark zu. Mehrere Länder in der EU berichteten, dass die Fahrer zunehmend Anhaltezeichen der Polizei missachteten und versuchten, sich der Kontrolle zu entziehen. Es komme immer häufiger zu waghalsigen Fahrmanövern. Allein im zweiten Quartal dieses Jahres kamen in der EU bereits zwölf Menschen bei Fahrerfluchten ums Leben, eine Frau in Deutschland.

Bis Anfang September wurden demnach in Deutschland 183.681 Menschen in deutschen Erstaufnahmeeinrichtungen registriert. Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr waren es insgesamt rund 240.000

Schleuser verdienen Milliarden mit Migranten Netzwerke agieren laut Geheimpapier der Bundespolizei zunehmend gewaltbereit

Menschen. Experten rechnen damit, dass diese Zahl in diesem Jahr noch einmal übertroffen wird. Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine sind in diese Statistik nicht eingerechnet.

Dem gegenüber stehen von der Polizei entdeckte Schleusungen. Im ersten Halbjahr 2023 hat die Bundespolizei insgesamt 2298 in Fahrzeugen versteckte Migranten festgestellt. Das ist eine Verdopplung der Zahl im Vergleich zum Vorjahr, als es 1114 Menschen waren. Die Hauptherkunftsländer der Migranten waren Syrien, Türkei, Afghanistan und Irak.

Und die Zahlen gehen weiter steil nach oben. Allein in den Monaten Juli und August stellte die Bundespolizei mit 4400 Personen nahezu doppelt so viele Geschleuste wie in den sechs Monaten zuvor fest und mehr als in den Gesamtjahren 2021 (3500 Personen) und 2022 (3600 Personen).

Dabei sind Schleusungen ein lukratives Milliarden-Geschäft. So wurden laut Ermittlern im vergangenen Jahr auf der ostmediterranen Route über die Türkei wahrscheinlich mindestens 263 bis 324 Millionen Euro von Schleusern umgesetzt. Schleuser auf dem Balkan setzten mindestens 850 Millionen bis 1,16 Milliarden Euro um; wahrscheinlich aber eher zwei bis drei Milliarden Euro. Die Balkanroute ist damit die mit Abstand umsatzstärkste Route.

Stark im Kommen sei auch die Ostroute über Russland und Belarus mit mindestens 75 Millionen Euro Umsatz. Auf den Seerouten in die EU setzten die Schleuser mindestens 255 bis 566 Millionen Euro um. Auch hier liegen die wahren Umsätze wahrscheinlich um ein Vielfaches höher.

Laut Ermittlern erzielen die Schleuser im Schnitt einen geschätzten Gewinn von 70 bis 80 Prozent des Gesamtumsatzes. Ein jährlicher zweistelliger Milliardenumsatz sei mittel- bis langfristig denkbar, schreiben die Ermittler.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Bundespolizei im Einsatz gegen Schleuserkriminalität, hier in Brandenburg

Load-Date: September 18, 2023

End of Document

Leserbriefe

Die Welt

Montag 8. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; LESERBRIEFE; S. 7; Ausg. 88

Length: 230 words

Body

Wähler verschrecken

Zu: "Große Skepsis gegenüber Zuwanderung" vom 5. Mai

Frau Faeser hat die Problematik begriffen. Die ewig geforderte gleiche Verteilung von **Migranten** wird es nicht geben, da zu viele Länder der EU, nicht nur Ungarn, dies schlicht und einfach nicht wollen. Viele Grüne begreifen es einfach nicht: Eine **Asylpolitik** nach grünen Vorstellungen treibt Wähler den Rechtspopulisten zu. Frau Faeser geht hier niemandem auf den Leim. Die Grünen wissen offensichtlich nicht, wie viele Wähler grüne **Asylpolitik** ablehnen, aber (noch) nicht rechts wählen. Solange dies so weitergeht, brauchen rechte Parteien keinen Wahlkampf, denn den machen die Grünen für sie.

Paul Klostermann, Herford

Schlafwandler

Zu: "Der große Krieg fängt gerade erst an" vom 19. April

Zur Zeit beschränken sich die Kämpfe noch auf die Ukraine, aber das wird sich ändern. Unsere Politiker zerren den Rest der Welt "schlafwandelnd", wie schon beim Ersten Weltkrieg, wieder in den großen Krieg hinein. Da wird Kriegsstimmung verbreitet. Da baut sich ein Kriegsregime auf. Da gibt es die wildesten Kampf- und Durchhalteparolen. Da wird aufgerüstet. Da bestimmen der Krieg und seine Auswirkungen immer mehr das Leben der Menschen. Da gewöhnen sich alle schrittweise daran, dass halt mal Krieg ist. Da werden alle, die zu Verhandlungen aufrufen, attackiert.

Frank Wunderlich, Nöbdenitz

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 7, 2023

Leserbriefe

End of Document

Pragmatischer mit Afrika

Die Welt

Dienstag 28. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; KOMMENTAR; S. 7; Ausg. 231

Length: 407 words

Byline: Christian Putsch

Body

Der Umgang mit Partnern erfordert Kompromisse. Nach diesem Grundsatz verfährt die Europäische Union (EU) durchaus, wie das Migrationsabkommen mit der Türkei belegt. Im Niger aber stellte sich zuletzt noch mehr die Frage, wie weit man in dieser Frage gehen sollte.

Dort hat die Militärjunta nun das Migrationsgesetz gekippt, das Grundlage einer emsigen Zusammenarbeit mit Europa war: Die EU zahlte Milliarden, der Niger blockierte Hunderttausenden Migranten die Durchfahrt nach Libyen und letztlich Europa. Angesichts dieser Geschäftsbeziehung schaute die EU bei kreativer Buchführung im Niger schon mal weg. Und europäische Diplomaten unterstützten die Auszeichnung des ehemaligen Präsidenten Mahamadou Issoufou mit dem Mo Ibrahim-Preis für Demokratieförderung, nachdem dieser die Macht vor zwei Jahren an Mohamed Bazoum übergeben hatte. Dabei wird Issoufou auch von ehemaligen europäischen Lobbyisten verdächtigt, beim Putsch gegen Bazoum vor vier Monaten die Strümpfe gezogen zu haben. Der Präsident ist nach wie vor in Gefangenschaft der Militärjunta, die seinen formellen Rücktritt erzwingen will. Der steht weiter aus, er ist ein aufrechter Mann. Unter anderem Deutschland und Italien erwogen, auch wegen des Migrationspaktes das Gespräch mit der Junta aufzunehmen. Letztlich aber folgte man Frankreich, das dies bis heute ablehnt.

Man muss bezweifeln, dass Gespräche zu einem anderen Ausgang geführt hätten - die Junta stand in der Migrationsfrage intern unter großem Druck. Auch die Aussetzung europäischer Budgethilfe ist alternativlos. Generäle können natürlich auch nicht mit protokollarischen Ehren empfangen werden. Aber die EU läuft Gefahr, in der Sahelzone französische Fehler zu wiederholen. Frankreich tritt mit beleidigter Schroffheit gegenüber seinen ehemaligen Kolonien auf, aus denen sie hinausgeworfen wurde.

Die jüngste Welle von Putschen ist erschreckend. Doch der alleinige Maßstab westlichen Demokratieverständnisses hilft nicht. Es fehlt das Gespür für eine Bevölkerung, die einen Putsch laut Meinungsumfragen bei unzulänglicher Regierungsführung mehrheitlich als legitimes Instrument ansieht. Auch, weil Wahlen oft kaum Aussicht auf Machtwechsel eröffnen. Das muss künftig in eine pragmatischere Kommunikationsstrategie einfließen. Sonst wird der Graben zwischen Afrika und Europa noch größer. Und der zwischen Afrika und Russland kleiner.

Pragmatischer mit Afrika

christian.putschi@welt.de (christian.putschi@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 27, 2023

End of Document

Was tun mit 170 geretteten Migranten?; Mauretanien weist spanisches Polizeischiff ab

Die Welt

Dienstag 29. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 167

Length: 809 words

Byline: Tim Röhn

Antonio Sempere

Body

Es sind schwierige Momente für eine 20-köpfige Crew der Guardia Civil und 170 **Migranten** vor der Küste von Nouadhibou in Mauretanien - mit ungewissem Ausgang. Es war am Freitag, als die "Rio Tajo", die als Rettungsschiff in Nordafrika im Einsatz ist, die Menschen senegalesischer Herkunft an Bord eines Holzbootes in mauretanischen Gewässern aufnahm.

Das spanische Schiff nahm Kurs auf den Hafen von Nouadhibou in Mauretanien, um die **Migranten** an Land zu bringen - so wie es üblich ist. Die Sache wurde jedoch kompliziert, als ein Gendarmeriebeamter, angeblich der Chef des mauretanischen Hafens, an Bord kam. Nach einem Austausch mit der Crew weigerte sich der Beamte, die **Migranten** auf mauretanischem Territorium von Bord gehen zu lassen. Alle Versuche der Spanier, den Mann zu überzeugen, schlugen fehl. Wie Quellen, die mit dem Fall vertraut sind, gegenüber der WELT bestätigten, wurde eine hohe Geldsumme gefordert, damit die 170 Menschen nicht auf dem Schiff verbleiben müssen - eine Forderung, die die spanischen Polizisten nicht erfüllen konnten oder wollten. Das spanische Innenministerium schweigt zu dem Vorfall, Polizeiquellen wandten sich mit Alarmrufen selbst an Journalisten, damit die prekäre Lage öffentlich wird.

Die spanische Militärpolizei ist in Mauretanien mit dem Ziel im Einsatz, die illegale Migration Richtung Kanarische Inseln einzudämmen. Auch Netzwerke von Menschenschmugglern sollen aufgedeckt werden. Wenn sich Boote in Seenot befinden, führen die Polizisten Rettungseinsätze durch. Dabei arbeitet die Guardia Civil - in der Regel - eng mit den mauretanischen Behörden zusammen.

In Fällen wie jenem vom vergangenen Freitag ist das Protokoll klar: Die Migranten werden in einen mauretanischen Hafen zurückgebracht, gehen in die Obhut der Behörden des bettelarmen Staates über; oftmals kommt es zu Abschiebungen in den Senegal, von wo viele Bootsmigranten stammen, die nach Europa wollen. Schon in der

Was tun mit 170 geretteten Migranten? Mauretanien weist spanisches Polizeischiff ab

Vergangenheit, so verlautete aus dem Umfeld der Polizeigewerkschaft AGUC gegenüber WELT, sollen heimlich Geldsummen geflossen sein, um die Abnahme der Menschen sicherzustellen.

Die Lage an Bord der "Rio Tajo" sei, so die AUGC, "sehr kompliziert" und mit Gefahr für Leib und Leben für die Beamten verbunden. Nach Angaben der Gewerkschaft brach Chaos aus, als die Beamten an Bord des Patrouillenbootes Schüsse in die Luft abgeben mussten, um die Kontrolle über die geretteten Migranten zu behalten, die versucht hätten, die Kontrolle über das Boot zu übernehmen - wohl aus Angst, in Nouadhibou und nicht auf den Kanarischen Inseln an Land gehen zu müssen.

Daher wurde beschlossen, die Zahl der Beamten auf dem Patrouillenboot zu erhöhen und das gesamte Personal der Guardia-Civil-Abteilung Nouadhibou zu mobilisieren.

Die Weigerung Mauretanien, die Ausschiffung zu gestatten, hat innerhalb kürzester Zeit zu erheblichen Spannungen zwischen den spanischen und mauretanischen Behörden geführt. Klar ist: Je mehr Stunden vergehen, ohne dass eine Lösung für die Ausschiffung der Migranten und die Sicherheit der Besatzung gefunden wird, desto größer wird die Unruhe an Bord.

Angesichts der festgefahrenen Situation wurde die "Rio Tajo" von der mauretanischen Schifffahrtsbehörde angewiesen, den Hafen zu verlassen. Das spanische Patrouillenboot lag danach an einem Ankerplatz in der Nähe des mauretanischen Hafens und fährt Kreise, um auf eine Lösung der Krise zu warten. Der Kapitän, ein ziviler Mitarbeiter der Militärpolizei und Angestellter einer spanischen Schifffahrtsfirma, hat in der Zwischenzeit beschlossen, das AIS-Ortungsgerät zu aktivieren, damit alle Bewegungen des Schiffes überwacht werden können - und bei einem Notfall zügig auffindbar zu sein. Der Kapitän ergriff derweil drastische Maßnahmen, um die Sicherheit an Bord aufrechtzuerhalten, indem er die Polizisten in geschlossenen Abteilen untergebracht hat und ihnen nur erlaubt, hinauszugehen, um den Migranten Lebensmittel zu geben.

Bisher gibt es keine offizielle Erklärung des Sozialisten Fernando Grande Marlaska an der Spitze des spanischen Innenministeriums. Am Montagnachmittag nahm das Schiff plötzlich Fahrt auf, steuerte aus dem Hafen. Das Ziel? Unbekannt. Sollte sich das Schiff doch noch auf den Weg gen Kanaren machen, so würde dies etwa drei Tage dauern. Mauretanien liegt zwar rund 700 Kilometer südlich der Kanarischen Inseln, ist aber trotz der großen Entfernung ein stark frequentierter Abfahrtsort für Menschen aus der Region, die per Boot in die EU gelangen wollen. Nouadhibou beherbergt einen gigantischen Fischereihafen, in dem sich viele hundert Schiffe, die sogenannten Cayucos, befinden. Von hier aus machen sich die Migranten auf die gefährliche Reise. In den vergangenen Wochen hat die Zahl der Ankömmlinge auf den Kanaren dramatisch zugenommen. Für den Herbst erwarten die Behörden eine weitere Zuspitzung der Lage.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Das prall gefüllte Boot der Guardia Civil im Meer vor Mauretanien

Load-Date: August 28, 2023

Was Deutschland im Umgang mit der AfD lernen kann; In Schweden regieren inzwischen Rechtspopulisten mit. Will man das in der Bundesrepublik verhindern, müssen aus dem skandinavischen Beispiel Lehren gezogen werden, schreibt unser schwedischer Autor

Die Welt

Freitag 9. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 110

Length: 933 words

Byline: Erik Thyselius

Body

In den jüngsten Umfragen steht die AfD mit 18 Prozent gleichauf mit der regierenden SPD. Die immer weiter zunehmende Radikalisierung der Rechtsaußen-Partei spielt offensichtlich keine Rolle für viele deutsche Wähler. Als Schwede kommt mir das Szenario allzu bekannt vor.

Es wäre schade, wenn die etablierten Parteien in Deutschland die Fehler ihrer schwedischen Kollegen im Umgang mit den Populisten wiederholen würden. Leider deutet alles darauf hin, dass dies der Fall ist. **Migrationszahlen**, Bandenkriminalität und Clans bestimmen heute die Agenden fast aller Parteien in Schweden. Aber es gab eine Zeit, in der Politiker wie auch einfache Bürger von Kritik an der **Migrationspolitik** zurückschreckten. Das ist noch gar nicht so lange her.

Es begann mit dem Einzug der Schwedendemokraten ins Parlament im Jahr 2010. Die Tatsache, dass fast sechs Prozent der Wähler für eine Partei mit rechtsextremen Wurzeln stimmten, erschütterte das schwedische Establishment stark. Die Reaktion der damaligen liberalkonservativen Regierung bestand darin, dass sie in allen Migrationsfragen die entgegengesetzte Position zu den Schwedendemokraten einnahm. Das Gleiche galt für die Parteien auf der linken Seite. Deren Haltung prägte den öffentlichen Diskurs.

Von den etablierten Parteien wagte niemand, dem Anstieg der Flüchtlingszahlen mit konstruktiver Kritik zu begegnen. So überließ man den Schwedendemokraten das Feld, die die Zuwanderung nach Schweden verringern oder sogar stoppen wollten. Der Rest der Parteien wollte sie - um sich davon abzusetzen - gar erhöhen. Als die Schwedendemokraten eine Obergrenze für die Zahl der Zuwanderer forderte, bestand die Antwort des Establishments darin, den Zusammenhang zwischen Integrationsfähigkeit und Größe des Landes zu leugnen. Auch auf die Kritik der Schwedendemokraten an Unzulänglichkeiten der Migrationsbehörde reagierte man mit dem

Was Deutschland im Umgang mit der AfD lernen kann In Schweden regieren inzwischen Rechtspopulisten mit . Will man das in der Bundesrepublik verhindern, müssen a....

Abstreiten der Probleme. Die damalige Regierung ignorierte die Themen - und glaubte, die Wähler so davon überzeugen zu können, dass es sinnlos sei, die Schwedendemokraten zu wählen.

Die Quittung für die Strategie kam bei den Wahlen im Jahr 2014: Die Schwedendemokraten erhielten fast 13 Prozent der Stimmen. Die Moderaten, vergleichbar mit der CDU in Deutschland, verloren sieben Prozent ihrer Wähler. Vor allem konservative Wähler wechselten zu den Schwedendemokraten. Ein Effekt, der sich nach der Flüchtlingskrise 2015 noch verstärkte. Der damalige Moderaten-Parteichef Fredrik Reinfeldt trat kurz nach dieser Wahlschlappe von seinem Amt zurück. Es folgte eine lange Periode schwerer interner Spaltungen und Diskussionen über die Ausrichtung der Partei. Kritiker meinten, die Partei sei unter Reinfeldt zu weit nach links gerückt und habe klassische liberalkonservative Positionen aufgegeben. Andere argumentierten, dass die Zukunft der Partei in der Mitte liege. Die Parallelen zum Dilemma der deutschen CDU sind offensichtlich.

Die schwedischen Konservativen zogen aus ihrer Misere einen Schluss: Kurzfristige Positionsverschiebungen zur Mitte kann Parteien große Gewinne bescheren. Aber wenn dadurch zu viel vom Kern der eigenen Ideologie aufgegeben wird, werden sich die Wähler von ihr abwenden. Eine Partei, die das vergisst, läuft Gefahr, eine leere Hülle zu werden. Unter dem neuen Parteichef Ulf Kristersson begannen die Moderaten langsam eine Rückbesinnung auf ihre klassischen liberalkonservativen Positionen. Für die Wahl 2018 reichte das noch nicht - die rot-grünen Parteien errangen eine Mehrheit im Parlament.

Die Schwedendemokraten setzten unterdessen ihren Höhenflug fort und fingen den Unmut vieler Wähler ein, die einst für die Konservativen oder die Sozialdemokraten gestimmt hatten. Der rot-grünen Regierung kam zugute, dass die bürgerlichen Parteien jede Form der Zusammenarbeit mit den Populisten ablehnten. Ein Tabu, das vor dem Wahlkampf 2022 allerdings gebrochen wurde. Moderate, Christdemokraten und Liberale erklärten, dass sie im Falle eines Wahlsiegs eine Regierung mit Unterstützung der Schwedendemokraten bilden würden. Was auch passierte.

Heute regiert ein Bündnis aus bürgerlichen Parteien zusammen mit den Schwedendemokraten. Gewonnen haben die Bürgerlichen die Wahl aber nicht nur, indem sie ein solches Bündnis in Aussicht gestellt haben. Sondern vielmehr, indem sie ihre Angst vor den Schwedendemokraten ablegten und sich auf ihren bürgerlich-konservativen Kern besannen. Das demokratische System, könnte man sagen, funktionierte wieder. Wichtig ist allerdings zu betonen: Entscheidend für die Bereitschaft der Bürgerlichen, mit den Schwedendemokraten zusammenzuarbeiten, war deren eigener Wandel. Noch 2010 oder 2014 wäre das nicht möglich gewesen. Damals vertraten die Schwedendemokraten viel zu radikale Positionen, hatten Probleme mit rechtsextremen Vertretern und waren von internen Skandalen geprägt. Mittlerweile vertritt sie gemäßigtere Positionen.

Im Falle der AfD ist die Situation genau umgekehrt. Seit ihrer Gründung hat sich die Partei zunehmend radikalisiert und vertritt teilweise rechtsextreme Positionen, wird ständig von internen Skandalen geplagt und ihre Haltung gegenüber der Nato, Russland und der Ukraine ist fragwürdig, wenn nicht sogar gefährlich. CDU-Chef Friedrich Merz hat daher eine Zusammenarbeit mit der Partei ausgeschlossen. Umso wichtiger ist es, dass die Parteien der Mitte auf sich selbst schauen und die Fehler der schwedischen Schwesternparteien nicht wiederholen. Sondern, dass sie sich auf den Kern ihrer ideologischen Ausrichtung besinnen. Dazu gehört eine Migrationspolitik, die auch die Sicherheit der Bürger fest im Blick hat.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

In Schweden regiert in ein Bündnis bürgerlicher Parteien zusammen mit den Schwedendemokraten und ihrem Vorsitzenden Jimmie Åkesson (l.)

Was Deutschland im Umgang mit der AfD lernen kann In Schweden regieren inzwischen Rechtspopulisten mit .
Will man das in der Bundesrepublik verhindern, müssen a....

Load-Date: June 8, 2023

End of Document

"Kann mein ganzes Agieren nicht nach fünf Prozent Extremisten ausrichten"; In Bautzen machen Rechtsradikale gegen Migranten Stimmung, die CDU im Kreis unterstützt einen AfD-Antrag zur Asylpolitik. Oberbürgermeister Vogt (CDU) über die Lage vor Ort

Die Welt

Dienstag 31. Januar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; **THEMA DES TAGES;** S. 2; Ausg. 22

Length: 1269 words

Byline: Diana Pieper

Body

Karsten Vogt (CDU), 51, seit August vergangenen Jahres Oberbürgermeister der sächsischen Stadt Bautzen. Er sucht auf Montagsdemos das Gespräch mit aufgebrachten Bürgern

WELT:

Herr Vogt, in Ihre Amtszeit fällt ein erneuter Brandanschlag auf eine Asylunterkunft, rechtsextreme Akteure versuchen, die Montagsdemonstrationen einzunehmen. Wie nehmen Sie die Stimmung in der Stadt wahr?

Karsten Vogt:

Wir zählen mittlerweile mehr als 100 Montagsdemonstrationen in Folge. Das - und die Pandemie - haben dazu geführt, dass sich die Stadtgesellschaft polarisiert hat. Denn natürlich gibt es auch den Teil, der Probleme mit den Demos hat.

Wo zeigt sich dieser Konflikt?

Stadträte haben im November eine Gesprächsrunde mit Teilnehmern der Montagsdemos organisiert. Dabei haben Teilnehmer mit bestimmten Fahnen versucht, sich Zutritt zu verschaffen. Die Stadträte wollten sie aber nur ohne ihre Fahnen reinlassen.

Um welche Fahnen ging es?

Da waren die Freien Sachsen mit dabei, aber auch "Reichsbürger". Die Situation konnte friedlich geklärt werden, hat aber deutlich gemacht, dass es Reibungspunkte gibt. Auf der anderen Seite gibt es ein hohes Engagement im

"Kann mein ganzes Agieren nicht nach fünf Prozent Extremisten ausrichten" In Bautzen machen Rechtsradikale gegen Migranten Stimmung, die CDU im Kreis unterstützen....

Ehrenamt, um Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen. Natürlich geht das nur bis zu einer gewissen Grenze. Will man mit verfassungsfeindlichen Extremisten ein Gespräch führen, wird's schwierig.

Im vergangenen Herbst hat Ihnen ein Auftritt auf der Bühne der "Mahnwache Bautzen" genau diesen Vorwurf eingebracht.

Ich habe drei Mal bei den Montagsdemos gesprochen. Bei meinem ersten Auftritt im November 2021 haben Demonstranten Gewalt gegen Polizisten angewendet. Es wurden Flaschen geworfen, Bengalos gezündet. Das Demonstrationsrecht ist ein Teil unserer demokratischen Kultur, aber Gewalt verbietet sich. Diesen Standpunkt habe ich wenige Wochen später zum Ausdruck gebracht. Mit Erfolg, wir konnten die Gewalt danach von den Demos weghalten. Der von Ihnen angesprochene Auftritt im Herbst kam zustande, weil das Narrativ verbreitet wurde, dass Landrat und Oberbürgermeister in der Energiekrise nichts für die Bürger unternähmen. Deswegen wurden wir eingeladen.

Der Landrat Udo Witschas (CDU) ist der Einladung nicht gefolgt. Warum Sie?

Ich halte das Nicht-Kommunizieren für den größeren Schaden, weil ich damit den Vorwurf der Demonstranten bestätigt hätte. Deswegen habe ich die Kommunikation gesucht.

Können Sie die Kritik nachvollziehen?

Das kann ich, ich weiß ja auch, dass ein bestimmter Prozentsatz bei diesen Versammlungen den Freien Sachsen zuzuordnen ist oder aus der "Reichsbürger"-Szene kommt. Daneben gibt es aber einen riesengroßen Teil an Bürgern, auf die das nicht zutrifft. Ich sehe dort Eltern von Kindern, die ich aus meiner Zeit als Schulleiter kenne, bei denen ich weiß, wo sie politisch zu verorten sind. Für mich liegt die große Schwierigkeit, die wir in dieser Stadt haben, vor allem bei der Frage: Wie kommuniziere ich?

Kritiker wünschten sich eine klare Kommunikation, die die Vereinnahmungsversuche rechtsextremistischer Gruppierungen anspricht.

Das ist sehr idealtypisch gedacht. Bei der Veranstaltung lagen angeblich Eier bereit, die hätten fliegen können. Dazu kam es nicht, ich war daher zufrieden, dass ich mit den Demonstranten reden konnte, ohne dass es zu Auseinandersetzungen kam. Wenn ich aber mit meiner Argumentation einen Teil der Leute verliere, habe ich künftig keine Kommunikationsbasis mehr. Sollten wir wieder in eine ähnlich angespannte Situation wie im vergangenen Winter kommen, muss ich als Gesprächspartner akzeptiert werden - nicht von allen, aber von einer Mehrheit. Sonst haben wir keine Möglichkeit, mit friedlichen Mitteln einzuwirken.

Äußern Sie sich eher zurückhaltend, weil Sie Anfeindungen befürchten?

Absolut nicht. Das empfinde ich so nicht, dann würde ich auch ein ganz falsches Stimmungsbild übermitteln. Ich wurde bisher nicht persönlich angegriffen.

Wie passt Ihre Positionierung zur Leitlinie der CDU, sich mit einer "Brandmauer" klar von rechtsextremen Positionen abzugrenzen?

Die Position der CDU ist nicht mehr die gleiche wie in den 1990er-Jahren, wir müssen gesellschaftliche Veränderungen akzeptieren. Jeder weiß, wo ich politisch verortet bin. Aber ich will mit allen Parteien kommunizieren.

Muss das Erstarken rechtsextremistischer Gruppierungen als "gesellschaftliche Veränderung", wie Sie es nennen, hingenommen werden?

Das meine ich nicht. Meine Position ist klar. Ich kann mein ganzes Agieren aber auch nicht immer nach fünf Prozent Extremisten ausrichten. Ich muss auf die Masse der Bevölkerung gucken.

"Kann mein ganzes Agieren nicht nach fünf Prozent Extremisten ausrichten" In Bautzen machen Rechtsradikale gegen Migranten Stimmung, die CDU im Kreis unterstützen....

Ihrem Parteikollegen, dem Landrat Udo Witschas, wird vorgeworfen, rechtsextremistische Positionen salonfähig zu machen, nachdem die CDU im Kreistag in Bautzen einem AfD-Antrag über die Kürzung von Integrationsleistungen für abgelehnte Asylbewerber zustimmte. Eine "Weihnachtsansprache", in der Witschas sagte, dass im Landkreis Asylsuchende weder in Turnhallen noch in dezentralen Unterkünften untergebracht werden sollen, befeuerte die Kritik. Die Bundes-CDU distanzierte sich von Witschas, Grüne und Linke im Stadtrat fordern seinen Rücktritt. Wie bewerten Sie das?

Es steht jedem frei, sich dazu zu äußern. Der eine oder andere Stadtrat versucht, Bundespolitik zu thematisieren. Die Frage ist doch, welche Diskussion an welchem Ort welche Folgen nach sich zieht. Ich halte es für unklug, Spannungen aus dem Kreistag auf die Ebene unseres Stadtrates zu ziehen. Parteipolitik und Ideologie sollte die Zusammenarbeit im Gremium nicht negativ beeinflussen.

Müssen Sie dort mit der AfD zusammenarbeiten, weil sie sonst Entscheidungen im Stadtrat blockiert?

Die Zusammenarbeit im Stadtrat ist gut, die AfD hinterfragt Entscheidungen, und das ist ihr gutes Recht. Eine Blockadehaltung sehe ich nicht.

Wie stehen Sie denn inhaltlich zu den Äußerungen von Witschas? Hat der Landrat recht mit seiner kritischen Haltung zur dezentralen Unterbringung von Migranten?

Wenn wir Turnhallen mit Flüchtlingen belegen, gefährden wir, dass Schüler den massiven Unterrichtsausfall aus der Corona-Zeit nachholen können. Zugleich haben Asylsuchende Anspruch auf Schutz. Diese zwei Güter dürfen wir nicht gegeneinander ausspielen. Der Bautzener Kreistag lehnt es ab, im Rechenzentrum in Hoyerswerda Asylsuchende zentral unterzubringen. Wir müssen diese Personen aber irgendwo unterbringen. Die großen Wohnungsgesellschaften in Bautzen könnten Wohnungen bereitstellen, das haben wir nun an den Landkreis weitergegeben. Daneben wurde im Dezember die zentrale Unterkunft, das "Spreehotel", wieder in Betrieb genommen.

Die Eröffnung hatte sich wegen des Brandanschlags verzögert. Hat sich die Lage beruhigt?

Ich habe die ersten Bewohner persönlich willkommen geheißen. Vorab haben wir Gespräche mit Einwohnern im Bautzener Ortsteil Burk geführt, in dem das "Spreehotel" steht. Da gibt es natürlich Pro und Contra. Bereits die erste Bürgerversammlung im August hatte Diskussionen ausgelöst.

Wie gehen Sie darauf ein?

Wir haben eine Sicherheitsrunde ins Leben gerufen, bei der Bürger mit Bewohnern des "Spreehotels", dem Träger und der Polizei an einem Tisch sitzen. So können Interessen abgeglichen werden, wenn Probleme entstehen.

Das zur Asylunterkunft umfunktionierte "Spreehotel" wurde in den vergangenen Jahren mehrfach angegriffen. Während sich die Linke um die Sicherheit der Bewohner sorgt, fordert die AfD eine Container-Polizeistation vor der Einrichtung. Wer muss hier vor wem geschützt werden?

Es gibt ein Sicherheitskonzept, das ausgerichtet auf die Sicherheit von den Bewohnern ist und von privaten Sicherheitskräften umgesetzt wird. Die Polizei ist ebenfalls eingebunden.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

"Kann mein ganzes Agieren nicht nach fünf Prozent Extremisten ausrichten" In Bautzen machen Rechtsradikale gegen Migranten Stimmung, die CDU im Kreis unterstützen....

Im Rathaus in Bautzen sitzt Oberbürgermeister Karsten Vogt (CDU)

Load-Date: January 30, 2023

End of Document

Der Westen hat seine Chance verpasst

Die Welt

Mittwoch 4. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 192

Length: 386 words

Byline: Daniel-dylan Böhmer

Body

Sind eine Milliarde Euro ein Almosen? Zumal für ein Land mit nur zwölf Millionen Einwohnern und extremen Haushaltslücken? Als "lächerlichen Betrag" und eben als "Almosen" hat der tunesische Präsident Kais Saied die Summe bezeichnet, die er laut einem im Sommer unterzeichneten Abkommen insgesamt von der EU für seine Bemühungen um eine Begrenzung der illegalen **Migration** nach Europa bekommen soll. Nun stellt Saied den ganzen Deal infrage. Und die EU muss sich wieder einmal mit der Wirklichkeit befassen - mit genau der Wirklichkeit, die sie selbst geschaffen hat.

Die Grundidee, sich das Migrationsproblem mit Geld für Anrainer-Staaten vom Leib zu halten, macht die EU erpressbar. Wie das geht, hat Recep Tayyip Erdogan aller Welt vorgemacht. Wann immer er Finanzhilfen braucht oder auch nur Rückendeckung für seine ziemlich robuste Außenpolitik, dann droht der Dauerpräsident vom Bosporus mit dem Bruch des Migrationsabkommens von 2016. Diesem Beispiel folgt nun offenkundig auch Saied. Mit seiner überraschenden Weigerung stellt er dabei den wohl wichtigsten Pfeiler der neuen EU-Migrationspolitik infrage. Dabei haben die Europäer selbst die Steilvorlage für diese Zwangssituation geliefert.

Es ist kein Zufall, dass die EU in Person von Erdogan und Saied von zwei Politikern erpresst wird, die ihre jeweilige Staaten eifrig von Demokratien zu autoritären Systemen umbauen. Wer die Ambition zum Autokraten hat, muss fast zwangsläufig immer wieder mal dem Westen gegenüber die scheinbaren Muskeln spielen lassen. Der nimmt es außerdem mit den Menschenrechten nicht so genau, wodurch die Europäer noch weniger Glaubwürdigkeit haben, wenn sie nach rechtsstaatlichen Standards in ihrer Nachbarschaft rufen. Und die Entmenschlichung ist es neben der wirtschaftlichen Aussichtlosigkeit im Nahen Osten und Afrika, die dem Abendland immer mehr Migranten zutreibt.

Man stelle sich vor, das Demokratie-Experiment in Tunesien nach dem Arabischen Frühling wäre geglückt, etwa weil die EU es noch kräftiger unterstützt hätte. Dann könnte dieses Land als Leuchtturm sowohl für einen neuen Gesellschaftsvertrag als auch für eine andere Migrationspolitik dienen. Es kam anders. Europa hat sich zu wenig eingemischt und sich dadurch erpressbar gemacht.

Der Westen hat seine Chance verpasst

daniel.bö(mailto:daniel.bö)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 4, 2023

End of Document

Staatsgewalt und Migration

Die Welt

Mittwoch 25. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 207

Length: 340 words

Byline: Rainer Haubrich

Body

Gewalt ist keine Lösung. Das mag im Privaten stimmen. Aber in öffentlichen Dingen herrscht die "Staatsgewalt", die laut Artikel 20 des Grundgesetzes unter anderem "durch besondere Organe ... der vollziehenden Gewalt" ausgeübt wird. Sie sorgen dafür, dass das Recht durchgesetzt wird, auch an den Landesgrenzen. Deshalb hat der CDU-Politiker Jens Spahn recht mit seiner Aussage bei "The Pioneer": Gegebenenfalls müsse man "mit physischer Gewalt irreguläre Migrationsbewegungen aufhalten".

Das geschah ja auch bereits: bei der Schließung der Balkanroute; beim Umgang mit Migranten, die über die Zäune der spanischen Exklaven Ceuta und Melilla in Nordafrika kletterten; an der Grenze zwischen Frankreich und Italien, wo Präsident Macron die Staatsgewalt aufmarschierten ließ, um illegale Weiterreisen zu verhindern. Fast hätte auch Deutschland die Grenze geschlossen - jene zu Österreich, schon am 13. September 2015. Die Bundespolizei hatte damals alle Vorbereitungen getroffen und wartete nur noch auf den Befehl aus Berlin. Aber der kam nicht. Dreieinhalb Wochen später erklärte Bundeskanzlerin Angel Merkel bei "Anne Will", Deutschland könne seine Grenze gar nicht schließen. Mehr noch: "Es liegt nicht in meiner Macht - und nicht in der Macht irgendeines Menschen in Deutschland - zu bestimmen, wie viele Menschen hierherkommen." Das war nicht nur inhaltlich falsch, denn es gab ja den vorbereiteten Einsatzbefehl. Es kam auch einer Einladung gleich.

Dieser deutsche Alleingang wurde längst beendet. Ganz Europa sucht nach Lösungen, die unverändert hohe illegale Migration zu stoppen. Nicht aus Kaltherzigkeit. Einige EU-Staaten sind bis ans Limit ihrer Leistungsfähigkeit gegangen. Inzwischen aber muss auch der Letzte erkennen, dass diese Migration viele Länder destabilisiert. Sie führt zu harten Verteilungskämpfen und vergrößert das Milieu eines intoleranten Islam, der Europas freiheitliche Gesellschaften bedroht. Deshalb muss die Staatsgewalt Grenzen setzen.

rainer.haubrich@welt.de (rainer.haubrich@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 25, 2023

End of Document

Wo die EKD-Theologie blinde Flecken hat; Die Evangelische Kirche lässt bei den Themen Migration und Klima wenig Raum für Andersdenkende. Eine Analyse von der Synode

Die Welt

Montag 13. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 220

Length: 862 words

Byline: Matthias Kamann

Body

Die Vorsitzende der Versammlung versuchte direkt zu zeigen, dass es um das Bekenntnis zum Glauben gut bestellt ist in der Evangelischen Kirche. Anna-Nicole Heinrich, Präsidentin der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), ging am Sonntagmorgen bei der Eröffnung der Tagung in Ulm auf das aktuelle Schwerpunktthema des Kirchenparlaments ein - "Sprach- und Handlungsfähigkeit im Glauben" - und erzählte von einem eigenen Erlebnis im September 2022.

Sie sei bei einer "Klimastreik"-Kundgebung in Erlangen aufgetreten, und vor ihrer Rede hätte ihr ein Organisator gesagt, dass dort christliche Bekenntnisse unangebracht seien. Aber sie habe sich darüber hinweggesetzt: "Ich habe von meinem Gott erzählt. Und ich habe mich getraut zu sagen, dass ich gern beten würde". Was sie dann auf der Bühne auch öffentlich getan habe. Für diese Schilderung erhielt Heinrich von den gut 120 Synodalen Beifall und mittags auf einer Pressekonferenz Zuspruch von der obersten EKD-Präsidentin, der Ratsvorsitzenden Annette Kurschus. Die nannte Heinrichs Erzählung ein Beispiel, "wie sich der Glaube Raum schafft, wo man es nicht erwartet".

Doch auch wenn Heinrichs Episode gezeigt haben mag, dass führende Protestanten ihren Glauben entgegen manchen Pauschalbehauptungen sehr wohl bekunden, so blieb doch eines unklar: Wie offen sind jene Glaubensbekundungen für diejenigen, die nicht die politischen Thesen des offiziellen Protestantismus teilen?

Erkennbar wurde die Unklarheit bei dieser Frage in der Grundsatzrede von Kurschus am Sonntag. Vehement wandte sie sich gegen Versuche zur Begrenzung der Asyl-Zuwanderung durch eine Obergrenze und sagte: "Überall dort, wo menschliche Grundrechte in Gefahr geraten, ist um des Evangeliums willen unser Einspruch gefordert." Hierbei argumentierte Kurschus mit biblischen Grundsätzen, bot aber keine christlichen Argumentationshilfen für jene an, die in der Kirche Sorgen wegen einer möglichen Überforderung und wegen Integrationsproblemen aufgrund immer weiter steigender Zahlen äußern.

Wo die EKD-Theologie blinde Flecken hat Die Evangelische Kirche lässt bei den Themen Migration und Klima wenig Raum für Andersdenkende. Eine Analyse von der Syn....

Zwar müsse man es "hören und ernst nehmen, wenn unseren Engagierten die Kraft und die Mittel ausgehen", räumte Kurschus ein, und sie sei "keineswegs für eine unbegrenzte Zuwanderung". Aber: "Ich jedenfalls lasse mir die Barmherzigkeit nicht ausreden und werde andere weiterhin an die Barmherzigkeit erinnern." So entstand der Eindruck, dass die EKD für migrationsfreundliche Positionierungen eine Menge an christlichen Reformen anbietet, aber für Skeptiker beim Zuwanderungsthema nur ein allgemeines Verständnis aufbringt, ohne sie in spezifisch religiösen Debatten hineinzuziehen.

Dass dies manche Kirchenmitglieder ratlos macht, erwähnte bei jener Pressekonferenz ein Redakteur der evangelischen Zeitung "Unsere Kirche". Er zitierte eine Leserzuschrift mit der Frage, ob man bei der Migration "für einen strikteren Kurs und trotzdem ein guter Christ sein" könne. Darauf wussten Heinrich und Kurschus nur zu antworten, dass sie ja niemandem das Christsein absprechen wollten - ohne aber einen evangelischen Diskurs für die Abwägung zwischen Begrenzung und Offenheit anbieten zu können.

Weil somit ein offenes theologisches Gespräch über Abweichungen von offiziellen Festlegungen der EKD-Spitze kaum in Gang kommt, bleibt es immer wieder Formulierungskünsten der Gremien überlassen, beibrisanten Themen politische Überspitzungen abzuschwächen. So wurde eine der härtesten - und intern umstrittenen - Festlegungen der letztjährigen Synoden-Tagung, die Einführung von Tempo 100 bei kirchlichen Dienstfahrten, nun laut dem schriftlichen Bericht des EKD-Rates entschärft: Das Tempolimit soll erst einmal nicht mit einer separaten Kampagne propagiert, sondern irgendwann "in eine breitere auf Klimaschutz bezogene Kampagne eingebettet werden".

Und zum aufsehenerregendsten Vorgang bei der Synode 2022 - der Rede einer Sprecherin der radikalen "Letzten Generation" - hieß es nun lediglich, dass deren Aktionen "innerkirchlich umstritten" bleiben würden und "jeweils im Einzelfall zu beurteilen" seien. Letzteres sei "Aufgabe der Justiz". Und dies könne von der Kirche "nicht pauschal kommentiert werden".

Dort aber, wo die EKD ihre politischen Einschätzungen aus theologischer Reflexion und nüchterner Analyse entwickelt, ist sie zu kraftvoller Sprache fähig. Über den wieder grassierenden Antisemitismus sagte Kurschus: "Massenmord ist Gottlosigkeit. Antisemitismus ist Gotteslästerung." Als Anspielung auf manche Spielarten christlicher Befreiungstheologie ließ sich verstehen, dass sie hinzufügte: "Die Hamas ist keine Befreiungsbewegung. Sie ist eine antisemitische Terrororganisation, die jüdisches Leben austilgen will, wo immer es ihr begegnet. Und: Sie ist eine tödliche Geißel für die leidenden Menschen in Gaza."

Sie sei "entsetzt", sagte Kurschus, "wie viele Intellektuelle auf der ganzen Welt sich klammheimlich freuten und ihren Beifall für die Hamas posteten". Die Ratsvorsitzende betonte: "Unser kirchliches Augenmerk muss auf den vielfältigen Spielarten eines beängstigenden Antisemitismus hierzulande liegen." Juden in Deutschland dürften "nicht den Hauch eines Zweifels haben, dass sie auf die Kirchen zählen können".

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Erzbischof von Uppsala Martin Modeus mit EKD-Chefin Annette Kurschus und Bischof Emmanuel von Christoupolis (v.l.)

Load-Date: November 12, 2023

Union skizziert Plan für "Rückführungsoffensive"; Beim Thema Abschiebungen erhöhen CDU und CSU den Druck auf die Regierung: Die Ausreisepflicht müsse durchgesetzt werden, auch über Druck auf Herkunftsstaaten

Die Welt

Mittwoch 29. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 63

Length: 780 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Die Union fordert die Bundesregierung auf, Abschiebehürden zu beseitigen. Die im Koalitionsvertrag der Ampel angekündigte Rückführungsoffensive müsse "umgehend auf den Weg" gebracht werden, heißt es in einem Antrag der CDU/CSU-Fraktion, der am Mittwoch im Bundestag beraten werden soll und der WELT vorlag. Aufgelistet werden 16 Vorschläge, wie das gelingen soll - von einer besseren Unterstützung von Migranten, die freiwillig ausreisen, zu Beförderungspflichten von Flugunternehmen, die Ausreisepflichtige transportieren.

"Während die Zahl der Asylanträge permanent steigt, nimmt die Zahl der Rückführungen stetig ab", sagte der CDU-Innenexperte Christoph de Vries zur Begründung. Die Bundesinnenministerin ergreife "weder Maßnahmen, um illegale Migration nach Deutschland zu unterbinden", noch nehme sie Maßnahmen in Angriff, "um die völlig unbefriedigende Situation bei den Abschiebungen zu verbessern". Laut dem Antrag wurden im Jahr 2022 rund 13.000 Abschiebungen vollzogen, 40 Prozent weniger als vor der Corona-Pandemie 2019. Demgegenüber stehen mehr als 300.000 Menschen, die Ende des Jahres 2022 ausreisepflichtig waren. Auch die Ampel hatte sich im Koalitionsvertrag dafür ausgesprochen, Ausreisen "konsequent" umzusetzen, ein Sonderbevollmächtigter für Migrationsabkommen soll dafür Vereinbarungen mit Herkunftsstaaten einfädeln. Bislang steht der Bevollmächtigte Joachim Stamp (FDP) mit seiner Arbeit aber noch am Anfang. Weitere Schritte, die die Zahl der Rückführungen deutlich steigern könnten, sind bislang nicht bekannt geworden.

Die Union schlägt nun vor, zum einen die freiwillige Rückkehr stärker zu fördern - etwa durch Programme, die den Menschen nach der Ankunft in der Heimat beim Existenzaufbau helfen. Jährlich reisen aktuell nur ein paar Tausend Personen mit einer Förderung des Bundes aus, was auch an Ängsten der Betroffenen liegt. Einige empfinden es offenbar als Schmach, nach einer erfolglosen Ausreise zu ihrer Familie zurückzukehren, wie Beratungsorganisationen berichten. Schon länger fordern sie deswegen bessere Beratungsstrukturen.

Union skizziert Plan für "Rückführungsoffensive" Beim Thema Abschiebungen erhöhen CDU und CSU den Druck auf die Regierung: Die Ausreisepflicht müsse durchgesetzt....

CDU und CSU fordern weiter, bei der "Aushandlung und Umsetzung" von Rücknahmeverträgen mit Herkunfts- und Transitstaaten "alle Kooperationsfelder" einzubeziehen. Hierzu hatte es in der Ampel zuletzt unterschiedliche Vorstellungen gegeben. Bekannt ist, dass Abschiebungen häufig an der fehlenden Kooperation der Herkunftsstaaten scheitern. Der neue Sonderbevollmächtigte soll deswegen Abkommen mit diesen Staaten schließen. Umstritten ist allerdings, wie viel Druck er ausüben darf. Innenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte sich zuletzt skeptisch gezeigt, Restriktionen bei der Visa-Vergabe als Druckmittel einzusetzen - anders als Kanzler Olaf Scholz (SPD), der das auf EU-Ebene mitträgt. Die Union findet, dass neben der Visa-Vergabe auch die Entwicklungszusammenarbeit bei den Abkommen eine Rolle spielen sollte.

Hinzu kommen weitere Detailregelungen. So sollen etwa Flugunternehmen dazu verpflichtet werden, Abzuschiebende auch tatsächlich zu transportieren. Außerdem soll es künftig verboten sein, Abschiebedaten weiterzugeben - so soll ein Untertauchen verhindert werden. Dieses Verbot soll nicht nur für Behörden gelten, sondern auch für Privatpersonen. Scharf kritisiert die Union geplante Gesetzesvorhaben der Ampel-Koalition, die aus ihrer Sicht Abschiebungen weiter erschweren könnten. Als Beispiel nennt sie die Überlegung, Ausländern, die ihre Passpapiere nicht beibringen können, unter Umständen zu erlauben, ihre Identität an Eides statt zu versichern. Eine solche Identitätsfeststellung sei auch vom Herkunftsland nicht anerkannt, wodurch eine spätere Rückführung "praktisch unmöglich" gemacht würde. Problematisch sei auch, die sogenannte "Duldung light" abschaffen zu wollen, die von der großen Koalition eingeführt worden war. Sie ermöglicht schärfere Sanktionen für Menschen, die bei ihrer Identitätsklärung nicht mitwirken.

"Wir brauchen einen grundlegenden Kurswechsel in der Migrationspolitik und den erklärten politischen Willen, die Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer konsequent und wirksam durchzusetzen", sagt Innenpolitiker de Vries. Wer keinen Schutzanspruch habe, müsse das Land verlassen. "Dies gilt umso mehr in einer Situation, in der Städte und Kommunen bei der Unterbringung absolut am Limit sind und die Hilferufe parteiübergreifend Tag für Tag lauter werden."

Schon Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte sich für eine "nationale Kraftanstrengung" bei den Abschiebungen ausgesprochen. Allerdings war die Zahl der Ausreisepflichtigen auch in der Zeit der großen Koalition weiter gestiegen: von knapp 230.000 im Jahr 2017 auf mehr als 290.000 Ende 2021.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: March 28, 2023

End of Document

Wie umgehen mit der AfD? So machen es andere Länder in Europa; Der Höhenflug der Rechten verunsichert etablierte Parteien und besorgt auch viele Menschen in Deutschland. Unsere Nachbarländer haben schon mehr Erfahrung mit rechten Parteien gesammelt. Was wir aus ihren Strategien lernen können

Die Welt

Montag 12. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 111

Length: 1540 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Rainer Haubrich

Virginia Kirst

Erik Thyselius

Martina Meister

Body

Die hohen Umfragewerte der Alternative für Deutschland (AfD) beunruhigen die Mehrheit der Bürger hierzulande: 62 Prozent sagten laut einer Erhebung des Insa-Instituts für die "Bild"-Zeitung, sie hätten Angst vor einem Rechtsruck in Deutschland. Zuletzt hatte die AfD bei Insa 19 Prozent erreicht, andere Umfrageinstitute sehen sie bei 17 bis 18 Prozent. In Politik und Gesellschaft ist eine heftige Debatte darüber entbrannt, wer für den Höhenflug der Rechten verantwortlich ist - und wie die etablierten Parteien damit umgehen sollten. Ein Blick ins Ausland fördert überraschende Erkenntnisse zutage.

Österreich

Die Freiheitliche Partei Österreich (FPÖ) liegt seit fast einem Jahr stabil bei 30 Prozent in den Umfragen und damit weit vor den bürgerlichen Parteien. Die Rechtspopulisten haben damit erstmals in ihrer Geschichte eine Chance, nach den Nationalratswahlen, die spätestens im Herbst 2024 stattfinden sollen, den Kanzler zu stellen. Die Partei

Wie umgehen mit der AfD? So machen es andere Länder in Europa Der Höhenflug der Rechten verunsichert etablierte Parteien und besorgt auch viele Menschen in Deut....

profitiert von der Corona-Krise, den Russland-Sanktionen, einer Verdreifachung der **Asylanträge** in Österreich im Jahr 2022, der Klimapolitik der schwarz-grünen Regierung und der EU-Kommission in Brüssel sowie vor allem von den hohen Inflationsraten.

Die Sozialdemokraten lehnen eine Zusammenarbeit mit der FPÖ ab, die konservative Regierungspartei ÖVP nähert sich den Rechtspopulisten in den Bundesländern dagegen immer mehr an. In Niederösterreich und dem Salzburger Land sind sie in den vergangenen Monaten ohne Not Koalitionen eingegangen. Seitdem gibt es in Niederösterreich eine "Deutschpflicht" auf Schulhöfen und Subventionen für Wirtshäuser, die Schnitzel und Knödel, aber kein Kebab anbieten. FPÖ-Parteichef Herbert Kickl ist ein scharfzüngiger Redner, bezeichnet den Bundespräsidenten als "senile Mumie", wettert gegen "die schöne Welt der Eliten und der Schickeria, die nichts Besseres zu tun haben, als euch zu bevormunden" und verspricht regelmäßig: "Es wird ein anderer Wind wehen in diesem Land, für euch der Wind der Gerechtigkeit". Nach zahlreichen Skandalen in der österreichischen Politik und allgemeiner Politikverdrossenheit verfängt das bei den Wählern. Christoph B. Schiltz

Niederlande

Das Gesicht des Rechtspopulismus in den Niederlanden ist seit 17 Jahren Geert Wilders. Im Jahr 2006 hatte er mit der Gründung seiner Partei das politische Erbe des ermordeten Islam-Kritikers Pim Fortuyn übernommen. Aber in all den Jahren ist Wilders bei Parlamentswahlen nie über 15 Prozent der Stimmen hinausgekommen. Was auch daran lag, dass der liberale Ministerpräsident Mark Rutte seine Regierungspartei VVD kontinuierlich weiter rechts positionierte. Der Macht am nächsten kam Wilders zwischen 2010 und 2012, als er eine Minderheitsregierung von Liberalen und Christdemokraten duldet. Als er dieses Modell aufkündigte, wurde das vom Wähler nicht belohnt: Seitdem erzielte er Wahlergebnisse um die zehn Prozent. Zuletzt bekam Wilders sogar Konkurrenz durch zwei neue Bewegungen: Während sich der Dandy Thierry Baudet durch parteiinterne Querelen und seine Sympathie für Putin inzwischen marginalisiert hat, ist die Bauer-Bürger-Bewegung, die sich gegen die Politik der städtischen Eliten stellt, in aktuellen Umfragen stärkste Kraft des Landes. Rainer Haubrich

Italien

Italien hat den Rechtspopulismus gewissermaßen erfunden. Im Jahr 1994, lange bevor Donald Trump in den USA seine Kandidatur erwog, wurde der Medienunternehmer Silvio Berlusconi in Italien zum Ministerpräsidenten gewählt. Berlusconi hatte seine Partei Forza Italia 1993 gegründet, auch, um die Politik zu seinem unternehmerischen Vorteil zu beeinflussen. Dass er sofort Ministerpräsident wurde, lag daran, dass die großen Volksparteien zuvor an dem Korruptionsskandal "Tangentopoli" zerbrochen waren und ihre Glaubwürdigkeit verloren hatten. In seiner Koalition machte Berlusconi zwei noch extremere, rechtspopulistische Parteien salonzfähig, indem er sie in seine Regierung holte: die Lega-Nord und die Alleanza Nazionale. Seitdem hat Italien keine Brandmauer mehr, rechtspopulistische Parteien gelten als wählbar. Davon profitierte erst lange Berlusconi, dann die Lega, die infolge der Flüchtlingskrise bei der Europawahl 2019 mit Anti-Migrationsrhetorik stärkste Partei wurde und zuletzt die amtierende Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, deren Partei Fratelli d'Italia Nachfolger der Alleanza Nazionale ist. Virginia Kirst

Schweden

Die Schwedendemokraten wurden 1988 von einer kleinen Gruppe gegründet, von denen viele einen Hintergrund in der rassistischen White-Power-Bewegung hatten. Über Jahre blieben sie eine unbedeutende Randpartei, die rechtsradikale Positionen vertrat. Mit der Wahl von Jimmie Åkesson zum Parteivorsitzenden im Jahr 2005 begann ein langsamer Prozess der Mäßigung. Bei den Wahlen 2006 erhielten die Schwedendemokraten fast drei Prozent der Stimmen. Das Erdbeben kam jedoch erst im Jahr 2010, als die Partei 5,7 Prozent erhielt und den Einzug ins Parlament schaffte.

Die Reaktion der anderen Parteien bestand darin, bei jeder Gelegenheit eine Gegenposition zu den Schwedendemokraten einzunehmen. Die Parteien der Mitte übernahmen daher auch keine Versuche, eigene Ansätze in der Migrationspolitik zu entwickeln. Die Zuwanderung nach Schweden nahm in der Zeit dramatisch zu, was Debatten über Sicherheit und Integration auslöste. Im Jahr 2015 zwang die Flüchtlingskrise schließlich die

Wie umgehen mit der AfD? So machen es andere Länder in Europa Der Höhenflug der Rechten verunsichert etablierte Parteien und besorgt auch viele Menschen in Deut....

Mehrheit der anderen Parteien dazu, ihre Haltung zu überdenken und auch restriktivere Ansätze zu entwickeln. Nach der Wahl im Jahr 2022 bildeten die Mitte-Rechts-Parteien mit Unterstützung der Schwedendemokraten eine Regierung. Die Entwicklung der Partei vom Ausgestoßenen zum Teil des politischen Establishments ist nahezu abgeschlossen. Erik Thyselius

Frankreich

Frankreich hat seit 50 Jahren Erfahrung im Umgang mit Rechtsextremismus und -populismus. Seit Jean-Marie Le Pen den Front National (FN) im Oktober 1972 gegründet hat, beschäftigt diese Frage die demokratische Opposition. In dieser langen Zeit sind französische Medien und die Öffentlichkeit durch verschiedene Phasen gegangen: von der Ignoranz über die Verteufelung, die Einverleibung der Themen der Partei bis hin zu ihrer Banalisierung. Funktioniert hat keine Strategie. Auch nicht die Stigmatisierung der rechtspopulistischen Wähler. Mit jeder Wahl hat der FN, den Marine Le Pen vor fünf Jahren in Rassemblement National (RN) umbenannt hat, langsam, aber stetig seinen Wählersockel erweitert.

Mit 88 Abgeordneten im Parlament und 13 Millionen Stimmen bei der letzten Präsidentschaftswahl ist die Partei auf Siegeskurs und Le Pen gilt als chancenreichste Kandidatin für die Präsidentschaftswahlen 2027. "Moralische Argumente ziehen nicht mehr", sagt deshalb Präsident Emmanuel Macron. "Man kann den Millionen französischen Wählern Le Pens nicht einreden, dass sie für Faschisten gestimmt haben." Vor allem der starke Zuwachs in der Unterschicht zeigt, dass linke Parteien auf soziale Probleme und Globalisierungsängste keine überzeugende Antworten mehr zu geben vermögen. Martina Meister

Dänemark

Im Jahr 1971 gründete der Populist Mogens Glistrup eine Partei der Unzufriedenheit - als Reaktion auf die hohen Steuern in Dänemark. Bereits zwei Jahre später war sie bei den Wahlen erfolgreich, die Fortschrittspartei wurde zweitstärkste Kraft, agierte in der Opposition aber recht chaotisch. Nachdem Glistrup wegen Steuervergehen zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt wurde, stürzte die Partei weiter ab. Im Jahr 1995 spaltete sich ein Teil der Partei ab und gründete unter der Führung von Pia Kjærsgaard die Dänische Volkspartei, die sich die Eindämmung der Zuwanderung und des Einflusses des Islams auf die Fahnen schrieb. Bereits in den frühen 2000er-Jahren wurde die Dänische Volkspartei zum Königsmacher und unterstützte mehrere Mitte-Rechts-Regierungen, verlangte im Gegenzug jedoch eine strikte Migrationspolitik. Erst nachdem die Sozialdemokraten unter der amtierenden Ministerpräsidentin Mette Frederiksen ebenfalls auf einen harten Kurs umschwenkten, sank die Bedeutung der Partei. Heute ist sie zersplittert und ringt um ihren Kurs. Erik Thyselius

Spanien

In Spanien betraten die Rechtspopulisten im gleichen Jahr wie die AfD die politische Bühne: 2013 gründeten enttäuschte Ex-Mitglieder der konservativen Partido Popular (PP) die Partei Vox (lateinisch für Stimme). Auslöser war damals vor allem die Opposition gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen der Region Katalonien. Nationalistische Positionen waren in Spanien lange mit der Franco-Diktatur verbunden und wurden deshalb von den etablierten Parteien gemieden. Seit der Gründung hat Vox sein politisches Angebot um Migrationskritik und ein erzkonservatives Familienbild erweitert und wächst damit kontinuierlich.

Auch wegen der zunehmend fragmentierten Parteienlandschaft und einer Schwäche der beiden großen Volksparteien zog Vox im Jahr 2018 erstmals in ein Regionalparlament ein und wurde von der PP in der Regierung geduldet. Seitdem sind die Parteien immer wieder Koalitionen eingegangen und könnten das auch nach den Parlamentswahlen im Sommer tun, um erstmals gemeinsam auf nationaler Ebene zu regieren. Denn die starke Spaltung in ein rechtes und linkes Lager dürfte in Spanien die Bildung einer großen Koalition verhindern. Virginia Kirst

Wie umgehen mit der AfD? So machen es andere Länder in Europa Der Höhenflug der Rechten verunsichert etablierte Parteien und besorgt auch viele Menschen in Deut....

Load-Date: June 11, 2023

End of Document

Allgemeine Verunsicherung; In Krisenzeiten bräuchte es eine Regierung, die den Menschen Angst nimmt. Die Ampel aber verstärkt mit ihrem Hü und Hott die Unsicherheit

Die Welt

Donnerstag 28. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; LEITARTIKEL; S. 7; Ausg. 251

Length: 1155 words

Byline: Dorothea Siems

Body

Unsicherheit ist das Gefühl, das Deutschland in diesen Zeiten beherrscht. Der Krisenmarathon, der im März 2020 mit der Corona-Pandemie begann und mit der Energie- und Flüchtlingskrise weiterging, hat alle Kraftreserven verbraucht. Das gilt für die Wirtschaft ebenso wie für die große Mehrheit der Bevölkerung. Aber nicht nur die weitreichenden Folgen von Krieg und Inflation vermiesen die Stimmung. Auch die endlosen Richtungsstreitereien der Ampel-Koalition - die erkennbar nicht in der Lage ist, die großen Strukturprobleme des Landes anzupacken - schüren die Sorge, dass Deutschland an den Herausforderungen scheitern könnte. Die Regierungspolitik wird selbst immer zum Standortnachteil.

Wirtschaft ist zu 50 Prozent Psychologie, wusste der erste Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard. Der Erfinder der sozialen Marktwirtschaft bescherte Deutschland mit seiner klaren und verlässlichen Linie ein Wirtschaftswunder. Eine Grundregel liberaler Ordnungspolitik hielt Erhard dabei stets hoch: das Prinzip der Konstanz der Wirtschaftspolitik. Denn alle privaten Investitionsentscheidungen benötigen die Sicherheit, dass die Politik nicht überraschend immer wieder die Spielregeln ändert. Heute herrscht hingegen ein wildes Hü-und-Hott. Wirtschaftsminister Robert Habeck scheint nicht klar zu sein, welchen Vertrauensverlust die überfallartige Streichung von Fördermaßnahmen wie der Umweltpremie für Elektroautos oder des Agrardiesels zur Folge hat. Auch dass die Regierung erst eine 5,5 Milliarden teure Entlastung der Stromkunden bei den Netzentgelten ankündigt, um sie dann wenige Wochen später wieder einzukassieren, zeugt von fehlender Verlässlichkeit.

Unternehmer brauchen valide Rahmenbedingungen, wenn sie Geld in die Hand nehmen sollen, sich dafür oft auch verschulden müssen, um in ihre Zukunftsfähigkeit zu investieren. Auch Privatleute rechnen bei Großanschaffungen wie einem Auto, einer neuen Heizung oder gar einem Eigenheim hin und her, bis sie den Schritt wagen. Wenn jedoch der Staat immer wieder neue und oft schlecht abgestimmte Eingriffe vornimmt, mal großzügig Subventionen ausschüttet, um sie bei nächster Gelegenheit wieder abzuschaffen, vergrößert er die Unsicherheit. Und die ist Gift für die Konjunktur. Der rasante Absturz der Bauwirtschaft liefert dafür ein lehrreiches Beispiel. Der Einbruch im

Allgemeine Verunsicherung In Krisenzeiten bräuchte es eine Regierung, die den Menschen Angst nimmt. Die Ampel aber verstärkt mit ihrem Hü und Hott die Unsicherh....

Wohnungsbau ist keineswegs nur dem Zinsanstieg geschuldet, sondern zum guten Teil die Folge einer aus dem Ruder gelaufenen Regulierungspolitik, die im Namen der Wärmewende die Baukosten mit immer höheren Standards in die Höhe treibt. Zum Ausgleich gibt es zwar ein Sammelsurium an komplizierten Förderungen. Doch auf die Subventionen ist angesichts der unsicheren Haushaltsslage nur bedingt Verlass. Gerade erst hat man den Wärmepumpen- Zuschuss für Vermieter wieder gestrichen. Wer soll sich bei solchen Rahmenbedingungen noch auf das Bau-Abenteuer einlassen? Man wartet lieber ab. So wird die Wohnungsnot immer größer, und die klimapolitisch angestrebten Modernisierungen bleiben weit hinter den Zielen zurück - und einer der wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes droht selbst zum Sanierungsfall zu werden.

Beim Wachstum ist Deutschland inzwischen das Schlusslicht unter den großen Industriestaaten, und die Inflation hat die Kaufkraft der Bevölkerung schon gehörig geschrumpft. Gleichzeitig wandelt sich das Land in einem nie dagewesenen Tempo. Der anhaltend starke Zustrom an Migranten und der wachsende Anpassungsdruck infolge des digitalen Fortschritts fordern Wirtschaft und Gesellschaft. Dass zu viele Betriebe angesichts der großen Unsicherheit mit Investitionen zögern, verheißt für die künftige Wirtschaftsentwicklung nichts Gutes. Eine angebotsorientierte Wachstumsförderung, die Unternehmen bei Bürokratie, Regulierung und Steuern spürbar entlastet, wäre geboten, ist in der Ampel-Koalition allerdings nicht konsensfähig. In besonders unsicheren Zeiten wähnen sich laut Umfragen auch die meisten Bürger. Viele fürchten, zu den Verlierern des rasanten Wandels zu gehören - eine Angst, die Populisten geschickt schüren. Es ist die Aufgabe aller Parteien der Mitte, nicht nur mit beruhigenden Floskeln, sondern mit überzeugenden Konzepten die tief greifenden Veränderungen zu gestalten. Doch beim Umgang mit der Flüchtlingskrise zeigt sich, dass die Ampel die Sorgen der Bevölkerung nicht ernst genug nimmt. Dabei sorgt in dieser wirtschaftlich schwierigen Lage die ungesteuerte Zuwanderung für sozialen Sprengstoff.

Das Gleiche gilt für die erneute zwölfprozentige Anhebung des Bürgergeldes, die Arbeitsminister Hubertus Heil als sozial ausgewogen verteidigt. Das Gros der Bevölkerung sieht das allerdings anders. Schließlich suchen viele Betriebe händeringend nicht nur Fachleute, sondern auch Hilfskräfte. Jeder, der kann, sollte mitanpacken müssen. Doch mit seiner überbordenden Fürsorge verführt der Staat zu viele erwerbsfähige Menschen zur Untätigkeit oder dazu, sich allenfalls ein geringfügiges Taschengeld zur Sozialleistung hinzuzuverdienen. Das gilt nicht nur, aber eben auch für Flüchtlinge, deren Integration in den Arbeitsmarkt sich nur mühsam gestaltet. Die Mehrheit der 2015 eingewanderten Syrer lebt noch immer von der Grundsicherung. Auch bei den in den vergangenen zwei Jahren nach Deutschland gekommenen Ukrainerinnen ist der Anteil der Erwerbstätigen viel geringer als etwa in Polen oder in den Niederlanden. Zwar verspricht Heil, dass er nun einen "Job-Turbo" anschmeißt, um mehr Flüchtlinge mit einer intensiveren Betreuung durch die Jobcenter in Lohn und Brot zu bringen. Doch gleichzeitig setzt er mit der üppigen Bürgergeld-Anhebung einen starken gegenteiligen Anreiz.

Die buchstäblich grenzenlose Großzügigkeit des deutschen Wohlfahrtsstaates treibt die Sozialausgaben in die Höhe. Gleichzeitig nehmen die Bürger wahr, dass die Sicherheit, die das über die Jahrzehnte gewachsene System ihnen bietet, durch den gesellschaftlichen Wandel gefährdet ist. Wie die Rente, die Pflege und das Gesundheitswesen finanziert werden sollen, wenn immer weniger arbeiten, während immer mehr Leistungen beanspruchen, beantwortet die Ampel mit Schönfärberei statt mit Reformen zur Stabilisierung der Sozialkassen. Anhaltend hohe Zuwanderung soll die Lösung der Demografie-Misere sein. Doch Migranten, die ins Sozialsystem einwandern, sind längst Teil des Problems. Und die weltweit begehrten Fachkräfte werden abgeschreckt von der Wohnungsnot und einem überforderten Bildungssystem, bei dem ein wachsender Anteil der Kinder weder ordentlich lesen noch rechnen lernt. Die tiefe Verunsicherung lähmt die Wirtschaft und zerstört den sozialen Zusammenhalt. Der Ampel bleibt noch die zweite Halbzeit, um ihre Bilanz zu verbessern. Die große Mehrheit der Bevölkerung traut dies der Bundesregierung allerdings nicht mehr zu.

Unternehmer wie Privatleute brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, wenn sie investieren sollen

dorothea.siems@welt.de (dorothea.siems@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Allgemeine Verunsicherung In Krisenzeiten bräuchte es eine Regierung, die den Menschen Angst nimmt. Die Ampel aber verstärkt mit ihrem Hü und Hott die Unsicherh....

Load-Date: December 27, 2023

End of Document

Sorge vor französischen Verhältnissen; Deutsche Migrationsforscher mahnen zu besserer Infrastruktur in Problemvierteln

Die Welt

Donnerstag 6. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 129

Length: 556 words

Byline: Dpa

Body

Die seit Jahrzehnten in Frankreichs Vorstädten aufflammenden Unruhen zeugen von einer Geschichte der gescheiterten Integration. So auch jetzt nach dem Tod eines Jugendlichen durch einen Polizeischuss. Auch wenn eine jüngst vorgelegte **Migrationsstudie** in Frankreich zeigt, dass sich für Zuwanderer der zweiten Generation die Lebensbedingungen bessern, fühlen sich viele diskriminiert - auch solche mit französischem Pass. Forscher sind sich einig: An der sozialen Isolation und Benachteiligung in den Banlieues hat sich trotz vieler Bemühungen wenig geändert.

Soziale Brennpunkte gibt es auch in Deutschland. Die stellvertretende Vorsitzende des Sachverständigenrats für Integration und Migration, Birgit Leyendecker, sieht dennoch erhebliche Unterschiede. Sie sagt: "Die sogenannten Banlieues wurden damals als Arbeiterquartiere quasi aus dem Boden gestampft. Dort fehlte es an Infrastruktur, Kinderärzten, Sportplätzen, Jugendtreffs." In Deutschland seien nach der Anwerbung der sogenannten Gastarbeiter dagegen keine großen Wohnviertel für ausländische Arbeitskräfte errichtet worden. Aber auch hier gebe es einzelne Orte, wo die Wohnverhältnisse schlecht seien und der Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte hoch. Ein Beispiel dafür sei die Dortmunder Nordstadt. Untersuchungen zeigten, dass die dortigen Viertel wegen der günstigen Mieten vor allem "Wohnviertel des Ankommens" seien. "Etwa die Hälfte der Menschen, die dort lebt, zieht innerhalb von 15 Jahren wieder weg", so Leyendecker, die an der Ruhr-Uni Bochum lehrt.

Im Jahr 2022 lag der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung in Deutschland bei 28,7 Prozent. Von den 23,8 Millionen Personen mit Migrationshintergrund waren 12,2 Millionen deutsche Staatsbürger und 11,6 Millionen Ausländer. Im Westen der Republik ist der Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte deutlich höher als auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Im Sinne der Bevölkerungsstatistik hat ein Mensch einen Migrationshintergrund, wenn entweder er selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren ist. Das Verhältnis zwischen Jugendlichen aus sozialen Brennpunkten und der Polizei ist auch in Deutschland teilweise problembehaftet.

Sorge vor französischen Verhältnissen Deutsche Migrationsforscher mahnen zu besserer Infrastruktur in Problemvierteln

Studien zeigen, dass es um die Aufstiegschancen von Menschen aus ärmeren Familien in Deutschland nicht gut bestellt ist. Das betrifft nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund. "Es ist sehr wichtig, dass genug investiert wird in gute Schulen und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche aus Brennpunkt-Vierteln", mahnt Leyendecker. Auch damit die jungen Menschen aus ihren Vierteln herauskämen und andere Erfahrungen machen könnten. "Auch bei den Kitas müssen wir ansetzen", fordert die Forscherin. "Denn wir wissen, dass es für Familien mit Zuwanderungsgeschichte schwierig ist, einen der wenigen Plätze für Kinder unter drei Jahren zu erhalten." Leyendecker warnt zugleich: Wenn Deutschland bei Problemvierteln nicht für eine gute Infrastruktur sorge, könnte es eines Tages auch hier so weit kommen wie in Frankreich. Immerhin gebe es in Deutschland inzwischen ein Bewusstsein dafür, dass Rassismus ein Problem darstelle und auch einige Projekte und Programme, um gegenzusteuern. Dennoch brauche es mehr Antirassismus-Training - etwa in Schulen und auch bei der Polizei.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 5, 2023

End of Document

Patriarchat; Zu: "Diese Migration wollen wir nicht" vom 23. Juni

Die Welt

Montag 3. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; LESERBRIEFE; S. 7; Ausg. 126

Length: 253 words

Body

Ich kann das Gesagte von Herrn Djir-Sarai nur unterstreichen. Es gibt in unserem Land bereits zu viele Demokratieverweigerer. Besonders zu erwähnen Reichsbürger, Rechtsradikale, Linksextremisten, die bildungsfernen Schichten. Zu nennen sind aber auch Integrationsunwillige aus dem muslimischen Kulturraum. Natürlich möchte ich hier nicht alle muslimischen Menschen über einen Kamm scheren, gibt es doch auch unzählige Erfolgsgeschichten von gelungener Integration in unsere Gesellschaft. Dennoch gibt es auch jene, die beim Wort "Demokratie" schnell mit wegwerfender Geste reagieren und davon nichts hören möchten. In diesen Kreisen herrscht immer noch das patriarchalische Rollenbild. Frauen haben nichts zu sagen, können, wenn es schlecht läuft, sogar Opfer ihrer eigenen Familie werden, wenn diese beschließt, dass mit einem "Ehrenmord" der Name wieder reingewaschen werden muss. Das sind unhaltbare Zustände. Wir sollten uns vorsehen, dass unsere übereifrige Toleranz und unsere humane **Asylpolitik** nicht dazu führen, dass wir die Wölfe im Schafspelz in unser Land holen.

Michael Ayten, Trier

Ihre Post an: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin, E-Mail: forum@welt.de (forum@welt.de)

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 2, 2023

Italiens neue Debatte über Seenotrettung; NGOs spielen geringere Rolle als Rom behauptet

Die Welt

Dienstag 18. April 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 75

Length: 682 words

Byline: Virginia Kirst

Body

Rom

Kritiker in Italien werfen Nichtregierungsorganisationen (NGO), die im Mittelmeer als Seenotretter agieren, immer wieder vor, durch ihre Präsenz für die steigenden **Migrationszahlen** verantwortlich zu sein. Dafür gibt es bisher keine Belege, aber die Regierung in Rom hat trotzdem wegen steigender **Migrationszahlen** vergangene Woche den landesweiten Notstand ausgerufen. Zuvor hatte sie bereits einen Verhaltenscodex eingeführt, der die Einsatzmöglichkeiten der NGOs deutlich einschränkte. Kritiker der Regierung monieren wiederum, dass im Mittelmeer mehr Menschen sterben, weil die freiwilligen Retter fehlen.

So wird die **Migrationsdebatte** bewusst an den NGOs festgemacht - entfernt sich damit aber von der Realität. Denn die eigentlichen Seenotretter sind die Männer und Frauen der italienischen Küstenwache. "Die NGOs bringen weniger als zehn Prozent der **Migranten** an Land, die im Mittelmeer gerettet werden", erklärt Eugenio Cusumano, Politologe an der Universität Messina und Experte für **Migration** im Mittelmeer. Das belegen auch die Daten (<https://www.guardiacostiera.gov.it/stampa/Pages/Comunicato-stampa-10042023.aspx>) vom Osterwochenende, an dem die Küstenwache nach eigenen Angaben rund 2000 **Migranten** gerettet - mehr als 70 Prozent der ankommenden Menschen. Fotos und Videos, die die Küstenwache veröffentlicht hat, zeigen die teils dramatischen Einsätze, bei denen hunderte Menschen von überfüllten Fischerbooten gerettet werden. Die restlichen 800 **Migranten** bewältigten den Weg an die Küste größtenteils allein, nur wenige Dutzend wurden von einer NGO an Land gebracht.

Seit die EU-Mission "Sophia" gegen Menschenschmuggel eingestellt wurde, sind die Mitglieder der Küstenwache die einzigen offiziellen Retter eines EU-Landes vor Ort. Cusumano glaubt, dass es politisch gewollt ist, dass über die Rolle der Küstenwache öffentlich und international so wenig bekannt ist: "Bis vor rund fünf Jahren gab es auf der Webseite der Küstenwache noch Datensätze, die man herunterladen konnte und die detailliert aufzeigten, wer die Menschen in Seenot gerettet hatte. Diese sind heute verschwunden." Die Vermutung des Experten liegt nahe, ist das Thema Migration seit dem Jahr 2015 doch wahlentscheidend. Keine Regierung wollte seitdem offenlegen,

Italiens neue Debatte über Seenotrettung NGOs spielen geringere Rolle als Rom behauptet

wie viele Migranten die eigene Küstenwache an Land bringt. Insbesondere nicht die Regierung, der Melonis heutiger Koalitionspartner Matteo Salvini von der rechten Lega-Partei ab Juni 2018 als für Migration verantwortlicher Innenminister und Vizeministerpräsident angehörte. Salvini hatte sich schon damals medienwirksame Streits mit Seenotrettern geliefert.

Dass die Küstenwache ihre Einsätze neuerdings wieder offensiv kommuniziert, liegt an dem Bootsunglück von Cutro, bei dem Anfang März rund hundert Migranten an der Küste Kalabriens starben. Es war das tödlichste Unglück der vergangenen zehn Jahren vor Italiens Küsten und hat die Öffentlichkeit nachhaltig schockiert: Wochenlang wurde in Talkshows und Zeitungsartikeln darüber gestritten, wer die Schuld an dem Unglück trägt. Dabei geriet auch die Küstenwache in die Kritik. Ihr wurde vorgeworfen, die Menschen nicht schon früher von ihrem sinkenden Booten gerettet zu haben. Denn dessen Position kannten die Behörden lange vor dem Unglück.

Die Finanzpolizei hatte das Boot vor dem Unglück auf dem Meer wegen des illegalen Transports der Migranten kontrolliert. Zu diesem Zeitpunkt gab es allerdings keinen Hinweis darauf, dass das Boot, das vier Tage zuvor aus der Türkei aufgebrochen war, nicht seetüchtig ist. Erst ein Navigationsfehler bei starkem Seegang ließ es an der italienischen Küste zerschellen. "Seit der Tragöde von Cutro zeigt die Küstenwache ihre Rettungseinsätze wieder offensiver, um der Öffentlichkeit zu zeigen, wie aktiv sie sind", erklärt Cusumano. Damit nimmt sie der italienischen Regierung teilweise die Grundlage, weiter gegen die NGOs zu wettern, weil diese offensichtlich nicht den Großteil der Migranten nach Italien bringen. Entsprechend passt die Regierung ihre Strategie nun an - und zündet mit der Notstandserklärung eine Nebelkerze.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: April 17, 2023

End of Document

Keine Scheu vor Grenzkontrollen

Die Welt

Mittwoch 27. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 188

Length: 357 words

Byline: Philipp Fritz

Body

Es sei eine "Einmischung in den polnischen Wahlkampf" und eine "außergewöhnliche Frechheit". So reagieren polnische Regierungspolitiker auf die Bemerkung von Kanzler Olaf Scholz zur polnischen Visa-Affäre, dass aus Polen **Migranten** "durchgewunken werden". Für Unmut sorgte auch Innenministern Nancy Faeser, die stationäre Kontrollen an der Grenze zu Polen erwägt. Macht die Bundesregierung nun einen Rückzieher, um das deutsch-polnische Verhältnis zu schützen? Hoffentlich nicht.

Es wäre töricht zu glauben, dass der rhetorische Wahnsinn in Warschau nachlässt, wenn an der Grenze nicht kontrolliert wird. Die Beziehung ist schlecht - unabhängig davon, was Berlin tut oder lässt. Weitgehend unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit haben die regierenden Nationalkonservativen Deutschland zum ultimativen Übel in der Welt erklärt. Dass es Russland ist, das einen genozidalen Krieg in der Ukraine führt, scheint sie wenig zu interessieren. Der polnische Oppositionschef wird stattdessen als deutscher Statthalter geschmäht, der, sollte er die Wahlen am 15. Oktober gewinnen, eine "deutsche Ordnung" im Land einführen könnte.

Während Warschau sich in derlei Fantastereien ergeht, gelangen immer mehr Migranten über die sogenannte Belarus-Route nach Deutschland. Polnische Konsulate sollen der Opposition zufolge bis zu 350.000 Visa illegal ausgestellt haben. Tausende Migranten könnten so von der polnischen Regierung nach Deutschland geschmuggelt worden sein. Die streitet das ab, wirkt aber nicht überzeugend an einer Aufklärung des Skandals mit. Grenzkontrollen nach Polen wären folglich angemessen - als Mittel, um die Migrationskrise einzudämmen, und als Signal, dass die Visa-Affäre nicht ignoriert werden darf.

Die polnische Regierung hat in den letzten Monaten den Beziehungen zu Berlin, Brüssel und Kiew massiv geschadet. Jedes pure Winken in Richtung Oder fasst sie als Angriff auf Polens Souveränität auf. Parteiinteressen stellt sie über nationale Interessen. Daran sollten sich die Partner nicht orientieren - schlechter kann das Verhältnis auch mit Grenzkontrollen nicht werden.

forum@welt.de (forum@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 26, 2023

End of Document

Wie die Deutschen die Einbürgerungsreform sehen; Eine Studie macht deutlich, was die Bürger von Migranten erwarten, die den Pass wollen

Die Welt

Donnerstag 30. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 233

Length: 561 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Es gibt in der ***Migrationswissenschaft*** eine bemerkenswerte These, unter anderem der Dresdner Politikwissenschaftler Oliviero Angelini vertritt sie. Demnach ist ***Migrationspolitik*** in den vergangenen Jahrzehnten immer liberaler geworden, die ***migrationspolitischen*** Einstellungen in der Bevölkerung aber nicht. Während die Politik legale Zuwanderungswege nach Europa ausbaut und begrüßt, bleiben Teile der Gesellschaft skeptisch, ob das Tempo angemessen ist.

In dieses Bild passt eine Studie, die der wissenschaftliche Stab des Sachverständigenrats für Migration und Integration am Mittwoch veröffentlicht hat. Kurz vor einer großen Staatsangehörigkeitsreform der Ampel-Koalition unter der Federführung von Innenministerin Nancy Faeser (SPD) wollten die Wissenschaftler wissen, wie die deutsche Aufnahmegerellschaft Einbürgerungen bewertet. Vor allem: Welche werden begrüßt? Welche nicht?

Die Online-Befragung, an der im September 1500 Personen teilnahmen, zeigt Präferenzen, die nicht unbedingt deckungsgleich mit den Plänen der Ampel sind. Demnach befürworten die Befragten Einbürgerungen eher, wenn die Bewerber gut integriert sind, arbeiten und schon länger hier leben. Vor allem Ältere lehnen den Doppelpass ab - eine Möglichkeit, die die Ampel gerade ausweiten will. "Wir sehen, dass die deutsche Gesellschaft keinen großen Wert mehr auf die Abstammung legt, anders als noch vor ein paar Jahrzehnten", sagt Studienautor Fabian Gölzau. Woher jemand kommt, spielt folglich keine große Rolle mehr bei den Einbürgerungen - mit einigen Ausnahmen: So zeigen die Befragungen zum Beispiel, dass Einbürgerungen von Briten eher begrüßt werden als solche von Türken oder Indern. "Wir sehen aber auch, dass die Einbürgerungsvoraussetzungen, die auf eine gute Integration schließen lassen, für die Gesellschaft an Bedeutung gewonnen haben", sagt Gölzau. "Viel wichtiger geworden ist, ob eine Person Deutsch spricht, sich an den deutschen Lebensstil anpasst, finanziell auf eigenen Beinen steht." Wichtig ist auch die Aufenthaltsdauer. Laut der Studie befürworten die Befragten Einbürgerungen eher, wenn die Bewerber zehn Jahre und nicht etwa fünf oder drei Jahre in Deutschland leben. Für die geplante Reform der Ampel leitet der Forscher einige Schlussfolgerungen ab. Die Pläne der Bundesregierung sehen bislang vor, die Mindest-Aufenthaltsdauer als Voraussetzung niedriger anzusetzen. Statt acht soll künftig schon nach fünf Jahren

Wie die Deutschen die Einbürgerungsreform sehen Eine Studie macht deutlich, was die Bürger von Migranten erwarten, die den Pass wollen

eingebürgert werden können - bei besonderen Integrationsleistungen schon nach drei. Der Doppelpass, der heute für EU-Bürger und einige andere Nationalitäten erlaubt ist, soll künftig generell zugelassen werden.

Zugleich gibt es Verschärfungen bei einigen Voraussetzungen. So sollen Personen, die Sozialleistungen beziehen, nur noch in Härtefällen eingebürgert werden können. Bislang konnten sie eingebürgert werden, wenn sie den Bezug der Leistungen nicht selbst verschuldet haben. Wie bislang müssen Ausländer Deutsch sprechen können, bevor sie eingebürgert werden können. Ausnahmen sind aber künftig für die Generation der "Gastarbeiter" vorgesehen. "Die Studie zeigt, dass die Gesellschaft gerne Menschen aufnimmt, wenn sie sich integriert haben und die Sprache sprechen. Die Bundesregierung müsste stärker als bislang kommunizieren, dass diese Integrationsleistung auch von künftigen Einbürgerungswilligen erwartet wird."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 29, 2023

End of Document

"Und so mutieren wir zu einem Land der Produktion heißer Luft"; Für Publizistin Sineb El Masar ist Deutschland "Stillstandshausen" - was an "drögen Almans mit und ohne Migrationshintergrund" liege

Die Welt

Mittwoch 13. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 178

Length: 1353 words

Byline: Andrea Seibel

Body

Sineb El Masar, 42, ist Tochter marokkanischer Einwanderer und arbeitet seit ihrer Ausbildung als Kauffrau publizistisch. Von ihr ist kürzlich das Buch "Sind wir nicht alle ein bisschen Alman? Warum wir mit der Integration schon weiter sind und keine Identitätskrisen brauchen" erschienen.

WELT:

Sie sind jung, Sie sind **migrantisch** und sagen süffisant: "Ich bin in Niedersachsen geboren, dem Bundesland, aus dem allein die Hälfte der Kartoffeln stammen. Eine davon bin ich." Also haben Sie kein Problem damit, "Kartoffel" genannt zu werden?

Sineb El Masar:

Warum sollte ich? Kartoffeln gibt es ja auch in jung, die Frühkartoffel, und Kartoffeln haben bekanntlich einen **Migrationshintergrund**. Passt also. Das ganze Theater, das um den Begriff betrieben wird, empfinde ich persönlich als infantil.

Sind die Kartoffeln überhaupt noch signifikant "deutsch" zu nennen? Heute isst man doch lieber Döner, Pizza oder Spaghetti, wenn auch mit Löffel - non si fa!

Allora! Mich hat dieser "Kartoffel gleich typisch deutsch"-Vergleich schon als Jugendliche verwundert. Ich kenne iranische und levantinische Kartoffel-Reis-Gerichte. Marokkaner essen Brot mit Kartoffeln. Und wenn die Leute das nicht essen, verspeisen sie zum Beispiel Couscous mit Kartoffeln, Gnocchi oder Latkes. Kurz: Mensch ist, was er isst.

"Und so mutieren wir zu einem Land der Produktion heißer Luft" Für Publizistin Sineb El Masa ist Deutschland "Stillstandshausen" - was an "drögen Almans mit un....

Migrantische Gruppen karikieren sich gerne selbst - und damit auch die Deutschen. So ist auch der Bürgerschreck Kanake entstanden, oder Azzlack, eine Kreation des Rappers Haftbefehl, was eine Mischung aus "asozial" und "Kanak" bedeutet. Warum sind die Deutschen ohne Migrationshintergrund so unfähig, über sich zu lachen?

Das können manche schon. Sie sind aber nicht immer sichtbar. Medial wird der Fokus zudem oft auf die Humorlosen und Uninspirierten gelegt. Immer wieder lesen, sehen und hören wir die immer gleichen Luftpumpen, die alles bierernst nehmen, jammern und überhaupt alles ganz furchtbar in diesem Land finden. Jammer-Almans und German-Angriff-Almans in Personalunion. Ein Teil dieser Almans hat Einwanderungsgeschichte und ist genauso larmoyant. Es gibt eben solche und solche Almans.

Sie finden normal und schön, wenn Ihre palästinensische Freundin Marianne Rosenbergs "Er gehört zu mir" liebt oder die andere Kaffee und Kuchen. Wenn die in Russland geborene Helene Fischer und Capital Bra erfolgreich sind. Eigentlich ist dieses so von Ihnen gezeichnete Land alman, alle seien irgendwie alman, meinen Sie. Das klingt, entschuldigen Sie, wie Bluna oder gaga.

Ich beschreibe schlachtweg die gelebte Wirklichkeit. Almansein hat viele Facetten. Hier leben Menschen, die entschieden haben, nach Deutschland zu kommen und zu bleiben. Andere sind hier geboren und aufgewachsen. Manche sind passiv. Andere sind aktiv geworden und haben, ihren Neigungen und Möglichkeiten entsprechend, ihren Weg gemacht. Einige fördern das gute Zusammenleben, anderen machen Ärger, dem nichts entgegengesetzt wird. Zum Missfallen vieler Menschen hierzulande. Und trotz allem findet sich auch Harmonie in unserer Gesellschaft.

Wenn man mit den Kategorien von Slapstick oder Comics die Wirklichkeit erfassen will, kommen Sie dann doch irgendwann auf den Begriff "Stillstandshausen" in Anlehnung an das Donald-Ducksche fiktive Entenhausen. Ist dies das Kennzeichen Deutschlands? Warum bewegt es sich nicht?

Es fehlen Mut, Risikobereitschaft und Interesse. Viele ruhen sich auf dem guten Ruf Deutschlands aus und glauben, dass alles von allein läuft. Andere, die Lust haben, Dinge zu bewegen, neue Produkte und Formate zu entwickeln oder andere Wege zu gehen, werden ausgebremst von jenen, die sich mental schon im Halbdelirium befinden. Hinzu kommt, dass gerne seinesgleichen gefördert wird. Und so mutieren wir zu einem Land der Produktion heißer Luft. Diese drögen Almans mit und ohne Migrationshintergrund bedienen sich obendrein gerne an den Ideen und Gedanken der Motivierten und Aktiven, die sie schlecht zu kopieren versuchen. Das meine ich mit: "Willkommen in Stillstandshausen."

Ihr entspannter, ironischer Blick auf die deutsche Gegenwart unterscheidet sich deutlich von den Krisengesängen vieler. Kann man aber mit Humor und Gelassenheit allein die Wirklichkeit begreifen, geschweige denn ändern? Es ist nun mal vieles nicht gerade rosig. Was heißt für Sie 2015, was anhaltende Flüchtlingsbewegungen, was AfD?

Selbst die Ängstlichen lachen. Sofern sie jemanden haben, der sie zum Lachen bringt. Aber dafür bin ich ja jetzt da. Humor hilft beim Durchatmen. Beim Klar-Sehen, um mal endlich auf einen grünen Zweig zu kommen. Seit Jahren wird hysterisch aneinander vorbeigeredet, -gefilmt und -geschrieben. Nicht erst seit Corona ist es schwierig. Die Probleme sind seit Jahrzehnten bekannt: Kinderarmut, Bildungsmisere, Radikalisierungen, Rassismus und Antisemitismus, kriegerische Konflikte in und außerhalb Europas und weiterhin keine Idee, wie mit flüchtenden Menschen außerhalb und innerhalb Deutschlands umgehen. Scheinbar hat das Land, das große Stücke auf Experten hält, entweder keine Experten oder es werden die falschen um Rat gefragt. Ich denke, die Probleme sind lösbar, wenn begonnen wird, sich ehrlich zu machen, wie die damaligen und heutigen Entscheidungen zustande gekommen sind. Also damit begonnen wird, die Verantwortung für die jeweiligen Aufgabenfelder zu übernehmen. Das Herumbummeln, das Wegdelegieren von Verantwortung, das Daraufhoffen, dass Probleme und Ängste sich magisch in Luft auflösen: Das alles lässt die AfD momentan, wenn sie könnte, täglich fröhlich Halay tanzen. Wir haben in diesem Land noch immer nicht begriffen, was "Einwanderungsland Deutschland" bedeutet. Wir sind ein großes Wir, ob das nun allen gefällt oder nicht. Wir müssen gemeinsam unsere Probleme lösen, mit denen wir hierzulande zu kämpfen haben. Das ist eine große Herausforderung. Deswegen braucht es auch Momente der Heiterkeit.

"Und so mutieren wir zu einem Land der Produktion heißer Luft" Für Publizistin Sineb El Masa ist Deutschland "Stillstandshausen" - was an "drögen Almans mit un....

Sprechen wir von der gegenseitigen Einflussnahme jenseits der Sprache und der Kulinarik. Islamisierung und Clanwesen sind Manifestationen von Entfremdung, ja Separatismus. Ist Integration mittlerweile ein Wort zum Gähnen, eine Leerformel, und trifft auch Partizipation nicht den Kern?

Beides sind Konzepte, die zu Deutschland gehören. Menschen kommen an und müssen sich selbstverständlich integrieren. Und wer in einem Land lebt, allen voran in einem demokratischen, partizipiert eben auch. Doch es muss für uns alle klar sein, dass eine Demokratie kein Selbstläufer ist. Freiheit kann nur bewahrt werden von Menschen, die Freiheit wertschätzen. Das bedeutet, um mal bildlich zu sprechen, dass gläubige Menschen die Freiheit von Nudisten genauso verteidigen müssen wie umgekehrt. Wenn aber hier Islamisten seit Jahren staatlich gefördert werden und organisierte Kriminalität keine Grenzen aufgezeigt bekommt, bekommt man nur schlechten, hausgemachten Kartoffelsalat serviert.

Tatsache ist, dass all die Sekundärtugenden, mit denen man Deutschland auch heute noch verbindet, wie Pünktlichkeit, Ordnungsliebe, Präzision, Verlässlichkeit auch in China oder der Organisierten Kriminalität zu finden sind. Nichts ist mehr, wie es war. Darüber zu schmunzeln, ist wirklich nicht leicht.

Hilft aber, am Ball zu bleiben und etwas Kraft zu schöpfen. Von allein wird die Gesellschaft nicht sicherer und friedlicher. Wir haben alle noch viel zu tun, und dafür brauchen wir Kraft, und die Kraft schöpfen wir nicht, indem wir weinerlich ständig von Hass und Hetze schwadronieren oder panisch den Untergang heraufbeschwören.

Wenn die Deutschen also selbst nicht so recht wissen, wer oder was sie sind, wie kann ihnen geholfen werden?

Als inoffizielle Alman-Beauftragte sag ich Ihnen, das gilt für andere Nationalitäten auch. Der Garten vom Nachbarn ist nicht immer grüner. Die Deutschen sind beliebter, als sie selbst denken. Wie in jeder Beziehung sollten wir unsere gegenseitige Zuneigung aber auch mal artikulieren. Und natürlich: Humor! Ich finde, wir sollten endlich miteinander lachen. Das setzt Endorphine frei, das wiederum mindert die Ängste und entspannt. Wer entspannt ist, lernt sich auch besser kennen und merkt, dass wir alle ein bisschen Bluna und gaga sind. Egal, woher wir stammen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 12, 2023

Der ausgeprägte Antisemitismus; Erdogan stößt mit seiner Pro-Hamas-Rhetorik bei vielen türkeistämmigen Menschen hier auf offene Ohren. Sie sind laut einer Studie stärker israelfeindlich eingestellt als andere Migrantengruppen

Die Welt

Freitag 17. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 224

Length: 1111 words

Byline: Kristian Frigelj

Body

Der türkische Präsident kommt am Freitag nach Deutschland, und sein israelfeindlicher Ton eilt ihm voraus. Kurz vor seinem Besuch in Berlin hat Recep Tayyip Erdogan seine Tiraden verstärkt: Israel sei ein "Terrorstaat", und dem Land gehe es darum, die Stadt Gaza und all ihre Einwohnerinnen und Einwohner zu zerstören, sagte er am vergangenen Mittwoch vor Mitgliedern seiner Partei AKP. Israel setze "eine Strategie der kompletten Zerstörung einer Stadt und deren Menschen um".

Erdogan bezeichnete die Terroristen der Hamas erneut als "Widerstandskämpfer", die ihr Land und ihr Volk schützen wollten. Die Türkei werde dafür sorgen, dass die politische und die militärische Führung Israels vor internationale Gerichte gestellt werde.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat Erdogan für diese verbalen Ausfälle bereits öffentlich kritisiert, doch auf Menschen mit türkischen Wurzeln haben Erdogans Äußerungen hierzulande einen anderen Effekt. "Das kommt leider sehr gut an in Teilen der türkeistämmigen Community in Deutschland, nicht nur bei religiösen, sondern auch bei säkularen Menschen", beklagt Eren Güvercin, Vize-Bundesvorsitzender der FDP-nahen Migranten-Organisation "Liberale Vielfalt" und ein ausgewiesener Erdogan-Kritiker.

Erdogan werde "als jemand wahrgenommen, der den Mut hat, die Wahrheit auszusprechen. Das, was er sagt, ist in weiten Teilen anschlussfähig", sagt Güvercin gegenüber WELT. "Viele türkeistämmige Menschen sind anfällig für antisemitische Stereotype und Verschwörungsnarrative. So etwas reaktiviert alte Denkmuster und führt gerade bei jungen Türkeistämmigen zu einer starken Emotionalisierung und Ideologisierung." Erdogans aktuelle Aussagen würden in den sozialen Medien stark geteilt - "auch von sogenannten islamistischen beziehungsweise türkisch-nationalistischen Erdogan-Influencern".

Der ausgeprägte Antisemitismus Erdogan stößt mit seiner Pro-Hamas-Rhetorik bei vielen türkeistämmigen Menschen hier auf offene Ohren. Sie sind laut einer Studie....

Einen ähnlichen Effekt beschreibt Yunus Ulusoy vom Zentrum für Türkeistudien und Integration (ZfTI) in Essen. "Offizielle Äußerungen des türkischen Präsidenten beeinflussen natürlich auch das Denken und Fühlen der Diaspora-Menschen", sagt der Programmverantwortliche für Migration und Integration im grenzüberschreitenden Raum Deutschland-Türkei im Gespräch mit WELT. Und der Antisemitismus verstärkt sich dann, "wenn der türkische Präsident, so wie vor einigen Tagen, seine propalästinensische Haltung betont".

Eine Studie des Sachverständigenrates Migration und Integration aus dem vergangenen Jahr zeigt, dass Antisemitismus unter türkeistämmigen Menschen stärker ist als in anderen Gruppen. Die Studie trägt den Titel "Antimuslimische und antisemitische Einstellungen im Einwanderungsland - (k)ein Einzelfall?" und stützt sich auf eine repräsentative Bevölkerungsumfrage mit bundesweiten Interviews von 15.095 Personen.

Für Marc Helbling, promovierter Sozialforscher der Uni Mannheim und Mitglied des Sachverständigenrates, gibt es eine zentrale Erkenntnis: "Die Studie zeigt: Je näher sich das Herkunftsland an der Region des Konflikts befindet, desto ausgeprägter sind antisemitische Einstellungen. Diese sind also stark von der geografischen Lage und politischen Situation in der jeweiligen Herkunftsregion abhängig", sagt Helbling. Menschen mit türkischem Migrationshintergrund fallen dabei besonders auf. "Türkeistämmige Menschen äußern dabei deutlich antisemitischer als Zugewanderte mit anderer Herkunft, Migranten aus arabischen Ländern - darunter auch Christen aus dem Libanon - sind antisemitischer eingestellt als etwa Migranten vom Balkan", so Wissenschaftler Helbling.

Der Studie zufolge stimmen dem klassisch antisemitischen Stereotyp "Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss" 28 Prozent der Türkeistämmigen "voll und ganz" zu, während es in der Gruppe ohne Migrationshintergrund 3,5 Prozent sind. Die Wissenschaftler differenzieren dabei zwischen Antisemitismus und Israelkritik. Letztere ist nach Auskunft der Studie noch weiter verbreitet. Unter den Befragten stimmen Türkeistämmige demnach der Aussage "Es ist ungerecht, dass Israel den Palästinensern Land wegnimmt" zu 70,7 Prozent "voll und ganz" zu. In der Gruppe ohne Migrationshintergrund sind es 36,7 Prozent. Bei türkeistämmigen Menschen wurde noch eine Besonderheit festgestellt: "Menschen, die in Deutschland zur Schule gegangen sind und hier sozialisiert wurden, haben eine tolerantere Einstellung entwickelt und sind deutlich weniger antisemitisch eingestellt. Eine Ausnahme bilden türkeistämmige Menschen", sagt Helbling.

Die Gründe dafür sind offen, doch Helbling beschäftigt ein Erklärungsansatz: "Es könnte mit der Größe der Gruppe zusammenhängen. Je stärker man in dieser sozialisiert und geprägt wird, desto mehr übernimmt man auch deren Werte", so der Mannheimer Forscher. "Neben der Schulbildung spielt das eine wichtige Rolle. Grundsätzliche Werte, wie Toleranz, bilden sich schon zu Hause heraus. Das kann nicht alles in der Schule gelernt werden."

Im Zentrum für Türkeistudien spannt Yunus Ulusoy einen weiten Bogen, wenn er von der "ambivalenten Haltung" der Türkei gegenüber Israel erzählt. Es gebe weit verbreitete gefestigte antisemitische Denkmuster, andererseits hätten sich die wirtschaftlichen Beziehungen stabil zwischen beiden Ländern entwickelt. Bis vor einigen Jahren habe es sogar eine große strategische Nähe in militärischen und geheimdienstlichen Belangen gegeben. Auch gesellschaftlich müsse differenziert werden: Selbst in der türkischen Fußball-SüperLig seien israelische Spieler weithin akzeptiert und sogar anerkannt. "Historisch blickt die Türkei stolz auf eine tolerante Haltung gegenüber Jüdinnen und Juden. Über Hunderte Jahren gehörten Juden zum osmanischen Imperium. Die Türkei hat Israel bereits 1949 völkerrechtlich anerkannt, lange vor Deutschland", sagt Ulusoy.

Ein Grund, warum Erdogan sich zu diesen israelfeindlichen Aussagen verleiten lässt, könnte auch in seiner Herkunft liegen. "Erdogans emotionale Haltung zu den Palästinensern belastet immer wieder die Beziehungen zu Israel. Er steht der Muslimbruderschaft nahe. Bei Konfliktlagen gegenüber Israel äußert er sich dann als Muslim. Ihn holt dann immer wieder seine religiös-politische Sozialisation ein", sagt Ulusoy.

Und dann gibt es noch einen Deutungsansatz, der Erdogans Besuch in Deutschland noch heikler macht: Ulusoy hat den "Eindruck, je stärker sich der Westen auf Israels Seite geschlagen hat und Erdogan dabei unbeachtet ließ, desto mehr fühlt er sich provoziert". Der US-Außenminister habe nach dem Angriff der Hamas am 7. Oktober Israel

Der ausgeprägte Antisemitismus Erdogan stößt mit seiner Pro-Hamas-Rhetorik bei vielen türkeistämmigen Menschen hier auf offene Ohren. Sie sind laut einer Studie....

und die Golf-Anrainerstaaten besucht, nicht aber die Türkei, so Ulusoy: "Das hat Erdogan ihm sehr übel genommen."

Das kommt leider sehr gut an, auch bei säkularen Menschen Eren Güvercin, Islamexperte

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Der türkische Präsident hat in Deutschland viele Anhänger

Load-Date: November 16, 2023

End of Document

Behörde sieht Haftbefehl für Afghanen nicht; Vergewaltiger war nach Deutschland zurückgekehrt

Die Welt

Freitag 17. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Hamburg; S. 16; Ausg. 35

Length: 266 words

Byline: Lno

Jlau

Body

Das Hamburger Amt für **Migration** hat einen Haftbefehl gegen einen bereits aus Deutschland abgeschobenen und wieder zurückgekehrten Afghanen übersehen, anstatt ihn verhaften zu lassen. Es sei ein "individueller Fehler in der Sachbearbeitung" gemacht worden, sagte ein Sprecher des Amtes am Donnerstag. Demnach kam der Mann am 9. Februar in die Zentrale Erstaufnahmestelle und wollte erneut **Asyl** beantragen. Dabei habe die Behörde festgestellt, dass er schon in München einen **Asylantrag** gestellt hatte und ihn dorthin verwiesen. Die Fahndungsnotierung im Ausländerzentralregister - dort hätte der ausstehende Haftbefehl bemerkt werden können - sei dabei nicht beachtet worden.

Die Bundespolizei verhaftete den 24-Jährigen noch am selben Tag in Hannover, als er dort ohne Fahrschein erwischt wurde, wie die "Bild"-Zeitung berichtete. Das Amtsgericht München hatte ihn demnach schon 2018 wegen der Vergewaltigung einer 16 Jahre alten Schülerin zu einer Jugendstrafe von zweieinhalb Jahren verurteilt. Im August 2019 wurde er vor Ende seiner Haftstrafe nach Kabul ausgeflogen. Das Amtsgericht Neuburg an der Donau hatte dem Bericht zufolge anschließend im September 2019 vorsorglich für den Fall seiner Wiedereinreise einen Haftbefehl erlassen. So hätte er in einem solchen Fall zur weiteren Strafvollstreckung in die nächstgelegene Justizvollzugsanstalt gebracht werden können.

Hamburger Behördenhandeln wurde zuletzt auch im Zusammenhang mit dem Doppelmord in einem Regionalzug kritisiert. Hier waren Informationen zum Teil nicht zeitgerecht an andere Behörden weitergegeben worden.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: February 16, 2023

Behörde sieht Haftbefehl für Afghanen nicht Vergewaltiger war nach Deutschland zurückgekehrt

End of Document

Denksport am Rathaus; Montag, 10:00: Christoph Rüffer bleibt an der Spitze
++ Dienstag, 19:00: Superstar Taylor Swift kommt ++ Mittwoch, 12:00: Das
linke Alsterufer zieht besser ++ Mittwoch, 17:00: EU-Asylkompromiss spaltet
Bürgerschaft ++ Donnerstag, 15:00: Neue Generation der Ladekräne

Die Welt

Freitag 23. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: HAMBURG; HAMBURGS WOCHE; S. 19; Ausg. 120

Length: 834 words

Body

Montag, 10:00

Christoph Rüffer bleibt an der Spitze

Hamburg hat mit dem "Restaurant Haerlin" im Hotel "Vier Jahreszeiten" weiterhin eine mit fünf Kochhauben des Gourmetführers "Gault&Millau" ausgezeichnete Gastronomie. Das Team um Küchenchef Christoph Rüffer konnte damit die 2022 erstmals erhaltene Ehre verteidigen. Der Gastronomieführer ist am Montag veröffentlicht worden. Das Restaurant "The Table" von Küchenchef Kevin Fehling in der Hafencity erhielt vier Kochhauben und Prädikat, das Restaurant "100/200" am Brandshofer Deich ergatterte vier der begehrten Hauben. Weitere ausgezeichnete Restaurants in der Hansestadt sind das "Bianc" in der Hafencity sowie das "Lakeside" im Hotel "Fontenay" (drei Kochhauben und Prädikat). Drei Kochhauben gingen an die Gastronomien "Piment" und "Haebel". Zwei Kochhauben mit Prädikat gingen an das "Heimat Juwel" und das "Jellyfish".

Dienstag, 19:00

Superstar Taylor Swift kommt

Die US-amerikanische Sängerin Taylor Swift kommt im Sommer 2024 nach Deutschland: Im Rahmen ihrer "The Eras Tour" wird die Popmusikerin am 23. Juli auch ein Konzert in Hamburg geben, teilte die Konzertagentur Karsten Jahnke am Dienstag mit. "Ich kann es kaum erwarten, so viele von euch nächstes Jahr auf der The Eras Tour bei diesen neuen internationalen Terminen zu sehen", schrieb die 33-Jährige am Dienstag auf ihrer Instagram-Seite. Fans können sich auf der Homepage der Musikerin bis Freitag, den 23. Juni, für Tickets registrieren. Möglich ist das auch über den Ticketverkäufer Eventim. Der Vorverkauf startet am 12. Juli. Der Andrang für die Vorverkaufs-Registrierung sei bereits am Dienstagabend "riesig" gewesen, hieß es bei Eventim.

Denksport am Rathaus Montag, 10:00: Christoph Rüffer bleibt an der Spitze ++ Dienstag, 19:00: Superstar Taylor Swift kommt ++ Mittwoch, 12:00: Das linke Alsteru....

Mittwoch, 12:00

Das linke Alsterufer zieht besser

Beim größten Schulschachturnier der Welt "Rechtes Alsterufer gegen Linkes Alsterufer" haben am Mittwoch mehr als 3500 Schülerinnen und Schüler teilgenommen. Mit 951:841 siegte das linke Ufer auf dem Hamburger Rathausmarkt, nachdem im vergangenen Jahr das rechte Ufer gewonnen hatte, wie die Schulbehörde am Mittwoch mitteilte. Laut der Behörde handelt es sich um das größte Schulschachturnier der Welt seit 1958. Den Eröffnungszug machte die siebenjährige Mia Kohler aus der 1. Klasse der Schule Iserbrook, die aus den vielen Bewerbungen ausgelost worden war. Ihre Lehrerin hatte sie vorgeschlagen, weil sie sich als einziges Mädchen mit sieben Jungs ihrer Klasse auf den Rathausmarkt getraut hatte. Zuvor hatte Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) das größte Schulschachturnier der Welt eröffnet. Seit die Kinder und Jugendlichen von Hamburger Schulen links und rechts der Alster beim Schachspielen gegeneinander antreten, hat bislang das linke Alsterufer die Nase deutlich vorn. Stellvertretend für das linke Ufer nahm die zweite Mannschaft des Albert Schweizer-Gymnasiums den Traditionspokal entgegen. Sie hatte ihr Match mit 8:0 gewonnen und damit bestmöglich zum Sieg des linken Ufers beigetragen.

Mittwoch, 17:00

EU-Asylkompromiss spaltet Bürgerschaft

Der Streit um den EU-Asylkompromiss hat auch in der Hamburgischen Bürgerschaft die Lager geteilt. Während Vertreter der regierenden SPD die von den EU-Innenministern erzielte Einigung am Mittwoch in der Aktuellen Stunde gemeinsam mit Abgeordneten von CDU und FDP als Durchbruch begrüßten, lehnte ihn der grüne Koalitionspartner ebenso wie die Linke als falsch ab. Vertreter der AfD bezeichneten den Kompromiss zwar als Schritt in die richtige Richtung, bemängelten zugleich aber vor allem den darin vorgesehenen Verteilmechanismus für Flüchtlinge innerhalb Europas. Die migrationspolitische Sprecherin der Linken, Carola Ensslen, sprach von einem "Frontalangriff auf das Asylrecht" und einem "Ausverkauf der Menschenrechte". Klar sei, "dass es eine gesamteuropäische Lösung braucht", sagte die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ksenija Bekeris. "Dass hier ein Kompromiss gelungen ist bei diesen weit auseinander stehenden Positionen der Länder, das ist ein großer Durchbruch."

Donnerstag, 15:00

Neue Generation der Ladekräne

Die HHLA hat am Containerterminal Burchardkai (CTB) vier mit Ökostrom betriebene elektrische Lagerkräne in Betrieb genommen. "Dieses Projekt spart jährlich knapp fünfeinhalb Millionen Liter Diesel und gut 11.000 Tonnen CO2 ein", sagte Umwelt senator Jens Kerstan (Grüne) am Donnerstag. Darüber hinaus seien die elektrifizierten Lagerkräne deutlich leiser und es würden erhebliche Menge Ruß-, Feinstaub- und Stickstoffemissionen vermieden. "Das verbessert die Lebensqualität der Hamburgerinnen und Hamburger unmittelbar, vor allem in Hafennähe", sagte Kerstan. Die Umstellung der Technik wurde den Angaben zufolge mit Sondermitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung mit zehn Millionen Euro gefördert. HHLA-Vorstand Jens Hansen sagte: "Durch den Einsatz neuer Technologien wollen wir den Prozess des Containerumschlags auch auf unserem größten Terminal in Hamburg vollständig elektrifizieren und zudem deutliche Verbesserungen bei der Energieeffizienz erreichen."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 22, 2023

Albanien wehrt sich gegen Italiens Migrationspläne; "Ruanda-Lösung" soll Lager auf Lampedusa entlasten

Die Welt

Freitag 10. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 219

Length: 848 words

Byline: Davide Carlucci

Body

Tirana

Das albanische Gebiet, in dem **Migranten** untergebracht werden sollen, die per Boot über das Mittelmeer nach Italien wollten und nun in ihre Heimatländer zurückgeführt werden sollen, liegt nur ein paar Hundert Meter von dem kleinen Dorf Gjader entfernt. Es gehört zu Lezha, einem Ort, der in der Geschichte bereits eine große Rolle gespielt hat. In der Kirche von San Nicola liegt Giorgio Castriota Scanderbeg begraben, der populärste Held Albaniens, der im 15. Jahrhundert alle Fürsten des Landes zum Kampf gegen die Osmanen vereinte.

Unten am Meer in Shengjin zieht eine afghanische Mutter einen mit Taschen und ihren Kindern voll beladenen Kinderwagen durch die Straßen, vorbei an einer Reihe neu erbauten Hotels, deren Namen nach Luxus klingen: Ermiri Palace, Hotel Coral, Hotel Leon und, unter einer Reihe von Palmen, die Royal Lounge. Dieses prächtige Albanien wird im Jahr 2023 in Europa Platz eins belegen, was das Wachstum der Tourismusbranche betrifft.

Die Militärbaracken, in denen die von der Regierung Giorgia Meloni hierher umgeleiteten Flüchtlinge untergebracht werden sollen, erinnern an die 40 Jahre unter der kommunistischen Diktatur. Sie stehen seit dem Ende des Regimes von Enver Hoxha leer. Die Menschen hier sind mit dem neuen Plan zur Nutzung der Baracken nicht einverstanden. Sie wollen nicht, dass man hier Senegalesen, Ghanesen oder auch anderen Menschen aus dem Globalen Süden unterbringt, an deren Probleme sie lieber nicht denken wollen.

In der kleinen Bar in Gjader beginnen die Bauern und Maurer ihre Kommentare alle mit: "Ich bin ja kein Rassist, aber ", genauso, wie man noch vor gar nicht langer Zeit in Venetien, der Emilia-Romagna, aber auch in Kalabrien über die Albaner selbst zu reden pflegte. Fabian hat große, schwielige Hände, mit denen er Granatäpfel pflückt. "Wir brauchen hier nicht noch mehr Leute. Wir haben Angst davor, dass sie stehlen und schießen werden. Ein anderer schimpft heftig, mit rüdem Macho-Gehabe: "Warum bringen sie nur Männer hierher und keine Frauen?"

Albanien wehrt sich gegen Italiens Migrationspläne "Ruanda-Lösung" soll Lager auf Lampedusa entlasten

Doch nicht alle fürchten sich vor den Migranten: Einige halten das für einen gerechten Ausgleich im italienischen Stil. "Seht Ihr diese Straßen? Die haben die Italiener gebaut", sagt ein junger Mann, der gerade eine Boutique eröffnen will und sich auf italienische Mode eingestellt hat. "Es gibt auch ein Albanien, das die Einwanderer hier haben will, denn man findet mittlerweile auch hier keine Arbeitskräfte mehr", schwört Luigi Triggiani von der apulischen Unioncamere (Vereinigung der italienischen Handelskammern, Anm. d. Red.).

Viele holen ihre Arbeiter aus Sri Lanka oder Bangladesch, da die qualifizierteren Arbeitskräfte nach Großbritannien oder andere europäische Länder auswandern. Zef Preci, der drei Baufirmen in Sizilien besitzt und abwechselnd in seiner alten und der neuen Heimat lebt, kommt aus Shengjin: "Es ist das erste Jahr, in dem wir einen wirklichen Tourismus-Boom erleben, und dann kommt diese Neuigkeit. Wir werden mit aller Kraft versuchen, das noch zu verhindern. Die Europäische Gemeinschaft hat uns nie gewollt - und jetzt wollen sie Lampedusa plötzlich nach Albanien abgeben."

Preci kann sich noch gut an seine eigene Landung im Schlauchboot in Molfetta, der Hafenstadt in Apulien, erinnern: "Sie haben mit Maschinengewehren auf uns geschossen. Aber wir haben es immer wieder versucht und es dann doch noch geschafft." Und doch empfindet er jetzt keinerlei Solidarität mit denjenigen, die dasselbe Schicksal erleiden? "Aber wir haben dann doch die Ärmel hochkrempelt und wirklich hart gearbeitet."

Der Historiker und ehemalige albanische Ministerpräsident Sali Berisha, der hier die Rechte vertritt, sieht eher schwarz: "Dieses Abkommen wird fremdenfeindliche Tendenzen verstärken, in unserem sonst so gastfreundlichen Land. Und Albanien ist ein Land des illegalen Drogenhandels, Heroin und Kokain, das für Italien bestimmt ist, wird hier durchgeschleust. Wir werden den illegalen Handel auf diese Weise nur noch stärken."

Berisha lässt kein gutes Haar an Ministerpräsident Edi Rama und zitiert einen viel diskutierten Fall, den angeblichen Skandal des ehemaligen FBI-Mitarbeiters Charles McGonigal, eine Korruptions-Story, die bis an die Spitze der Regierung reichen soll. "Er ist kein Mann, mit dem man Verträge abschließen kann". Doch Rama, der die Anschuldigungen immer dementiert hat, weist auch diese mit gewohnter, fast britischer Lässigkeit zurück: "Kritische Stimmen kümmern mich wenig. Ich würde mir sogar Sorgen machen, wenn es keine gäbe".

Eine erste Pressekonferenz der gegen das Abkommen Protestierenden fand jedenfalls bereits statt. Und auch die Intellektuellen-Szene befindet sich längst im Aufruhr. Der albanische Archäologe Neritan Ceka, ehemaliger Kulturminister und Botschafter in Italien, prophezeit heftige Demonstrationen: "Rama hat mit niemandem darüber gesprochen. Und mit diesem Abkommen werden wir Terroristen hier haben."

Plötzlich wollen sie Lampedusa nach Albanien abgeben Zef Preci, Albanischer Bauunternehmer

In Kooperation mit "La Repubblica". Aus dem Italienischen von Bettina Schneider

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 9, 2023

"Im Alltag sind Vorurteile eindeutig dokumentiert"; Migranten landen zu häufig im Sozialsystem statt am Arbeitsmarkt. Indeed-Chef Chris Hyams setzt auf KI

Die Welt

Montag 13. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Wirtschaft; S. 10; Ausg. 220

Length: 947 words

Byline: Jan Klauth

Body

In der deutschen Hauptstadt fehlen Arbeitskräfte. Zehntausende Stellen in der Berliner Wirtschaft und Verwaltung sind unbesetzt. Und wegen der schlechten Lage am Ausbildungsmarkt, kombiniert mit einer bevorstehenden Renteneintrittswelle, droht die Lücke eher größer, anstatt kleiner zu werden. Gleichzeitig hat Berlin eine Arbeitslosenquote von über neun Prozent - fast 193.000 Menschen. Der überwiegende Teil von ihnen hat keinen deutschen Pass.

Dabei ist es nicht so, dass es keine Bemühungen gibt. Mehr als tausend Interessierte sind an einem verregneten Donnerstag Ende Oktober in die "Alte Münze" gekommen, um sich bei einer Berufsmesse über Arbeits- und Ausbildungsangebote zu informieren. Das Gebäude war einmal die Münzprägeanstalt der Stadt und ist heute Veranstaltungszentrum. Die meisten Besucher sind Flüchtlinge oder Migranten, in den Räumen ist viel Englisch zu hören, arabische Sprachfetzen mischen sich mit Deutsch und Ukrainisch.

Rund 40 Arbeitgeber hat die US-Jobplattform Indeed für die Messe gewinnen können. Zwei Stockwerke über der Ausstellungsfläche sitzen Deutschlandchef Frank Hensgen und CEO Chris Hyams mit einem Becher Kaffee an einem lang gestreckten Tisch. Hyams, eckige Brille, Glatze und freundliches Lächeln, ist aus dem texanischen Austin eingeflogen, wo Indeed gegründet wurde. Der Unternehmenschef ist auf Werbetour in Europa, Deutschland ist einer der größten Märkte für Indeed.

Manches auf dem Arbeitsmarkt überrasche Hyams, wie er im Gespräch mit WELT sagt. "Es ist doch offensichtlich: In den zurückliegenden Jahren hat Deutschland mehr als zwei Millionen Flüchtlinge aufgenommen und die Unternehmen suchen trotzdem händeringend nach Personal." Fehlende Qualifikationen und Sprachkenntnissen oder mangelnde Motivation seien das eine. Aber auch fehlende Gehaltstransparenz - Deutschland liegt laut einer Indeed-Studie weit hinter anderen westlichen Industriestaaten - spiele eine Rolle.

"Im Alltag sind Vorurteile eindeutig dokumentiert" Migranten landen zu häufig im Sozialsystem statt am Arbeitsmarkt. Indeed-Chef Chris Hyams setzt auf KI

Doch einer der weniger präsenten Gründe, warum gerade Flüchtlinge überproportional im Sozialsystem anstatt im Arbeitsmarkt landeten, sei Diskriminierung: Etwa, wenn Bewerber gar nicht erst eingeladen werden oder Vorstellungsgespräche an der Sprachbarriere und fehlenden Übersetzungs-Tools scheiterten. Hyams hält das Thema für zu wenig beleuchtet. Er sei deshalb "besorgt", wie er mehrmals im Gespräch erwähnt.

"Vorurteile hinsichtlich Herkunft, Hautfarbe oder bestimmter Namen sind im Alltag und in Bewerbungsprozessen eindeutig dokumentiert", sagt Hyams. "Wenn künstliche Intelligenz auf Basis solcher Daten trainiert wird, dann wird auch diese KI voreingenommen sein und kann solche ‚Bias‘ sogar verstärken." Er halte es für entscheidend, sich diese "Anfälligkeiten" bewusst zu machen und bereits in der Entwicklung dagegen anzuarbeiten.

"KI wird durch Daten angetrieben, die von Menschen stammen und Menschen sind fehlerhaft", so Hyams. In einem Gastbeitrag für das amerikanische "Fortune"-Magazin führte Hyams unlängst eine US-Studie als Beleg für seine These an, die bereits vor einigen Monaten für Aufsehen gesorgt hatte.

Die Übung: der Computer sollte mit künstlicher Intelligenz Bilder von Arbeitnehmern in bestimmten Berufen erstellen. Die Forscher werteten dann aus, wie sich die KI den typischen Arzt, Architekten oder Tellerwäscher vorstellt. Und dabei kam es zu deutlichen Unterschieden zwischen Computer-Bildern und der Realität: Menschen in höher bezahlten Tätigkeiten stellte das Programm vor allem als männlichen Arbeitnehmer dar und ordnete hier eine helle Hautfarbe zu. In niedriger bezahlten Jobs erstellte die KI tendenziell deutlich mehr Frauen und Menschen mit dunklerer Hautfarbe.

Die Realität ist eine andere: So machen weiße Amerikaner beispielsweise 70 Prozent der Fast-Food-Angestellten aus - aber 70 Prozent der Bildergebnisse zeigten Angestellte mit dunklerer Hautfarbe. Weiteres Beispiel: Der Frauenanteil unter Ärzten in den USA liegt bei 39 Prozent, in 93 Prozent der Bildergebnisse waren Männer zu sehen.

"Gesellschaftliche Probleme wie Vorurteile und Diskriminierung haben sichtbare Effekte auf den Arbeitsmarkt", sagt Hyams. "Doch Unternehmen, die seit Jahren den Arbeitskräftemangel beklagen, können es sich nicht leisten, Bewerber zu ignorieren oder abzulehnen. Sie müssen Barrieren abbauen, sämtliche Kandidaten in Betracht ziehen und neue Tools bei der Personalrekrutierung nutzen", meint er.

Laut Unternehmensangaben ist die Anwendung von KI bei Indeed weit fortgeschritten. So kommt etwa ein Tool zur Live-Übersetzung in Vorstellungsgesprächen zum Einsatz. Das Unternehmen beschäftigte zudem ein komplettes Team, das sich damit beschäftigt, "unfaire Voreingenommenheit" in den Anwendungen zu messen und abzuschwächen. Ziel sei eine Art "algorithmische Fairness" und eine "verantwortungsvolle KI".

Dass eine breite Anwendung in der Personalrekrutierung hierzulande schwerfallen dürfte, untermauert eine neue Studie des ifo-Instituts und des Personaldienstleisters Randstad. Zwar schätzen 14 Prozent der 1000 befragten Personalleiter das Potenzial von KI in der Rekrutierung und im Bewerbermanagement als hoch und 37 Prozent als "mittel" ein. Nur fünf Prozent der befragten Unternehmen setzten KI im Personalbereich ein - 25 Prozent wiederum planen, genau das zu tun.

Dennoch ist die Skepsis groß. Die Frage nach Bedenken hinsichtlich des Einsatzes von KI bejahten 86 Prozent der Befragten. Mehr als ein Drittel bezieht sich auf fehlendes Vertrauen in die Künstliche Intelligenz. Jeweils knapp 20 Prozent befürchten zu großen Aufwand bei der Implementierung und hohe Kosten. Bei einem Viertel der Teilnehmenden ist fehlende Akzeptanz ein Problem. Und für 22 Prozent ist durch KI kein Mehrwert ersichtlich.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

"Im Alltag sind Vorurteile eindeutig dokumentiert" Migranten landen zu häufig im Sozialsystem statt am Arbeitsmarkt. Indeed-Chef Chris Hyams setzt auf KI

Chris Hyams ist CEO der US-Jobplattform Indeed

Load-Date: November 12, 2023

End of Document

Leserbriefe

Die Welt

Freitag 27. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; LESERBRIEFE; S. 7; Ausg. 209

Length: 297 words

Body

Intolerantes Milieu

Zu: "Staatsgewalt und **Migration**" vom 25. Oktober

Am Ende seines Kommentars schreibt Rainer Haubrich: "Inzwischen aber muss auch der Letzte erkennen, dass diese **Migration** viele Länder destabilisiert. Sie führt zu harten Verteilungskämpfen und vergrößert das Milieu eines intoleranten Islam, der freiheitliche Gesellschaften bedroht." Die Destabilisierung, die von den Ländern, aus denen die **Migranten** kommen, gewollt ist, ist längst eingetreten. Sie folgt dem Ausspruch der Mullahs: Wegen eurer Demokratie verachten wir euch, und wegen eurer Toleranz werden wir euch besiegen. Schon deshalb muss die Staatsgewalt Grenzen setzen.

Hermann Schmitz, Brauweiler

Stromproblem

Zu: "Habeck stellt die Schuldenbremse infrage" vom 25. Oktober

Spätestens mit der geplanten Einführung eines Industriestrompreises auf Pump wird die Unehrlichkeit der deutschen Energiepolitik überdeutlich. Ende März wurden trotz größter Energieprobleme die letzten drei noch voll funktionsfähigen AKW abgeschaltet, weil man Habecks Worten glaubte: "Wir haben lediglich ein Gas- und kein Stromproblem." Gut ein halbes Jahr später erkennen plötzlich alle Nicht-Grünen-Politiker quasi über Nacht, dass die neue Rolle Deutschlands als Netto-Stromimporteur mit zusätzlich hohen Regelkosten für kaum planbaren "Wetterstrom" bezahlt werden muss. Dr. Kai

Hendrik Schlusche, Lörrach

Ihre Post an: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin, E-Mail: forum@welt.de (forum@welt.de)

Leserbriefe

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 27, 2023

End of Document

Bildung schützt vor Armut; Jedes fünfte Kind in Deutschland gilt als armutsgefährdet. Die Grundsicherung der Ampel löst nur einen Teil des Problems

Die Welt

Freitag 27. Januar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Wirtschaft; S. 9; Ausg. 20

Length: 1028 words

Byline: Dr. Dorothea Siems

Body

Das Schlagwort der "Kinderarmut" hat in Deutschland eine doppelte Bedeutung. Zum einen ist hierzulande seit vielen Jahrzehnten die Geburtenrate so niedrig, dass der Anteil der Minderjährigen an der Bevölkerung immer weiter schrumpft, die Bevölkerung also arm an Nachwuchs ist. Zum anderen leben Kinder und Jugendliche häufiger als die Gesamtbevölkerung in Haushalten mit geringen Einkommen. Wie groß das Armutsrisiko eines jungen Menschen ist, hängt dabei ganz entscheidend von Faktoren ab wie der Familienform, dem Bundesland, in dem er lebt - und der Frage, ob er einen Migrationshintergrund hat oder nicht.

Jedes fünfte Kind in Deutschland gilt als armutsgefährdet, das sind 2,88 Millionen Minderjährige. Sie leben in Familien, die weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung haben. Bei einer vierköpfigen Familie lag diese Einkommensschwelle 2021 bei 2410 Euro im Monat. Unter den jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 25 muss jeder Vierte mit entsprechend wenig Geld auskommen.

Die Bertelsmann-Stiftung stellt in einer Sammlung aktueller Daten fest: "Kinder- und Jugendarmut ist seit Jahren ein ungelöstes strukturelles Problem in Deutschland". Nötig seien höhere Geldleistungen für einkommensschwache Familien und eine bessere Bafög-Förderung für Studenten oder Auszubildende. Denn das Aufwachsen in Armut beeinträchtige die Chancen der Betroffenen und habe erhebliche negative Folgen für die Gesellschaft, warnt die Stiftung.

Materielle Verbesserungen sind auch der Ansatz, den die Bundesregierung mit der geplanten Kindergrundsicherung anstrebt. Ab 2025, so hat Familienministerin Lisa Paus (Grüne) angekündigt, sollen einkommensarme Familien mehr Geld für ihre Kinder bekommen. Die Kindergrundsicherung ist laut Paus das größte Sozialvorhaben der Ampel-Koalition. Profitieren würden von der Reform des Familienlastenausgleichs besonders Alleinerziehende und kinderreiche Familien mit drei und mehr Kindern, da diese beiden Gruppen ein stark erhöhtes Armutsrisiko haben, wie die Bertelsmann-Berechnungen zeigen. So galten 2021 mehr als 41 Prozent der Alleinerziehenden als armutsgefährdet, und von den Paar-Familien mit mindestens drei Kindern waren

Bildung schützt vor Armut Jedes fünfte Kind in Deutschland gilt als armutsgefährdet. Die Grundsicherung der Ampel löst nur einen Teil des Problems

es fast 32 Prozent. Zündstoff für politischen Streit könnte indes ein anderer Punkt werden: Die Armutgefährdungsquote in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist nach Angaben des Statistischen Bundesamts mit rund 28 Prozent deutlich höher als bei Personen ohne ausländische Wurzeln (zwölf Prozent). Deshalb dürfte die von der Ampel-Koalition geplante Reform gerade für viele einkommensschwache Migrantinnenfamilien eine finanzielle Verbesserung zur Folge haben.

Zumal der Anteil der Kinderreichen mit mindestens drei Kindern unter den Migrantinnen laut dem Datenreport 2021 mit 28 Prozent doppelt so hoch ist wie unter den Frauen ohne ausländische Wurzeln. Laut Statistik sind es vorrangig die muslimischen Frauen, die die Geburtenrate nach oben ziehen, während Zuwandererinnen aus EU-Staaten ebenso wenige Kinder bekommen wie die Deutschen. Armutstreibend wirkt sich aus, dass ein Drittel der bildungsfernen Migrantinnen drei und mehr Kinder hat. Denn das Haushaltseinkommen hängt wiederum stark vom Bildungsniveau ab. Unter den geringgebildeten Frauen ohne ausländische Wurzeln ist die Quote der Kinderreichen mit 13 Prozent viel niedriger.

Innerhalb Deutschlands gibt es mit Blick auf die soziale Lage der Minderjährigen große Unterschiede. Bremen liegt mit einer Quote armutgefährdeter Minderjähriger von 41 Prozent bundesweit an der Spitze. Auch Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen und Hessen weisen besonders viele arme Familien auf. Dagegen sieht es in Bayern, Brandenburg und Baden-Württemberg deutlich besser aus. Die Frage ist, ob sich mit höheren Sozialleistungen die Perspektiven der jungen Menschen nachhaltig verbessern lassen. Denn das größte Problem, das dem sozialen Aufstieg oftmals entgegensteht, ist weniger das fehlende Geld, als vielmehr die Chance der Kinder auf eine gute Bildung. Vergleicht man die Bundesländer mit Blick auf das Wissen und die Fähigkeiten, mit denen die Schulabgänger ins Berufsleben starten, liegen zwischen Bayern und Bremen Welten, wie der Bildungsmonitor 2022 belegt, den das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft erstellt hat.

In den Ländern, denen die Forscher die größten Mängel in der Schulqualität attestieren, ist auch der Anteil der Familien in prekären sozialen Verhältnissen hoch. Unter dem Begriff der "Bildungsarmut" vergleicht das IW zudem Qualitätsindikatoren wie die Schulabrecherquoten und die Quote der Neunklässler mit ungenügenden Mathematik-Kenntnissen. Und wieder zeigt sich, dass gute Bildung den besten Schutz vor Armut bietet: Wo die Schulabgänger gut gerüstet sind, ist der Anteil der jungen Erwachsenen, die von der Grundsicherung leben, entsprechend gering. In Bayern liegt dieser Anteil bei 3,1 Prozent. In Nordrhein-Westfalen ist sie dreimal, in Bremen sogar fast fünfmal so hoch.

Das Armutproblem von jungen Menschen in Deutschland ist somit vielschichtig. Die hohe Inflation trifft einkommensschwache Familien besonders hart, wie wissenschaftliche Untersuchungen gezeigt haben. Hier hat die Ampel-Regierung reagiert und zum Jahreswechsel mit dem neuen Bürgergeld die Hartz-IV-Regelsätze erhöht. Auch das Kindergeld ist auf 250 Euro aufgestockt worden.

Bei den Heranwachsenden schlagen sich jedoch die Corona-Lockdowns und die Überlastung der Schulen durch die Flüchtlingszuwanderung in einer Verschlechterung ihres Bildungsniveaus nieder. Die Lernrückstände treffen, wie wissenschaftliche Untersuchungen gezeigt haben, wiederum Kinder aus prekären Familien am stärksten und verringern so die Wahrscheinlichkeit eines sozialen Aufstiegs.

Nicht nur für die betreffenden Jungen und Mädchen selbst wirkt sich eine missglückte Bildungskarriere in aller Regel negativ auf das spätere Lebenseinkommen aus. Ökonomisch nachteilig sind solche Bildungsverläufe allerdings auch für die Gesellschaft insgesamt. Gerade eine Bevölkerung mit wenig Nachwuchs kann es sich nicht leisten, das Potenzial von Menschen nicht bestmöglich auszuschöpfen.

Bildung schützt vor Armut Jedes fünfte Kind in Deutschland gilt als armutsgefährdet. Die Grundsicherung der Ampel löst nur einen Teil des Problems

Armutgefährdungsquote von Kindern und Jugendlichen*

(gemessen am Bundesmedian) in Deutschland, 2021

in Prozent ■ über 40 ■ 25-30 ■ 20-24 ■ 15-19 ■ unter 15



welt

*unter 18 Jahren

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Bildungsarmut nach Bundesländern

So viele Kinder und Jugendliche kommen wegen mangelnder Kompetenzen oder fehlender Abschlüsse schwer in den Beruf

Bundesländer Ranking



Quelle: INSM-Bildungsmonitor 2022

Bildung schützt vor Armut Jedes fünfte Kind in Deutschland gilt als armutsgefährdet. Die Grundsicherung der Ampel löst nur einen Teil des Problems

Load-Date: January 26, 2023

End of Document

Leserbriefe

Die Welt

Donnerstag 4. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT



Section: FORUM; LESERBRIEFE; S. 7; Ausg. 86

Length: 214 words

Body

Lob der Obergrenze

Zu "Diese Mut vemisse ich im **Migrationsbereich** komplett" vom 2. Mai

Verstehe ich Frau Touré, Integrationsministerin in Schleswig-Holstein, richtig, dass sie keinerlei Einschränkungen bei **Asyl** und Einwanderung nach Deutschland akzeptieren möchte? Da Deutschland wegen seiner vergleichsweise hohen Sozialleistungen bei Unqualifizierten besonders beliebt ist, wird der Einwandererstrom nicht abreißen, und ebenso wenig die steigenden Kosten in den Kommunen, den Ländern, im Bund. Die Ministerin möchte keine "Abwehr- und Obergrenzendebatte". Doch, diese Debatte braucht es. Wir brauchen eine Limitierung nach dem Vorbild anderer demokratischer Staaten, die mit pragmatischer Vernunft vorgehen. Man sollte von ihnen lernen, statt moralischer Klassenprimus sein zu wollen.

Günter Herrmann, Heilbronn

Wohl der Bevölkerung?

Zu "Berlins Regierender zittert sich ins Amt" vom 28. April

Kai Wegner wird die Fehlzündung seines Amtsantritts durch gute Arbeit vergessen machen. Franziska Giffey wird ihn unterstützen. Fragen muss man die Abgeordneten des Berliner Abgeordnetenhauses, die diese Posse veranstalteten, was sie noch im Parlament zu suchen haben. Sicher nicht das, wofür sie gewählt wurden, nämlich das Wohl der Bevölkerung.

Wolfgang Pilz, Kaarst

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 3, 2023

Leserbriefe

End of Document

Leichtere Zuwanderung auch für Nicht-Fachkräfte; SPD und FDP für Ausweitung der Westbalkan-Regelung auf weitere Länder außerhalb der EU

Die Welt

Mittwoch 5. April 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 68

Length: 828 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Sozialdemokraten und Liberale im Bundestag plädieren dafür, das geplante Fachkräfte-Einwanderungsgesetz anzupassen. Beide Fraktionen werben dafür, die Hürden für Arbeitskräfte aus bestimmten Staaten außerhalb der EU weiter zu senken.

Demnach könnte eine Regelung, die seit 2016 für sechs Länder des Westbalkans gilt, auf andere Staaten ausgeweitet werden: Arbeitskräfte können dadurch unter sehr einfachen Bedingungen nach Deutschland kommen. Es reichen ein Arbeitsvertrag eines deutschen Betriebes und ein Visum. Die Bundesagentur für Arbeit muss zudem prüfen, ob kein deutscher oder EU-Bürger für den Job zur Verfügung steht. Außerdem galt bislang eine Grenze von 25.000 Personen pro Jahr. Anforderungen an Sprachkenntnisse oder Qualifikation gibt es nicht.

"Die Westbalkan-Regelung hat sich bewährt. Sie funktioniert", sagte der SPD-Berichterstatter Hakan Demir WELT. "Deshalb befürworte ich eine Ausweitung dieser Regelung auch auf weitere Staaten wie Moldawien, Georgien und Tunesien." Die FDP-Politikerin Ann-Veruschka Jurisch erklärte ebenfalls, das Modell auf weitere Staaten übertragen zu wollen. Zum einen zählten dazu Länder, mit denen man **Migrationsabkommen** schließen wolle. Zum anderen Staaten, "die noch nicht unter der gleichen demografischen Problematik leiden wie wir, hier wären beispielsweise Brasilien, Namibia, Südafrika oder Indonesien gut geeignet", sagte Jurisch. Auch die Grünen stehen einer Ausweitung der Regelung offen gegenüber.

Der Regierungsentwurf der entsprechenden Verordnung von Ende März sieht bislang vor, die Westbalkan-Regelung zu entfristen und auf 50.000 Plätze im Jahr zu erhöhen. Eine Ausweitung auf andere Staaten war im Gespräch, wurde aber bislang nicht konkretisiert. Ein Sprecher des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales erklärte nun, dass die beteiligten Ressorts "zeitnah konkrete und ambitionierte Prüfschritte einleiten" würden.

Aus Sicht der Befürworter hat die sehr liberale Zuwanderungsregel mehrere Vorteile: Zum einen lege sie die Entscheidung über eine ausländische Fachkraft in die Hände des Arbeitgebers, sagte Jurisch. Zum anderen kann eine solche Regel als Verhandlungsmasse dienen, um Rückführungsabkommen mit Ländern zu schließen, aus

Leichtere Zuwanderung auch für Nicht-Fachkräfte SPD und FDP für Ausweitung der Westbalkan-Regelung auf weitere Länder außerhalb der EU

denen sehr viele Asylbewerber nach Deutschland kommen. Die Westbalkan-Regelung gilt vielen in dieser Hinsicht als Paradebeispiel.

So sank die Zahl der Asylbewerber aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien nach Öffnung des neuen Zuwanderungswegs drastisch: von mehr als 120.000 im Jahr 2015 auf etwas mehr als 4000 im Jahr 2018. Allerdings sei "weiterhin unklar, ob der Rückgang der Asylmigration mit der Westbalkan-Regelung oder der Tatsache zu tun hat, dass die Staaten zuvor zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt worden waren", sagte der Migrationsforscher Jochen Oltmer von der Universität Osnabrück. "Dadurch wurde die Asylsuche für Menschen aus dem Westbalkan aussichtslos."

Nicht in allen Fällen lief die Arbeitsaufnahme überdies reibungslos. Eine Evaluation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung kam 2020 zu dem Schluss, dass unter den Menschen, die über die Westbalkan-Regelung kamen, vergleichsweise wenige Leistungsbezieher seien. Allerdings ist die Regelung offenbar anfällig für Missbrauch. In rund fünf Prozent der geprüften Fälle bestand der Verdacht einer Ordnungswidrigkeit oder Straftat. Denkbar sind fiktive Beschäftigungsverhältnisse oder rechtswidrige Arbeitsbedingungen. "Das System hat zumindest das Potenzial für ausbeuterische Arbeitsverhältnisse", sagte Oltmer. Die Arbeitskräfte müssten sich an einen Arbeitgeber binden. Falls sie ihren Job wechseln wollen, müsse die Bundesagentur für Arbeit erneut zustimmen; tue sie dies nicht, drohe der Verlust des Aufenthaltstitels. "Von einem einzigen Arbeitgeber abhängig zu sein, ist ein Risiko für die Menschen, vor allem wenn sie kaum Deutsch sprechen." Wichtig seien eine bessere Kontrolle der Betriebe und lokale Beratungsangebote für die Arbeitskräfte.

Skeptisch äußerte sich der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB). "Wenn die Bundesregierung die Einwanderung für Nicht-Fachkräfte weiter öffnet, muss sie zugleich für einen besseren Schutz dieser Menschen sorgen", sagte Martin Varga, Arbeitsmarktexperte beim DGB-Bundesvorstand. Aus der Beratungspraxis wisse der DGB, dass gering qualifizierte Arbeitskräfte aus Drittstaaten einem erhöhten Risiko für prekäre Beschäftigungsverhältnisse ausgesetzt seien. "Diese Schutzmechanismen sind bislang unzureichend." Für Nicht-Fachkräfte müsse bei allen Einwanderungswegen die Tarifbindung gesichert sein. Grundsätzlich stellt der DGB infrage, ob überhaupt Bedarf besteht einer Ausweitung der Westbalkan-Regelung. "Es gibt keinen generellen Arbeitskräftemangel in Deutschland", sagt Varga. "In einigen Branchen ist es aber schwierig, Arbeitskräfte und auch Fachkräfte zu gewinnen, weil die Arbeitsbedingungen und Entgelte unattraktiv sind." Hier müsse die Bundesregierung ansetzen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: April 4, 2023

End of Document

Migration aus Belarus nimmt zu; Illegale Zuwanderung über Polen in die EU löst Sorge aus. CSU fordert Grenzkontrollen

Die Welt

Dienstag 30. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 102

Length: 805 words

Byline: Hannelore Crolly

Ricarda Breyton

Body

Vor dem für diesen Dienstag geplanten Besuch von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) im Gemeinsamen Zentrum der deutschen und polnischen Polizei fordert die Unionsfraktion im Bundestag ein rasches Durchgreifen der Regierung gegen die zuletzt wieder massiv wachsende illegale Zuwanderung, vor allem über Belarus.

Allein in den neun Monaten zwischen Juli 2022 und März 2023 registrierte die Bundespolizei 8687 illegal nach Deutschland eingereiste Menschen mit Belarus-Bezug. Das geht aus der Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage von Unionsfraktionsvize Andrea Lindholz (CSU) hervor, die WELT vorliegt. Der **Migrationsdruck** auf der vermeintlich stillgelegten Belarus-Route hat sich also wieder deutlich erhöht. "Offenbar kommt rund die Hälfte der Personen, die jeden Monat illegal über die deutsch-polnische Grenze einreisen, über Weißrussland in die EU", sagte Lindholz WELT. In einem autokratischen Staat wie diesem seien Grenzübertritte in diesem Umfang sicher kein Zufall. "Es liegt nahe, dass diese illegalen Einreisen Teil einer Strategie sind, um die EU zu destabilisieren." Neben flexiblen Kontrollen an der Grenze zu Polen brauche es auch stationäre. Zweitens müsse Faeser mit Polen einen konkreten Fahrplan vereinbaren, "wie die illegalen Einreisen nach Deutschland deutlich reduziert werden". Lindholz forderte die Bundesregierung auch auf, Fluggesellschaften die Landeerlaubnis zu entziehen, die illegale **Migration** über Russland und Belarus ermöglichen.

Die Belarus-Route hatte schon 2021 EU-weit Besorgnis ausgelöst. Damals spielten sich an der Grenze zu Polen teils hochdramatische Szenen ab. Tausende Migranten versuchten, illegal in die EU zu gelangen, viele von ihnen dorthin befördert und Richtung Westen weitergetrieben von Soldaten oder Grenzbeamten des belarussischen Machthabers Alexander Lukaschenko. Polen befürchtete sogar den Versuch eines Massendurchbruchs an der Grenze. Die EU hielt Lukaschenko vor, Migranten in organisierter Form aus Krisengebieten in sein Land einzufliegen, um sie dann in die EU zu schleusen. Ziel sei die Spaltung der Europäischen Union. Der Putin-

Migration aus Belarus nimmt zu Illegale Zuwanderung über Polen in die EU löst Sorge aus. CSU fordert Grenzkontrollen

Verbündete dementierte zwar eine aktive Rolle, betonte aber mit Verweis auf EU-Sanktionen gegen sein Land, Menschen auf dem Weg in die EU nicht länger aufhalten zu wollen.

In Deutschland waren 2021 mehr als 11.000 Menschen unerlaubt über Belarus und Polen eingewandert. Die Lage entspannte sich erst, als Polen die Grenzkontrollen massiv verschärft hatte. Außerdem hatte die EU den Druck auf Fluggesellschaften erhöht, die Menschen aus Nahost nach Belarus befördert hatten. Doch jetzt nimmt das Schleusergeschehen wieder massiv zu. Mittlerweile kommen offenbar besonders viele Menschen per Flugzeug aus Ägypten nach Belarus, um von dort aus auf dem Landweg in die EU zu ziehen. Der Flugplan des Flughafens Minsk listet tägliche Ankünfte von Ferienorten wie Scharm el-Scheich und Hurghada auf, außerdem aus der Türkei und besonders aus Russland. Laut Bundespolizei sollen unter den knapp 8700 illegal eingereisten Personen allein 1330 die ägyptische Staatsangehörigkeit haben. Das war demnach die drittgrößte Gruppe nach 3000 irregulären Migranten aus Syrien und 1632 aus Afghanistan.

Laut Christopher Forst, Repräsentant der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) für Belarus, werden an der Grenze zu Polen derzeit monatlich rund 2500 Versuche einer illegalen Migration registriert. Die Dunkelziffer sei nicht abschätzbar. "Die Route wird aktuell wieder stärker genutzt." Allerdings habe mittlerweile Belarus selbst daran Interesse, die Migration aus dem Fokus der heimischen Öffentlichkeit zu halten. 2021, als sehr viele Menschen in Minsk gelandet seien, hätten zahlreiche Ankömmlinge auch in der Hauptstadt unter Brücken oder in U-Bahn-Stationen kampiert und damit für Unruhe und Unmut gesorgt. "Das ist aktuell so nicht mehr der Fall", so Forst. Trotzdem sei Lukaschenkos Drohung von 2021, die EU bis zur Aufhebung der Sanktionen mit "Drogen und mit Migranten zu überfluten", so ein Zitat des Machthabers, immer noch gültig.

Jakob Wöllenstein zufolge, der das Auslandsbüro der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung für Belarus leitet, haben zahlreiche der ankommenden Migranten auch frische russische Visa dabei. "Das allein belegt zwar nicht, dass der russische Staat in gezielter Absicht Leute als ‚Durchgangsmigranten‘ Richtung EU ins Land holt", so Wöllenstein. "Aber Russlands Führung weiß, dass das Migrationsthema in der EU ein sehr polarisierender Spaltpilz ist." Daher werde zumindest nichts unternommen, um die Menschen an der Weiterreise zu hindern. Aus Belarus gebe es zudem immer wieder Berichte, dass Menschen Gewalt angedroht werde, wenn sie nach einem gescheiterten Grenzübertritt zurückkehren wollten. "So verharren einige oft taglang im Niemandsland zwischen den Grenzzäunen."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Hoher Zaun an der Grenze zu Belarus: Migranten vor dem polnischen Dorf Bia sowie a

Load-Date: May 29, 2023

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Lindner kritisiert Koalitionspartner: "Alle fordern nur Geld" ++ Brandenburgs Innenminister: Migrationsbremse nötig ++ Ex-Bundespräsident Gauck: Kritik an Putin-Unterstützern ++ Gesetzesekte: NS-Sprache wird entfernt ++ Außenpolitik ++ "Vorsätzliche" Zerstörung von Kultur: Scharfe UN-Kritik an Russland ++ Spanien: Sechs Leopard-Panzer für Kiew ++ Asylanträge in Europa: Zahl steigt auf fast eine Million ++ USA: Biden will Asylrecht einschränken ++ Wissen ++ Posttraumatische Belastungsstörung: Wenn der Horror im Kopf bleibt ++ Neue Exoplaneten entdeckt: Etliche "potenziell lebensfreundlich" ++ Wirtschaft und Geld ++ In Deutschland: Tesla schiebt Batteriebau-Pläne auf ++ Inflation korrigiert: Die Teuerung war nie zweistellig ++ Deutsche Post: Ökonom fordert mehr Transparenz ++ Stellantis: Elektrifizierung lahmt ++ Tag an der Börse: Zins-AnGST lastet auf Dax ++ Sport ++ Nach Verbalattacke: Keine Sperre für Nagelsmann ++ FC Barcelona: Kommt Lionel Messi zurück? ++ Kultur und Gesellschaft ++ Bayreuther Festspiele: Förderverein will weniger zahlen ++ Öffentlich-rechtlicher Sender: RBB streicht 100 Stellen ++ Auktion in New York: Rubens-Bild für 30 Millionen Dollar? ++ Babysitter unter Verdacht: Fünfjährige in Berlin getötet

Die Welt

Donnerstag 23. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 39

Length: 3017 words

Body

Innenpolitik

Lindner kritisiert Koalitionspartner

"Alle fordern nur Geld"

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Lindner kritisiert Koalitionspartner: "Alle fordern nur Geld" ++ Brandenburgs Innenminister: Migrationsbremse nötig ++ Ex-Bundes....

Fernduell in der rot-grün-gelben Koalition: Finanzminister Christian Lindner (FDP) hat die Ampel-Koalitionspartner SPD und Grüne zu Sparsamkeit und Verzicht auf weitere Steuererhöhungsdebatten aufgefordert. Beim politischen Aschermittwoch seiner Partei gab er den SPD-Vorsitzenden Saskia Esken und Kevin Kühnert sowie Grünen-Chefin Ricarda Lang einen Tipp: "Wenn Ihr was sucht für die Fastenzeit, auf was Ihr verzichten könnt - mein Vorschlag ist: bis Ostern Verzicht auf die tägliche Forderung nach Steuererhöhungen." Lang hingegen warf der FDP vor, mehr Klimaschutz etwa im Verkehrsbereich zu blockieren. Es gehe nicht, zu allem "immer nur Nein zu sagen". Über den politischen Aschermittwoch lesen Sie auch oben auf dieser Seite.

Brandenburgs Innenminister

Migrationsbremse nötig

Es drohte ein "massives Integrationsversagen durch Überlastung": Der brandenburgische Innenminister Michael Stübgen (CDU) hat daher eine Begrenzung der Zuwanderung nach Deutschland gefordert. Das Land werde "an einer Migrationsbremse nicht vorbeikommen", sagte Stübgen im Landtag in Potsdam. Das Aufnahmesystem sei am Limit. Die Bundesregierung müsse sich deshalb stärker um Rückführungen von Zuwanderern kümmern, die keine Aussicht auf ein legales Bleiberecht haben. Von den Kapazitätsproblemen bei der Aufnahme von Flüchtlingen sei nicht nur Brandenburg betroffen, sagte der Innenminister. Die Lage sei bundesweit schwierig. Mehr zum Thema Migration lesen Sie in dem Bericht auf Seite 4.

Ex-Bundespräsident Gauck

Kritik an Putin-Unterstützern

Verstehen ja, akzeptieren nein: Der frühere Bundespräsident Joachim Gauck stört sich an der prorussischen Haltung mancher Menschen vor allem in Ostdeutschland. "Das Rechtsaußendenken und das Linksaußendenken und die geprägten Seelen mancher Ostdeutscher, die führen dazu, dass es in diesem Bereich Deutschlands etwas mehr Verständnis und zum Teil ja sogar auch Unterstützung für Putin gibt, das ist ja besonders schlimm", sagte Gauck im Sender RTL. "Die Unterstützung und das Umhertragen von russischen Fahnen, um damit eine Aggressionsmacht zu huldigen, die das Lebensrecht anderer brutal negiert: Ich meine, geht's noch?"

Gesetzestexte

NS-Sprache wird entfernt

Gesetze noch aus der Zeit des Nationalsozialismus sollen von NS-Sprache befreit werden. "Eine Prüfung durch mein Haus hat ergeben, dass der noch verbleibende Bereinigungsbedarf - insbesondere auch im Hinblick auf rechtsrechtliche Begriffe - zehn Gesetze und zwölf Rechtsverordnungen betrifft", heißt es in einem Schreiben von Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) an mehrere Regierungsressorts, das den Zeitungen der Funke-Mediengruppe vorliegt. Diese Rechtsvorschriften sollten nun von den jeweils federführenden Ressorts auf "etwaige Bereinigungserfordernisse" geprüft werden, gegebenenfalls sollten danach entsprechende "Rechtsbereinigungsgesetze" erlassen werden. Demnach gehört zu den Gesetzen, die geprüft werden sollen, etwa das 1939 in Kraft getretene Gesetz für Heilpraktiker, in dem die Rede von "Reichsregierung" und "Reichsminister des Inneren" sei. Weitere Beispiele seien das Gesetz des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands von 1933 und die Verordnung über öffentliche Spielbanken von 1939.

Außenpolitik

"Vorsätzliche" Zerstörung von Kultur

Scharfe UN-Kritik an Russland

UN-Experten werfen Russland die versuchte "vorsätzliche" Zerstörung der ukrainischen Kultur vor. Durch die russischen Angriffe im Nachbarland seien "zahlreiche Stätten, Institutionen und Objekte von kultureller, historischer und religiöser Bedeutung" teilweise oder ganz vernichtet worden, hieß es einer Erklärung der UN-

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Lindner kritisiert Koalitionspartner: "Alle fordern nur Geld" ++ Brandenburgs Innenminister: Migrationsbremse nötig ++ Ex-Bundes....

Sonderberichterstatter für kulturelle Rechte. Unter den beschädigten oder zerstörten Objekten und Gebäuden seien Denkmäler, Museen, Theater, religiöse Einrichtungen, Bibliotheken, Archive sowie auch Schulen und Universitäten. Diese Verwüstungen kämen dem Versuch gleich, das Recht der Ukrainer auf ihre eigene kulturelle Identität auszulöschen. Norwegens Ministerpräsident Jonas Gahr Støre warnte im Gespräch mit WELT: "Wenn man einen Nachbarn hat, der zu einem umfassenden Angriffs- und Eroberungskrieg übergegangen ist, dann muss man sich mit dieser neokolonialen Politik auseinandersetzen." Die Nato-Staaten bedrohten niemanden. Das Interview finden Sie auf Seite 6.

Spanien

Sechs Leopard-Panzer für Kiew

Zuletzt war es still geworden um die "Panzer-Koalition". Nun hat Spanien angekündigt, der Ukraine zunächst sechs Leopard-Panzer des älteren Typs 2A4 zu liefern. "Falls es notwendig werden sollte", könne ihr Land auch noch mehr Panzer dieses Typs liefern, sagte Verteidigungsministerin Margarita Robles. Es handele sich um Fahrzeuge, die seit 2012 eingemietet seien und erst generalüberholt werden müssten. Spanien verfügt über insgesamt 347 Leopard-Panzer. Davon gehören 108 zur älteren Variante 2A4 und 239 zum neueren Typ 2A6, der in Spanien 2E heißt. Von diesen neueren, kampfstärkeren Panzern will Spanien aber bisher keine an die Ukraine abgeben. Sie würden für die eigene Landesverteidigung gebraucht, sagte Robles. Bisher haben nur Deutschland 14 und Portugal 3 Leopard 2A6 zugesagt. Für das komplett ukrainische Panzerbataillon aus 31 Fahrzeugen dieses neueren Typs, für das Deutschland die Federführung übernommen hat, fehlen noch 14 Panzer.

Asylanträge in Europa

Zahl steigt auf fast eine Million

Es ist der höchste Stand seit sieben Jahren: Die Europäische Union hat im vergangenen Jahr fast eine Million Asylanträge verzeichnet. Die EU-Asylagentur (EUAA) zählte insgesamt 966.000 Anträge in den 27 Mitgliedsländern sowie der Schweiz und Norwegen. Das waren 50 Prozent mehr als 2021. Die Zahl ist damit auf dem höchsten Stand seit 2016, als 1,2 Millionen Menschen in Europa Asyl beantragten. Die EU-Agentur mit Sitz in Malta sieht die nationalen Aufnahmesysteme durch die gestiegenen Zahlen "unter beträchtlichem Druck". Mit Abstand am meisten beantragten Menschen aus Syrien und Afghanistan Asyl, auf Syrer entfielen 132.000 Anträge, auf Afghanen 129.000. Danach folgten 55.000 Anträge von Türken. Die rund vier Millionen ukrainischen Kriegsflüchtlinge sind nicht eingerechnet. Sie genießen in der EU einen besonderen Schutzstatus und müssen deshalb kein Asyl beantragen. Dennoch beantragten gut 28.000 Ukrainer Asyl, ebenso wie 17.000 Russen.

USA

Biden will Asylrecht einschränken

Angesichts des Andrangs an der Südgrenze des Landes will die Regierung von US-Präsident Joe Biden die Regeln für Asylsuchende deutlich verschärfen. Migranten, die auf ihrem Weg in die USA nicht zunächst Asyl in einem Transitland beantragen, sollen künftig abgewiesen werden, erklärten das Heimatschutz- und das Justizministerium. Zwar gebe es bestimmte Ausnahmen, etwa für alleinreisende Minderjährige. Aber Personen, die diese nicht erfüllten, würden umgehend abgeschoben. Zudem gelte dann ein fünfjähriges Wiedereinreiseverbot. Die Regelung solle zwei Jahre gelten. Sie sei eine Notmaßnahme angesichts des für Mai erwarteten Ansturms an der Grenze mit Mexiko. Dann sollen die als "Title 42" bekannten Corona-Einreisebeschränkungen wegfallen. Menschenrechtsgruppen kritisierten, die Neuregelung erinnere an ähnlich drastische Versuche von Bidens Amtsvorgänger Donald Trump, illegale Einwanderung zu begrenzen.

Wissen

Posttraumatische Belastungsstörung

Wenn der Horror im Kopf bleibt

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Lindner kritisiert Koalitionspartner: "Alle fordern nur Geld" ++ Brandenburgs Innenminister: Migrationsbremse nötig ++ Ex-Bundes....

Der Krieg in der Ukraine, aber auch sonstige Gewalt, Verletzungen oder der Tod eines nahestehenden Menschen können zu einem Trauma führen. Jeder Mensch reagiert auf derart belastende Ereignisse anders, bei manchen entwickelt sich eine Posttraumatische Belastungsstörung. Dabei leidet nicht nur die Psyche - der extreme Stress macht auch körperlich krank. "Traumatisierte Menschen wirken häufig körperlich verfrüht gealtert", sagt die Psychologin und Psychotraumatologin Iris-Tatjana Kolassa, die die Abteilung Klinische und Biologische Psychologie an der Universität Ulm leitet. Was das für die Betroffenen bedeutet, welche Prozesse dabei im Gehirn ablaufen - und wie ihnen mit speziellen Psychotherapieformen über Augenbewegungen geholfen werden kann, erfahren Sie auf Seite 8.

Neue Exoplaneten entdeckt

Etliche "potenziell lebensfreundlich"

Ein internationales Forscherteam mit Beteiligung der Universität Göttingen hat in den vergangenen vier Jahren nach eigenen Angaben 59 neue Exoplaneten entdeckt. Ein Dutzend davon seien "potenziell lebensfreundlich", teilte die Hochschule mit. Exoplaneten sind Planeten, die außerhalb unseres Sonnensystems einen Stern umkreisen. Die Forscher nutzten für ihre Beobachtungen das Carmenes-Instrument im spanischen Calar-Alto-Observatorium. Dabei handelt es sich um einen optischen und Nahinfrarot-Spektrografen, es kann sichtbares und infrarotes Licht von Objekten messen. Das Instrument wurde 2015 installiert, um in der Nähe von roten Zwergsternen - der häufigsten Art von Sternen in der Milchstraße - Exoplaneten zu finden.

Wirtschaft und Geld

In Deutschland

Tesla schiebt Batteriebau-Pläne auf

Tesla schiebt seine Pläne zur Herstellung kompletter Batterien in Deutschland auf die lange Bank. Der Fokus der Zellfertigung liege aufgrund der Steueranreize derzeit in den USA, sagte eine Tesla-Sprecherin. "Wir haben in der Gigafactory Berlin-Brandenburg mit der lokalen Montage von Batteriesystemen begonnen und befinden uns im Produktions-Hochlauf", erklärte das US-Unternehmen. In naher Zukunft würden diese auch in den in Grünheide bei Berlin gebauten Fahrzeugen verbaut werden. Die Batteriezellfertigung dort sei derzeit noch nicht vollumfänglich in Betrieb. Der US-Autobauer hatte ursprünglich geplant, die gesamte Batterie am Standort Grünheide in Brandenburg zu produzieren, mit einer Spitzenkapazität von über 50 Gigawattstunden pro Jahr.

Inflation korrigiert

Die Teuerung war nie zweistellig

Das Statistische Bundesamt hat die Verbraucherpreisstatistik einer Revision unterzogen und neu bewertet. Damit hat die Behörde die Geschichte neu geschrieben. Verblüffendes Resultat: Nach den aktuellen Zahlen lag die Inflation 2022 viel niedriger als bisher veröffentlicht. Mehr auf Seite 9.

Deutsche Post

Ökonom fordert mehr Transparenz

Der Volkswirt Justus Haucap von der Universität Düsseldorf plädiert für drastische Änderungen im Postgesetz, das seit Ende der 1990er-Jahre kaum mehr verändert wurde. Im WELT-Interview fordert er unter anderem mehr Transparenz bei den Geschäftszahlen der Post, wie es der Staat unter anderem schon der Bahn und der Telekom abgerungen hat. Das könnte den Wettbewerb erleichtern und für den Kunden am Ende günstigere Preise insbesondere beim Briefporto bedeuten. Das Interview und die Antwort auf die Frage, warum Haucap es nicht mehr für nötig hält, Briefe sechs Tage die Woche zuzustellen, lesen Sie auf Seite 10.

Stellantis

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Lindner kritisiert Koalitionspartner: "Alle fordern nur Geld" ++ Brandenburgs Innenminister: Migrationsbremse nötig ++ Ex-Bundes....

Elektrifizierung lahmt

Stellantis, die Mutter von Opel, Peugeot und Fiat, konnte im vergangenen Jahr ihren Umsatz um 18 Prozent steigern. Zwar hat Stellantis zwei Prozent weniger Autos als im Jahr zuvor verkauft, aber die Autos wurden teurer und sind mit mehr Extras an den Käufer gebracht worden. Konzernchef Carlos Tavares hat sich als "Kosten-Killer" im Unternehmen etabliert. Allerdings hat Stellantis ein E-Auto-Problem: Die Elektrifizierung kostet Milliarden, mögliche Gewinne dagegen sind deutlich limitierter als mit Verbrennern. Wie der Konzern die E-Autos in den USA und Europa an den Start bringen will, lesen Sie auf Seite 11.

Tag an der Börse

Zins-Angst lastet auf Dax

Die Aussicht auf weiter steigende Zinsen hat Europas Börsen am Mittwoch die Luft abgeschnürt. "Die hohen Erwartungen, dass die Fed zum Jahresende die Zinsen senken könnte, haben sich zerschlagen und wurden ersetzt durch die Sorge vor drei Erhöhungen in rascher Abfolge, um die Preisspirale zu stoppen", sagte Susannah Streeter, Marktexpertin beim Finanzdienstleister Hargreaves Lansdown. So notierte der deutsche Aktienindex (Dax) zum Börsenschluss fast unverändert 0,01 Prozent fester bei 15.399,9 Punkten. Mit Spannung wird zudem die Veröffentlichung der Fed-Protokolle am Abend erwartet. Aktienkurse finden Sie auf Seite 9.

Sport

Nach Verbalattacke

Keine Sperre für Nagelsmann

Bayern Münchens Trainer Julian Nagelsmann ist nach seinem verbalen Ausraster am vergangenen Bundesliga-Wochenende mit einer milden Strafe und ohne eine Sperre davongekommen. Das DFB-Sportgericht hat den 35-Jährigen nur mit einer Geldbuße von 50.000 Euro belegt. Wie der Deutsche Fußball-Bund mitteilte, hat der FC Bayern dem Urteil bereits zugestimmt. Nagelsmann hatte sich nach dem Spiel bei Borussia Mönchengladbach (2:3) im Kabinentrakt unsportlich gegenüber dem Schiedsrichterteam um Tobias Welz (Wiesbaden) geäußert. "Da er bislang sportgerichtlich noch nicht in Erscheinung getreten war, sich noch am selben Abend entschuldigte und auch in der Stellungnahme an den Kontrollausschuss Einsicht zeigte, sah das Gremium von der Beantragung eines Innenraumverbots ab", hieß es in der Mitteilung.

FC Barcelona

Kommt Lionel Messi zurück?

Ein Treffen hat in Spanien die Spekulationen über eine Rückkehr von Fußball-Weltmeister Lionel Messi zum FC Barcelona befeuert. Der Vater und Manager des Superstars von Paris Saint-Germain, Jorge Messi, habe sich bereits vor einigen Tagen in Barcelona mit Barça-Präsident Joan Laporta getroffen, berichteten der Radiosender Catalunya Ràdio und weitere spanische Medien. Dabei sei unter anderem über die Zukunft des sechsmaligen Weltfußballers aus Argentinien gesprochen worden, hieß es. Der Vertrag von Messi in Paris läuft am 30. Juni aus. Der 35-Jährige könnte dann ablösefrei wechseln. Medienberichten zufolge sind neben Barcelona auch Inter Miami sowie der saudische Topverein Al-Hilal an einer Verpflichtung des Superstars interessiert. In Saudi-Arabien könnte Messi ein Jahresgehalt von 350 Millionen Dollar kassieren, berichteten jüngst mehrere Medien. Das wären umgerechnet mehr als 320 Millionen Euro. Damit könnte der FC Barcelona wegen der in Spanien geltenden Gehaltsobergrenzen nicht konkurrieren.

Kultur und Gesellschaft

Bayreuther Festspiele

Förderverein will weniger zahlen

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Lindner kritisiert Koalitionspartner: "Alle fordern nur Geld" ++ Brandenburgs Innenminister: Migrationsbremse nötig ++ Ex-Bundes....

Auf dem Grünen Hügel geht es ums Geld: Der Förderverein der Bayreuther Festspiele hat angekündigt, künftig voraussichtlich weniger für das Opernspektakel zu zahlen. Die Gesellschaft der Freunde von Bayreuth gibt bislang genau so viel wie der Bund und der Freistaat Bayern - in der Regel um die drei Millionen Euro pro Jahr - und ist mit 29 Prozent der Anteile an der Bayreuther Festspiel-GmbH gleichberechtigter Gesellschafter. Nach Informationen der Deutschen Presseagentur hat der Förderverein den anderen Gesellschaftern in einer Sitzung des Verwaltungsrates mitgeteilt, von 2024 an rund eine Million Euro weniger zu zahlen. Der Vorsitzende der Freunde von Bayreuth und des Verwaltungsrates, Georg Freiherr von Waldenfels, sagte auf Anfrage, dass es sich um eine interne Sitzung gehandelt habe, deren Inhalte er nicht kommentiere. "Wenn die Gesellschaft der Freunde von Bayreuth bei der Finanzierung deutlich weniger beisteuern können, dann müssen jetzt alle, die Teil dieses ganzen Komplexes sind, zusammen handeln", sagte Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne). Sie habe dazu schon Gespräche geführt, weitere seien vorgesehen.

Öffentlich-rechtlicher Sender

RBB streicht 100 Stellen

Der in eine tiefe Krise gestürzte Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) will bis Ende 2024 insgesamt 100 Stellen streichen. Hintergrund sind geplante Einsparungen von fast 50 Millionen Euro, wie der öffentlich-rechtliche ARD-Sender mitteilte. Die Rede war von "Misswirtschaft der vergangenen Jahre". Interims-Intendantin Katrin Vernau, seit Herbst im Amt, sagte: "Ohne unser entschiedenes Handeln noch in der laufenden Beitragsperiode würden wir spätestens Ende 2024 in einen finanziellen Abgrund blicken. Die Zahlungsfähigkeit wäre nicht mehr ohne Weiteres sichergestellt." Der RBB war im Sommer 2022 in eine beispiellose Krise gestürzt, als durch Medienberichte Vetternwirtschafts- und Verschwendungsverdacht gegen die Spitze aufgekommen waren. Die gesamte damalige Geschäftsleitungsriege ist nicht mehr im Amt. Im Zentrum des Skandals stehen die fristlos entlassene Intendantin Patricia Schlesinger und der Sender-Chefaufseher Wolf-Dieter Wolf. Beide wiesen Vorwürfe zurück.

Auktion in New York

Rubens-Bild für 30 Millionen Dollar?

Ein Gemälde des flämischen Malers Peter Paul Rubens (1577-1640) könnte bei einer Auktion in New York Schätzungen von Experten zufolge bis zu 30 Millionen Dollar (etwa 28 Millionen Euro) einbringen. Das etwa 1620 entstandene Werk "Portrait of a Man as the God Mars", das einen Mann in Rüstung zeigt, solle im Mai in New York versteigert werden, teilte das Auktionshaus Sotheby's mit. Das Bild stammt aus der Sammlung von Mark Fisch und Rachel Davidson und war zuletzt einige Jahre im Metropolitan Museum in Manhattan zu sehen.

Babysitter unter Verdacht

Fünfjährige in Berlin getötet

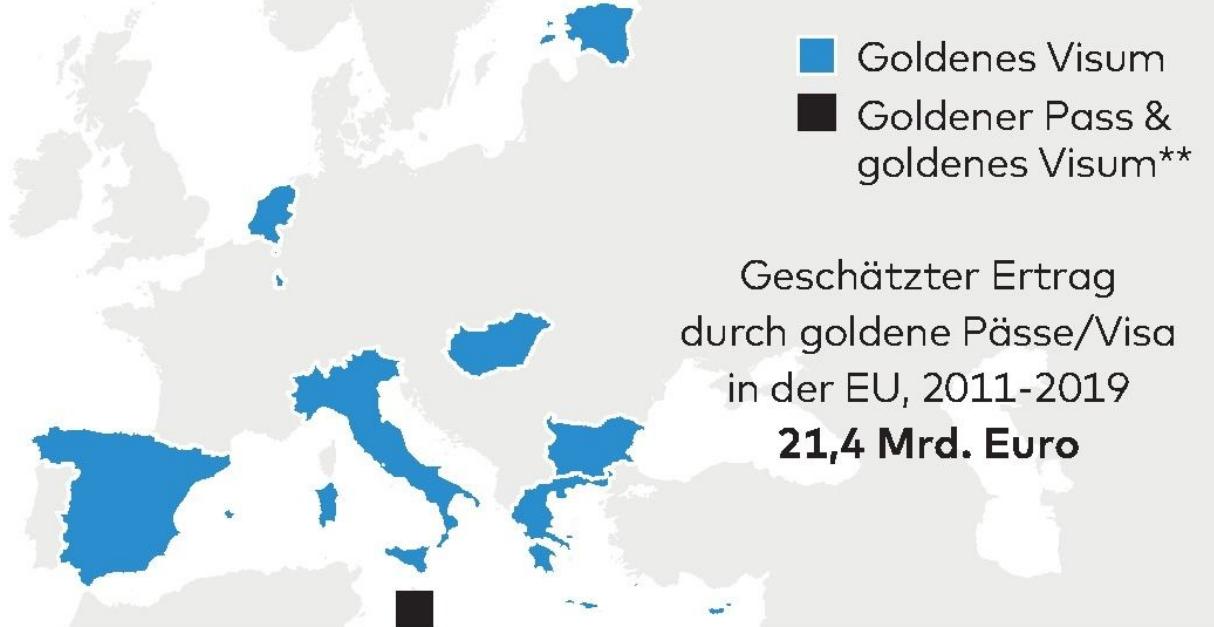
Nach dem gewaltsamen Tod eines fünfjährigen Mädchens in Berlin steht der 19-jährige Babysitter des Kindes unter dringendem Verdacht. Der Mann habe auf das Mädchen und seine jüngeren Geschwister auf einem Spielplatz im Stadtteil Pankow im Norden Berlins aufgepasst, sagte eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft. Das Mädchen wurde etwas später durch mindestens eine Stichwunde verletzt in einem nahe gelegenen Park gefunden. Es starb kurz darauf im Krankenhaus. Die Leiche des Kindes wurde seit Mittwochvormittag obduziert. Ein Ergebnis war zunächst nicht bekannt. Der Verdächtige sollte im Laufe des Tages einem Richter zum Erlass eines Haftbefehls vorgeführt werden. Bisher habe er sich nicht zu der Tat geäußert. Wie der Vorwurf lauten sollte, also etwa Totschlag oder Mord, sei noch nicht geklärt, hieß es. "Ein sexuelles Motiv spielt nach derzeitiger Sachlage keine Rolle", sagte die Sprecherin. Die genauen Hintergründe der Tat seien noch Gegenstand der Ermittlungen der Mordkommission. Der Verdächtige mit einer deutsch-türkischen Herkunft sei ein Bekannter der Familie, seine Mutter und die Mutter des getöteten Mädchens seien befreundet, sagte die Sprecherin. Das Opfer hat Angaben der Polizei zufolge eine deutsch-polnisch-türkische Staatsangehörigkeit.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Lindner kritisiert Koalitionspartner: "Alle fordern nur Geld" ++ Brandenburgs Innenminister: Migrationsbremse nötig ++ Ex-Bundes....

AUFGEHENSGENEHMIGUNGEN

Wo Visa käuflich sind

EU-Mitgliedsstaaten, die „goldene Pässe/goldene Visa“* anbieten



* Erhalt von Staatsbürgerschaft bzw. Aufenthaltsberechtigung durch finanzielle Investitionen

** Kein goldener Pass für russische/belorussische Staatsbürger

WELT Quellen: European Parliamentary Research Service, Statista-Recherche

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Lindner kritisiert Koalitionspartner: "Alle fordern nur Geld" ++ Brandenburgs Innenminister: Migrationsbremse nötig ++ Ex-Bundes....



Gebietsweise Regen

Hinweis: Der Himmel zeigt sich zu dieser Zeit oft wolkenverhangen, und gebietsweise regnet es. Im Tagesverlauf lockern die Wolken im Süden und Südwesten sowie an der Nordsee teilweise auf, und die Sonne kommt zum Vorschein. Die Höchsttemperaturen liegen bei Werten zwischen 6 und 13 Grad. Der Wind weht im Osten anfangs frisch aus Südost; sonst schwach bis mäßig.

Bleibtetzen: Viele Menschen fühlen sich zurzeit schnell mäde und matt. Dadurch sind in vielen Fällen Konzentrations- und Leistungsfähigkeit herabgesetzt. Außerdem besteht bei der Wetterlage eine große Ansteckungsgefahr bei Erkältungserkrankheiten.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: February 22, 2023

End of Document

"Wichtig, auf eine möglichst große Durchmischung zu achten"; Fast ein Fünftel der Menschen mit Migrationshintergrund spricht zu Hause kein Deutsch. Stuttgarts Integrationsbeauftragter gibt Rat

Die Welt

Donnerstag 23. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 39

Length: 974 words

Byline: Diana Pieper

Body

Gari Pavkovic (parteilos), 64, kam als Zehnjähriger mit seiner Familie aus Kroatien nach Deutschland und ist seit 2001 Integrationsbeauftragter Stuttgarts.

WELT:

Herr Pavkovic, rund ein Drittel der Menschen mit **Migrationshintergrund** spricht laut dem aktuellen Mikrozensus ausschließlich Deutsch zu Hause. Knapp 50 Prozent unterhalten sich demnach noch in mindestens einer weiteren Sprache. Weitere 18 Prozent kommunizieren hauptsächlich in einer oder mehreren anderen Sprachen. Wie stark sind Kinder benachteiligt, in deren Familien kaum Deutsch gesprochen wird?

Gari Pavkovic:

Für Kinder ist das nicht das entscheidende Hindernis beim Spracherwerb. Im Gegenteil: Sprechen die Eltern nur schlecht Deutsch, vermitteln sie ihnen eine fehlerhafte Sprache. Für Kinder ist vor allem wichtig, dass sie insgesamt genug Kontakt mit der deutschen Sprache haben, in der Kita, im Verein und vor allem in der Grundschule.

Ist ein verpflichtender Deutschunterricht vor der Einschulung, wie ihn CDU-Generalsekretär Mario Czaja kürzlich für Kinder ohne Sprachkenntnisse vorgeschlagen hat, also Ihrer Ansicht nach unnötig?

Kinder sollten vor der Einschulung zwei bis drei Jahre in die Kita gehen. Aber auch im Grundschulalter lernen sie noch sehr schnell eine neue Sprache - das weiß ich aus eigener Erfahrung. Ich selbst bin erst mit zehn Jahren nach Deutschland gekommen, meine Eltern haben nur Kroatisch mit mir gesprochen. Trotzdem habe ich die Sprache schnell gelernt. Ich halte es bereits für einen großen Fortschritt, dass wir in den vergangenen Jahren die klassische Halbtagschule überwunden haben. Diese war für eine solide Sprachförderung oft nicht ausreichend,

"Wichtig, auf eine möglichst große Durchmischung zu achten" Fast ein Fünftel der Menschen mit Migrationshintergrund spricht zu Hause kein Deutsch. Stuttgarts In....

dafür braucht es Ganztagschulen und möglichst viel Nachmittagsunterricht. Je länger die Kinder in der Schule sind, desto besser.

Zugleich fehlen in ganz Deutschland Tausende Lehrkräfte. Einige Schulen schaffen es kaum, den Regelunterricht aufrechtzuerhalten. Wie können Kinder ohne Deutschkenntnisse da noch eng genug betreut werden?

Deswegen gibt es etwa für Kinder von Flüchtlingen die Willkommensklassen, in denen Schüler erst einmal für ein Jahr Deutsch lernen. In Baden-Württemberg funktioniert das gut - aber es gibt hier bundesweit natürlich Unterschiede.

Wie sieht es in Brennpunktregionen aus? Sind hier die Defizite größer geworden?

Pauschal lässt sich das so nicht sagen. Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund leben mittlerweile in zweiter und dritter Generation in Deutschland, sie haben viel bessere Deutschkenntnisse als die Gastarbeiter-Generation vor ihnen. Die große Herausforderung ergibt sich vor allem dadurch, dass wir zusätzlich einen hohen Zuzug von Migranten bewältigen müssen. Allein nach Stuttgart kommen jedes Jahr 20.000 zusätzliche Menschen aus dem Ausland, zuletzt waren es fast 10.000 Ukrainer, von denen 3000 Kinder im schulpflichtigen Alter waren. Und es ist nicht davon auszugehen, dass ihre Zahl abnimmt. Es braucht es also mehr Anstrengungen, um das Niveau insgesamt zu halten.

Der Präsident des Lehrerverbands hat sich für eine gedeckte Migrantенquote für Schulen ausgesprochen. Was halten Sie von diesem Vorschlag?

In jedem Fall ist es wichtig, auf eine möglichst große Durchmischung zu achten. In manchen Teilen von Berlin oder im Ruhrgebiet, wo es große türkische oder arabische Gemeinden gibt, dominieren ein bis zwei Sprachgruppen die Kommunikation auf dem Pausenhof. In Stuttgart dagegen sehen wir durchschnittlich 30 verschiedene Nationalitäten unter den Schülern. Diese Vielseitigkeit führt dazu, dass Deutsch automatisch die Umgangssprache wird.

Stuttgart profitiert vom Standortvorteil und zieht Facharbeiter aus vielen verschiedenen Ländern an.

Eine Quote halte ich deswegen nicht für den richtigen Ansatz. Viel wichtiger wäre eine gezielte Förderung von Kindern in sozial benachteiligten Stadtteilen. Selbst innerhalb einer Stadt kann das Sprachniveau von Kindern, die aus unterschiedlichen Stadtvierteln kommen, sehr unterschiedlich ausgeprägt sein. In Vierteln, in denen mehr als die Hälfte der schulpflichtigen Kinder Deutsch als Zweitsprache gelernt hat, braucht es besondere zusätzliche Förder-Angebote in den Schulen, die auch in den Ferien stattfinden könnten.

Dass Sprache soziale Teilhabe ermöglicht, ist unbestritten. Was braucht es aus Ihrer Sicht im Bereich der Integration außerdem?

Sprachförderung ist nur ein Baustein von vielen. Es geht vor allem darum, jungen Menschen eine Perspektive aufzuzeigen. Ihnen zu zeigen, dass sie eine Leistungsrolle in der Gesellschaft übernehmen können, statt nur Leistungsempfänger zu sein. Wir haben immer noch Familien, die in dritter Generation Hartz IV beziehen. Wenn positive Vorbilder fehlen, ist die Gefahr besonders bei Jugendlichen groß, in die Kriminalität abzurutschen, wo sie das schnelle Geld vermuten. In Stuttgart etwa sehen wir, dass die Kriminalität unter Jugendlichen niedriger ist als in Städten mit einer hohen Jugendarbeitslosigkeit.

Allerdings gab es auch in Stuttgart Ausschreitungen, im Sommer 2020, vereinzelt aber auch in der Silvesternacht 2022. Was tun Sie als Integrationsbeauftragter dafür, solche Ausbrüche künftig zu minimieren?

Die massive Jugendgewalt in Stuttgart im Corona-Sommer 2020 war vor allem ein Ergebnis von Frust. Es fehlten Angebote und Räume für junge Menschen, weil die Clubs, Vereine, Jugendhäuser geschlossen waren. Die Polizei hatte die Aufgabe, die Maßnahmen zu kontrollieren, was wiederum zu Aufstandsbewegungen führte, gerade bei migrantischen Jugendlichen. Das war eine explosive Mischung, die sich über Monate hochgeschaubelt hat. Auch wenn wir zuletzt an Silvester einzelne Gewalttaten gesehen haben, handelte es sich bei den Krawallen in der

"Wichtig, auf eine möglichst große Durchmischung zu achten" Fast ein Fünftel der Menschen mit Migrationshintergrund spricht zu Hause kein Deutsch. Stuttgarts In....

Innenstadt im Sommer 2020 um ein singuläres Ereignis. Wir reagieren darauf vor allem mit mobiler Jugendarbeit, Gewaltprävention und auch Videoüberwachung im öffentlichen Raum.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Gari Pavkovic

Load-Date: February 22, 2023

End of Document

Deutsche Grenzen

Die Welt

Dienstag 26. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT



Section: FORUM; KOMMENTAR; S. 7; Ausg. 187

Length: 408 words

Byline: Peter Huth

Body

Die Wörter sind wieder da. "Obergrenze" ist eines davon. "Sachleistungen" statt Bargeldauszahlungen ist ein anderes. Und natürlich die "stationären Grenzkontrollen". Selbstverständlich auch die "europäische Lösung". Auch Politikern der Grünen gehen sie heute locker von den Lippen, die SPD-Innenministerin Nancy Faeser vollzog am Wochenende eine spektakuläre Wende und will nun beherzt illegale Einreisen aus Tschechien und Polen verhindern. Haben sich also die Diskussionsgrenzen verschoben? Oder packen wir den Elefanten, der im Raum steht mal an den Hörnern: Hat die AfD so lange Propaganda gegen **Flüchtlinge** gemacht, dass ihre Forderungen jetzt die Ampel-Koalition zum Handeln zwingen?

Nein. Die Rechtspopulisten sind Rassisten. Ihre Hauptmotive gegen Migration sind Überfremdung, angeblich kulturelle Inkompatibilität, im absurdesten, aber nicht seltenen Fall, wird von "Bevölkerungsaustausch" und "Great Reset" fabuliert. Die AfD will nicht die ganz praktischen Probleme, die durch die schiere Masse der Flüchtlinge in Deutschland entstehen, bekämpfen, sie will am liebsten gar keine Fremden ins Land lassen.

Die deutsche Politik holt jetzt das Thema ein, das durch die Pandemie in den Hintergrund gerückt war. Deutschland ist Lieblingsland für Flüchtlinge, und das kann man ja gut nachvollziehen. Aber weder Judikative, Legislative noch Exekutive haben es geschafft, klarzumachen, dass Deutschland Grenzen hat, in doppeltem Sinn. Nach wie vor kommen zu viele, die woanders abgelehnt worden sind, und viel zu viele bleiben, obwohl sie abgelehnt worden sind. Genau das schafft die falschen Anreize. Ebenso die (allerdings vom Verfassungsgericht bestätigten) relativ großzügig bemessenen Auszahlungen. Sachleistungen? Warum nicht?

Wer in Not kommt, dem muss geholfen werden, ob er als Erster oder als 200.001ster kommt. Aber materielle Hilfe muss eben keine finanzielle Hilfe sein. Wenn ein Gast zu mir kommt, kuche ich für ihn, zahle ihm aber kein Bargeld aus, damit er ins Restaurant gehen kann. Der neue Umgang mit den alten Wörtern gefällt mir. Er ist, sicher, in Kampfeslärm geschmiedet, dennoch im Grundton ruhiger und vernünftiger als vor der Pandemie. Wahlkämpfe in Bayern, Hessen und dem Osten hin, AfD her. Die Parteien sind unter Zugzwang und sie bewegen sich. Diese Dynamik sollte nicht zerstört werden, indem man Linguistik zum wichtigsten Thema der Debatte macht.

Deutsche Grenzen

peter.huth@welt.de (mailto: peter.huth@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 25, 2023

End of Document

Deutschland hat mehr Einwohner als jemals zuvor; Vor allem Flüchtlinge aus der Ukraine verändern die Demografie hierzulande erheblich

Die Welt

Mittwoch 21. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 118

Length: 795 words

Byline: Dr. Tobias Kaiser

Body

Laut den jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes waren in Deutschland Ende vergangenen Jahres 84,4 Millionen Menschen gemeldet. Das sind mehr als je zuvor seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Ein Grund für den Rekordwert ist die Fluchtbewegung aus der Ukraine. **Geflüchtete** aus dem Kriegsland, vor allem Frauen und Kinder, waren hauptsächlich verantwortlich dafür, dass die Bevölkerung 2022 so schnell gestiegen ist wie nie zuvor seit der Wiedervereinigung, als die Statistik umgestellt wurde.

Die Bevölkerung nahm um 1,122 Millionen Menschen zu, ein Plus von 1,3 Prozent. Die Zahl der in Deutschland lebenden Ukrainer hat sich im vergangenen Jahr mehr als versechsacht. Zählten die Statistiker hierzulande Anfang 2022 noch 151.000 Personen mit ukrainischer Staatsbürgerschaft waren es Ende des Jahres rund 1,05 Millionen.

So viele Menschen sind nach Deutschland gekommen

Insgesamt zogen vergangenes Jahr 1.455.000 Menschen mehr nach Deutschland als wegzogen. Die hohe Zahl ist vor allem durch den Ukraine-Krieg bedingt. Im Jahr 2021 vor dem Ausbruch des Krieges und als Corona-Maßnahmen auch Migration aus anderen Ländern verhindert hatten, waren nur 329.000 Menschen zusätzlich nach Deutschland gekommen.

Sie sind vor allem nach Westdeutschland gezogen

Die Veränderung der Bevölkerungszahl in den einzelnen Bundesländern illustriert, dass die Geflüchteten aus der Ukraine und andere Zuzügler vor allem in die westdeutschen Bundesländer und nach Berlin gezogen sind. Die westdeutschen Bundesländer verzeichneten ein Bevölkerungsplus von 913.000 Personen und die ostdeutschen Länder ohne Berlin von 131.000 Personen. Am stärksten stieg die Bevölkerungszahl in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg.

Diese Bundesländer sind allerdings auch die bevölkerungsreichsten. Setzt man die Zuzüge in Relation zur Bevölkerung, ähnelt sich die Entwicklung in Ost- und Westdeutschland. Die Bevölkerung in Westdeutschland stieg

Deutschland hat mehr Einwohner als jemals zuvor. Vor allem Flüchtlinge aus der Ukraine verändern die Demografie hierzulande erheblich.

um 1,4 Prozent auf 68,0 Millionen Personen und in den ostdeutschen Flächenländern um 1,1 Prozent auf 12,6 Millionen. Berlin zog, wie schon bei vorangegangenen Migrationswellen, überdurchschnittlich viele Geflüchtete an.

Deutschland wird internationaler

Die hohe Nettozuwanderung sorgt dafür, dass sich die Bevölkerungsstruktur hierzulande verändert. Die Entwicklung ist nicht neu, wurde aber durch die Geflüchteten aus der Ukraine stark beschleunigt. Durch Zuwanderung steigt die Zahl der Ausländer, während die Zahl der Deutschen weiter sinkt.

Laut den Statistikern kamen im vergangenen Jahr rund 1,4 Millionen Ausländer zusätzlich nach Deutschland. Ihr Anteil an der Bevölkerung ist um mehr als zehn Prozent gestiegen und lag Ende 2022 bei 14,6 Prozent. Zum Jahreswechsel lebten hierzulande 72,0 Millionen Deutsche und 12,3 Millionen Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Mehr als ein Drittel der Ausländer kommt aus einem von nur drei Ländern: 1,34 hatten die türkische Staatsbürgerschaft, 1,05 Millionen die ukrainische und 883.000 die syrische.

Die Bevölkerung wird wieder jünger

Deutschlands Bevölkerung altert; ein Trend, der bereits jetzt auf dem Arbeitsmarkt Probleme verursacht und langfristig die Sozialversicherungen belastet. Die Ausländer, die 2022 ins Land gekommen sind, haben den Trend nicht nur gestoppt, sondern umgedreht: Im vergangenen Jahr ist das Durchschnittsalter in Deutschland leicht um 0,1 Jahre auf 44,6 Jahre gesunken.

Das liegt daran, dass die ausländische Bevölkerung deutlich jünger ist als die deutsche. So waren 67,4 Prozent der hier gemeldeten Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit zwischen 20 und 59 Jahre alt. Unter der deutschen Bevölkerung liegt der Anteil bei nur etwas weniger als der Hälfte. Durch Migration stieg die Zahl der Menschen unter 20 Jahren um 2,8 Prozent.

Der alte Trend setzt sich fort

Ohne den Zuzug aus dem Ausland würde die Bevölkerung hierzulande weiter schrumpfen und altern. Auch 2022 starben, wie in den Vorjahren, mehr Menschen als geboren wurden. Der Überschuss der Sterbefälle stieg sogar stark an: Im vergangenen Jahr gab es 327.000 mehr Sterbefälle als Geburten.

Der Rekord könnte von kurzer Dauer sein

Der Rekordwert könnte allerdings bereits im kommenden Jahr Makulatur sein. Dann liegen die Ergebnisse der Volkszählung aus dem vergangenen Jahr vor. Nach der letzten Volkszählung 2011 mussten die Statistiker die Zahl der hier lebenden Personen um 1,5 Millionen nach unten korrigiert. Das liegt daran, wie die Bevölkerungsstatistik zustande kommt. Auch die aktuellen Zahlen werden auf der Basis der Ergebnisse der Volkszählung von 2011 berechnet. Die Meldeämter melden jedes Jahr Zu- und Fortzüge, Sterbefälle und Geburten an Destatis. Die Statistiker aktualisieren zwar den Zensus, dabei schleichen sich über zehn Jahre trotzdem Fehler ein.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 20, 2023

Stamp macht Vorstoß für effizientere Abschiebungen; Migrationsexperte sieht eine große Hürde hierzulande

Die Welt

Donnerstag 2. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 213

Length: 983 words

Byline: Nikolaus Doll

Body

Joachim Stamp (FDP) bleibt auf diplomatischen Reisen von Kabinettsmitgliedern meist im Hintergrund - so auch jüngst bei der Visite von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) in Marokko. Der Sonderbevollmächtigte der Bundesregierung für **Migrationsabkommen** erledigt seinen Job nicht beim öffentlichkeitswirksamen Austausch großer Delegationsrunden, sondern diskret in vielen vertraulichen Gesprächen. Ein paar der Staaten, mit denen Stamp derzeit verhandelt, sind bekannt; die aus deutscher Sicht spannendsten Länder vermutlich nicht. Dringe vorab das kleinste Detail nach außen, sei der erhoffte Deal in aller Regel geplatzt, heißt es in Stamps Umfeld.

Ein Netz von Rückführungsabkommen soll der FDP-Politiker im Auftrag der Bundesregierung spinnen - oder bestehende Vereinbarungen wiederbeleben, die irgendwann unterschrieben wurden, aber praktisch nicht umgesetzt werden. Wie im Fall Marokko. Ohne entsprechende Abkommen sind die von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) angekündigten Abschiebungen "im großen Stil" nicht möglich, bekommt die Koalition die **Migrationskrise** nicht in den Griff. Denn viele Staaten weigern sich schlicht, ihre Staatsbürger wiederaufzunehmen oder verzögern die Rücknahme.

Die Verhandlungen sind aufwendig, dauern lange, erfordern großes Entgegenkommen der deutschen Seite und werden pro Einzelabkommen nur überschaubaren Erfolg bringen. Im Fall Marokkos halten sich derzeit in Deutschland rund 3600 ausreisepflichtige Staatsbürger des Maghrebstaats auf, 2700 davon mit einer Duldung. Auch die könnten zwar unter bestimmten Voraussetzungen abgeschoben werden, wirklich realistisch ist das aber nur bei den übrigen 900. Über deren Rücknahme verhandelt Stamp nun seit Monaten.

Das tut der Sonderbevollmächtigte mit Ausdauer und einem Optimismus, aber inzwischen hat er eine weitere, gravierende Hürde für die von Scholz verkündete Abschiebungsoffensive identifiziert - und zwar eine in Deutschland: die Ausländerbehörden der Kommunen. Die sind in vielen Bundesländern, wie die Kommunen insgesamt, mit der Versorgung der wachsenden Zahl an Zuwanderern und der Bearbeitung der Fälle von der Erstregistrierung bis zur Entscheidung einer Ausweisung zunehmend überfordert. "Als Landesminister habe ich erlebt, dass viele der kommunalen Ausländerbehörden überlastet sind, schon seit Jahren", sagt Stamp im

Stamp macht Vorstoß für effizientere Abschiebungen Migrationsexperte sieht eine große Hürde hierzulande

Gespräch mit WELT. "Zur Bewältigung der Covid-Pandemie wurden weitere Mitarbeiter abgezogen, das hat teilweise zu einer personellen Ausblutung vor Ort geführt. So können die Kommunen die Herausforderungen durch die zunehmende Zahl der Zuwanderer nicht mehr bewältigen."

Eine aktuelle Studie von Wissenschaftler der Universitäten Hildesheim und Duisburg-Essen im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung kommt zu einem alarmierenden Befund: Viele Ausländerbehörden sind nicht mehr am Rande der Leistungsfähigkeit, sondern schlichtweg überlastet; es gibt extrem lange Wartezeiten, überarbeitete Mitarbeiter, eine unzeitgemäße technische Ausstattung. Der Ruf nach mehr Geld für die Ämter und weiteres Personal wird immer lauter, aber Stamp will die Defizite grundsätzlich angehen. Er schlägt eine neue, effizientere Struktur der Verwaltung vor: "Nötig wären zusätzliche zentrale Ausländerbehörden, die regional die kommunalen Ausländerbehörden entlasten. Sie könnten direkt auf höchstem digitalen Standard eingerichtet werden und die kleineren kommunalen Ausländerbehörden sowohl bei Rückkehrmanagement und Abschiebung als auch bei der Fachkräfteeinwanderung massiv entlasten."

Das, so Stamp, würde zu einer Bündelung der Ressourcen führen; in Nordrhein-Westfalen war die Einrichtung solcher zentralen Behörden nach seinen Angaben erfolgreich. Der Liberale war in Nordrhein-Westfalen bis Sommer 2022 unter anderem Minister für Flüchtlinge und Integration. Kein anderes Bundesland hatte im vergangenen Jahr - nach absoluten Zahlen gesehen - in so großem Umfang abgeschoben wie NRW. Mit 3118 Menschen lag Nordrhein-Westfalen ganz vorn, Bayern folgte mit 2046 Abschiebungen.

Die FDP fordert zentrale Ausländerbehörden in den Ländern, die für Abschiebungen zuständig sind, seit Monaten. Das Echo ist überschaubar, es gibt sie erst in einigen Bundesländern. Um sie zu schaffen, müsste umstrukturiert werden, das scheuen die Landesregierungen überwiegend. Eine weitere Verwaltungsebene in Ausländerfragen macht das System noch komplexer.

Der Vorteil zentraler Ausländerbehörden wäre gleichwohl, dass Personal bei Engpässen flexibler eingesetzt werden könnte. Und dass dort Teams gebildet werden könnten, die auf bestimmte Herkunftsregionen der Geflüchteten oder Fälle spezialisiert sind. Die Experten dort könnten sich in die jeweiligen Rücknahmebedingungen der Länder einarbeiten und auf diese Weise Verfahren beschleunigen, wozu die Kommunen in dieser Tiefe nicht imstande sind. Viele Abschiebungsverfahren, die in aller Regel dezentral und meist von den Landkreisen betrieben werden, scheiterten bisher schon aus rein formalen Gründen vor Gericht.

Zentrale Ausländerbehörden könnten außerdem - vor allem, wenn sie von Anfang an mit digitaler Technik ausgestattet sind - die Erteilung von Arbeitsvisa und damit die Fachkräfte-Einwanderung beschleunigen. SPD und Grüne sind von Stamps Plan dennoch nicht überzeugt. Die CDU ist aufgeschlossen, vor allem in den Bundesländern. Am liebsten würde die Union die Prozesse noch weiter zentralisieren - was der Sonderbevollmächtigte wiederum ablehnt: "Die Idee, eine einzige zentrale Ausländerbehörde auf Ebene des Bundes zu schaffen, geht zu weit." Dafür müssten das System und die Verwaltung, die mit Ausländerangelegenheiten befasst ist, grundlegend reformiert werden. "Dafür ist aus meiner Sicht derzeit nicht der richtige Zeitpunkt, da die Behörden handlungsfähig bleiben müssen", so Stamp. "Daher schlage ich diese regionalen Behörden vor, die den laufenden Betrieb nicht stören, sondern ihn entlasten und beschleunigen würden."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 2, 2023

"Entscheidend ist die Verbindung von Werten und Wirklichkeit"; Die Grünen-Vorsitzende Ricarda Lang moniert: In der Migrationskrise würden den Menschen nun "Scheinlösungen" angeboten. Ihre Partei hingegen stehe für "realistische" Politik

Die Welt

Freitag 17. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; THEMA DES TAGES; S. 2; Ausg. 224

Length: 1677 words

Byline: Claus Christian Malzahn

Jennifer Wilton

Body

Ricarda Lang, 29, ist seit 2021 Bundestagsabgeordnete der Grünen und seit 2022 Parteivorsitzende. Sie wuchs im baden-württembergischen Nürtingen auf. Ihr Studium der Rechtswissenschaften brach sie ab.

WELT:

Frau Lang, die erste rot-grüne Bundesregierung wurde im Herbst 1998, also vor einem Vierteljahrhundert, gebildet. Sie waren vier Jahre alt, als Gerhard Schröder (SPD) und Joschka Fischer (Grüne) den Koalitionsvertrag in Bonn unterschrieben haben. Empfinden Sie es heute als Gnade der späten Geburt oder als Nachteil, dass Sie diese Phase der deutschen Politik nur aus Erzählungen und Geschichtsbüchern kennen?

Ricarda Lang:

Wahrscheinlich beides. Auf der einen Seite ist es natürlich ein Wissensschatz, auf den man aufbauen kann, wenn man über Regierungserfahrung verfügt. Auch wenn sich jede Regierung und Koalition unterscheidet. Auf der anderen Seite tut es vielleicht auch ganz gut, unvoreingenommen zu sein. An die Ampel bin ich deshalb sehr offen herangegangen.

Die Grünen haben sich über die Jahrzehnte sehr verändert. Die alten Schlachten zwischen Fundis und Realos sind für Sie grüne Vorgeschichte.

"Entscheidend ist die Verbindung von Werten und Wirklichkeit" Die Grünen-Vorsitzende Ricarda Lang moniert:
In der Migrationskrise würden den Menschen nun "Schei...."

Klar, ich habe die Anfangsphasen nicht mitbekommen. Also die 80er-Jahre, wo es auf Parteitagen etwas unübersichtlicher zugegangen, es auch mal laut wurde. Ich bin nach dem Überfall auf die Ukraine oft gefragt worden, wieso wir unsere Position zu Waffenlieferungen so radikal geändert haben. Dabei war daran nichts radikal. Zwischen der Gründungsphase der Grünen und dem Überfall liegen 40 Jahre Debatten und Geschichte. Wir sind ja nicht mit Schlaghosen und Strickzeug aus einer Zeitkapsel gestiegen im Februar 2022.

Bunte Strickpullis, Bärte - hätten Sie mit diesen frühen Grünen etwas anfangen können?

Eine Parole von damals lautete: Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Das ist doch hochaktuell. Wie kriegen wir es hin, Wohlstand zu erzeugen und Arbeitsplätze zu sichern, ohne zukünftigen Generationen genau das zu verwehren? Vorsorge ist in der Politik zentral. Unsere historische Aufgabe ist es, Wohlstand, Klimaschutz und Gerechtigkeit zusammenzubringen, damals wie heute. Politik nicht nur für das Hier und Jetzt, sondern auch für übermorgen.

Gab oder gibt es Grüne, die Sie besonders beeindruckt haben?

Es gab nicht die eine Person. Die Zeit, in der ich begonnen habe, mich politisch zu engagieren, war aber beispielsweise davon geprägt, dass in Baden-Württemberg der erste grüne Ministerpräsident gewählt wurde. Da war ich 17 Jahre alt und kann mich gut erinnern, was für ein wichtiger Moment das war. Meine Mutter, sie war früher mal Friedensaktivistin gewesen, hatte lange Zeit die Grünen gewählt, kam die Treppe runtergerannt und war vollkommen euphorisiert: "Die Grünen haben es geschafft." Meine Oma war dagegen sehr skeptisch. Die hatte immer die Union gewählt und fragte sich, wo das alles enden soll. Diese Ängste hatte sie dann später nicht mehr.

Die Gründergeneration der Grünen ist fast vollständig abgetreten, es gibt sie aber noch. Joschka Fischer etwa, Rezzo Schlauch. Ralf Fücks und Marieluise Beck haben ein Institut und sind politisch sehr rege. Holen Sie sich von denen manchmal einen Rat?

Lukas Beckmann nicht zu vergessen. Und natürlich gibt es da Austausch. Ich hatte nicht diesen einen Mentor. Aber mir ist bewusst, dass die Generationen, die vor mir da waren, großes Wissen und viel Erfahrung aufgebaut haben. Die Grünen von heute stehen auf den Schultern von politischen Riesen.

Wen hätten Sie gern näher kennengelernt?

Vor einem Jahr hatte ich die Ehre, als Parteichefin bei der Trauerfeier für Werner Schulz eine Rede zu halten. Er war ausgerechnet am 9. November bei einer Gedenkveranstaltung plötzlich gestorben, ein Schock. Ich kannte ihn leider nur flüchtig. Deswegen habe ich mich intensiv mit ihm beschäftigt, seine Reden, Texte, Interviews gelesen. Ich habe dort viele Antworten auf Fragen gefunden, die ich mir gestellt habe. Er wird in der Partei schmerzlich vermisst, nicht nur von mir.

Was hat Sie bei Schulz interessiert?

Er hatte als ostdeutscher Bürgerrechtler einen sehr unkonventionellen Zugang zur Politik. Er hatte keine Angst vor Debatten. Gerade beim Thema Menschenrechte war er glasklar und ließ sich nichts vormachen. Sein Blick auf Osteuropa, auf die Ukraine, war hellsehend und scharf. Bei der Lektüre habe ich gemerkt, dass man das Rad nicht immer neu erfinden oder dass man alles von Neuem denken muss. Dass das Thema Menschenrechte in meiner Partei eine so zentrale Rolle spielt, ist Menschen wie Werner Schulz zu verdanken.

In der rot-grünen Bundesregierung Schröder/Fischer gab es eine klare Rollenverteilung. Koch und Kellner, sagte Schröder. Wie ist das heute?

Das hat sich grundlegend verändert. Damals lag die SPD bei fast 41 Prozent. Heute ist die Verteilung viel ausgeglichen, die Grünen viel stärker. Wir regieren zu dritt und führen eine Regierung auf Augenhöhe die ständig streitet. Ein Koch wäre ab und zu ganz gut, oder?

"Entscheidend ist die Verbindung von Werten und Wirklichkeit" Die Grünen-Vorsitzende Ricarda Lang moniert:
In der Migrationskrise würden den Menschen nun "Schei...."

Damals waren wir die Antreiber. Heute stehen wir im Zentrum und gehen von dort gemeinsam weiter. Am Ende der Konflikte stehen Lösungen, die das Land voranbringen. So viele Krisen hat vor uns kaum eine Bundesregierung bewältigen müssen.

Als Schröder und Fischer übernahmen, kam der Kosovo-Krieg und damit der erste Auslandseinsatz der Bundeswehr. Kurz nachdem die Ampel übernahm, überfiel Putin die Ukraine. Damals wie heute wurden Annahmen, Pläne und Positionen über den Haufen geworfen. Wie verkraften Sie das?

Man ist nicht gewählt, um Politik für die Realität zu machen, die man sich gewünscht hat, sondern für die Realität, die da ist. Wer dazu nicht bereit ist, braucht gar nicht erst anzutreten. Entscheidend ist dabei, das, was langfristig zählt, nicht aus den Augen zu verlieren, quasi die Verbindung von Werten und Wirklichkeit.

In diesem Jahr haben die Grünen vor allem Gegenwind bekommen. In Berlin und Hessen sind sie aus der Regierung geflogen. In der Migrationskrise trauen viele Wähler den Grünen die Kompetenz zur Krisenbewältigung nicht zu. Wie wollen Sie das ändern?

Indem wir eine realistische Migrationspolitik vertreten und den Leuten keine Scheinlösungen anbieten. Wer etwa von Asylzentren in Ruanda oder von Obergrenzen spricht, muss erläutern, wie das mit dem Europarecht, dem Grundgesetz und der Genfer Flüchtlingskonvention zusammengehen kann. Ich denke: Es wird kaum funktionieren.

Auch Sie sprechen doch inzwischen von Belastungsgrenzen.

Natürlich, wir sehen ja, welche Probleme viele Kommunen haben. Auszusprechen, dass sie an ihre Belastungsgrenze stoßen, heißt doch, dass wir sie unterstützen wollen, die Herausforderungen zu lösen. Dieses Land hat bei der Aufnahme etwa der Ukrainer wahnsinnig viel geleistet. Wer jetzt aber so tut, als gäbe es eine einfache Lösung, sagt nicht die Wahrheit.

Das Thema spielt auch eine Rolle bei einer anderen Debatte, die wir angesichts der "propalästinensischen" beziehungsweise israelfeindlichen Demonstrationen, die wir auch in Deutschland erleben, führen müssen: die einer gescheiterten Integrations-, aber eben auch Einwanderungspolitik.

Es darf keine falsch verstandene Toleranz gegen Antisemitismus geben. Und wir dürfen nicht wegschauen, wenn es zu Antisemitismus in bestimmten Communitys kommt. Ich wünsche mir da sehr viel klarere Worte von den Islamverbänden. Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson - und wir müssen uns damit beschäftigen, welchen Bezug Kinder zu Deutschlands Verantwortung für die Shoah haben, deren Familien vielleicht erst vor drei Jahren hergezogen sind. Es muss einen gemeinsamen Konsens geben. Das sollte nicht davon ablenken, dass Antisemitismus - leider - ein Problem ist, das nicht nur hier, sondern in fast allen Teilen der Gesellschaft anzutreffen ist, in der Mitte genauso wie in linken Kreisen oder unter Rechten.

Es sind gerade auch solche linken Milieus, die den Grünen nahestehen und antisemitisch auftreten. Greta Thunberg von Fridays for Future ist 20 Jahre alt und fällt inzwischen vor allem durch antisemitische Tiraden auf. Wie erklären Sie sich diese Radikalisierung?

Da kann man bloß spekulieren. Was aber klar ist: Die Äußerungen sind inakzeptabel, unanständig, und sie hat sich damit diskreditiert. Es ist gut, dass sich Fridays for Future Deutschland so klar davon abgegrenzt haben.

Zurück zur Migration: Der Druck auf die Grünen nimmt zu bei diesem Thema, oder?

Ich habe in den vergangenen beiden Jahren, seit ich Parteichefin bin, Höhen und Tiefen erlebt. Wir wurden in den Himmel gelobt und waren wenig später den größten Anfeindungen ausgesetzt. Meine Haltung mache ich nicht von zwei Prozent in den Umfragen abhängig. Wer solchen Zahlen hinterherrennt, macht eine Absage an Politik. Wir sind gewählt, um unsere Arbeit zu machen. Das tun wir.

"Entscheidend ist die Verbindung von Werten und Wirklichkeit" Die Grünen-Vorsitzende Ricarda Lang moniert:
In der Migrationskrise würden den Menschen nun "Schei....

Ein Teil der Regierungsarbeit wurde gerade vom Bundesverfassungsgericht gekippt - Kredite zur Bewältigung der Corona-Krise dürfen nicht für den Klimaschutz verwendet werden. Es geht um 60 Milliarden Euro und vor allem um die Finanzierung grüner Projekte. Was bedeutet das für das Kernthema Ihrer Partei?

Hier geht es um wesentlich mehr: Es geht darum, ob Deutschland wettbewerbsfähig bleibt, ob wir die Stahlindustrie im Land halten, also auch um Arbeitsplätze. Und es geht darum, ob Deutschland seine Klimaziele erreicht. Das müssen wir in der Regierung hinbekommen. Das zu finanzieren, sind wir den Menschen schuldig.

In Bonn saßen junge Abgeordnete von Union und Grünen oft in der Pizza-Connection zusammen. Tauschen Sie sich mit Altersgenossen anderer Parteien manchmal aus?

Ja, wobei ich mich auch generell mit Leuten aus anderen Parteien austausche, unabhängig vom Alter. Unter Demokraten sollte man immer miteinander im Gespräch sein, selbst wenn man in der Sache unterschiedliche Haltungen hat.

Haben Sie Freunde in der Union?

Bei Freundschaften sind Parteibücher für mich nicht entscheidend, da mache ich vorher keine Abfrage. Das wäre ja langweilig. Ich schätze beispielsweise Michel Friedman, der früher CDU-Kommunalpolitiker war. Wenn es um Fragen von Demokratie und gesellschaftlichem Zusammenhalt geht, ist er ein sehr guter Ratgeber.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Grünen-Parteichefin Ricarda Lang

Load-Date: November 16, 2023

End of Document

Was qualifizierte Migranten abschreckt

Die Welt

Montag 17. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 136

Length: 333 words

Byline: Jan Klauth

Body

Die Folgen für den Wirtschaftsstandort und die Fachkräfteeinwanderung wären gravierend, sollte sich der Aufschwung der AfD fortsetzen, warnt die Ökonomin Ulrike Malmendier. Und wird dafür in den sogenannten sozialen Medien zum Teil scharf kritisiert. Dabei hat die Wirtschaftsweise durchaus einen Punkt: Viele Gegenden, in denen überdurchschnittlich oft rechts gewählt wird, sind zugleich auch Regionen mit wenig Zuzug, sei es aus dem Aus- oder dem Inland.

Nur: Es handelt sich um ein Henne-Ei-Problem. Man muss sich schon auch damit auseinandersetzen, warum die AfD dort derart großen Zulauf bekommt, und dann klare Strategien entwickeln, um Wähler zurückzugewinnen. Speziell der Bundesregierung fehlt es hier an Selbstkritik. Eine Liste möglicher Gründe, die Menschen zur AfD treiben, wäre lang. Nur ein Beispiel im Kontext Migration: In kaum ein anderes Land sind in den vergangenen Jahren so viele Menschen eingewandert wie nach Deutschland. Zu viele landen aber im Sozialsystem, zu wenige nachhaltig im Arbeitsmarkt. Gleichzeitig bleibt mit Blick auf die Nachrichtenlage bei vielen Wählern hängen: Das Einwanderungsrecht wird weiter liberalisiert, die im Koalitionsvertrag angekündigte "Rückführungs-Offensive" hingegen bleibt aus.

Außerdem wird der Effekt überschätzt, den Umfragewerte einer Oppositionspartei ohne realistische Machtperspektive auf die Migration haben. Vergangene Woche berichtete WELT über eine der größten Migrationsstudien der letzten Jahre. Nicht politische Debatten, sondern ganz pragmatisch Gründe sind es demnach, die Talente aus dem Ausland abschrecken. Ein Behördenschubel, ewige Wartezeiten, Intransparenz, Doppelarbeit und fehlende Digitalisierung machen den Einwanderungsprozess unnötig lang und unflexibel. Dazu kommt die hohe Steuer- und Abgabenquote. Westliche Konkurrenzländer haben uns hier abgehängt. Dazu jedoch lässt ein kluger Reformvorschlag der Wirtschaftsweisen bislang auf sich warten.

jan.klauth@welt.de (jan.klauth@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 16, 2023

End of Document

Grüne zweifeln an Wirkung der Grenzkontrollen; Nach Ausweitung der Einsätze nimmt die illegale Migration ab. Dennoch gibt es Vorbehalte

Die Welt

Donnerstag 30. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 233

Length: 778 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Die Bundestagsparteien bewerten die im Oktober ausgeweiteten stationären Grenzkontrollen stark unterschiedlich. Seit der Einführung ging die illegale Zuwanderung erheblich zurück; inzwischen werden täglich meist weniger als 300 unerlaubte Einreisen in die Bundesrepublik festgestellt. In den 30 Tagen vor Einführung dieser Kontrollen an den Abschnitten zu Polen, Tschechien und der Schweiz waren es bundesweit um die 700 pro Tag, wie WELT AM SONNTAG berichtet hatte.

Dirk Wiese, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, hält "die stationären Kontrollen an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz als Teil eines Gesamtkonzepts gegen irreguläre Grenzübertritte für ein effektives Instrument, neben der intensivierten Schleierfahndung und den flexiblen Schwerpunktcontrollen". Für den Rückgang seien aber "mehrere Faktoren ursächlich, nämlich ineinandergeriebene, wirksame Maßnahmen hierzulande und in Transitstaaten, aber auch die kalte Witterung". Klar ist für Wiese zudem: "Die offenen Grenzen müssen wir unbedingt bewahren. Die langfristige und grundsätzliche Einrichtung stationärer Grenzkontrollen widersprechen diesem Prinzip. Grenzkontrollen sind daher mit Bedacht anzuwenden."

Irene Mihalic, parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, zweifelt an der Wirkung des neuen Vorgehens. "Wir werten die Ergebnisse der stationären Grenzkontrollen kontinuierlich aus. Erfolg oder Misserfolg der Maßnahmen lassen sich nach so kurzer Zeit noch nicht eindeutig bewerten. Ich bin weiterhin skeptisch, ob dauerhaft stationäre Grenzkontrollen der richtige Ansatz sind, um gerade auch die Schleuserkriminalität erfolgreich zu bekämpfen. Mobile Kontrollen, die auf vorangegangenen Ermittlungen und belastbaren Lagebildern basieren, scheinen mir weiterhin geeigneter."

Die Union sieht es ganz anders. "Die stationären Grenzkontrollen sind ein großer Erfolg", sagt ihr innenpolitischer Sprecher Alexander Throm (CDU). Sie bewirkten einen "Domino-Effekt", sodass auch andere Länder auf der Route ihrerseits die Grenzen besser kontrollierten. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) habe "grob fahrlässig gehandelt, indem sie sich zuvor monatelang gegen stationäre Kontrollen an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz gestemmt hat. Eine Bundesinnenministerin, die sich bei der Notwendigkeit von Kontrollen zur

Grüne zweifeln an Wirkung der Grenzkontrollen Nach Ausweitung der Einsätze nimmt die illegale Migration ab.
Dennoch gibt es Vorbehalte

Begrenzung der illegalen Grenzübertritte so fundamental geirrt hat, ist ein Sicherheitsproblem für das Land", so Throm. Es sei "notwendig, die festen Grenzkontrollen so lange fortzuführen, bis die Schleuserkriminalität besiegt und die unerlaubten Einreisen beendet sind".

Bemerkenswert ist: Während sich in diesem Jahr die festgestellten unerlaubten Einreisen von September bis November ungefähr halbierten - also zwischen dem letzten vollen Monat ohne stationäre Kontrollen und dem ersten Monat mit diesen Maßnahmen -, hatte es in den vergangenen Jahren eine weitgehende Stagnation gegeben. Von 2016 bis 2019 sowie 2021 gab es sogar jeweils im November etwas mehr illegale Einreisen als im September. In den Jahren 2020 und 2022 waren es etwas weniger. Nur 2023 ist also ein starker Rückgang zu beobachten.

Für Gottfried Curio, den innenpolitischen Sprecher der AfD-Fraktion, ist der "Erfolg der Kontrollen erwartbar. Dieses schon kurzfristig signifikant positive Resultat belegt, dass Ministerin Faeser mit ihrer monatelangen Weigerung, die stationären Grenzkontrollen weitaus früher zu ermöglichen, die in der Zwischenzeit erfolgte illegale Einreise von Zehntausenden Personen zu verantworten hat." Curio kritisiert aber, dass unerlaubte Einreisen von Asylsuchenden weiter zugelassen würden.

Clara Bünger, Asylfachfrau der Linkspartei, nimmt die Lage anders wahr: "Es ist nicht überraschend, dass die Zahl sogenannter unerlaubter Einreisen nach der Einführung stationärer Kontrollen an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz zurückgegangen ist. Erfahrungsgemäß führt die Verschärfung von Grenzkontrollen an einem Ort häufig dazu, dass Flüchtende auf andere Fluchtwege ausweichen." Die Gründe für ihre Flucht und ihre Not würden aber nicht verschwinden. "Deshalb wäre es vollkommen unangemessen, den Rückgang festgestellter unerlaubter Einreisen als Erfolg zu feiern." Hinzu komme, dass "häufig Menschen aus wichtigen Asylherkunftsländern wie Syrien, Afghanistan und Türkei unter den zurückgewiesenen Personen sind", sagt Bünger. Es gebe "Berichte, dass die Bundespolizei mindestens in Einzelfällen Asylgesuche ignoriert beziehungsweise 'überhört' hat, um Menschen an der Einreise hindern zu können. Das ist rechtswidrig."

Die stationären Grenzkontrollen sind ein großer Erfolg Alexander Throm, CDU-Innenpolitiker

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 29, 2023

End of Document

Gewaltkriminalität steigt in Deutschland stark an; Das Bundeskriminalamt sieht darin eine Trendwende. Auffällig sei die Zunahme nichtdeutscher Tatverdächtiger. Vor allem in Asylunterkünften schießen die Fallzahlen nach oben

Die Welt

Freitag 24. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 229

Length: 1178 words

Byline: Nikolaus Doll

Ulrich Kraetzer

Body

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres sind die Fallzahlen im Bereich der Gewaltkriminalität um rund 17 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen. Vor allem im öffentlichen Raum, also auf Straßen und Plätzen, ist eine deutliche Zunahme zu verzeichnen, im privaten Wohnumfeld fiel der Anstieg weniger stark aus. Das geht aus Zahlen des Bundeskriminalamts (BKA) hervor.

Von 1993 bis 2007 hatte es einen Rückgang der Fallzahlen gegeben. Die Corona-Pandemie sorgte unter anderem aufgrund der Ausgangsbeschränkungen dafür, dass es erneut deutlich weniger Fälle gab. Seit Ende der Pandemie nimmt die Gewaltkriminalität wieder zu, der starke Anstieg von 2021 auf 2022 ist nach Einschätzung aus Ermittlerkreisen "noch im statistisch erwartbaren Rahmen", weil damit die Rückgänge der Delikte in Corona-Zeiten ausgeglichen würden.

Die aktuelle Entwicklung sei nun aber "nicht mehr mit einem Nachholeffekt nach den pandemiebedingten Rückgängen erklärbar", sagte BKA-Präsident Holger Münch. "Der langfristige Abwärtstrend scheint beendet, der Anstieg der Gewaltkriminalität ist steil." Die erhobenen Zahlen bildeten zwar nur das erste Halbjahr ab, ließen aber einen allgemeinen Trend erkennen.

Münch und führende Polizeigewerkschafter fordern angesichts des massiven Anstiegs der Gewaltkriminalität in Deutschland im ersten Halbjahr eine Neujustierung der Strafverfolgung. Man könne auf die Herausforderungen infolge der deutlichen Zunahme von Delikten "nicht immer nur mit mehr Personal antworten", sagte Münch auf der BKA-Herbsttagung in Wiesbaden. "Entscheidend ist eine konsequent wirkungsorientierte Ermittlungsarbeit, und dazu müssen wir die Zusammenarbeit mit der Justiz auf eine neue Grundlage stellen", so der BKA-Präsident laut

Gewaltkriminalität steigt in Deutschland stark an. Das Bundeskriminalamt sieht darin eine Trendwende. Auffällig sei die Zunahme nichtdeutscher Tatverdächtiger. V....

Redemanuskript. "Wir brauchen dringend eine personelle Verstärkung der Justiz und auch eine konsequenteren Anwendung und Ausreizung des Strafmaßes", fordert der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei für die Bundespolizei, Andreas Roßkopf. "Straftäter werden häufig erst Monate später rechtlich verurteilt. Die Anwendung des Strafmaßes ist oft sehr zurückhaltend", sagte Roßkopf WELT.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG), Heiko Teggatz, erklärte, notwendig sei eine Modernisierung der Polizeigesetze. "Nötige Instrumente sind Präventivbefugnisse wie das Unterbindungsgehwahrsam, das vorbeugende Haft erlaubt, und die Möglichkeit, mittels Allgemeinverfügungen Veranstaltungen im Vorfeld untersagen zu können. Der Bund und das Land Berlin liegen da zurück, Bayern weit vorn."

Nach den Zahlen des Bundeskriminalamts lag der Anstieg der Zahl nichtdeutscher Tatverdächtiger im Vergleich zum Vorjahreshalbjahr bei plus 23 Prozent, bei deutschen Tatverdächtigen waren es acht Prozent. Erklärbar ist das unter anderem durch den zuletzt starken Zuzug von Migranten nach Deutschland. Aufgrund der Bevölkerungsverteilung sei die große Mehrheit der Tatverdächtigen weiterhin Deutsche, betonte der BKA-Präsident. "Gesagt werden muss aber auch, dass das nichts daran ändert, dass die Kriminalitätsbelastung bei nichtdeutschen Tatverdächtigen höher ist", so Münch. "Dies liegt jedoch nicht an der Herkunft, sondern an der größeren Häufung von Kriminalität begünstigenden Risikofaktoren in dieser Gruppe."

Aufgeschlüsselt nach Tatorten gab es in Aufnahmeeinrichtungen und Asylbewerberunterkünften mit einem Plus von 244 Prozent den mit Abstand größten Anstieg von Gewaltfällen im ersten Halbjahr. BKA-Experten verweisen dabei auf ein bekanntes Phänomen, wenn Menschen in einem fremden Umfeld ankommen und nach kurzer Zeit weiterzögen. In Milieus mit hohem, aber etabliertem Migrantenanteil sei die Quote der Gewalttaten durch nichtdeutsche Tatverdächtige deutlicher geringer. Auffällig ist außerdem der deutlich steigende Anteil jugendlicher Tatverdächtiger. Bei deutschen Jugendlichen und Kindern lag das Plus bei zwölf Prozent, bei nichtdeutschen Minderjährigen betrug es 37 Prozent.

Die BKA-Ermittler sehen für die Zunahme der Gewaltkriminalität drei Faktoren: Zum einen die nach Corona gestiegene Mobilität der Menschen. Sind mehr davon unterwegs oder gehen aus, ergeben sich mehr Tatgelegenheiten.

Zum anderen wird erstmals seit Jahren in der Bevölkerung die Inflation als wesentliches Problem wahrgenommen. Nachweisbar ist der Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und Gewaltkriminalität durch deutlich höhere Fall- und Verdächtigenzahlen in ökonomisch schwächeren Regionen Deutschlands.

Zuletzt spielt die Zuwanderung eine Rolle, da, so die BKA-Experten "viele Schutzsuchende mehrere Risikofaktoren aufweisen, die Gewaltkriminalität wahrscheinlicher machen". Zu diesen Faktoren gehört, sich in einem fremden Umfeld mit unsicherer Zukunft und unsicheren wirtschaftlichen Bedingungen wiederzufinden. An Orten mit Menschen, die in ähnlich unsicheren und finanziell stark begrenzten Verhältnisse leben, häufig in engem Kontakt und mit häufig wechselnden Personen aus unterschiedlichsten Kulturschichten.

Insgesamt seien die Menschen derzeit in Deutschland vielfältigen Unsicherheits- und Stressfaktoren ausgesetzt, ausgelöst durch innen- und außenpolitische Krisen, sagte der BKA-Präsident laut Manuskript. Zugleich stünden tradierte Sicherheiten - gewohnte Lebens- und Arbeitsformen - , auf dem Prüfstand, würden neu verhandelt und seien in Auflösung begriffen. Das sei kein neues Phänomen, so Münch. "Der aktuelle Transformationsprozess zeichnet sich aber durch vier Besonderheiten aus: die hohe Geschwindigkeit, die Gleichzeitigkeit, die hohe Komplexität und die Interdependenzen der Veränderungen. Alles, vom kleinen bis ins große Ganze scheint fragil, in Un- und Neuordnung."

Das sei einer der Nährböden für zunehmende Kriminalität, der man mit "konsequenter bürgernaher Polizeiarbeit und die konsequente Durchsetzung des Rechts" begegnen müsse.

Gewaltkriminalität steigt in Deutschland stark an Das Bundeskriminalamt sieht darin eine Trendwende. Auffällig sei die Zunahme nichtdeutscher Tatverdächtiger. V....

Die Zunahme an politisch motivierter Kriminalität zeigt nach Ansicht der BKA-Experten die Zuspitzung politischer und gesellschaftlicher Spannungen. So ist die Zahl der politisch motivierten Gewaltdelikte seit 2018 um 20 Prozent angestiegen. Im Bereich der Hasskriminalität gibt es im Fünfjahres-Vergleich einen Anstieg um 42 Prozent.

Straftaten, die sich gegen Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger richten, sind demnach seit 2018 um 232 Prozent gestiegen. "Wir erleben tatsächlich einen Wandel. Der schlechte Umgang, der Ton, die Brutalität und die Aggressivität in der Öffentlichkeit sind stark angestiegen", sagte Polizeigewerkschafter Roßkopf. "Es gibt Bereiche in Ballungszentren, in denen nur noch mit Mannschaftswagen Streife gefahren werden kann."

Der Vizechef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Teggatz, forderte, dass No-go-Areas und gesetzlose Problemzonen wie in Berlin-Neukölln, Dortmund-Nord oder Essen nicht länger hingenommen werden dürfen. "Es darf keine Gettobildung zugelassen werden. Wo sich solche Zonen bilden, müssen die aufgelöst werden. Dafür brauchen die Polizeien das nötige Personal und die richtige Ausstattung. Beides ist nicht in dem Maße, wie es notwendig wäre, vorhanden."

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 23, 2023

End of Document

Die Machokultur junger Muslime

Die Welt

Dienstag 18. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; GASTKOMMENTAR; S. 7; Ausg. 137

Length: 785 words

Byline: Kristina Schröder

Body

Sollten wir das Kind nicht offen beim Namen nennen? Es sind überwiegend männliche Jugendliche und junge Männer mit muslimischem Hintergrund, die derzeit in unseren Schwimmbädern für Stunk sorgen. Von "Machos, die zugewandert sind", spricht erfreulich unverblümt der Präsident des Bundesverbands Deutscher Schwimmmeister (BDS), Peter Harzheim . Es seien vor allem "Jugendliche aus arabischen Familien", die sich vom Personal "nichts sagen lassen und als Mob auftreten", so Mitarbeiter des Berlin-Neuköllner Columbiabades in einem Brandbrief . Einem Kollegen sei gesagt worden: "Ich weiß, wo du um 21 Uhr Feierabend machst, und dort warte ich auf dich."

Natürlich, es gibt auch junge Männer ohne jeglichen **Migrationshintergrund**, die so auftreten. Spätestens seit den Vorfällen der Kölner Silvesternacht 2015/16 gehört es ja zum guten Ton, dies unter Hinweis auf frauenbegrepschende Oktoberfestbesucher zu beteuern. Und die gibt es ja zweifellos. Bloß: Was sagt uns das? Wenn ich eine Stichprobe ziehe mit 1000 jungen Männern mit **Migrationshintergrund** aus einem muslimischen Land und 1000 Männern ohne diesen Hintergrund und ich zeige kann, dass es bei der ersten Gruppe eine signifikant höhere Gewaltneigung gibt, dann hilft mir auch nicht weiter, dass sich in der zweiten Gruppe auch ein paar Gewalttäter tummeln. Sondern dann habe ich primär ein Problem mit Gruppe 1 - und genau das sollte ich auch benennen und angehen.

Und es ist ja nicht so, als diese Erkenntnisse in irgendeiner Art und Weise Neuigkeitswert hätten. Bereits 2006, also vor sage und schreibe 17 Jahren, buchstabierte der Kriminologe Christian Pfeiffer mit seinem Team bei der in Sicherheitskreisen bedeutsamen Herbsttagung des BKA alle Erkenntnisse aus. Türkische, arabische und nordafrikanische Jugendliche fielen besonders häufig durch Gewalttaten auf. Der wichtigste Einflussfaktor hierfür sei die Zustimmung zu "gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen", also etwa der Aussage "ein Mann, der nicht bereit ist, sich gegen Beleidigungen mit Gewalt zu wehren, ist ein Schwächling" oder auch "ein richtiger Mann ist bereit, sich mit körperlicher Gewalt gegen jemanden durchzusetzen, der schlecht über seine Familie redet". Wer diesen Aussagen zustimme, gehöre "15mal häufiger zur Gruppe der Intensivtäter als die Gegengruppe derjenigen, welche die Machokultur klar ablehnen", so Pfeiffer . Spätestens seit diesen Veröffentlichungen sind jene "gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen", wie Pfeiffer sie genannt hat, in der Migrationsforschung ein fester Topos. Zumindest in jenen Kreisen, die ihre Zeit nicht nur darauf verwenden, jede negative Auffälligkeit ihres

Die Machokultur junger Muslime

Forschungsobjekts kunstvoll durch die Verwendung möglichst vieler Drittvariablen zu vernebeln, sondern die die Dinge beim Namen nennen.

Und daher hat es mich auch so fassungslos gemacht, als in der Flüchtlingskrise 2015 die Herausforderung fast ausschließlich als eine operative diskutiert wurde. Als sei es mit der Bereitstellung von Betten und ärztlicher Versorgung getan. Das eigentliche Problem, eine Million überwiegend alleinstehende junge Männer aus muslimischen Ländern zu integrieren, viele davon traumatisiert und kaum gebildet, wurde in der öffentlichen Debatte kaum angefasst.

Auch aktuell sollen es vor allem operative Maßnahmen sein, die die Situation in unseren Schwimmbädern verbessern. Und ich finde es auch gut und richtig, dass man - im Gegensatz zum Übertritt über unsere nationale Grenze 2015 - in Berlin jetzt einen Ausweis braucht, um ins Freibad zu kommen. Das wird die Lage vielleicht situativ entspannen, unser Problem aber mit Sicherheit nicht lösen. Denn das besteht darin, dass wir eine wachsende Gruppe in unserer Gesellschaft haben, die im Binnenverhältnis Normen und Werte lebt, die mit unserer Art zu leben kaum vereinbar sind. Und dass es unserem Staat nur schwer gelingt, sich in diesen Kreisen Respekt zu verschaffen - ausgerechnet hier, wo die Selbstddefinition derart an Kategorien von Stärke hängt, werden Autoritäten unseres Staates oft als schwach wahrgenommen.

Das heißt natürlich nicht, dass soziale Faktoren wie Bildung, Einkommen oder Perspektiven bei der Erklärung von Gewalt keine Rolle spielen. Aber wenn wir diese kulturelle Komponente unserer Integrationsprobleme nicht endlich adäquat berücksichtigen, werden wir einer Lösung nicht näherkommen.

Kristina Schröder war von 2002 bis 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages und von 2009 bis 2013 Bundesministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend. Heute ist sie u.a. als Unternehmensberaterin tätig und als stellvertretende Vorsitzende von REPUBLIK21, Denkfabrik für neue bürgerliche Politik. Sie gehört der CDU an und ist Mutter von drei Töchtern.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 17, 2023

End of Document

Migrationsexperten warnen vor Einbürgerungsreform; Der Sachverständigenrat für Integration und Migration mahnt Verbesserungen an Kernpunkten an

Die Welt

Freitag 24. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 229

Length: 954 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Rund drei Monate ist es her, dass sich die Bundesregierung auf einen Gesetzentwurf für ein "modernes Staatsangehörigkeitsrecht" einigte. Einbürgerungen sollen demnach schneller erfolgen; die Möglichkeit, mehrere Pässe zu besitzen, soll ausgeweitet werden. Zugleich sind einige Verschärfungen bei den Voraussetzungen vorgesehen.

In der kommenden Woche soll sich der Bundestag erstmals mit dem Gesetzentwurf befassen, den das Innenministerium unter Leitung von Nancy Faeser (SPD) als "zentrales Reformvorhaben der Bundesregierung" bezeichnet. Änderungen durch die Parlamentarier sind wahrscheinlich.

In welche Richtung diese gehen sollten, mahnt nun der Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) an, ein Gremium von neun unabhängigen Migrationswissenschaftlern. In einem zwölfseitigen Positionspapier, das am Donnerstag veröffentlicht wurde, erklärt der Rat, dass er schnellere Einbürgerungen aus demokratiepolitischer Sicht begrüße. Im europäischen Vergleich ließen sich in Deutschland nur wenige Menschen eingebürgern; es gebe ein Demokratiedefizit, wenn Ausländer, die lange in Deutschland leben, nicht wählen könnten. Zugleich aber fordert der Sachverständigenrat zahlreiche Veränderungen, die nicht nur Details betreffen. Es geht um Kerninhalte der Reform.

Das betrifft erstens die Idee, künftig mehrere Pässe zu erlauben. Bislang gilt das Prinzip der Vermeidung der Mehrstaatigkeit. Wer Deutscher werden will, muss in der Regel seinen alten Pass aufgeben. Ausnahmen gelten etwa für jene, die ihre alte Staatsangehörigkeit nicht aufgeben können, weil der Herkunftsstaat das nicht zulässt. Davon weicht die Ampel künftig ab. Grundsätzlich soll niemand mehr seinen alten Pass aufgeben müssen, wenn er Deutscher werden will. Auch alle Nachfahren von Eingebürgerten sollen beide Pässe behalten dürfen.

Zwar sei es außerordentlich zu begrüßen, "dass künftig Zugewanderte, die die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen, eingebürgert werden können, ohne ihre alte Staatsangehörigkeit aufzugeben", schreibt der Rat. Dies trage

Migrationsexperten warnen vor Einbürgerungsreform Der Sachverständigenrat für Integration und Migration mahnt Verbesserungen an Kernpunkten an

der Realität im Einwanderungsland Deutschland Rechnung, "in dem Zugewanderte und ihre Kinder zugehörig sind und heimisch werden, während zugleich noch Verbindungen zum Herkunftsland bestehen". Allerdings üben die Experten deutliche Kritik daran, dass der Doppelpass künftig über Generationen vererbt werden kann. Eine Pflicht, sich irgendwann für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden, besteht explizit nicht. "Dadurch wird die Gruppe an Personen stark zunehmen, die nicht nur in Deutschland, sondern auch im Herkunftsland der ursprünglich in Deutschland eingebürgerten Person - und das heißt ihrer Eltern, Großeltern und Urgroßeltern - wählen dürfen", heißt es in dem Papier. Sie könnten damit über politische Entscheidungen mit befinden, von denen sie gar nicht betroffen sind, und würden so gleichzeitig Adressaten politischer Aushandlungen im Herkunftsland. "Dass dieses Zuviel an politischer Mitsprache für Deutschland keineswegs nur ein abstraktes Problem ist, manifestiert sich beispielsweise darin, dass mitunter innenpolitische Konflikte aus dem Herkunftsland hierzulande zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen gemacht werden und Wahlkampfveranstaltungen ausländischer Parteien in Deutschland stattfinden."

Ursprünglich wollte die Ampel prüfen, wie man verhindern kann, dass der Doppelpass über Generationen weitergegeben wird. Das war vor allem der FDP wichtig. Es sei ein sinnvoller Grundsatz, "dass Menschen in der Regel nur in einem Land politische Partizipationsrechte haben", hieß es. Im Gesetzesplan der Regierung findet sich davon aber nichts mehr - was daran liegen dürfte, dass die rechtlichen Hürden hoch sind. Eine Pflicht, sich irgendwann für einen Pass zu entscheiden, stößt auf verfassungsrechtliche Bedenken. Der deutsche Pass darf nämlich nach dem Grundgesetz nicht entzogen werden. Eine Alternative wäre es gewesen, sich mit den Herkunftsstaaten zu verständigen, sodass sie die betreffenden Staatsangehörigen selbst aus dem jeweiligen Pass entlassen. Diese Abkommen gelten als enorm aufwendig, mit Diktaturen wären sie wohl kaum umsetzbar.

Auch der Sachverständigenrat erkennt die Probleme. Entsprechende Verhandlungen mit verschiedenen Herkunftsländern würden die Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts zumindest stark verzögern, heißt es. "Die demokratiepolitischen Argumente, die dafür sprechen, eine Überinklusion über Generationen zu verhindern, sind aus Sicht des SVR allerdings weiterhin gültig." Die vorgesehene uneingeschränkte Hinnahme von Mehrstaatigkeit weise zudem den Nachteil auf, "dass Deutschland damit jegliche Verhandlungsposition aus der Hand gibt, um wichtige Herkunftsländer beispielsweise zum Abschluss bilateraler Abkommen zur Vermeidung der unbegrenzten Weitergabe der Staatsangehörigkeit des Herkunftslandes zu veranlassen".

Auch in anderen Bereich übt der Sachverständigenrat Kritik. Etwa an den kurzen Fristen für eine Einbürgerung bei besonderen Integrationsleistungen. Bislang können Personen bei besonderen schulischen, beruflichen oder ehrenamtlichen Leistungen nach sechs Jahren eingebürgert werden. Künftig soll das bereits nach drei Jahren der Fall sein. Die Voraussetzungen für eine "Turbo-Einbürgerung" seien künftig schneller zu erfüllen als die Voraussetzungen für eine Niederlassungserlaubnis. Für diese ist im Regelfall ein fünfjähriger Aufenthalt erforderlich.

"Damit wird die bislang im deutschen Migrationsrecht angelegte Abfolge durcheinandergebracht, entlang der Zugewanderte zunächst eine befristete Aufenthaltserlaubnis erhalten, die in eine Daueraufenthaltsbeziehungsweise eine Niederlassungserlaubnis überführt werden kann, an die sich erst dann die Einbürgerung anschließt."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 23, 2023

Was Deutschland bei der Integration fehlt

Die Welt

Mittwoch 6. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; GASTKOMMENTAR; S. 7; Ausg. 237

Length: 901 words

Byline: Ramtin Rozehkhan

Body

Vor zwei Jahren hatte ich die Gelegenheit, an der Georgetown University in Washington D.C. zu studieren. Seit über hundert Jahren ist sie die größte Ausbildungsstätte für angehende US-Diplomaten. Während meiner Zeit dort war ich von Kommilitoninnen und Kommilitonen umgeben, die von einer gemeinsamen Leidenschaft erfüllt waren: dem Wunsch, in den US-Staatsdienst einzutreten und die Werte und Interessen der Vereinigten Staaten weltweit zu vertreten.

Was diese Erfahrung so bemerkenswert macht, ist die Tatsache, dass meine Kommilitonen keineswegs Nachkommen der Mayflower-Pilger waren. Vielmehr war es eine diverse Gruppe von Menschen, die **Migrationsgeschichten** aus Albanien, Irland, Italien, dem Libanon, Nigeria, China und vielen anderen Ländern vorzuzeigen hatten. Im Laufe ihrer Geschichte haben die USA eine Team-Amerika-Mentalität entwickelt, die nicht nur Vielfalt schätzt, sondern sie auch aktiv fördert. So wurden meine Kommilitonen ermutigt, ihre einzigartigen kulturellen Erfahrungen als auch Muttersprache in den Dienst der US-Außenpolitik einzubringen. Ein lebendiges Beispiel dafür, wie Vielfalt die Stärke einer Nation sein kann.

Als Sohn iranischer Einwanderer vermisste ich eine starke Team-Deutschland-Mentalität. Ein großes, von der Breite der Gesellschaft getragenes Narrativ, dass unsere diversen Geschichten allesamt auch deutsche Geschichten sind. Die Überzeugung, dass kulturelle Diversität uns reicher und nicht ärmer macht. Dieses fehlende Narrativ führt oft dazu, dass Menschen mit Migrationshintergrund Schwierigkeiten haben, sich als Deutsche zu identifizieren. Sie haben das Gefühl, dass die Mehrheitsgesellschaft sie und ihre Geschichten nicht als integralen Bestandteil des Deutschseins anerkennt. Stattdessen verspüren sie den Druck, sich nicht nur integrieren zu müssen, sondern sich von ihrer kulturellen Identität zu distanzieren, um als gleichwertige Deutsche akzeptiert zu werden.

Frank-Walter Steinmeier hat bereits im Jahr 2020 den Weg für die Entwicklung einer gemeinsamen Erzählung geebnet, indem er als unser Staatsoberhaupt anerkannte, dass Heimat auch im Plural existieren kann. Seit diesem bedeutsamen Bekenntnis hat die Erzählung an konkreter Gestalt gewonnen, indem die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft in Aussicht gestellt wurde. Für Menschen ohne Migrationshintergrund ist es vielleicht schwer nachzuvollziehen, wie man sich mit mehr als einem Land identifizieren kann. Dennoch ist das für Millionen

Was Deutschland bei der Integration fehlt

Menschen in Deutschland Alltag. Die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft ist deshalb ein wichtiger Fortschritt, da bisher zu viele Menschen vor die Zerreißprobe zwischen zwei Identitäten gestellt wurden. Stattdessen bietet nun die doppelte Staatsbürgerschaft die Chance, diese Menschen mitzunehmen und ihr Empfinden als Mitglied der deutschen Gesellschaft zu stärken. Mehr noch spielen sie durch das Wahlrecht und die aktive Zukunftsgestaltung unseres Landes eine wichtige Rolle im Team Deutschland.

Aber nicht nur die Staatsbürgerschaft ist entscheidend für die Identifikation mit dem Team Deutschland. Vielmehr geht es um Teilhabe und die Möglichkeit zum sozialen Aufstieg. Ich selbst habe unser System immer mehr lieben gelernt, je weiter ich auf der sozialen Leiter aufgestiegen bin. Dennoch zeigen die Zahlen, dass die Möglichkeiten, die ich erhalten habe, die Ausnahme in diesem Land sind. Zu oft werden Zukunftschancen immer noch durch den familiären Hintergrund entschieden. Zu oft verzweifeln junge Menschen, weil sie ein Rennen beginnen, bei dem sie vom letzten Startplatz aus loslegen und trotz aller Anstrengungen diesen Rückstand nicht aufholen können. Noch schlimmer ist, dass einige von ihnen aufgrund ihres Namens, ihres Akzents oder ihrer religiösen Kopfbedeckung Steine in den Weg gelegt bekommen. Die Erfahrung, vom System im Stich gelassen zu werden, ist eines der schädlichsten Gefühle, das sich in der Bevölkerung ausbreiten kann. Sowohl bei Migranten als auch bei Nicht-Migranten. Es führt zu Resignation und oft auch zu Protest.

Umso wichtiger ist es, dass wir insbesondere Kindern aus Elternhäusern mit niedrigerem sozioökonomischem Status die besten Ressourcen zur Verfügung stellen und als Staat aktiv bemüht sind, die Nachteile, die sie aufgrund ihrer familiären Hintergründe erfahren, zu minimieren.

In meinem Leben durfte ich als Fußball-Schiedsrichter zahlreiche Spiele leiten und die Dynamik in Mannschaften aus nächster Nähe beobachten. Dabei war es wenig überraschend, dass Mannschaften ohne eine starke Team-Mentalität immer als Verlierer vom Platz gingen. Interne Konflikte und Uneinigkeit schwächten ihre Leistung, während die Gegner profitierten und leichter gewannen. Diese Erfahrung auf dem Fußballplatz hat Parallelen zu den aktuellen Herausforderungen. In Deutschland und Europa stehen wir vor gewaltigen außenpolitischen Aufgaben, die in den kommenden Jahren unsere Ressourcen und Fähigkeiten auf die Probe stellen werden. Umso wichtiger ist es, dass wir uns nicht von internen Kulturkämpfen spalten lassen, sondern wie meine amerikanischen Kommilitoninnen und Kommilitonen unsere einzigartigen Fähigkeiten bündeln und als ein Team Deutschland gemeinsam unser Schicksal bestimmen.

Der Autor ist Absolvent der Hertie School und der WHU Otto Beisheim School of Management mit Studienaufenthalten in Moskau und Washington D.C. Er war Mitarbeiter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 5, 2023

End of Document

Mit dem Pisa-Erfolg begann der Abstieg; Finlands Schulen werden immer schlechter. Lehrer kämpfen mit den Folgen der Migration. Das kann auch eine Warnung für Deutschland sein

Die Welt

Mittwoch 8. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Wirtschaft; S. 9; Ausg. 48

Length: 1126 words

Byline: Dr. Tobias Kaiser

Body

Es gibt Befunde, die können Politiker kaum beschönigen. "Wir sind nicht länger das Land mit der besten Bildung. Unsere jungen Menschen sind nicht mehr die schlauen." Mit diesen Worten kommentierte Anita Lehtikoinen, Staatssekretärin im finnischen Bildungsministerium, die Befunde einer Studie ihres Ministeriums. Mit dem Eingeständnis hat die Politikerin in ihrem Land eine hitzige nationale Debatte über die Probleme an finnischen Schulen befeuert.

Für deutsche Beobachter kommt die Diskussion überraschend. Hierzulande und anderswo in der Welt gilt das finnische Schulsystem immer noch als eines der besten weltweit, wenn nicht gar als das beste. Dieser Nimbus führt von den exzellenten Ergebnissen finnischer Schüler im sogenannten Pisa-Vergleich der OECD. Die erste Veröffentlichung des internationalen Vergleichs Ende 2001 sorgte in Deutschland wegen der mediokren Ergebnisse deutscher Schüler für heftige Diskussionen und in einzelnen Bundesländern zu Reformen. Hierzulande wie anderswo galt Finnland beim Pisa-Vergleich als "Testsieger". Die Schüler dort erzielten im internationalen Vergleich überdurchschnittliche Ergebnisse beim Lesen, Schreiben und Rechnen. Bildungsexperten aus aller Welt pilgerten in den Folgejahren nach Finnland, um vor Ort herauszufinden, warum die finnischen Schulen so erfolgreich sind.

Dabei gelten die heimischen Schulen in Finnland selbst trotz allen Stolzes über das globale Renommee inzwischen als Problemfall. "Die Leistungen des finnischen Schulsystems verfallen seit 20 Jahren und der Abstieg hat sich in den vergangenen Jahren beschleunigt", sagt Jaakko Salo, Leiter des Bereichs Bildungspolitik bei der finnischen Lehrergewerkschaft OAJ. "Das sieht man deutlich in den nationalen Evaluationen, aber auch im internationalen Pisa-Vergleich. Egal, ob Lesen, Schreiben oder Mathematik, das Bild ist überall das gleiche." Dass Gewerkschafter die Bedingungen an Schulen beklagen, ist erwartbar. Aber internationale Experten bestätigen den Befund. "Der Leistungsabfall des finnischen Schulsystems ist sehr deutlich. Diesen Trend beobachten wir in den internationalen Vergleichsdaten seit einigen Jahren und er betrifft alle Leistungsbereiche", sagt Andreas Schleicher. Der

Mit dem Pisa-Erfolg begann der Abstieg Finnlands Schulen werden immer schlechter. Lehrer kämpfen mit den Folgen der Migration. Das kann auch eine Warnung für De....

Bildungsforscher koordiniert die Pisa-Studie, eine exponierte Stellung, die ihm den Beinamen Mister Pisa eingebracht hat.

Das finnische Schulsystem ist im internationalen Pisa-Vergleich immer noch gut, aber es ist nicht mehr exzellent. Auch das Leistungsbarometer der OECD für Finnland illustriert, dass die einstigen Vorzeige-Schulen mit Problemen kämpfen. Das durchschnittliche Kompetenzniveau in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften sinkt demnach seit der Jahrtausendwende und der Anteil leistungsstarker Schüler in Mathematik und Naturwissenschaften nahm in den vergangenen zwanzig Jahren stark ab.

Der Anteil leistungsschwacher Schüler steigt dagegen kontinuierlich. Finnische Studien sprechen davon, dass finnische Schüler in den vergangenen Jahrzehnten das Leistungsäquivalent von ein bis zwei Schuljahren verloren haben. "Die finnischen Pisa-Ergebnisse, die die ganze Welt beeindruckt haben, waren tatsächlich ein Blick in den Rückspiegel und haben von Anfang an ein falsches Bild vom Zustand des Schulsystems gezeichnet", sagt Bildungsexperte Salo. "Als die tollen Pisa-Ergebnisse damals direkt nach der Jahrtausendwende veröffentlicht wurden, befand sich das finnische Schulsystem bereits im Abstieg."

Zur am besten ausgebildeten Altersgruppe zählen laut Studie Finnen, die im Jahr 1978 geboren wurden, Mitte der 1990er-Jahre die Schule abgeschlossen haben und heute 44 oder 45 Jahre alt sind. Nachfolgende Altersgruppen hätten dieses Bildungsniveau nie wieder erreicht, heißt es in der Untersuchung. Die Ursachen für die Malaise des finnischen Bildungssystems werden unter Experten schon länger diskutiert. "Migration und die dadurch zunehmende Vielfalt der Schülerschaft ist ganz klar ein Grund für den Leistungsabfall des finnischen Schulsystems", sagt OECD-Koordinator Schleicher.

Die nordischen Staaten seien von der Migration nach 2015 noch stärker betroffen gewesen als Deutschland. "Die Flüchtlingsmigration hat das finnische Schulsystem überrascht", sagt Schleicher. "Es hatte zum einen nicht die nötigen Kapazitäten, zum anderen kamen dazu Sprachprobleme und der andere kulturelle Hintergrund. Das hat Finnland kalt erwischt." Diese Entwicklung müsse auch Deutschland ernst nehmen, sagt der Bildungsforscher. Bei der schulischen Integration von Migrantenkindern gilt Deutschland als schlecht aufgestellt. Deutsche Bildungspolitiker könnten von Kanada, Norwegen und anderen Ländern mit guten Erfahrungen lernen, sagt Schleicher.

Er warnt allerdings vor überzogenen Erwartungen. "Schweden war früher mal ein Vorbild, aber dort sind die Schulen von Migranten geradezu überrannt worden und das Bildungssystem kommt nicht mehr mit." Vor dieser Herausforderung stehe Deutschland auch. "Sobald der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund bei 40 oder 45 Prozent liegt, wird es schwierig; ich kenne kein Land, das damit besonders gut umgehen kann", sagt Schleicher. Lediglich Kanada leiste bei der Bildungsintegration fantastische Arbeit.

Eine andere Ursache der finnischen Misere liefert Bildungspolitikern weltweit eine weitere Warnung: Eine ambitionierte und überstürzte Reform der finnischen Lehrpläne hat die Lehrer verunsichert und vielfach überfordert. Das Bildungsministerium hat vor einigen Jahren eine radikale Wende vollzogen vom Unterricht mit festen Lehrinhalten hin zum Lernen, das sich an Phänomenen orientiert. Dabei werden nicht mehr einzelne Schulfächer unterrichtet. Stattdessen unterrichten die Lehrer Themenkomplexe, die aus unterschiedlichen Fachrichtungen besprochen werden.

"Auf das an Phänomenen orientierte Lernen war das finnische Schulsystem nicht richtig vorbereitet", sagt OECD-Experte Schleicher. Inzwischen werde gegengesteuert und die Lehrpläne orientierten sich wieder mehr am traditionellen Lernen. Die OECD-Daten zeigen auch, dass die Chancengleichheit im finnischen Schulsystem in den vergangenen Jahren zurückgegangen ist - ein Befund, der in Finnland besonders schmerzen dürfte.

Ein Grund: Weniger Geld für Bildung. In der finnischen Banken- und Wirtschaftskrise in den 1990er-Jahre und in den Jahren danach hat die finnische Regierung die Bildungsausgaben stark gekürzt. "Die Bildungsausgaben sind um ein Viertel gefallen und haben nie wieder das vorangegangene Niveau erreicht", sagt Regierungsberater Aleksi Kalenius. Die Folge: Schulen und Gemeinden fehlt Geld für teure individuelle Förderung. "Jetzt haben wir einige

Mit dem Pisa-Erfolg begann der Abstieg Finlands Schulen werden immer schlechter. Lehrer kämpfen mit den Folgen der Migration. Das kann auch eine Warnung für De....

Kinder, die aus der Grundschule kommen und weder schreiben, lesen noch rechnen können", sagt OAJ-Experte Salo. "Das war noch vor 15 Jahren undenkbar."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Klassensaal in Helsinki: Anteil leistungsstarker Schüler nimmt stark ab

Load-Date: March 7, 2023

End of Document

Erstaunliche Harmonie zwischen Berlin und Rom; Bundeskanzler Olaf Scholz besucht Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni. Der Sozialdemokrat und die Rechtsnationalistin arbeiten bei der Reform der EU-Migrationspolitik eng zusammen

Die Welt

Freitag 9. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 110

Length: 690 words

Byline: Virginia Kirst

Body

Rom

Giorgia Melonis Körpersprache ist unmissverständlich: Hier findet ein Gespräch unter Gleichgesinnten statt. Bei der Pressekonferenz, die die italienische Ministerpräsidentin am Donnerstagnachmittag in Rom gemeinsam mit ihrem deutschen Amtskollegen Olaf Scholz (SPD) gab, drehte sie sich immer wieder zum Bundeskanzler hin, nickte zustimmend und lächelte ihn an.

Meloni betonte die "intensive Beziehung" zwischen Deutschland und Italien, die enge Zusammenarbeit in vielen Bereichen und kündigte die baldige Unterzeichnung eines bilateralen Aktionsplans an. Diesen wollen die Länder bis Jahresende bei einer gemeinsamen Regierungskonsultation beschließen und ihre Kooperation so weiter intensivieren. Am Ende der Pressekonferenz verabschiedete sie Scholz freundschaftlich mit den Worten: "Wir sehen uns bald wieder, okay?"

Es war der erste Besuch von Scholz in Rom seit die Rechtsnationalistin Meloni Ministerpräsidentin ist und bis vor ein paar Monaten hätte wohl niemand vorhergesagt, dass dieser so harmonisch und betont freundschaftlich verlaufen würde. Denn Scholz und Meloni trennen nicht nur ihre politischen Ansichten und ihr persönlicher Stil: Der Sozialdemokrat Scholz ist für seine ruhige, abwägende Art bekannt. Meloni wurde indes auch dank ihres schroffen Tonfalls und ihrer polarisierenden Reden zur Chefin der am weitesten rechts stehenden Regierung Italiens seit Ende des Zweiten Weltkriegs gewählt.

Hinzu kommt, dass Meloni in den vergangenen Jahren auch mit einer deutschlandkritischen bis -feindlichen Haltung auf Stimmenfang gegangen - und damit durchaus erfolgreich gewesen war. Doch seit Meloni Regierungschefin ist, sind diese Töne abgeebbt und haben sich schließlich ins Gegenteil gedreht. Bis zu dem Punkt, an dem sie zufrieden eine engere Zusammenarbeit mit Deutschland verkündet.

Erstaunliche Harmonie zwischen Berlin und Rom Bundeskanzler Olaf Scholz besucht Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni. Der Sozialdemokrat und die Rechtsna....

Diese Kehrtwende Melonis liegt vor allem darin begründet, dass sie aus den Misserfolgen ihrer lauten populistischen Vorgänger gelernt hat - und darum in Brüssel und Berlin nun leisere Töne anschlägt, um ernst genommen zu werden. Zudem funktioniert die Rhetorik nicht mehr, die EU und Deutschland als Feinde Italiens darzustellen, seit Rom mit rund 200 Milliarden Euro der größte Empfänger des EU-Corona-Wiederaufbaufonds sein wird - auch dank der Fürsprache von Olaf Scholz, der damals noch Finanzminister war.

Meloni ist zudem bewusst, dass sie das Migrationsproblem in ihrem Land nicht ohne die Hilfe der EU und Deutschlands lösen können wird. Denn Meloni, die mit den Versprechen angetreten war, Italiens Grenzen gegen "illegale Migranten zu verteidigen", muss mitansehen, wie sich die Zahlen der Ankünfte über das Mittelmeer zum Vorjahr mehr als verdoppelt hat. Deshalb ist sie sehr interessiert daran, dass bei dem EU-Innenministertreffen, das am Donnerstag in Luxemburg stattfand, eine Neuausrichtung der EU-Migrationspolitik gelingt: Etwa indem eine neue EU-Mission im Mittelmeer die EU-Außengrenzen schützt oder Italien großzügig finanziell dabei unterstützt wird, die Erstankömmlinge zu registrieren.

Auch Scholz gab sich zuversichtlich, dass eine Lösung gefunden werden könnte. So sagte er in Rom: "Wir teilen den Grundsatz, dass das Migrationsproblem in der EU gemeinsam gelöst werden muss." Ein Hinweis darauf, dass Scholz wirklich daran liegt, hier auf eine gute Zusammenarbeit mit Italien zu setzen, ist, dass er nicht die zwei Seenotrettungsschiffe angesprochen hat, die die italienische Regierung derzeit unter administrativen Vorwänden in Häfen festhält. CSU-Politiker Manfred Weber, Chef der Europäischen Volkspartei (EVP), begrüßte Scholz' Vorgehen in Rom. Er sagte: "Wir brauchen ein konstruktives Miteinander mit Rom und das hat Berlin verstanden."

Weber setzt sich mit Blick auf die kommende EU-Parlamentswahl schon länger dafür ein, Meloni nicht auszugrenzen, sondern ihr in der EU einen Platz in der Mitte der etablierten, konservativen Parteien anzubieten. Entsprechend stimmt Weber mit Scholz' Einschätzung überein, dass die Migrationskrise nur gemeinsam gelöst werden könne und hebt Italiens Rolle dabei hervor. "Wenn es um Migration geht, liegt die deutsche Außengrenze auch im Mittelmeer."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 8, 2023

End of Document

Leserbriefe

Die Welt

Montag 23. Januar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT



Section: FORUM; LESERBRIEFE; S. 7; Ausg. 16

Length: 209 words

Body

Prinzip Leistung

Zu: "Zweifel sind kein Populismus" vom 13. Januar

Über die Ampel-Pläne zur Reform des Hartz-IV-Systems und die Ersetzung dieses Systems durch das neue "Bürgergeld" wurde von kompetenter Seite schon viel geschrieben. Mehrheitlich waren sich die Fachleute bisher einig, dass dieses neue System falsche Anreize für die Einwanderung durch **Flüchtlinge** und **Migranten** schaffen würde, insbesondere mit dem zusätzlichen Angebot des früheren Erwerbs der deutschen Staatsbürgerschaft. Vor allem wird so die bisher erfolgreiche Praxis des "Förderns und Forderns" aufgegeben und das entscheidende Prinzip, das uns nach dem verheerenden Weltkrieg den Wirtschaftsaufschwung ermöglicht hat, nämlich Leistung, außer Kraft gesetzt.

Gerhard Banholzer, Oberndorf/N.

Zu energieintensiv

Zu: "Der Einsatz von E-Fuels ist problemlos möglich" vom 19. Januar

In dem interessanten Beitrag wird leider nicht erwähnt, dass die Herstellung von synthetischem Kraftstoff extrem energieintensiv ist. Im Vergleich zum batterieelektrischen Antrieb wird etwa die siebenfache Strommenge benötigt (Quelle: Agora Verkehrswende, Umweltbundesamt). Wenn schon Strom für Batteriantriebe knapp ist, wo soll der Strom für E-Fuels herkommen?

Ralf Krug, Pohlheim

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: January 22, 2023

Leserbriefe

End of Document

Mehr Anti-Migrations-Deals mit Nordafrika; Nach dem EU-Abkommen mit Tunesien wollen die Mittelmeeranrainer weitermachen. Sie schlagen eine "südliche Partnerschaft" vor

Die Welt

Mittwoch 19. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 138

Length: 943 words

Byline: Virginia Kirst

Body

Rom

Mit einem Tweet verkündete EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Sonntag ihren Erfolg. "#TeamEurope is back in Tunis", schrieb sie und postete ein Foto, das sie mit Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und Mark Rutte, Ministerpräsident der Niederlande, zeigt, wie sie Tunesiens Präsident Kais Saied die Hand schütteln.

Kurz davor hatten die EU-Delegation und Saied eine Absichtserklärung unterzeichnet, die die irreguläre **Migration** über das Mittelmeer eindämmen soll. Der sogenannte Tunesien-Deal sieht vor, dass die EU bis zu 1,6 Milliarden Euro an Krediten und Finanzhilfen nach Tunis überweisen wird und Saied sich im Gegenzug verpflichtet, die **Migranten**, die von den Küsten seines Landes Richtung EU aufbrechen, aufzuhalten.

Dass dieser Deal in die ersten Wochen der spanischen EU-Präsidentschaft fällt, die am 1. Juli begonnen hat, ist ein Zufall. Eigentlich sollte die Vereinbarung schon vor einem Monat unterzeichnet werden, als von der Leyen, Rutte und Meloni erstmals in Tunesien waren. Doch Saied erbat diverse Änderungen und verzögerte so die Einigung. Der Deal kann als Vorzeichen dafür gesehen werden, was folgen wird. Unter der spanischen EU-Präsidentschaft dürfte ein Fokus darauf gesetzt werden, die Beziehungen zwischen der EU und ihren südlichen Nachbarn im Mittelmeerraum zu stärken.

Dafür dürfte das Land einige Unterstützer finden, wie ein Dokument belegt, das Ende Juni beim EU-Gipfel zirkulierte: Laut dem Nachrichtenportal Euractiv forderten darin neun EU-Länder die Union dazu auf, "eine formelle südliche Partnerschaft mit afrikanischen Ländern zu etablieren". Diese soll auf der Zusammenarbeit in den Bereichen Migration und Energie basieren und eine Reaktion auf den Ausbruch des Ukraine-Kriegs sein. Denn, so heißt es in dem Dokument: "Die nördlichen und südlichen Ufer des Mittelmeers stehen vor denselben Herausforderungen."

Mehr Anti-Migrations-Deals mit Nordafrika Nach dem EU-Abkommen mit Tunesien wollen die Mittelmeeranrainer weitermachen. Sie schlagen eine "südliche Partnerschaft....

Unterzeichnet haben Spanien, Italien, Frankreich, Griechenland, Malta, Kroatien, Slowenien, Zypern und Portugal. Gemeinsam wollen sie die EU dazu bringen, sich stärker in Richtung Süden auszurichten. Vorbild für die Partnerschaft könnte der Tunesien-Deal sein. Den Fokus der EU gen Süden zu verschieben, ist eine Herausforderung. Bündelt der Ukraine-Krieg doch die außenpolitische Aufmerksamkeit der EU derzeit an deren Ostflanke. Länder wie Polen oder Finnland möchten daran vorerst auch nichts ändern. Ihnen stehen die Interessen der großen EU-Mittelmeerstaaten gegenüber, allen voran Italien und Spanien.

In Italien hatte Ministerpräsidentin Giorgia Meloni bei ihrem Amtsantritt im Oktober angekündigt, einen Kooperationsplan für Afrika namens "Piano Mattei" zu erarbeiten. Der Plan ist nach Enrico Mattei benannt, Gründer des italienischen Energie-Konzerns Eni, der enge Beziehungen nach Afrika aufbaute und so jene Energie besorgte, die Italien für seinen Wirtschaftsboom der 1950er- und 1960er-Jahre benötigte. Außerdem stattet Meloni der Region mehrere Staatsbesuche ab und war bereits in Ägypten, Libyen, Algerien und Tunesien - teils sogar mehrfach.

Das liegt daran, dass Italien einerseits seit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs seine Energieimporte aus der Region erhöht hat, um die Verluste der russischen Energielieferungen auszugleichen. Gleichzeitig beschäftigt Meloni das Thema Migration. Denn seit Jahresbeginn sind über 75.000 Migranten über das Mittelmeer nach Italien gekommen und damit mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr. Die Abfahrts- und teils auch Herkunftsänder sind eben jene südlichen Mittelmeerstaaten.

Tunesien ist heute das Land, aus dem die meisten Migranten Richtung Italien aufbrechen. Zugleich ist seine wirtschaftliche Lage so schlecht, dass es knapp vor dem Staatsbankrott steht. Ein Schreckensszenario für Meloni, wie Aldo Liga, Nordafrika-Experte beim italienischen Thinktank Ispi, erklärt: "Die italienische Regierung glaubt, dass Zehntausende Migranten nach Italien kommen werden, sollte Tunesien zusammenbrechen." Das habe dafür gesorgt, dass Italien beim Abschluss des Tunesien-Deals die Unterstützung der anderen EU-Länder gefordert hat.

Spanien engagiert sich aufgrund seiner historischen und geografisch engen Verbundenheit schon seit der Gründung der EU dafür, dass die Staatenunion enger mit den Ländern des südlichen Mittelmeers zusammenarbeitet. Dafür hatte es 1995 unter seiner damaligen EU-Präsidentschaft den sogenannten Barcelona-Prozess angestoßen und anschließend die Gründung der Mittelmeerunion begleitet, die heute Teil der Europäischen Nachbarschaftspolitik ist. Ihr Ziel ist ein Ring stabiler, befreundeter Staaten um die EU herum.

Heute sei dieses Thema relevanter denn je, sagt Moussa Bourekba, der beim spanischen Thinktank Cidob zu Nahost und Nordafrika forscht: "Die Stabilität der Region ist nicht nur für Spanien und Italien wichtig, sondern für die gesamte EU. Das hatte sich zuletzt während des 'arabischen Frühlings' gezeigt." Der Terror und die Fluchtbewegungen, die daraus resultierten, hätten bis in die EU gereicht. Dafür, dass das trotz des Ukraine-Kriegs nicht vergessen wird, werde sich Spanien während seiner EU-Präsidentschaft einsetzen.

Denn die Lage ist nicht nur in Tunesien sehr angespannt. So erholt sich die Wirtschaft vieler Länder der Region langsamer von den Folgen der Corona-Pandemie als gehofft. Hinzu kommen die Inflation sowie die negativen Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf die Nahrungsmittelversorgung und die hohen Energiepreise. Die Bevölkerung leide unter diesen Umständen und werde zunehmend frustrierter, sagt Bourekba. Die EU müsse die Länder der Region als Partner und nicht als Dienstleister sehen und vor allem Demokratiebewegungen vor Ort unterstützen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 18, 2023

Täterschutz

Die Welt

Freitag 27. Januar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; LESERBRIEFE; S. 7; Ausg. 20

Length: 303 words

Body

Zu: "Der Vater der Getöteten hat einen besonderen Auftritt" vom 20. Januar

Der Ablauf dieser von der Gemeinde Illerkirchberg organisierten Bürgerversammlung zur Aufarbeitung der schrecklichen Geschehnisse vom 5. Dezember verlief emotional sehr aufwühlend, er war geprägt von Fassungslosigkeit, Wut und Ängsten auf Seiten der Bevölkerung. Zumal bereits im Jahre 2019 in einer **Flüchtlingsunterkunft** im selben Ort eine Massenvergewaltigung eines 15-jährigen Mädchens stattfand. Wobei der aus Afghanistan stammende damalige Haupttäter nach Verbüßung einer Haftstrafe bereits wieder auf Veranlassung der Bundesregierung in diesem Ort untergebracht wurde, anstatt ihn gemäß der Bitte der Stuttgarter Landesregierung abzuschieben. Sind diese Vorfälle nicht Beispiele für das vielfache Scheitern unserer Integrationspolitik? Wobei einer der Hauptgründe dafür bei den **Flüchtlingen** und **Migranten** selbst zu suchen ist. Denn diese vorwiegend jungen Männer, die bei uns Schutz suchen, stammen zumeist aus diktatorisch und paternalistisch geprägten Staaten mit einem Frauenbild, das weit entfernt ist von der Gleichberechtigung, wie sie von unserer Verfassung garantiert wird. Ein großes Armutszeugnis für unseren Staat bleibt das Unvermögen, abgelehnte und vor allem straffällige Schutzsuchende abzuschieben. So bleibt der Vorwurf, dass Täterschutz höher bewertet wird als Opferschutz.

Gerhard Banholzer, per Mail

Ihre Post an: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin, E-Mail: forum@welt.de (forum@welt.de)

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: January 26, 2023

End of Document

**Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Forderung des Union-Wirtschaftsflügels:
Einschränkung beim Streikrecht ++ Boxberger "Reichsbürger"-Prozess:
Lange Haftstrafe für Angeklagten ++ Techniker im Ofarim-Prozess:
Hotelvideos nicht manipuliert ++ Irreguläre Migration: Scholz: Noch lange
Grenzkontrollen ++ Außenpolitik ++ Israel: Armee stürmt Al-Schifa-Klinik ++
Großbritannien: Asyl-Pakt mit Ruanda rechtswidrig ++ US-
Übergangshaushalt: Shutdown-Gefahr abgewendet ++ Ukrainisches Militär:
Vorstoß auf Dnipro-Ufer ++ Wissen ++ Kinder und Jugendliche: Zahl der
Drogen-Notfälle steigt ++ Atmosphäre: Treibhausgase auf Rekordhoch ++
Wirtschaft und Geld ++ Schuldneratlas: Experten erwarten Verschlechterung
++ Zum 1. Januar: Mindestlohn steigt auf 12,41 Euro ++ Siemens Energy: 4,6
Milliarden Euro Verlust ++ Royal Mint: "James Bond"-Sammelmünze ++ Tag
an der Börse: Anleger bleiben in Kauflaune ++ Sport ++ Union Berlin: Trainer
Urs Fischer muss gehen ++ Basketballstar Dennis Schröder: Halle in
Braunschweig umbenannt ++ Kultur und Gesellschaft ++ Vorwürfe gegen
Hubert Seipel: NDR prüft rechtliche Schritte ++ Sterbestatistik: Mehr
Todesfälle in Deutschland ++ Pferd an Bord ausgebüxt: Flugzeug muss
umkehren ++ Waldbrand auf Hawaii-Insel Maui: Inzwischen 100 Tote ++
Paris: Hohe Gebühren für SUV? ++ Schlagersänger Heino: Trauer um
Ehefrau Hannelore**

Die Welt

Donnerstag 16. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 223

Length: 2753 words

Body

Innenpolitik

Forderung des Union-Wirtschaftsflügels

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Forderung des Union-Wirtschaftsflügels: Einschränkung beim Streikrecht ++
Boxberger "Reichsbürger"-Prozess: Lange Haftstrafe für....

Einschränkung beim Streikrecht

Vor dem Hintergrund des kurzfristig angekündigten Ausstands bei der Deutschen Bahn durch die Lokführergewerkschaft GDL fordert der Wirtschaftsflügel von CDU und CSU Einschränkungen beim Streikrecht. "Streiks im unmittelbaren zeitlichen Umfeld bundesweiter Feiertage sind vor dem Hintergrund der Bedeutung dieser Tage für unser Land unverhältnismäßig, wenn diese Streiks primär zu Belastungen bei unbeteiligten Dritten führen, und sollten entsprechend untersagt werden", heißt es in einem Beschlusspapier des Bundesvorstands der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), das WELT vorliegt. Eine weitere Forderung lautet, dass Streiks, auch Warnstreiks, im Bereich der kritischen Infrastruktur "nur nach einem verbindlichen abgeschlossenen Schlichtungsverfahren durchgeführt werden" dürfen. Zu den kritischen Infrastrukturen zählen unter anderem die Energie- und Wasserversorgung sowie Rettungsdienste, aber auch der Flug-, Bahn- und Schiffsverkehr. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 4.

Boxberger "Reichsbürger"-Prozess

Lange Haftstrafe für Angeklagten

Für Schüsse auf ein Spezialeinsatzkommando im badischen Boxberg ist ein Mann wegen versuchten Mordes in mehreren Fällen zu 14 Jahren und sechs Monaten Jahren Haft verurteilt worden. Das entschied das Oberlandesgericht Stuttgart. Der 55-jährige mutmaßliche "Reichsbürger" hatte im April vergangenen Jahres in der Gemeinde Boxberg im Main-Tauber-Kreis mit einem Schnellfeuergewehr auf Polizeibeamte geschossen. Die Einsatzkräfte wollten das Haus des Mannes wegen einer Waffe durchsuchen, für die er keine Erlaubnis hatte. In dem Haus fanden die Ermittler ein begehbares Waffenlager mit Gewehren und Maschinenpistolen, Tausenden Schuss Munition und Zubehör. Bei dem Einsatz war einer der Beamten durch Schüsse in die Beine schwer verletzt worden.

Techniker im Ofarim-Prozess

Hotelvideos nicht manipuliert

"Eine Manipulation ist nicht denkbar": Im Prozess gegen den jüdischen Musiker Gil Ofarim wegen Verleumdung und falscher Verdächtigungen hat ein Techniker Manipulationen an den Überwachungsvideos in dem Hotel ausgeschlossen. Er habe nach Anweisung der Polizei wenige Tage nach dem Vorfall in dem Leipziger Nobelhotel die Originaldaten aus dem System übernommen, sagte ein Sicherheitstechniker im Landgericht in Leipzig. Anfang Oktober 2021 hatte der Musiker in einem Instagram-Video schwere Antisemitismusvorwürfe gegen einen Manager des Leipziger Hotels erhoben. Ofarim solle seinen Davidstern abnehmen, erst dann dürfe er einchecken, soll der Mann nach Darstellung des Sängers gesagt haben. Nach umfangreichen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft folgte jedoch eine Anklage gegen Ofarim selbst. Das Verfahren gegen den Hotelmanager wurde eingestellt. Mehr zu dem Prozess lesen Sie auf Seite 4.

Irreguläre Migration

Scholz: Noch lange Grenzkontrollen

Die im Oktober eingeführten Kontrollen an Deutschlands Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz werden nach Einschätzung von Kanzler Olaf Scholz (SPD) noch sehr lange fortgesetzt werden. Die Bundesregierung habe von den Bundesländern Unterstützung dafür erhalten, "dass wir an den Grenzen zu Polen, Tschechien, Österreich und der Schweiz in der nächsten Zeit und für sehr lange Zeit umfassende Kontrollmaßnahmen etablieren, teilweise auch in Kooperation mit diesen Ländern auf deren Territorium", sagte Scholz bei einer Befragung im Bundestag. Diese und andere sehr weitreichende Maßnahmen dienten dem Ziel, die Zahl der irregulären Migranten, die nach Deutschland kommen, zu reduzieren. Innenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte am Dienstag eine erneute Verlängerung der von ihr am 16. Oktober angeordneten stationären Kontrollen an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz um 20 Tage angekündigt. Scholz sagte weiter, er gehe davon aus, dass die beschlossene Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber bald in die Tat umgesetzt wird.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Forderung des Union-Wirtschaftsflügels: Einschränkung beim Streikrecht ++ Boxberger "Reichsbürger"-Prozess: Lange Haftstrafe für....

Außenpolitik

Israel

Armee stürmt Al-Schifa-Klinik

Die israelische Armee ist nach eigenen Angaben im Al-Schifa-Krankenhaus im Gaza-Streifen gegen die Hamas vorgegangen und hat dabei mehrere Kämpfer der radikal-islamischen Palästinenser-Gruppe getötet. "Bevor unsere Soldaten in das Krankenhaus vorgedrungen sind, waren sie mit Sprengsätzen und Gruppen von Terroristen konfrontiert. Es folgten Kämpfe, bei denen Terroristen getötet wurden", teilte das Militär mit. Im Armeeradio war von fünf Toten die Rede. Zudem seien in dem Klinikgebäude Waffen gefunden worden. Israel vermutet in Hamas-Tunnelsystemen unter der Klinik eine Kommandozentrale der Islamisten-Gruppe. Die Hamas bestreitet dies. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 5.

Großbritannien

Asyl-Pakt mit Ruanda rechtswidrig

Rückschlag für die britische Regierung: Sie ist vor Gericht mit ihrem international umstrittenen Plan gescheitert, Asylsuchende ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nach Ruanda abzuschieben. Das Oberste Gericht in London nannte das Vorhaben von Premierminister Rishi Sunak rechtswidrig und bestätigte eine Entscheidung des Berufungsgerichts vom Juni. Es bestehe die Gefahr, dass Asylbewerber in dem ostafrikanischen Land kein faires Verfahren erhielten, betonte der Supreme Court. Das Gericht berief sich unter anderem auf Erfahrungsberichte des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR. Die Hintergründe lesen Sie auf Seite 6.

US-Übergangshaushalt

Shutdown-Gefahr abgewendet

Das US-Repräsentantenhaus hat für einen Übergangshaushalt gestimmt und einen sogenannten Shutdown vorerst abgewendet. Der vom neuen republikanischen Vorsitzenden Mike Johnson vorgelegte und mithilfe der Demokraten gebilligte Entwurf stellt eine Finanzierung der Bundesbehörden bis Mitte Januar beziehungsweise Anfang Februar sicher. Der Text enthält aber keine neuen Hilfen für Israel und die Ukraine und muss noch den Senat passieren. Ohne Übergangsbudget würde in der Nacht auf Samstag eine als Shutdown bekannte Haushaltssperre in Kraft treten.

Ukrainisches Militär

Vorstoß auf Dnipro-Ufer

Ukrainischen Streitkräften ist es russischen Angaben zufolge gelungen, auf die von Russland kontrollierte Seite des Flusses Dnipro im Süden der Ukraine vorzustoßen. Rund "anderthalb" ukrainische Kompanien befänden sich "in kleinen Gruppen" am Ostufer des Flusses, erklärte der von Moskau eingesetzte Gouverneur der Region Cherson, Wladimir Saldo, im Onlinedienst Telegram. "Wir haben zusätzliche Kräfte eingesetzt", fügte Saldo hinzu. Ukrainische Soldaten säßen im Dorf Krynyk in einer "Feuerhölle" fest und würden unter anderem mit Artillerie, Raketen und Drohnen beschossen.

Wissen

Kinder und Jugendliche

Zahl der Drogen-Notfälle steigt

Es klingt eigentlich nach einer guten Nachricht: Immer weniger Heranwachsende müssen laut aktueller Zahlen des Statistischen Bundesamtes wegen einer akuten Alkoholvergiftung stationär im Krankenhaus behandelt werden. Im vergangenen Jahr kamen demnach 1,3 Prozent weniger als 2021 und 43,1 Prozent weniger als vor der Corona-

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Forderung des Union-Wirtschaftsflügels: Einschränkung beim Streikrecht ++ Boxberger "Reichsbürger"-Prozess: Lange Haftstrafe für....

Pandemie 2019 in eine Klinik. Was jedoch bedenklich ist: In den vergangenen Jahren stieg die Zahl der Notfälle unter Jugendlichen wegen anderer Drogen. Beim Kokain und den sogenannten Sedativa gab es im Mittel rund 13 Prozent mehr Krankenhauseinlieferungen pro Jahr seit 2013. Bei den Halluzinogenen, zu denen LSD gehört, waren es über 20 Prozent im Mittel pro Jahr mehr. Was diese Daten bedeuten, erklärt ein Suchtforscher auf Seite 8.

Atmosphäre

Treibhausgase auf Rekordhoch

Die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre hat den Vereinten Nationen zufolge im vergangenen Jahr neue Höchststände erreicht. Die Werte der drei wesentlichen Treibhausgase seien 2022 auf neue Rekorde gestiegen, erklärte die Weltorganisation für Meteorologie (WMO). Eine Umkehr dieser Entwicklung ist demnach nicht in Sicht. "Trotz jahrzehntelanger Warnungen der wissenschaftlichen Gemeinschaft, Tausender Seiten von Berichten und Dutzender Klimakonferenzen bewegen wir uns immer noch in die falsche Richtung", erklärte WMO-Chef Petteri Taalas. Konkret geht es um die Treibhausgase Kohlendioxid, Methan und das auch als Lachgas bekannte Distickstoffmonoxid. Solche Mengen dieser Gase führen nach Angaben der WMO zu weiter steigenden Temperaturen, extremerem Wetter und einem höheren Meeresspiegel.

Wirtschaft und Geld

Schuldneratlas

Experten erwarten Verschlechterung

Auf den ersten Blick ist es eine gute Botschaft: Die Zahl der überschuldeten Privatpersonen in Deutschland ist im fünften Jahr in Folge gesunken, wie der aktuelle Schuldneratlas der Wirtschaftsauskunftei Creditreform zeigt. 5,65 Millionen Betroffene bedeuten ein Minus von vier Prozent oder umgerechnet 233.000 Fällen. Doch die Zahlen sind durch einen Statistikeffekt verzerrt. Creditreform spricht daher von einer "verdeckten Trendumkehr". Noch dazu rechnen die Experten damit, dass sich die Lage in den kommenden Monaten deutlich verschlechtert. Zumal zunehmend auch Normal- und Gutverdiener in die Schuldenspirale rutschen. Den Bericht lesen Sie auf Seite 12.

Zum 1. Januar

Mindestlohn steigt auf 12,41 Euro

Der gesetzliche Mindestlohn steigt in zwei Schritten um 82 Cent auf 12,82 Euro. Am 1. Januar wird die Lohnuntergrenze auf 12,41 Euro brutto pro Stunde angehoben und ein Jahr später auf 12,82 Euro. Eine entsprechende Verordnung von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) passierte am Mittwoch das Kabinett. Der Anstieg entspricht einem Plus von 6,8 Prozent. Der Beschluss geht auf eine Empfehlung der Mindestlohnkommission von Arbeitgebern und Arbeitnehmern vom Juni zurück. Die Empfehlung wurde nicht im Einvernehmen getroffen. Die Arbeitnehmervertreter halten die Anhebung für zu niedrig, wurden aber überstimmt.

Siemens Energy

4,6 Milliarden Euro Verlust

Es ist der höchste Verlust der Unternehmensgeschichte: Siemens Energy hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 4,6 Milliarden Euro Verlust verbucht. Ursache sind die Probleme im Windkraftgeschäft, die dem Energietechnik-Konzern regelmäßig die Bilanz verhageln und die im vergangenen Geschäftsjahr einen Höhepunkt erreichten. Das Windkraftgeschäft werde erst 2026 profitabel arbeiten, wie Konzernchef Christian Bruch sagte. Dazu soll auch eine Fokussierung auf rentable Märkte und eine langsamere Schlagzahl bei der Einführung neuer Produkte beitragen. Lesen Sie mehr dazu auf Seite 9 .

Royal Mint

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Forderung des Union-Wirtschaftsflügels: Einschränkung beim Streikrecht ++ Boxberger "Reichsbürger"-Prozess: Lange Haftstrafe für....

"James Bond"-Sammelmünze

Das Vereinigte Königreich erinnert mit neuen Sammelmünzen an die Geheimdienstabenteuer von James Bond. Die Münzprägeanstalt Royal Mint veröffentlichte das erste von mehreren Motiven, mit denen Bonds Geschichten gefeiert werden sollen. Die erste Münze sei den 1960ern gewidmet und zeige den Tragschrauber "Little Nellie" von Hauptdarsteller Sean Connery aus dem Film "James Bond 007 - Man lebt nur zweimal", hieß es. Die Münzen soll es in Gold- und Silberfassung geben. Manche Ausgaben können Tausende Pfund kosten.

Tag an der Börse

Anleger bleiben in Kauflaune

Mit der Hoffnung auf Entspannung der Geldpolitik waren die Anleger am deutschen Aktienmarkt am Mittwoch in Kauflaune. Der Leitindex Dax verbuchte zum Xetra-Schluss ein Plus von 0,9 Prozent auf 15.748 Punkte. Die Dax-Konzerne Infineon und Siemens Energy standen im Fokus. Infineon traut sich nach einem überraschend guten Jahresendspurt für das neue Geschäftsjahr weiteres Wachstum zu. Und Siemens Energy schaffte nach den Zahlen für das vierte Geschäftsquartal und der Einigung auf einen Anteilsverkauf am Indien-Geschäft den Sprung zurück über die Zehn-Euro-Marke. Weitere Börseninformationen finden Sie auf Seite 9.

Sport

Union Berlin

Trainer Urs Fischer muss gehen

Nach 14 Spielen ohne Sieg und dem Abrutschen auf den letzten Platz in der Fußball-Bundesliga trennt sich der 1. FC Union Berlin von Trainer Urs Fischer. Drei Tage nach dem 0:4 gegen Tabellenführer Bayer Leverkusen zog der Verein damit die Konsequenzen aus der sportlichen Krise. Damit endet eine mehr als fünf Jahre dauernde, meist sehr erfolgreiche Zusammenarbeit. Woran der Trainer scheiterte, lesen Sie auf Seite 13.

Basketballstar Dennis Schröder

Halle in Braunschweig umbenannt

Eine Braunschweiger Sporthalle wird demnächst nach Basketball-Star Dennis Schröder benannt. Das beschloss der Rat der Stadt einstimmig, wie mehrere Medien berichteten. In der Sporthalle der Integrierten Gesamtschule Franzsches Feld, die demnächst Dennis-Schröder-Halle heißt, war der Kapitän der deutschen Nationalmannschaft entdeckt worden. Anfang September wurde Schröder in Manila mit seinem Team sensationell Weltmeister.

Kultur und Gesellschaft

Vorwürfe gegen Hubert Seipel

NDR prüft rechtliche Schritte

Der Verdacht wiegt schwer: Der NDR-Autor Hubert Seipel soll über einen längeren Zeitraum Geld vom russischen Unternehmer Alexej Mordaschow erhalten haben. "Es besteht der Verdacht, dass wir und damit auch unser Publikum vorsätzlich getäuscht worden sind", teilte der Intendant des Norddeutschen Rundfunks, Joachim Knuth, mit. "Die Vorgänge um die Beauftragung und Umsetzung der Filme, die Hubert Seipel für den NDR realisiert hat, werden wir gründlich überprüfen." Hierfür habe der NDR Ex-"Spiegel"-Chefredakteur Steffen Klusmann gewonnen. Seipel realisierte für den NDR unter anderem "Ich, Putin - Ein Portrait" (2012) sowie Interviews mit Edward Snowden und Wladimir Putin in Moskau (2014). Er soll laut NDR eingeräumt haben, über zwei "Sponsoring-Verträge" 2013 und 2018 Geld von Mordaschow bekommen zu haben. Mehr zu dem Fall lesen Sie auf Seite 15, einen Kommentar auf Seite 7.

Sterbestatistik

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Forderung des Union-Wirtschaftsflügels: Einschränkung beim Streikrecht ++ Boxberger "Reichsbürger"-Prozess: Lange Haftstrafe für....

Mehr Todesfälle in Deutschland

Die Zahl der Todesfälle in Deutschland ist 2022 um 4,2 Prozent gestiegen. Laut Statistischem Bundesamt starben rund 1,07 Millionen Menschen, ein Jahr zuvor waren es rund 1,02 Millionen Verstorbene. Herz-Kreislauferkrankungen waren die häufigste Todesursache, sie machten 33,6 Prozent aller Sterbefälle aus. Bei 21,7 Prozent war ein Krebsleiden die Ursache. Und wie steht es um Corona? Den Angaben zufolge wurde bei 52.357 Verstorbenen (4,9 Prozent) Covid-19 als ausschlaggebende Todesursache festgestellt. 2021 war dies mit einem Anteil von 6,9 Prozent (71.331 Verstorbene) noch die dritthäufigste Todesursache. In den Zahlen nicht enthalten sind Fälle, in denen Covid-19 auf dem Totenschein als Begleiterkrankung dokumentiert wurde.

Pferd an Bord ausgebüxt

Flugzeug muss umkehren

Ein aus seiner Transportbox ausgebüxtes Pferd hat ein Frachtflugzeug zur Umkehr gezwungen. Wie US-Medien berichteten, entkam das Pferd eine halbe Stunde nach dem Start am New Yorker Flughafen John F. Kennedy aus seiner Box, als die Boeing 747 der Fluggesellschaft Air Atlanta Icelandic schon eine Flughöhe von 9500 Metern erreicht hatte. Weil die Besatzung das Tier nicht wieder einfangen konnte, bat der Pilot die Flugsicherung um Erlaubnis, den Flug ins belgische Lüttich abzubrechen und nach New York zurückzukehren. Um sicher wieder landen zu können, musste das Flugzeug 20 Tonnen Treibstoff über dem Atlantik ablassen.

Waldbrand auf Hawaii-Insel Maui

Inzwischen 100 Tote

Die Zahl der Toten bei dem Großfeuer auf Maui (US-Bundesstaat Hawaii) im Sommer ist auf 100 gestiegen. Eine 78-jährige Frau erlag ihren Verletzungen, wie die Polizei mitteilte. Die Frau starb laut Gerichtsmedizin bereits am 16. Oktober. Bei dem Feuer am 8. August war die historische Stadt Lahaina verwüstet worden. Es war der schlimmste Waldbrand in den USA seit mehr als einem Jahrhundert.

Paris

Hohe Gebühren für SUV?

Geländefahrzeuge nicht willkommen: Die Einwohner der französischen Hauptstadt können am 4. Februar über einen Vorschlag abstimmen, ob die Parkgebühren für von auswärts kommende SUV "sehr deutlich" erhöht werden. Das sagte Bürgermeisterin Anne Hidalgo in einem online veröffentlichten Video. Ziel sei es, Paris für Fußgänger attraktiver, für Autofahrer aber unattraktiver zu machen. "Viele von Ihnen beschweren sich darüber, dass es immer noch zu viele große, umweltverschmutzende SUV gibt, die immer mehr Platz auf unseren Straßen und Gehwegen einnehmen", sagte Hidalgo. Welche Fahrzeuge konkret betroffen wären, wie groß die Erhöhung der Parkgebühren ausfallen und wann sie in Kraft treten könnte, sagte sie nicht. Die Neuregelung würde für Besucher, nicht aber für Pariser mit Parkausweis gelten.

Schlagersänger Heino

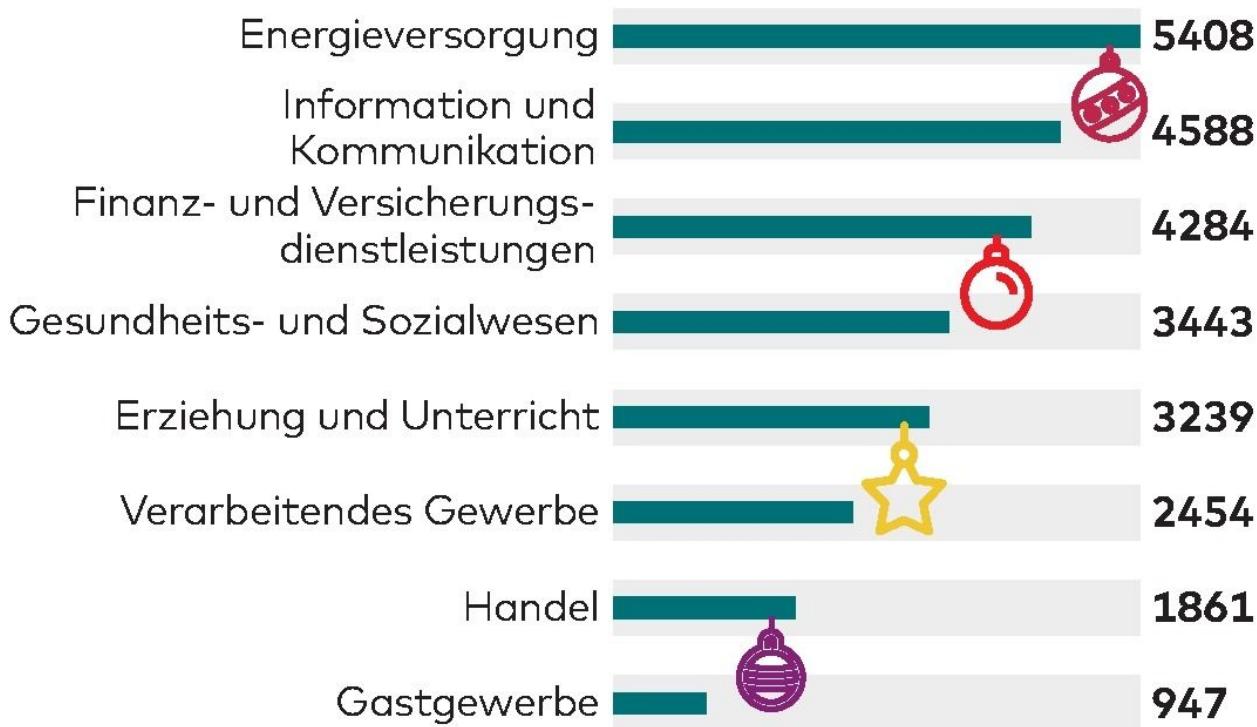
Trauer um Ehefrau Hannelore

Die Sängerin und Schauspielerin Hannelore Kramm war mehr als vier Jahrzehnte die Frau an Heinos Seite. Nun ist sie tot. Sie starb am 8. November im Alter von 82 Jahren im österreichischen Kitzbühel. Heino, 84, sei "am Boden zerstört und in tiefer Trauer", sagte sein Manager Helmut Werner. Heino und Hannelore hatten 1979 geheiratet und galten viele Jahre als das Traumpaar der deutschen Volksmusik.

WEIHNACHTSGELD

So viel gibt es dieses Jahr

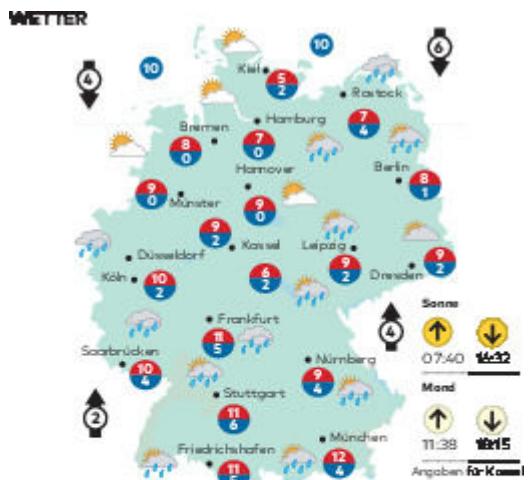
Durchschnittliche Höhe des tariflichen Weihnachtsgelds in ausgewählten Branchen 2023 (in Euro)



Quelle: Statista/Statistisches Bundesamt

WELT

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Forderung des Union-Wirtschaftsflügels: Einschränkung beim Streikrecht ++ Boxberger "Reichsbürger"-Prozess: Lange Haftstrafe für....



Spröter Regengüsse

Heute: Von der Nordsee bis zum nördlichen Brandenburg ziegt sich ab und zu die Sonne. Sonst überwiegend Wolkentextur, aber Regenschauer halten sich erst noch in Grenzen. Im Tagesverlauf ziehen Regenfälle von Westen und Süden bis zur Mitte. Höchstwerte von 4 bis 13 Grad werden erreicht. Der Wind weht schwach bis mäßig. Im Norden frisch bis stark aus verschiedenen Richtungen.

Blauwetter: Aktuell treten oft winterbedingte Beschwerden auf. Patienten mit Herzkrankungen müssen sich heute auf Kreislauftörnungen einstellen. Asthmatischer und Menschen mit chronischer Bronchitis sollten mit vermehrten Atembeschwerden rechnen.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: November 15, 2023

End of Document

Wirtschaftsrat der CDU fordert Debatte über deutsche Leitkultur; Verband: Integrationsmaßnahmen können islamistischen Judenhass nicht auffangen.

Kampf gegen Antisemitismus sei auch ein Signal an rechtstreue Arbeitsmigranten

Die Welt

Dienstag 31. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 211

Length: 851 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Angesichts der jüngsten judenfeindlichen Demonstrationen und Ausschreitungen hierzulande fordert der Wirtschaftsrat der CDU eine Wiederbelebung der Leitkultur-Debatte.

"Die israelfeindlichen Demonstrationen auf deutschen Straßen nach dem Terror der Hamas zeigen überdeutlich: Der Grad der Integrierbarkeit von Zuwanderern lässt sich nicht allein an der Beschäftigungsquote und der Bereitschaft zum Spracherwerb messen", sagte der Generalsekretär des Unterneherverbands, Wolfgang Steiger, WELT. "Die Frage nach einer faktischen Leitkultur gehört wieder auf die Tagesordnung." Es gehe darum, die Rechts- und Werteordnung als Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu vermitteln", sagte Steiger weiter. "Dazu gehören fraglos Grundsätze wie Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Frauenrechte, Umgang mit Minderheiten und das Gewaltmonopol des Staates." Der Wirtschaftsrat der CDU ist ein Unternehmensverband mit circa 12.000 Mitgliedern, darunter auch Dax-Konzernen. Er ist keine Gliederung der CDU, auch wenn er die Partei im Namen trägt. Allerdings nimmt Präsidentin Astrid Hamker als ständiger Guest an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. In den vergangenen Jahren hat sich der Verband mehrfach zum Thema Zuwanderung positioniert. Jüngst warf er der Ampel vor, "vor dem wachsenden **Migrationsdruck** die Augen" zu verschließen.

Generalsekretär Steiger fordert nun, dass Staats- und Gesellschaftskunde ebenso fester Bestandteil des Lehrplans werden müsse wie der Sprachunterricht. "Genauso deutlich gilt es festzulegen, was wir auf keinen Fall tolerieren können. Denn Toleranz wird zur Ignoranz, wenn sie Intoleranz hinnimmt." Unverhandelbar sei das Bekenntnis zur Sicherheit jüdischen Lebens in Deutschland. Es brauche "härtere Tests, um Zuwanderer besser kennenzulernen und Feinde unserer Gesellschaftsordnung auszusortieren", sagte Steiger weiter. "Dass die bisherigen Verfahren völlig unzureichend sind, ist dieser Tage eindrucksvoll bewiesen worden."

Wirtschaftsrat der CDU fordert Debatte über deutsche Leitkultur Verband: Integrationsmaßnahmen können islamistischen Judenhass nicht auffangen. Kampf gegen Anti....

Aktuell müssen Ausländer, die die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben wollen, einen Einbürgerungstest absolvieren, der Fragen zur Verfassung stellt. Außerdem müssen sie sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen. Einer Einbürgerung entgehen stehen laut dem Bundesinnenministerium schon heute antisemitische Handlungen. Allerdings kritisieren Staatsangehörigkeitsbehörden, dass die Prüfung sich vor Ort nicht leicht umsetzen lasse, sich Judenhasser nicht auf jeden Fall herausfiltern lassen.

Der Wirtschaftsrat fordert nun von allen Zuwanderern - nicht nur Einbürgerungswilligen - ein klares Bekenntnis zum Grundgesetz. "Es ist kein Verbrechen, sondern eine Notwendigkeit, von jedem Flüchtling und Einwanderer eine klare Bejahung zur Verfassungsordnung des Grundgesetzes einzufordern", sagt Steiger. "Wer in unser Land kommt und sich bei einem solchen Bekenntnis zierte oder gar in seinem Verhalten Opposition zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung erkennen lässt, ist für einen Aufenthaltstitel ungeeignet und muss die Chancen auf Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft unwiderruflich verwirkt haben."

Steiger fordert außerdem, dass "arbeitsunwillige und vor allem integrationsunwillige Migranten in kürzester Zeit das Land verlassen müssen". Man müsse sich eingestehen, dass Integration nur auf einer Basis funktionieren könne. "Alle Integrationsmaßnahmen können einen tradierten Hass auf jüdisches Leben und eine fundamentale Ablehnung westlicher Werte nicht auffangen." Deutschland könne keine Paralleljustiz, Gettoisierung, Frauenfeindlichkeit, Kinderehen und Antisemitismus akzeptieren. Dies sei auch mit Blick auf ausländische Fachkräfte wichtig, die in Deutschland dringend benötigt würden. "Wir können für rechtstreue und leistungsbereite Einwanderer nur dann attraktiv sein, wenn Rechtstreue und Leistungsbereitschaft wieder Anerkennung, Durchsetzung und Belohnung erfahren."

Schon seit 2007 bekennt sich die CDU in ihrem Grundsatzprogramm zu einer "Leitkultur in Deutschland", die auf kulturellen Werten und historischen Erfahrungen beruhe. Seitdem haben Parteipolitiker immer wieder versucht, den Begriff mit Leben zu füllen. So sprach sich der damalige Innenminister Thomas de Maizière (CDU) 2017 dafür aus, einige Lebensgewohnheiten und Vorstellungen unter einer "Leitkultur" zu fassen : In Deutschland schüttete man sich zur Begrüßung die Hand, man zeige Gesicht und trage nicht Burka; man gehe tolerant und respektvoll miteinander um. Dazu gehöre auch ein besonderes Verhältnis zum Existenzrecht Israels.

Der Katalog wurde damals heftig kritisiert - auch von Politikern von SPD und Grünen, die de Maizière unter anderem Spaltung vorwarfen. Schon zuvor hatte der Begriff wiederholt für Streit gesorgt. Er geht zurück auf den deutsch-syrischen Politikwissenschaftler Bassam Tibi, der in den 90er-Jahren für eine "europäischen Leitkultur" warb - unter dem Eindruck einer als unkontrolliert empfundenen Zuwanderung. 2000 griff Friedrich Merz - damals wie heute Unionsfraktionschef - die Formulierung "deutsche Leitkultur" auf. Aktuell arbeitet die Partei an einem neuen Grundsatzprogramm.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 31, 2023

"Klarer Hinweis darauf, dass es eigentlich schon zu spät ist"; Der Soziologe Aladin El-Mafaalani warnt: Kitas und Grundschulen sind mit der neuen "Superdiversität" unter Kindern völlig überfordert. Das Bildungssystem sei aber nur sehr schwer zu reformieren

Die Welt

Dienstag 6. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; **THEMA DES TAGES;** S. 2; Ausg. 107

Length: 1377 words

Byline: Sabine Menkens

Body

Der **Migrationshintergrund** allein ist heute nicht mehr das ausschlaggebende Kriterium für Bildungserfolg, sagt Aladin El-Mafaalani. Der Soziologe ist Professor für Erziehung und Bildung in der **Migrationsgesellschaft** an der Universität Osnabrück. Seine Analysen und Reformvorschläge zum Bildungssystem hat er in dem Buch "Mythos Bildung" veröffentlicht.

WELT:

Herr El-Mafaalani, alle Bildungsstudien, die uns in den vergangenen Monaten vorgelegt wurden, haben einen erschütternden Kern: Die Schulleistungen der Grundschüler werden über die Jahre immer schlechter, und die Leistung hängt vor allem vom Elternhaus ab. Ist das eigentlich eine Gesetzmäßigkeit?

Aladin El-Mafaalani:

Die Korrelation zwischen Herkunft und Bildungserfolg ist in jedem Land feststellbar. Die Stärke variiert allerdings. Und Deutschland gehört regelmäßig zu den Ländern, in denen dieser Effekt besonders stark ist.

Auch der Migrationshintergrund wird dabei immer als Kriterium hervorgehoben. Ist dieses Merkmal überhaupt noch aussagekräftig?

Nicht wirklich. Der Migrationshintergrund ist eine sehr abstrakte Kategorie. Unter diesem Begriff wird auch in wissenschaftlichen Studien viel zu viel zusammengefasst. Es wird suggeriert, die beschriebene Gruppe wäre in irgendeiner Weise homogen. In Wahrheit ist sie aber deutlich heterogener als die Gruppe ohne Migrationshintergrund. Manche sind selbst zugewandert, andere gehören der zweiten oder gar dritten Generation an, manche sprechen nur Deutsch, andere vor allem ihre Herkunftssprache. Herkunftsland, ethnische Herkunft,

"Klarer Hinweis darauf, dass es eigentlich schon zu spät ist" Der Soziologe Aladin El-Mafaalani warnt: Kitas und Grundschulen sind mit der neuen "Superdiversität"....

Religion und Bildungshintergrund sind höchst unterschiedlich. Man kann diese Gruppe gar nicht über einen Kamm scheren. Sie ist gewissermaßen superdiverse.

Als Sohn syrischer Einwanderer haben Sie ja auch einen Migrationshintergrund

Richtig. Und ich habe ihn auch an meine Tochter vererbt. Auch meine Nichten und Neffen fallen in die Kategorie Migrationshintergrund. Aber was sagt das aus? Sie wachsen absolut privilegiert auf.

Als Kriterium für Förderungswürdigkeit taugt das Kriterium des Migrationshintergrundes also nicht?

Wenn man harte Kriterien für Förderprogramme auflegen will, braucht man Kategorien, die wirklich problemorientiert sind. Am einfachsten zu messen ist das am Anteil der Empfänger staatlicher Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II wie der Grundsicherung, der sogenannten SGB2-Quote. Zusätzlich kann man die Kinder hinzuzählen, die selbst in erster Generation eingewandert sind, also ohne Sprachkenntnisse nach Deutschland gekommen sind.

Es gibt aber auch Kinder der zweiten Generation, die die deutsche Sprache noch nicht ausreichend beherrschen.

"Es gibt auch" ist eine problematische Formulierung. Es gibt auch Kinder ohne Migrationshintergrund, die Sprachprobleme haben, oder Akademikerkinder, die auf die Hauptschule gehen. Die Frage ist: Was ist signifikant? Und da kann man klar sagen, dass die zweite Generation wesentlich bessere Bildungschancen hat als die erste.

Welche Dynamiken herrschen in den Familien bezüglich des Leistungs- und Aufstiegswillens?

Das Typische bei Migrantenfamilien ist tatsächlich, dass die Erfolgserwartungen an die Kinder überdurchschnittlich groß sind, das zeigen alle Studien. Das lässt sich auch leicht erklären: Man fängt nicht irgendwo ganz neu an, ohne das Ziel zu haben, dass es mindestens den Kindern einmal besser geht. In einem Schulsystem wie dem unseren, in dem die Unterstützung der Eltern traditionell stark vorausgesetzt wird, wird das aber zum Problem - vor allem, für Eltern mit niedrigerem Bildungsniveau. Auch viele geflüchtete Kinder und Jugendliche haben aufgrund der Flucht unterbrochene Schulbiografien. Wenn ein Kind hier geboren ist, sieht das aber schon ganz anders aus. Aber nebenbei bemerkt: Migranten sind nicht nur bei den niedrig Gebildeten überrepräsentiert, sondern auch bei den sehr hoch Gebildeten.

Werden manche Kinder vielleicht auch von den Lehrkräften systematisch unterschätzt?

In unserem Schulsystem gelingt es nicht, Kinder, die von einer imaginären Norm abweichen, richtig einzuschätzen - insbesondere, wenn ein Kind bei der Ankunft in Deutschland schon älter als zehn Jahre ist, also über dem Grundschulalter. Es wird dann nicht systematisch geschaut, wie intelligent, kompetent und lernfähig es ist, sondern in aller Regel nur danach, wo gerade ein Schulplatz frei ist. Und wenn der an der Hauptschule ist, dann landet das Kind eben da.

Das Schulsystem war durch die Migration in den Jahren 2015/2016 schon überfordert, jetzt sind auch noch die ukrainischen Kinder dazugekommen. Droht das System zu implodieren?

Es ist auf jeden Fall völlig überlastet aufgrund der großen Diskrepanz zwischen den Rahmenbedingungen und den realen Herausforderungen. Neu zugewanderte Geflüchtete konzentrieren sich zum Beispiel oft sehr stark an den Grundschulen in der Nähe der Aufnahmeeinrichtungen oder in bestimmten segregierten Stadtteilen. In solchen Grundschulen beträgt der Migrationsanteil dann schnell 80 Prozent oder mehr. Wenn die Kinder dann noch aus 50 verschiedenen Ländern kommen oder 30 verschiedene Sprachen sprechen, ist das eine Herausforderung, für die wir absolut nicht gewappnet sind. Wir sind an Grundschulen und auch an den Kitas personell und konzeptionell absolut nicht dafür gerüstet, mit dieser Superdiversität zurechtzukommen. Dabei entscheidet sich da, wie unsere Gesellschaft in Zukunft aufgestellt sein wird.

Haben wir das Bildungssystem systematisch kaputtgespart?

"Klarer Hinweis darauf, dass es eigentlich schon zu spät ist" Der Soziologe Aladin El-Mafaalani warnt: Kitas und Grundschulen sind mit der neuen "Superdiversität"....

Ich würde sagen: Ja. Durch die Politik der schwarzen Null haben wir die Kommunen zu massiven Einsparungen gezwungen. Dringende Investitionen sind deshalb ausgeblieben - etwa der Schulbau, die Einstellung von Schulsozialarbeitern, das Angebot von Mittagessen und so weiter. Dass der Arbeitsplatz Schule für Lehrkräfte immer weniger attraktiv ist, hat sehr viel damit zu tun. Vor allem die Grundschulen wurden vernachlässigt.

Die Bundesregierung hat erkannt, dass etwas geschehen muss und hat das sogenannte Startchancenprogramm aufgelegt. 4000 besonders benachteiligte Schulen sollen damit über zehn Jahre gefördert werden. Was sind Ihre Erwartungen daran?

Man muss immer skeptisch werden, wenn der Bund über Bundesprogramme eingreifen muss. Es ist ein klarer Hinweis darauf, dass es eigentlich schon zu spät ist. Dennoch ist das Programm natürlich begrüßenswert. Es kann aber nur ein Einstieg sein, denn die Anzahl der Schulen, die eigentlich gefördert werden müssten, ist deutlich höher.

Es rücken quantitativ immer weniger Jugendliche in den Arbeitsmarkt nach und gleichzeitig verringert sich die Qualität der Ausbildung. Eine fatale Gemengelage. Welche Folgen hat das für unsere Gesellschaft?

Das ist ein großes Problem, denn gleichzeitig sind ja auch die Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt gestiegen. Und die Gruppe, die da nachwächst, ist superdivers. Wir sehen heute in den Grundschulen, wie unsere Arbeitsgesellschaft in zehn bis 15 Jahren aussehen wird. Bundesweit haben 40 Prozent der Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund, in westdeutschen Großstädten sind es 60 Prozent. Die dritte und vierte Generation ist da noch gar nicht mitgezählt. Wie die Gesellschaft dann funktioniert, hängt auch davon ab, welche Themen wir in der Kita und Grundschule behandeln. Wir sollten uns ein Beispiel an Kanada nehmen: Da geht es in der Schule von der ersten Klasse an um die Anerkennung von Differenz und die Suche nach Gemeinsamkeiten. Die Kinder erkennen, dass sie als Teil des Ganzen anerkannt sind, der mitgestalten soll. Dafür wird aber auch etwas gefordert. Von einer solchen Haltung sind wir noch ganz weit entfernt.

Und wie kommen wir da hin? Fehlt das Mindset?

Ein System, das so kriselt und auf dem Zahnfleisch geht wie unser Bildungssystem, ist schwer zu reformieren. Wir müssen unsere Schulen erst einmal wieder ertüchtigen. Dazu gehört auch, dass die Lehrkräfte sich auf ihre Aufgaben im Unterricht konzentrieren können und die restlichen Tätigkeiten in die Hände anderer Professionen gelegt werden: Sozialpädagogen, Berufsberater, Gesundheitsfachkräfte, Kulturpädagogen, Psychologen, Verwaltungsassistenzen. Vor allem die Lehrkräfte an Grundschulen brauchen mehr Unterstützung. Im Übrigen: Rein ökonomisch bringen die Investitionen in Kita und Grundschule auch die höchste Rendite.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Soziologe Aladin El-Mafaalani

Load-Date: June 5, 2023

"Wir leben doch nicht in Bullerbü!"; FDP-Generalsekretär Djir-Sarai setzt im Ampel-Konflikt über den Straßenabbau auf den Kanzler - und warnt vor einer "katastrophalen" Migrationspolitik

Die Welt

Montag 6. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 46

Length: 1552 words

Byline: Thorsten Jungholt

Body

Der 46-jährige Bijan Djir-Sarai ist seit April 2022 Generalsekretär der Liberalen. Er wurde in Irans Hauptstadt Teheran geboren und kam mit elf Jahren nach Deutschland.

WELT:

Herr Djir-Sarai, das FDP-Präsidium hat beschlossen, die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber zu stärken. Welche Ideen haben Sie dazu entwickelt?

Bijan Djir-Sarai:

Wir haben den Jahrestag der Zeitenwende zum Anlass für eine Lagefeststellung genommen: Wo stehen wir, was wurde erreicht, und wohin soll die Reise gehen? Mit Blick auf die Bundeswehr haben wir klargestellt, dass für uns die Einführung der Wehrpflicht nicht infrage kommt, wir aber andere Optionen vorschlagen, um die schwierige Personallage der Streitkräfte zu verbessern. Wir wollen die Reserve stärken, die Bundeswehr als Arbeitgeber attraktiver machen und gesellschaftliche Akzeptanz durch Gelöbnisse an öffentlichen Plätzen steigern. Es geht um mehr Sichtbarkeit der Bundeswehr, und wir wollen auch deutlich machen, dass wir stolz sind auf unsere Soldaten.

Das sind Maßnahmen, die in den vergangenen Jahren bereits mehrfach beschlossen wurden. Wäre nicht der wichtigste Attraktivitätsschub eine endlich auskömmliche Ausrüstung?

Die Bundeswehr wurde in den letzten Jahrzehnten unter Führung der CDU kleingehalten. Fatalerweise gab es lange die Überzeugung in Teilen der Politik und auch der Gesellschaft, dass wir die Streitkräfte eigentlich nicht mehr brauchen. Der aktuelle Zustand der Truppe ist das Spiegelbild dieses falschen Denkens. Erst der brutale Angriffskrieg Russlands hat ein Umdenken bewirkt, auch bei unseren Koalitionspartnern. Deshalb bewegen wir uns jetzt endlich spürbar in Richtung des Zwei-Prozent-Ausgabenziels, nicht zuletzt dank des 100-Milliarden-Euro-

"Wir leben doch nicht in Bullerbü!" FDP-Generalsekretär Djir-Sarai setzt im Ampel-Konflikt über den Straßenabbau auf den Kanzler - und warnt vor einer "katastro....

Sonderprogramms. Leider ist bei der Umsetzung im ersten Regierungsjahr viel Zeit vergeudet worden. Der neue Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD, d. Red.) hat viel aufzuholen, vor allem im Beschaffungswesen und bei den verkrusteten Strukturen. Die Zeitenwende muss in den Kasernen ankommen. Aber ich möchte betonen: Am Geld liegt es nicht, das steht zur Verfügung.

Steht es nicht. Der Investitionsbedarf liegt laut Finanzbedarfsanalyse bei rund 300 Milliarden Euro bis 2032. Im Schuldenfonds der Ampel sind abzüglich Zinslasten 87 Milliarden Euro. Und der Wehretat sieht abzüglich Personal- und Betriebskosten jährlich zehn Milliarden Euro für Investitionen vor

Dennoch sind die 100 Milliarden Euro eine Summe, zu der sich in der Form noch keine Regierung aufraffen konnte. Und wir diskutieren ja gerade den Haushalt für 2024. Ich sehe breite Mehrheiten dafür, die Mittel für die Bundeswehr auf Dauer zu erhöhen. Denken wir doch mal nach vorn. Was ist denn, wenn die nächste amerikanische Administration in anderthalb Jahren sagt: Der Krieg in Europa, das ist eure Sache, wir konzentrieren uns auf China? Die Wahrheit ist: Europa ist aktuell nicht in der Lage, seine Sicherheit ohne die Amerikaner zu garantieren. Ohne die Amerikaner wäre die Ukraine auch nicht in der Lage, sich so erfolgreich zu verteidigen. Das heißt, wir sind quasi gezwungen, langfristig mehr in die Sicherheitsarchitektur Europas zu investieren. Und da ist die Bundeswehr eine entscheidende Säule.

Pistorius will zehn Milliarden Euro mehr für die Bundeswehr. Die FDP will zehn Milliarden für die Aktienrente, Familienministerin Paus will zwölf Milliarden für die Kindergrundsicherung. Wie soll das mit der Schuldenbremse gehen?

Die Schuldenbremse ist eine Vorgabe des Grundgesetzes. Und sie ist gerade angesichts der Inflation und der Schuldenflut der vergangenen Jahre unverzichtbar. Wir haben heute im Euro-Raum eine Zinsentwicklung, die die Schuldenaufnahme wieder extrem teuer macht. Wenn wir uns weiter verschulden, geben wir unsere politische Handlungsfähigkeit aus der Hand, auf Kosten von künftigen Generationen. Und im Übrigen: Alles soll in diesen Zeiten nachhaltig sein, nur die Finanzpolitik nicht? Das wäre absurd.

2022 hat die Ampel die Schuldenbremse unter Verweis auf eine außergewöhnliche Notsituation, den Krieg in der Ukraine, ausgesetzt. Warum soll das jetzt nicht mehr gehen?

Voriges Jahr ging es um akute Krisenbewältigungspolitik, denken Sie an die Energiekosten. Da haben wir von unserer guten Substanz gezehrt. Im Jahr 2023 muss es wieder um die Stärkung dieser Substanz gehen, wir müssen den Wirtschaftsstandort Deutschland fit für die Zukunft machen. Unsere Koalitionspartner vergessen gern, dass erst erwirtschaftet werden muss, bevor verteilt werden kann. Ich will auch die ökologische Transformation der Wirtschaft, ich bin auch für starke soziale Sicherungssysteme. Aber jeder ist aufgefordert in dieser Koalition, sehr konkret zu sagen, wie die entsprechenden Vorhaben finanziert werden sollen. Das Aussetzen der Schuldenbremse oder Steuererhöhungen sind keine Optionen, weil sie dem Wirtschaftsstandort Deutschland schaden und nicht generationengerecht sind. Die Energiekosten sind auf einem viel höheren Niveau als vor dem russischen Angriffskrieg. Viele Unternehmen denken daher an Abwanderung. Werden die Standortkosten weiter erhöht, vernichtet das Arbeitsplätze - und damit unseren Wohlstand. Auch, weil andere Standortvorteile wie Fachkräfte oder unkomplizierte Verfahren in Deutschland leider noch Mangelware sind. Es ist also nicht die Zeit für Verteilungspolitik. Es geht jetzt um Maßnahmen, die Wachstum generieren. Ein Kernprojekt sind beschleunigte Planungsverfahren.

Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) trifft dabei seit Monaten auf den Widerstand der grünen Umweltministerin Steffi Lemke, die Straßenprojekte von der Beschleunigung ausnehmen will. Muss der Kanzler den Knoten durchschlagen?

Auch die SPD-Fraktion hat Anfang des Jahres betont, dass es keine Unterscheidung in böse und gute Infrastruktur geben darf, sondern wir überall mehr Tempo brauchen. Ich fände es gut, wenn der Kanzler sich daran orientiert. Wir leben doch nicht in Bullerbü! Deutschland ist eine der wichtigsten Volkswirtschaften der Welt, wir brauchen Schienen, Wasserwege und Straßen, die schlicht funktionieren. Es ist doch auch nichts für den Klimaschutz erreicht, wenn wir Straßen langsamer bauen als nötig und die Menschen permanent im Stau stehen. Deutschland

"Wir leben doch nicht in Bullerbü!" FDP-Generalsekretär Djir-Sarai setzt im Ampel-Konflikt über den Straßenabbau auf den Kanzler - und warnt vor einer "katastro....

braucht Mobilität in allen Dimensionen, um wettbewerbsfähig zu sein - und keinen ideologischen Kampf gegen das Auto.

Die Regierung hat auf Drängen der FDP jetzt den Weg für E-Fuels in Deutschland freigemacht. Wird Deutschland auch auf EU-Ebene das Aus von Verbrennermotoren dauerhaft stoppen?

Dass CO₂-neutrale Kraftstoffe endlich erlaubt werden, ist ein großer Erfolg sowohl für den Klimaschutz als auch für die Verkehrspolitik. Das müssen wir nun auch auf EU-Ebene schaffen, und da bin ich sehr zuversichtlich. Die Debatte über Technologieoffenheit wird auch in Italien, Polen und anderen EU-Ländern geführt. Klimaschutzziele müssen erreicht werden, und mit einem Totalverbot würden wir uns selbst Chancen verbauen. Und wir würden Arbeitsplätze und Know-how vernichten. In Ländern wie China und den USA wird es einen Wettbewerb geben um die besten grünen Umwelttechnologien. Wir sollten diesen Wettbewerb annehmen - und nicht bestimmte Technologien verteuern, weil wir als Politik glauben, es besser zu wissen.

Bei der Migrationspolitik lässt sich in den Ampel-Plänen ein Ungleichgewicht erkennen: Erleichterungen bei Fachkräfte-Einwanderung und Staatsbürgerschaftsrecht sind auf dem Weg, bei der Unterbindung von irregulärer Migration nach Deutschland ist kein Konzept zu erkennen. Oder?

Der Sonderbevollmächtigte der Bundesregierung für Migrationsabkommen (FDP-Politiker Joachim Stamp, d. Red.) hat kürzlich die Arbeit aufgenommen. Außerdem muss Europa den Grenzschutz verbessern, beispielsweise indem Frontex mehr Kompetenzen bekommt und endlich das Gemeinsame Europäische Asylsystem reformiert wird. Wir brauchen regelrecht einen Neustart bei der Migrationspolitik in Deutschland. Länder wie die USA, Kanada oder Neuseeland führen die Migrationsdebatte sehr sachlich und sehr nüchtern. Wir machen in Deutschland leider immer den Fehler, sie hochemotional zu führen. Ein Land muss klar festlegen, welche Formen der Migration es braucht - und welche nicht. Das muss man aussprechen können.

Na dann.

Wir brauchen die Zuwanderung von Fachkräften, und zwar die besten Köpfe und die fleißigsten Hände weltweit. Da sind wir leider noch nicht attraktiv genug, daran arbeitet die Bundesregierung jetzt. Wir brauchen auf der anderen Seite keine Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme. Die gibt es aber leider überproportional häufig. Die Menschen in unserem Land sind weltoffen und tolerant. Aber sie wollen zu Recht wissen, wer zu uns kommt, sie wollen Steuerung, Kontrolle und Rechtsstaatlichkeit bei der Einwanderung. Das ist das, was Politik liefern muss - und nicht die Wiederholung der katastrophalen Fehler der Merkel-Ära.

Geschieht nicht gerade genau das?

Die Fortschritte seit 2015 sind sehr bescheiden. Und leider hat die amtierende Innenministerin Faeser (SPD, d. Red.) beim Europäischen Rat vor ein paar Wochen, als es sehr konkret um die Frage der Grenzschutzhfähigkeit Europas ging, wieder auf der Bremse gestanden. Deutschland hat durch die Alleingänge der früheren Kanzlerin in Europa sehr viel Vertrauen verspielt. Wir täten gut daran, jetzt mehr auf unsere Partner an den Außengrenzen zu hören.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: March 5, 2023

Leserbriefe

Die Welt

Mittwoch 11. Januar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; LESERBRIEFE; S. 7; Ausg. 8

Length: 301 words

Body

Geschäft läuft weiter

Zu "Warum Schweden eine EU-Migrationspolitik verhindert", vom 9. Januar

Es scheint zwar Mode zu sein, die Staaten zu kritisieren, die eine konsequente Migrationspolitik verfolgen, jedoch sollten wir den Tatsachen ins Auge sehen. Insbesondere Dänemark und Schweden haben durch die sehr liberale Migrationspolitik mittlerweile derartige Probleme, dass sie den unkontrollierten Zuzug nun unterbinden. Ähnliche Erfahrungen machen Italien, Spanien, Ungarn, Großbritannien und auch Frankreich. Solange verschiedene Staaten immer noch fordern, dass die illegalen Migranten "verteilt" werden, so lange wird auch das Geschäft der Migration weiter laufen.

Klaus Altgassen, Hauzenberg

Was die Polen wollen

Zu "Polens Selbstdefinition durch Feindmarkierung", vom 5. Januar

Ja, Geld kann den Verlust von Menschenleben niemals aufwiegen. Es gibt aber auch Kulturgüter, Infrastruktur, Industrie, die verloren gegangen sind. Bis heute sind viele der geraubten Kunstwerke nicht an Polen zurückgegeben worden. Die politische Situation in Polen als Gegenargument zur Reparationsforderung zu verwenden, ist typisch. Wissen Sie, wie viele Polen für Reparationen sind? Mehr als 60 Prozent. Und wie viele unterstützen die Regierung? 30 Prozent! Selbst in der Opposition, die von einigen deutschen Politikern unterstützt wird, gibt es eine Mehrheit für Entschädigungen.

Ewa Keller-Wielopolska

Ihre Post an: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin, E-Mail: forum@welt.de (forum@welt.de)

Leserbriefe

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: January 10, 2023

End of Document

Was viele Migranten uns voraushaben

Die Welt

Mittwoch 22. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; GASTKOMMENTAR; S. 7; Ausg. 227

Length: 781 words

Byline: Clemens Schneider

Body

Allen Krisen und Unkenrufen zum Trotz sind die Vereinigten Staaten die gewaltigste Wirtschafts- und Innovationsmacht der Welt. Das liegt vor allem an den Menschen und an ihrer Einstellung. Unternehmergeist, Risikobereitschaft und Lust auf Verbesserung gehören für viele Amerikaner zur Grundausstattung. Dieses Ethos kann man freilich nicht planen, es muss von Familie und Gesellschaft vorgelebt und weitergegeben werden.

Wir Deutschen hingegen trainieren uns diese Einstellungen konsequent ab. Die großen Erfinder und Unternehmer des 19. Jahrhunderts sind derzeit genauso wenig ein Rollenvorbild wie die Mittelständler, die vor 70 Jahren den Motor des Wirtschaftswunders in Gang gebracht haben. Stattdessen liest man in einer Umfrage der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung, dass 81 Prozent der deutschen Vollzeiterwerbstätigen eine Vier-Tage-Woche wollen. Und ein sicherer Job im Dienst des Staates ist selbst für pubertierende Teenager ein erstrebenswertes Ziel.

Derzeit ist das Thema Migration mal wieder ganz vorn an der Aufmerksamkeitsfront angekommen, und die meisten Akteure überbieten sich mit Vorschlägen: Neben der inzwischen auch schon in Grünen-Kreisen salonfähigen Versicherung, dass man fleißig abschieben wolle, melden sich auch immer wieder Stimmen zu Wort, die im Blick auf den zunehmend desolaten Arbeitsmarkt mehr geregelte Fachkräftezuwanderung fordern. So forderte etwa der Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger Ende September "die gezielte Suche nach Personen für eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit". Dass gerade große Unternehmen genau planen wollen, können, vielleicht sogar müssen, ist klar. Ihr Entscheidungshorizont ist oft auf viele Jahre gestreckt: Wenn man eine neue Optiker-Filiale eröffnet oder eine Fabrik zur Herstellung von Brillengläsern plant, lässt sich relativ genau ausrechnen, wie viele qualifizierte Arbeitskräfte man brauchen wird. Und natürlich sind auch Politiker, die die gewaltige Maschinerie des Wohlfahrtsstaates in Gang halten müssen, interessiert an Menschen, die ihrer Sozialversicherungspflicht nachkommen.

Aber so funktionieren Marktwirtschaften nicht. Deutschland braucht sehr viel mehr als sozialversicherungspflichtige Angestellte. Deutschland braucht Unternehmergeist. Und wenn die hiesige Bevölkerung, deren Vorfahren schon

Was viele Migranten uns voraushaben

seit Hunderten von Jahren in Deutschlands Wald und Flur hausten, den kaum mehr aufbringen will, dann müssen wir eben woanders danach suchen.

Da wäre zum Beispiel die Geschichte eines älteren Ehepaars aus Aleppo, das 2014 nach Deutschland floh. Sie Lehrerin, er Straßenbauingenieur. Obwohl er früher schon international tätig war, konnte er in Deutschland nicht als Ingenieur arbeiten, weil dafür von ihm das "Große Deutsche Sprachdiplom" gefordert wird. Für die beiden war das jedoch kein Grund zur Resignation in die Sozialhilfe. 2019 gründeten sie eine Catering-Firma in Berlin. Fünf Jahre von der Flucht bis zur Unternehmensgründung.

Menschen, die aus Aleppo stammen, aus dem afghanischen Herat oder dem persischen Isfahan, kommen aus uralten Handelsstätten, in denen sich - wie in den deutschen Hansestädten oder den Stadtstaaten Oberitaliens - ein Ethos der selbstbewussten und erfindungsreichen Kaufleute herausgebildet hatte. Die Sehnsucht der Menschen mit solch einem Hintergrund gilt eher nicht der Wärme der Amtsstube und der Verheißung der Frühpensionierung. Diese Menschen haben genau die Lust auf Selbstverantwortung, die uns inzwischen im Land fehlt. Sie könnten uns voranbringen. Könnten. Wären da nicht zahlreiche Hindernisse.

Angefangen bei der Lust der Großindustrie wie der Sozialindustrie, Menschen ins Arbeitnehmerparadies hineinzuzwängen. Über den Zertifikate-Dschungel, der direkt neben dem Regulierungssumpf liegt, in dem unzählige Ideen schon für alle Zeit versunken sind. Bis hin natürlich zu den Migrationsskeptikern, die überzeugt sind, dass die meisten Menschen sich nichts Schöneres vorstellen können, als Sozialleistungen in einer Sozialwohnung zu genießen.

Die deutsche Haltung zu Zuwanderung braucht einen Paradigmenwechsel: Wir müssen das unternehmerische Feuer nutzen, das gerade in den Menschen brennt, die einen ungeheuren Einsatz an Mitteln aufwenden und ein gigantisches Risiko eingehen, wenn sie sich auf den Weg machen. Die Wohlmeinenden müssen aufhören, Migranten als ausgebeutete Opfer zu begreifen. Viele von ihnen sind unglaublich dynamische Personen, die gar nicht auf unsere Fürsorge angewiesen sind. Wir müssen dafür sorgen, dass wir die Bedingungen dafür schaffen, dass sie rasch und unkompliziert ihrem Geschäftssinn nachkommen können.

Der Autor ist Direktor der Denkfabrik "Prometheus - Das Freiheitsinstitut" in Berlin.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 21, 2023

End of Document

Das Regiment der Rühseligen; Christian Lindner wird als Rassist beschimpft, weil er über Kinderarmut in Migrantenfamilien spricht. Linke Moralisten instrumentalisieren nun also schon die Not der Jüngsten. Und merken nicht, wie sie damit den Sozialstaat gefährden

Die Welt

Donnerstag 24. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; LEITARTIKEL; S. 7; Ausg. 164

Length: 1395 words

Byline: Ulf Poschardt

Body

Der deutsche Hang zum Sentimentalen ist sprichwörtlich. Er steht auch keinesfalls in einem direkten Zusammenhang mit einer tatsächlichen Form von Empathie. Der deutsche Sentimentalismus ist eisig und berechnend, gleichzeitig hat er etwas Borderliniges. Ein denkbar drastisches Beispiel sind die Blicke, die der absolute deutsche Barbar Adolf Hitler auf Privataufnahmen seiner geliebten Schäferhündin Blondie zuwirft. Eine Wärme, eine Zärtlichkeit, eine Sentimentalität: Der Tierliebhaber und Teil-Vegetarier war übermannt von seinen Gefühlen für seinen Hund - was angesichts seiner barbarischen Politik, die unendliches Leid mit Abermillionen von Ermordeten in die Welt brachte, bemerkenswert erscheint.

Eine der Lehren aus der Barbarei des 20. Jahrhunderts war der Versuch, eine restriktive Nüchternheit und einen rationalistischen Strengsinn im politischen Diskurs zu installieren. Die Verbindung aus gesundem Menschenverstand und einem kritischen Rationalismus à la Karl Popper war die Mixtur, die Deutschland zurück in die Weltgemeinschaft führte. Der wirtschaftliche Erfolg, den diese Mixtur ebenfalls ermöglichte, war getragen von einem Gesellschaftsverständnis, in dem der Realismus und weniger die Ideologie die Wahrnehmung prägte. Es war ein Set-up der Mitte.

Die Ränder links wie rechts der Mitte blieben in Teilen einer Sentimentalisierung treu. Der rechte sah das Leid der Volksgemeinschaft, der linke fühlte sich mit dem Leid der Arbeiterklasse verbunden. Die Polemik an den Rändern war denkbar emotionalisiert, während die führenden politischen Köpfe von Konrad Adenauer über Ralf Dahrendorf und Helmut Schmidt bis hin zu Helmut Kohl stets bemüht waren, ein Maximum kritischer Rationalität aufzubieten. Davon ist in der politischen Kultur der Gegenwart wenig übrig geblieben. Exemplarisch kann dies dieser Tage studiert werden, seitdem Bundesfinanzminister Christian Lindner von der FDP bei einer Veranstaltung ruhig und im besten Sinne ungestört beschrieben hat, wie sich die Kinderarmut in Deutschland entwickelt hat.

Das Regiment der Rührseligen Christian Lindner wird als Rassist beschimpft, weil er über Kinderarmut in Migrantenfamilien spricht. Linke Moralisten instrumental....

Er wies darauf hin, dass sich bei den Familien, die schon länger in Deutschland sind, die Kinderarmut spürbar reduziert hat. Dass die Kinderarmut aber dennoch hoch sei, da seit 2015 viele Familien eingewandert sind - was sich entsprechend in der Statistik niederschlägt, in der sich jetzt deutlich mehr Kinder mit Migrationsgeschichte als 2015 wiederfinden. Entsprechend forderte er eine Diskussion darüber ein, ob es nicht sinnvoller sei, statt "den Eltern mehr Geld aufs Konto" zu überweisen, in "Sprachförderung, Integration" und in die "Beschäftigungsfähigkeit der Eltern" zu investieren sowie die "Kitas und Schulen für die Kinder so auszustatten, dass sie vielleicht das aufholen können, was die Eltern nicht leisten können".

Lindner hat einen statistischen Zusammenhang benannt, der eindeutig ist. Und hat eine Debatte angemahnt, noch einmal O-Ton-Lindner, wie "am besten den Kindern und Jugendlichen" geholfen werden kann. Eigentlich die unaufgeregteste Erkenntnis, die man sich vorstellen kann. Es sei denn, die Realität stört beim Ideologisieren. Und genau deshalb brach ein Empörungssturm jener Teile der Bundesrepublik über Lindner herein, die alles ein wenig lieblicher und gleicher und, jedenfalls vermeintlich, gerechter hätten. Am hässlichsten wie immer auf Twitter, wo von einem "Ariernachweis" schwadroniert wurde, auch von einer "Schippe #Rassismus". Wo lustig gemutmaßt wurde, dass "rassistische Sprache () rassistisch denkende Wähler*innen erreichen" soll, dass es Lindner darum geht, die "Debatte um die #Kindergrundsicherung mit rassistischen Narrativen aufzuladen". Auch wurde dem Bundesminister unterstellt, ein "Rassist und Kinderhasser" zu sein.

Vor allem die Grünen, die oft weniger eine politische als eine moralische, emotionale und sentimentale Instanz sein wollen, führen seit dem Scheitern ihrer Kanzler:innenträume (sic!) einen Kampf gegen die Restbestände ökonomischer Vernunft, wie sie in der Ampel nahezu ausschließlich von der FDP verkörpert werden. Dabei wird manchmal kein Argument zu schrill, kein Vorwurf zu dumm, keine Unterstellung zu dreist. Assistiert werden diese moralischen Imperative von jenen Stichwortgebern der ökonomischen Unvernunft, die heute in Deutschland als Ökonomen Karriere machen. In einigen Facetten ist die Kritik an Lindner blamabel, wenn es um das intellektuelle Format geht.

Bemerkenswert ist, wie deutsch diese Diskussion geführt wird. Sie ist, wie schon Angela Merkels schöne Migrationspolitik, vollkommen abgekoppelt von den Herausforderungen in den anderen Ländern Europas und ist gleichzeitig getragen von einem nationalistischen Moralismus, der auch eine Waffe im globalen Miteinander ist. Die Deutschen sagen dem Rest der Welt, wie es zu gehen hat. Da stört nahezu jede kritische Anmerkung zu einem sozialen Wohlgefühl, das man sich so längst nicht mehr leisten kann. Das Land rutscht jeden Tag tiefer in die Krise, weil die Moral vollkommen von den ökonomischen Möglichkeiten abgekoppelt ist. Gerade jene Milieus leisten sich das größte Sentiment, die im Zweifel keinerlei substanzellen Beitrag zur ökonomischen Innovation und zur Modernisierung des Standorts leisten. Es ist die Moral verbeamteter Eliten, die am Ende einmal mehr in Umverteilung, Bürokratisierung und einer vollkommen katastrophalen Sogwirkung für eine falsche Migration enden wird.

Die Ikonografie des traurigen, leidenden Kindes gehört zum symbolischen Kern jedweder politischer Kommunikation. Wann immer tränenfeuchte Kindergesichter ausgestellt und damit als Argument missbraucht werden, wird auf eine maximale Sentimentalisierung des Diskurses gedrängt. Wer könnte angesichts von weinenden Kindern etwas anderes fordern, als das Leid dieser Kinder zu verhindern? Selbst führende Wirtschaftswissenschaftler dieser Republik sind sich nicht zu schade, ganz konkret einen Dialog mit einem armen Fünfjährigen zu imaginieren, in dem man ihm bescheidet, dass der Staat nicht mehr Geld für ihn hat. Die bittere Wahrheit ist: Deutschland kann künftig immer weniger Sozialleistungen verteilen, wenn die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft so wie im Augenblick abnimmt. Die Rührseligen und die zynischen Instrumentalisierer gut gemeinter Gefühle schaufeln das Grab des Sozialstaates.

Die deutsche Sozialdemokratie, aber auch die Grünen waren vor zwanzig Jahren deutlich weiter. Damals wurden sie allerdings auch geführt von Männern, die denkbar geeignet waren für ihre Führungsaufgaben, weil sie eine derartige Sentimentalisierung und Romantisierung der politischen Debatten verachtet haben. Dieser Typus Mann - ja, tatsächlich: Mann - ist in der politischen aktuellen Landschaft nicht vorhanden. Dass die deutsche Kultur keine Margaret Thatcher hervorgebracht hat, stellt Fragen nach dem feministischen Selbstverständnis deutscher intellektueller Eliten.

Das Regiment der Rührseligen Christian Lindner wird als Rassist beschimpft, weil er über Kinderarmut in Migrantenfamilien spricht. Linke Moralisten instrumental....

Die Deutschen haben seit jeher ein gespaltenes Verhältnis zur Rationalität. Die Sehnsucht nach kühler Analyse war seit dem 19. Jahrhundert ähnlich groß wie die romantische Sehnsucht nach einem quasi unschuldigen Naturzustand. Von Immanuel Kant und Caspar David Friedrich bis zu Bauhaus und Joseph Beuys: Dieses Bipolare war auch ein Erfolgsgeheimnis. Der Schmerz über die Veränderung durch Industrialisierung und Moderne reichte ebenso tief wie das Denken dagegen, wie bei Martin Heidegger, dem konservativen Vordenker der Grünen. Heute ist dieses Spannungsfeld weitgehend erodiert - und man hat sich auf einen bequemen, ambitionslosen Gefühlsrigorismus geeinigt. Das ist ein besonders trauriger Befund, weil zum Beispiel Kanzler Olaf Scholz, wenn man ihn in Ruhe über Philosophie, Kultur oder Politik sprechen hört, ein Mann kühlster Analyse ist. Das war Angela Merkel eigentlich auch. Sie hat jedoch aufgegeben, auf den eigenen Diskursstandards zu bestehen. Deswegen sind seit der Flüchtlingskrise 2015 alle Konflikte emotionalisiert worden: Klima, Corona, Migration, Sozialpolitik.

Die Emotionalisierung in der Politik hilft nie - zumindest dort nicht, wo sie als Gegenentwurf zur vernünftigen Entscheidung aufscheint. Dahrendorf hat den erasmischen Geist als einen beschrieben, der sich, kühl und ein wenig unnahbar, dem Sog der Gezeiten entzieht. Dieser Geist fehlt gerade. Christian Lindner hat zumindest ein Spurenelement davon geliefert. Dafür kann man ihm dankbar sein.

ulf.poschardt@welt.de (ulf.poschardt@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 23, 2023

End of Document

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Migrationspolitik: Wegner bietet Zusammenarbeit an ++ Deutschlandticket: Keine Einigung im Finanzstreit ++ Mord an der Berliner Sektorengrenze: Anklage gegen Ex-Stasi-Mitarbeiter ++ Außenpolitik ++ Ärger um EU-Migrationspakt: Tunesien zahlt Millionen zurück ++ Polen/Tschechien/Slowakei: Grenzkontrollen verlängert ++ Finnischer Geheimdienst warnt: Russland immer feindseliger ++ Wissen ++ Allergien: Wie sehr hilft Spielen im Dreck? ++ Experten über den Wasserkreislauf: Aus dem Gleichgewicht ++ Wirtschaft und Geld ++ Subventionsbericht: Finanzhilfen des Bundes verdoppelt ++ Studie zu Ängsten der Deutschen: Sorgen wegen Migration wachsen ++ Pharmakonzern Novo Nordisk: Fälschungen von Diabetes-Mittel ++ Möbelhandel: Ikea senkt Preise ++ Großauftrag für Airbus: Easyjet bestellt 157 Maschinen ++ Tag an der Börse: Dax sackt ab ++ Sport ++ Eiskunstlauf-EM 2027: Deutsche Bewerbung erfolglos ++ Makkabi Deutschland: Warnung vor Judenhass ++ Kultur und Gesellschaft ++ Staatsschauspiel Dresden: Mackie Messer und die Rechten ++ Schriftsteller Salman Rushdie: Buch über brutale Attacke auf ihn ++ Organisierte Kriminalität: Trend zu größeren Banden

Die Welt

Freitag 13. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 199

Length: 2244 words

Body

Innenpolitik

Migrationspolitik

Wegner bietet Zusammenarbeit an

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Migrationspolitik: Wegner bietet Zusammenarbeit an ++ Deutschlandticket:
Keine Einigung im Finanzstreit ++ Mord an der Berliner

"Wir erleben gerade einen Kippunkt in unserer Gesellschaft": Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) hat der Bundesregierung bei der Neuregelung der **Migrationspolitik** eine Zusammenarbeit angeboten. Wegner sagte im WELT-Interview, viele Menschen hätten Vertrauen in die Politik und in staatliche Institutionen verloren, weil Länder, Städte und Kommunen nicht mehr in der Lage seien, die vielen **Geflüchteten** ordentlich unterzubringen. "Hier braucht es eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bundesländern und Bundesregierung", so Wegner weiter. Die Menschen erwarteten eine Veränderung, vor allem in der **Migrationspolitik**. Das Interview lesen Sie auf Seite 4.

Deutschlandticket

Keine Einigung im Finanzstreit

Bund und Länder haben offenbar keine Einigung im Finanzstreit über das Deutschlandticket erzielt. Das meldete die Deutsche Presse-Agentur unter Berufung auf Teilnehmerkreise der Verkehrsministerkonferenz. In einem Beschlusspapier heißt es demnach, die Länder seien bereit, dauerhaft die Hälfte des Zuschussbedarfs für das Ticket zu finanzieren. Sie erwarteten vom Bund, dass er die Verantwortung für die Finanzierung der anderen Hälfte des Zuschussbedarfs übernehme. Weiter heißt es, Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und die Regierungschefs der Länder würden gebeten, bei ihrer Besprechung am 6. November die Anliegen aufzugreifen und einen Beschluss zu fassen.

Mord an der Berliner Sektorengrenze

Anklage gegen Ex-Stasi-Mitarbeiter

In einem fast 50 Jahre zurückliegenden Mordfall durch die DDR-Staatssicherheit hat die Staatsanwaltschaft Berlin Anklage erhoben. Vor Gericht verantworten soll sich ein heute 79-Jähriger. Die Anklagebehörde geht von einem heimtückischen Mord aus. Demnach soll der Pole am 29. März 1974 in der polnischen Botschaft versucht haben, mit einer Bombenattrappe seine Ausreise nach West-Berlin zu erzwingen. Die Stasi ging zum Schein auf die Forderungen ein und begleitete den Mann zum Sektorenübergang am Bahnhof Friedrichstraße. Dort soll ihn der damals 31 Jahre alte Angeschuldigte aus einem Versteck heraus mit einem gezielten Schuss in den Rücken getötet haben. Der Angeklagte gehörte laut Staatsanwaltschaft einer Operativgruppe der Stasi an.

Außenpolitik

Ärger um EU-Migrationspakt

Tunesien zahlt Millionen zurück

Nach Spannungen im Zuge des umstrittenen Migrationsdeals hat Tunesien 60 Millionen Euro Haushaltshilfe an die EU zurückgezahlt. Das bestätigte eine Sprecherin der EU-Kommission. Das nordafrikanische Land hatte zuvor bereits angekündigt, die Mittel abzulehnen. Tunesien "nimmt nichts an, was Gnaden oder Almosen ähnelt", sagte Präsident Kais Saied kürzlich. Die Ankündigungen der EU stünden im Widerspruch zu einer Grundsatzvereinbarung. Worin Tunis genau einen Widerspruch sieht, wurde zunächst nicht genannt. Im Rahmen einer Absichtserklärung vom Juli sollte Tunesien Finanzhilfen von bis zu 900 Millionen Euro erhalten und im Gegenzug stärker gegen Schlepper und illegale Überfahrten vorgehen.

Polen/Tschechien/Slowakei

Grenzkontrollen verlängert

Im Kampf gegen die Schleuserkriminalität verlängern Polen und Tschechien ihre vorübergehenden Kontrollen an der Grenze zur Slowakei bis Anfang November. "Es gibt gute Ergebnisse und klare Auswirkungen. Es wird keine illegalen Migrationsrouten durch Polen geben", sagte Polens Innenminister Mariusz Kamiński zur Begründung. An der polnisch-slowakischen Grenze seien seit Beginn der Kontrollen rund 550 irregulär einreisende Migranten aufgegriffen worden. In Polen wird am Sonntag ein neues Parlament gewählt. Die regierende national-konservative

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Migrationspolitik: Wegner bietet Zusammenarbeit an ++ Deutschlandticket:
Keine Einigung im Finanzstreit ++ Mord an der Berliner

PiS-Partei wurde zuletzt durch einen Visaskandal erschüttert - bis zu 350.000 Arbeitsvisa sollen illegal verkauft worden sein. Lesen Sie den Leitartikel über die Wahl in Polen auf Seite 10.

Finnischer Geheimdienst warnt

Russland immer feindseliger

Seinen Nachbarn Finnland betrachtet Russland nach Einschätzung des finnischen Geheimdienstes mittlerweile als "feindliches Land". Die Beziehungen hätten sich wegen des russischen Eimarsches in die Ukraine, der Sanktionen und des finnischen Nato-Beitritts erheblich verschlechtert, teilte der Nachrichtendienst Suojelupoliisi (Supo) bei der Vorstellung seiner nationalen Sicherheitsüberprüfung mit. "Russland behandelt Finnland derzeit als feindliches Land", stellte die Behörde fest. "Dies zeigt sich unter anderem in der negativen Berichterstattung über Finnland in den russischen Medien und in der Entscheidung, das Generalkonsulat in St. Petersburg zu schließen." Zugleich wies der Nachrichtendienst darauf hin, dass die Bedrohung gegen kritische Infrastruktur zugenommen habe. Zuletzt war in der Gas-Pipeline Balticconnector zwischen Finnland und Estland ein Druckabfall verzeichnet worden. Danach wurden Schäden festgestellt, die Pipeline wurde außer Betrieb genommen.

Wissen

Allergien

Wie sehr hilft Spielen im Dreck?

Spielen wie die Schmuddelkinder: Das soll der späteren Gesundheit nutzen, heißt es. Denn das kindliche Immunsystem reift durch den Kontakt mit verschiedenen Keimen und lässt weniger Allergien und Immunkrankheiten aufkommen. Diese alte These wird nun infrage gestellt. Eine Studie mit deutscher Beteiligung an Mäusen deutet daraufhin. Es wurden Tiere unter keimfreien Bedingungen aufgezogen und untersucht und zugleich welche, die zahlreichen Erregern ausgesetzt waren. "Es ist nicht so einfach zu sagen: Ein schmutziger Lebensstil stoppt Allergien, während ein sauberer Lebensstil sie auslösen kann", sagt der Immunologe Jonathan Coquet. Ein deutscher Experte ergänzt, es sei notwendig, "andere Faktoren genauer zu betrachten". Welche das sind, lesen sie auf Seite 28.

Experten über den Wasserkreislauf

Aus dem Gleichgewicht

Infolge des Klimawandels und menschlicher Aktivitäten gerät der Wasserkreislauf der Erde nach einem Bericht der Weltwetterorganisation (WMO) aus dem Gleichgewicht. Mehr als die Hälfte der Abfluss- und Zuflussmuster von Flüssen und Stauseen seien 2022 vom langjährigen Mittel abgewichen, geht aus dem Bericht "Zustand der globalen Wasserressourcen 2022" hervor. Weltweit hätten 3,6 Milliarden Menschen - mehr als 40 Prozent der Weltbevölkerung - mindestens einen Monat im Jahr nicht genügend Trinkwasser zur Verfügung, berichtete die WMO unter Berufung auf die UN-Organisation für Wasser. Die Zahl werde bis 2050 auf mehr als fünf Milliarden Menschen steigen.

Wirtschaft und Geld

Subventionsbericht

Finanzhilfen des Bundes verdoppelt

Die Finanzhilfen des Bundes haben sich einer Studie zufolge in diesem Jahr wegen der Energiekrise mehr als verdoppelt. Sie dürften sich auf rund 208 Milliarden Euro summieren, wie das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) zu seinem Subventionsbericht mitteilte. Im vergangenen Jahr seien es noch 98 Milliarden Euro gewesen, 2021 rund 77 Milliarden Euro. Von einem Euro, den der Bund ausgebe, würden mehr als 30 Cent dafür verwendet. "Angesichts von Ausmaß und Bedeutung der Energiekrise für das soziale Zusammenleben im Land ist ein Anstieg

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Migrationspolitik: Wegner bietet Zusammenarbeit an ++ Deutschlandticket:
Keine Einigung im Finanzstreit ++ Mord an der Berliner

der Finanzhilfen zu erwarten und nachvollziehbar", sagte der IfW-Subventionsexperte, Claus-Friedric Laaser. Aber "dieses enorme Ausmaß" sprengt den bislang bekannten Rahmen.

Studie zu Ängsten der Deutschen

Sorgen wegen Migration wachsen

In der Bundesrepublik sorgen sich die Menschen zunehmend darüber, dass der Staat durch Geflüchtete überfordert sein könnte. Die größten Ängste der Deutschen seien zwar hohe Inflation, zu teurer Wohnraum und Sparpakete der Regierung, wie die R V Versicherung zu ihrer jährlichen Umfrage "Die Ängste der Deutschen" unter rund 2400 Personen mitteilte. Am stärksten stieg in diesem Jahr allerdings die Sorge, dass die Zahl der Geflüchteten die Deutschen und ihre Behörden überfordert. Hier ging es zum Vorjahr um elf Prozentpunkte nach oben auf 56 Prozent. Details der Studie erfahren Sie auf Seite 15.

Pharmakonzern Novo Nordisk

Fälschungen von Diabetes-Mittel

Beim Diabetes-Mittels Ozempic sind im Großhandel Fälschungen bei Packungen der Stärke ein Milligramm (1 mg) in deutscher Aufmachung entdeckt worden. Das bringt nun das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) auf den Plan: Man habe die Koordination übernommen, da mehrere Bundesländer aktiv in den Fall eingebunden seien. Das Institut rief pharmazeutische Unternehmen, Großhändler sowie Apotheken auf, alle Ozempic-Packungen mit großer Sorgfalt zu prüfen. Ozempic und das höher dosierte Abnehmpräparat Wegovy, beide vom dänischen Konzern Novo Nordisk, waren zuletzt stark gefragt, da sie beim Abnehmen helfen sollen. Mehr über den Fall finden Sie auf Seite 18.

Möbelhandel

Ikea senkt Preise

Nach Zuwachsen im abgelaufenen Bilanzjahr will der größte Eigner der Ikea Einrichtungshäuser, die Ingka Group, die Kunden mit Preissenkungen anlocken. Ingka-Chef Jesper Brodin betonte, die Gruppe investiere derzeit massiv in Preissenkungen. Je nach Markt seien davon vor allem Aufbewahrungsartikel wie Schubladen, Regale, Kleiderschränke und Küchenutensilien betroffen. Das beliebteste Ikea-Regal Billy sei bereits um 20 Prozent billiger geworden. Weltweit stieg der Ikea-Umsatz inklusive Markenrechte um 6,6 Prozent auf 47,6 Milliarden Euro.

Großauftrag für Airbus

Easyjet bestellt 157 Maschinen

Die britische Fluggesellschaft Easyjet will beim europäischen Flugzeugbauer Airbus 157 neue Maschinen kaufen. Eine entsprechende Vorvereinbarung sei getroffen worden, teilte die Airline am Donnerstag mit. Zudem sei eine frühere Bestellung von 35 Flugzeugen bestätigt worden. Das Geschäft hat den Angaben zufolge einen Wert von umgerechnet fast 19 Milliarden Euro. Easyjet wolle "in der Zeit nach 2028 die Flotte modernisieren und wachsen", sagte Unternehmenschef Johan Lundgren.

Tag an der Börse

Dax sackt ab

Nach einem starken Start in den Handel haben die Inflationszahlen aus den USA dem Dax einen Dämpfer versetzt. Die Verbraucherpreise stiegen in den Vereinigten Staaten im September überraschend um 3,7 Prozent und damit im selben Tempo wie im August, was Zinserhöhungssorgen bei Investoren auslöste. Der deutsche Leitindex notierte zum Börsenschluss mit 0,23 Prozent im Minus bei 15.425 Punkten. Mehr Börsendaten auf Seite 17.

Sport

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Migrationspolitik: Wegner bietet Zusammenarbeit an ++ Deutschlandticket:
Keine Einigung im Finanzstreit ++ Mord an der Berliner

Eiskunstlauf-EM 2027

Deutsche Bewerbung erfolglos

Die Deutsche Eishockey-Union ist mit der Bewerbung um die Eiskunstlauf-Europameisterschaften mit der Ruhrgebietsstadt Essen für das Jahr 2027 gescheitert. Wie die DEU mitteilte, hat der Weltverband ISU die Titelkämpfe stattdessen an Lausanne vergeben. Der deutsche Verband wolle sich mittelfristig wieder bemühen, eine internationale Eiskunstlauf-Meisterschaft nach Deutschland zu holen, hieß es.

Makkabi Deutschland

Warnung vor Judenhass

Makkabi Deutschland hat "eindringlich" vor einem erneuten Anstieg des "israelbezogenen Antisemitismus und Judenhasses in Deutschland" im Sport gewarnt. "Daher appellieren wir an alle Vereine, gerade jetzt besonders wachsam, ihre Sportler und Sportlerinnen zu sensibilisieren und antisemitische Vorfälle konsequent zu melden", teilte der jüdische Turn- und Sportverband in Deutschland mit. Antisemitismus gehöre weder auf "unsere Straßen noch auf unsere Sportplätze. Lasst uns als Sport gemeinsam ein Vorbild für das friedliche Zusammenleben in Deutschland sein", hieß es weiter. Nach dem Terrorüberfall der islamistischen Hamas auf Israel hatte Makkabi Berlin sogar erwogen, den Spiel- und Trainingsbetrieb einzustellen. Einen Kommentar dazu finden Sie auf Seite 10.

Kultur und Gesellschaft

Staatsschauspiel Dresden

Mackie Messer und die Rechten

Am Dresdner Staatsschauspiel ist eine Neuinszenierung der "Dreigroschenoper" zu sehen. Bertolt Brecht und Kurt Weill hatten Ende der Zwanzigerjahre ihr Stück noch in der Londoner Unterwelt angelegt. Der Regisseur Volker Lösch und der Autor Lothar Kittstein haben die Handlung um den Gangster Mackie Messer nun ins Sachsen der Gegenwart umgetopft, wo sich insbesondere allerlei Alt- und Neurechte tummeln. Außerdem strebt dort einer Partei namens Perspektive für Deutschland nach Macht. Klingt nach politischem Theater mit der Brechstange - die Kritik zur Inszenierung finden Sie auf Seite 30.

Schriftsteller Salman Rushdie

Buch über brutale Attacke auf ihn

Der britisch-indische Schriftsteller Salman Rushdie veröffentlicht ein Buch über die gegen ihn gerichtete Messerattacke. "Knife. Gedanken nach einem Mordversuch" kommt im April kommenden Jahres in den Handel, wie die Verlagsgruppe Penguin Random House mitteilte. "Für mich war es notwendig, dieses Buch zu schreiben", erklärte der 76-Jährige. "Es ist meine Art, das, was geschehen ist, in den Griff zu bekommen und auf Gewalt mit Kunst zu antworten." Rushdie war im August 2022 bei einer Konferenz im US-Bundesstaat New York von einem US-Bürger mit libanesischen Wurzeln angegriffen und schwer verletzt worden. Seitdem ist er auf einem Auge blind.

Organisierte Kriminalität

Trend zu größeren Banden

Die Polizei stellt bei kriminellen Gruppierungen in Deutschland einen Trend hin zu immer größeren Banden fest. Außerdem beobachteten die Ermittler im Jahr 2022 eine hohe Zahl an Gewaltdelikten, wie aus dem aktuellen Lagebericht zur Organisierten Kriminalität hervorgeht, der in Berlin am Donnerstag vorgestellt wurde. Inzwischen hat rund ein Drittel der Banden, die der Polizei im vergangenen Jahr bekannt wurden, mehr als elf Mitglieder. Laut Bundeskriminalamts greifen sie zunehmend zu drastischen Mitteln, um Macht zu demonstrieren und Einfluss zu nehmen, etwa indem Zeugen eingeschüchtert oder vermeintliche Schulden mit Gewalt eingetrieben werden.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Migrationspolitik: Wegner bietet Zusammenarbeit an ++ Deutschlandticket:
Keine Einigung im Finanzstreit ++ Mord an der Berliner



Im Norden Regen, im Süden freundlich

Heute: Ober den Nordwesten und Norden ziehen dichte Wolken, und es regnet häufig. Sonst ist es wechselhaft bewölkt, geregnet, in Süden auch oft sonnig, und es bleibt meist trocken. In den Nordhäften werden 17 bis 23 Grad, im Süden 23 bis 29 Grad erreicht. Der Wind weht im Süden schwach, sonst mittig bis frisch, im Nordwesten und an den Küsten auch stark aus Süd bis Südwest.

Blauer Himmel: Die derzeitige Wetterlage belastet vor allem das Herz und den Kreislauf. Asthmatiker und Personen mit chronischer Bronchitis müssen sich häufig auf vermehrte Atembeschwerden einstellen und sollten sich vorsichtshalber schonen.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: October 13, 2023

End of Document

Neue Freundschaft zwischen Athen und Ankara; Jahrelang gab es Konflikte zwischen der Türkei und Griechenland. Nun wollen die Länder stärker kooperieren

Die Welt

Freitag 8. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 8; Ausg. 239

Length: 713 words

Byline: Carolina Drüten

Body

Athen

Innig begrüßen sich die beiden Männer, die vor Kurzem noch wie Feinde auftraten. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan umfasst die Hand des griechischen Premiers Kyriakos Mitsotakis mit beiden Händen, der wiederum berührt ihn freundschaftlich am Unterarm. Die Köpfe eng zusammengesteckt, lächeln beide.

Die Stimmung bei dem sogenannten Hohen Kooperationsrat zwischen der Türkei und Griechenland, an dem außer den Regierungschefs auch zahlreiche Minister beider Länder teilnehmen, ist bemüht freundlich. Zum ersten Mal seit sieben Jahren findet das Format statt. Es soll den Beginn einer neuen Ära markieren: "Wir wollen die Ägäis in ein Meer des Friedens und der Zusammenarbeit verwandeln", kündigt Erdogan an. Ein ambitioniertes Ziel, dessen Erfolg sich erst mit der Zeit zeigen wird. Die Spannungen zwischen der Türkei und Griechenland sind die Schwachstelle der Nato an ihrer Südostflanke - denn sie drohen immer wieder, zu einem handfesten Konflikt zu eskalieren. Auch um die Migration in die EU zu steuern, braucht es aber eine produktive Beziehung zwischen den Nachbarländern. Nach Jahren der Eiszeit scheinen es Athen und Ankara nun ernst zu meinen mit dem Neustart. Diese Entwicklung, sollte sie so fortgeführt werden, hat Auswirkungen auf die Nato, die EU - und auf Deutschland.

"Kyriakos, mein Freund", nannte Erdogan den griechischen Premier unmittelbar vor seinem Besuch in einem Interview mit der Tageszeitung "Kathimerini", für das der türkische Präsident die Fragen schriftlich beantwortete. Das klang im vergangenen Jahr noch ganz anders: Damals hatte Erdogan verkündet, Mitsotakis existiere für ihn nicht mehr. Außerdem drohte er implizit mit der Invasion griechischer Inseln, indem er sagte, türkische Soldaten könnten "über Nacht kommen". Türkische Kampfjets überflogen regelmäßig griechisches Territorium, eine schwere Verletzung der Souveränität. Im Sommer 2020 war die Lage so angespannt, dass sich im östlichen Mittelmeer wochenlang griechische und türkische Kriegsschiffe gegenüberstanden.

Neue Freundschaft zwischen Athen und Ankara Jahrelang gab es Konflikte zwischen der Türkei und Griechenland. Nun wollen die Länder stärker kooperieren

Für die Nato sind solche Szenen riskant, denn obwohl weder Ankara noch Athen Interesse an einem Krieg haben, können in angespannten Zeiten kleinste Missverständnisse oder Fehlkalkulationen dazu führen, dass die Lage eskaliert. Der Unruheherd im östlichen Mittelmeer könnte die Nato in kürzester Zeit an ihre Grenzen bringen - weshalb die Beilegung des Streits der Allianz zugutekommen würde. Der Konflikt ist aber kompliziert. Es geht um Gebiete im östlichen Mittelmeer, Bodenschätzungen und internationales Recht. Beide Parteien beanspruchen die Ausbeutung großer Erdgasfelder für sich. Auch streiten sie um den Status griechischer Inseln, die unmittelbar vor der türkischen Küste liegen.

Seit einigen Monaten nun verbessern beide Länder ihre Beziehungen. Das Treffen in Athen ist der bisherige Höhepunkt der Annäherung. Dabei haben Mitsotakis und Erdogan eine "Freundschaftserklärung" unterzeichnet. Auch wurde beschlossen, dass künftig türkische Staatsbürger ohne Visum für sieben Tage auf einige griechische Inseln reisen dürfen. Beide Männer sind sich zudem einig, dass der bilaterale Gipfel künftig regelmäßig stattfinden soll. Erdogan lud Mitsotakis für das Frühjahr nach Ankara ein.

Aus europäischer und speziell deutscher Sicht ist der Tagesordnungspunkt Migration besonders relevant. Die Türkei ist eines der großen Transitländer für Migranten auf dem Weg nach Europa, das östliche Mittelmeer die meistfrequentierte Route für Einwanderer aus dem Nahen und Mittleren Osten. In dem "Kathimerini"-Interview forderte Erdogan weitere Unterstützung aus Brüssel - und mahnte, man müsse in erster Linie die Fluchtursachen bekämpfen. Zunächst werden die Türkei und Griechenland ihre Zusammenarbeit etwa durch den Austausch von Beamten der jeweiligen Küstenwachen ausbauen. Die griechische Migrationsforscherin Angeliki Dimitriadi warnt vor zu hohen Erwartungen. Beide Seiten müssten ein realistisches Bild dessen haben, was die jeweils andere leisten kann. Die Partnerschaft müsse "langsam aufgebaut werden, um zu vermeiden, dass die andere Seite - in diesem Fall die Türkei - die Abhängigkeit als Hebel einsetzen kann", sagt sie. Denn trotz der positiven Zeichen auf dem Athener Gipfel: Die grundlegenden Probleme sind lange nicht gelöst.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 7, 2023

End of Document

"Viele Migranten sind gedanklich in ihrer Kultur"; Die Passivität der Politik bei der Integration treibt die Soziologin Necla Kelek seit Jahren um. Zuletzt wurde es ruhig um sie. Eine Begegnung

Die Welt

Mittwoch 31. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; **THEMA DES TAGES;** S. 2; Ausg. 103

Length: 1431 words

Byline: Andrea Seibel

Body

Wo ist sie nur? Hat sie etwa resigniert? Hat man sie mundtot gemacht? Necla Kelek gehört zu Deutschland. Aber man sieht und hört die Wissenschaftlerin, Autorin und Integrationsexpertin im identitätsgeplagten Deutschland nicht mehr so oft. Als wir uns in Berlin am Checkpoint Charlie treffen, wirkt die 65-jährige Necla Kelek so energiegeladen wie je.

"Ich habe mich bewusst zurückgezogen, weil ich merkte, das Thema **Migration** und Integration geht nicht mehr weiter. Und es wurde mir mit jenen, mit denen ich zusammenarbeitete, zu eng. Diese Arbeit muss bei aller Sorge Freude machen. Ich liebe zuallererst mein Leben. Und ich will nicht, dass mich meine Arbeit frustriert." Also hat Necla Kelek die Hauptstadt hinter sich gelassen. Und ist in die liberale, bürgerliche, irgendwie humanere Hansestadt Hamburg gezogen, wo man zumindest noch zuhört und einander ausreden lässt. Dort hat sie einen kleinen Verein gegründet: "Säkularer Islam". Integration ist und bleibt ihr Lebensthema.

Ihr Buch "Die fremde Braut" über die Lage der türkischen Frauen in der Migration hatte an einem Tabu gerührt. Zwar war ihre Expertise bei Parteien und Institutionen gefragt. Doch auf Händen trug man sie wahrlich nicht. Bald gab es überall Integrationsbeauftragte, doch zu einer wirklichen Wende ist es nicht gekommen. Im Gegenteil: Aus den Ditib-Moscheen tönen die Prediger Recep Tayyip Erdogan weiter jede Woche, was viele Deutschtürken zu Kofferträgern des türkischen Präsidenten macht. Peinlich für unsere Demokratie. Und der deutsche Staat sieht zu. Also: weg.

Wird man darüber nicht verrückt? Nein, sie will immer wieder darüber nachdenken, was diesen deutschen Staat im Umgang mit Fremden bewegt. Es sei nicht Nihilismus, Feigheit oder Unfähigkeit, sondern eine ganz bewusste Entscheidung. Eine liberale Gesellschaft sei die, in der jeder Glaube und jede Kultur einen Platz habe. Ansonsten halte sich der Staat raus. Wolle keine Richtung bestimmen, keine Linie vorgeben, Anforderungen stellen. Darauf ruht man sich aus. So, als ob Freiräume für Minderheiten ausreichten, um gesellschaftlichen Frieden zu schaffen. Wie die Menschen vorankommen, wie sie mit Frauen und Kindern umgehen, das interessiere die Politik nicht.

"Viele Migranten sind gedanklich in ihrer Kultur" Die Passivität der Politik bei der Integration treibt die Soziologin Necla Kelek seit Jahren um. Zuletzt wurde....

"Nein, Integration ist nicht das Thema, sondern Vielfalt", wurde ihr immer wieder gesagt. So laufe es auch in der Migrationsfrage. "Geflüchtete werden immer weiter aufgenommen, sie werden versorgt. Um Integration geht es den Kommunen nicht, das ist meine Kritik. Doch um ein freier Bürger mit Rechten und Pflichten zu werden, müssen die Menschen aber lernen. Das können sie nicht allein, und es ist nicht naturgegeben. Das gilt auch für die Kinder, die in deutsche Schulen gehen. Sie müssen dort nicht nur die Sprache, lesen, schreiben, rechnen, sondern auch die Freiheit lernen, über sich selbst zu entscheiden."

Welch vertane Zeit für all die Menschen, die es in eine liberale Gesellschaft geschafft haben, aber denen nicht gelingt, ein Teil der Bürgergesellschaft zu werden. "Damit ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau gemeint, die in vielen Kulturen immer noch ein Tabu ist. Der Mann ist Herrscher seiner Familie, dies setzt er hier fort. Darüber hinaus vermittelt man den Menschen nicht: Dank unserer Liberalität seid ihr hier. Welche Fähigkeiten habt ihr, was wollt ihr tun und was wollt ihr lernen? Einmal habe ich diese Fragen in einem Integrationskurs gestellt. Das empörte die Flüchtlingshelfer: Das sind doch traumatisierte Menschen, die muss man behüten "

Und so geht die deutsche Politik weiter diesen defensiven, ja passiven Weg. Auch wenn sich der Widerstand in den Kommunen regt, die Deutschen selbst Wohnungen suchen und keine Containersiedlungen vor ihrer Nase wollen, generell ein viel skeptischerer Ton im Land herrscht als 2015, glaubt Kelek, dass alle Parteien außer der AfD diese Praxis letztlich immer noch für gut befinden. "Grüne, Sozialdemokraten, eigentlich alle bürgerlichen Parteien sind doch letztlich zufrieden. Sie glauben daran, dass alles gut wird. Wenn man sich die Hochschulen und Fachhochschulen anschaut, die Ausbildung der Sozialarbeiter: Das alles läuft doch immer noch nach den bekannten Prinzipien des Helfenwollens. Der gesetzliche Rahmen ist eine Katastrophe. Viele Migranten und Geflüchtete haben zwar ihr Haus und Land verlassen, sind gedanklich aber in ihrem Dorf und ihrer Kultur geblieben. Hierzulande will man nur etwas wohlständiger leben, aber wie gehabt: Verheiratung und der Umgang mit den Kindern folgen den eigenen kulturellen Traditionen. Das Leben allerdings wird von den Deutschen finanziert. Das ist doch das Paradies auf Erden."

Vor 20 Jahren haben wir schon darüber geredet. Ist sie dessen nicht irgendwann müde? Sie glaubt tief im Innern an die Korrekturfähigkeit der deutschen Demokratie. Irgendwann. Irgendwie. Beim Klima, bei der Migration. Nein, die Welt geht nicht unter. Aber alles dauert unendlich lange. Vielleicht macht die nächste Generation einiges anders? Es wird jedenfalls nicht die letzte sein

Sie hofft, auf regionaler Ebene mehr zu bewegen. Und meint Gespräche in der Bürgerschaft über den mehr als zehn Jahre alten Staatsvertrag mit muslimischen Verbänden, Diskussionen mit Imamen in den Moscheen, Begegnung mit religiösen Menschen, die sensibel sind für Menschenrechtsfragen. Immer hatte sie einen anderen Ton, eine andere Temperatur. Das Kleine wird zum Essenziellen. Ihr Kernthema in Sachen Integration ist und bleibt "der Zwang zur Verheiratung": "Wir kommen da nicht von der Stelle." Auch, wie traditionelle, meist muslimische Migranten mit ihren Kindern umgehen. Alles soll die Schule richten. "Aber Eltern müssen Verantwortung übernehmen. Daher dürfen sie ihre Kinder nicht zwangsverheiraten, keine Kinderehen, keine Verwandtenehen oder Polygamie dulden." Familienpolitik als Nukleus von Integration? Wir wissen, was ein ehemaliger Kanzler dazu einst sagte. Kelek umgibt eine geradezu mütterliche Aura. Vielleicht auch daher ist sie nie massiv bedroht worden, brauchte keinen Polizeischutz wie so viele ihrer Weggefährten: Hamed Abdel-Samad, Ahmad Mansour, Seyran Ates. "Nein, ich bin schon 25 Jahre aktiv. Vielleicht waren den Islamisten und Nationalisten meine Bücher einfach zu anstrengend?" Sie lacht. "Meine Mutter sagte: Sterben werden wir alle, aber Hauptsache auf einem guten Weg. Ich bin keinen einfachen Weg gegangen. Wenn man Angst vor allem hat, darf man das nicht machen. Aber falls mein Leben bedroht würde, würde ich auch den Schutz des Staates in Anspruch nehmen."

Kritiker der deutschen Zustände bekommen durch die anhaltende Beschäftigung mit Missständen einen recht harten Ton, man könnte auch sagen: Verzweiflung gebiert Gnadenlosigkeit. Irgendwie brennen Sicherungen durch, selbst in aufgeklärten Kreisen. "Ich habe einen gesunden Menschenverstand, auf die Realität zu schauen. Der Journalist Thierry Chervel hat einmal zu mir gesagt: Du bist ein liberaler Mensch. Ich kenne dein Herz."

"Das Private ist politisch, hieß die Parole lange. Das löst sich jetzt auf. Ich lebe das auch so. Ich mache nicht meine Familie verrückt mit diesen Themen." Sie wohnt in Hamburg in derselben Straße wie ihr Sohn, dem sie eng

"Viele Migranten sind gedanklich in ihrer Kultur" Die Passivität der Politik bei der Integration treibt die Soziologin Necla Kelek seit Jahren um. Zuletzt wurde....

verbunden ist. Seit März bekommt sie eine kleine Rente und genießt das enorm. Als Freiberuflerin war es in den vergangenen Jahren nicht leicht. "Die beste Rache ist ein gutes Leben, sagt mein Mann." Was bedeutet ihr besonders viel? "Meine iranischen Freundinnen und Freunde und unser Kampf für deren Freiheit sind mir wichtig, und meine Arbeit bei Terre des Femmes." Nach zwei Jahren Pause möchte sie in den Vorstand zurück. Denn nicht Transgender sei das Thema, sondern die anhaltend prekäre Lage der Frauen besonders in Afghanistan und Iran. Der gute, alte Feminismus. "Diese Organisation, die seit 40 Jahren arbeitet, will man offenbar spalten. Ich hoffe auf einen Kompromiss, und ich hoffe, wir kriegen das hin."

Und dann ist da noch die Türkei. Ein in ihren Augen eigentlich säkulares, republikanisches Land. Aber in der Hand eines Präsidenten, der es in Gläubige und Ungläubige gespalten hat und nach Jahren stillen Bürgerkriegs gegen die säkularen und bürgerlichen Strukturen in seinem Präsidialsystem festsitzt wie in Beton gegossen. Und doch sei die Türkei anders als alle arabischen Länder. "Ich war vor Kurzem für vier Wochen in der Türkei - nach sieben Jahren. Ich habe das gewagt. Ich behaupte, der republikanische Geist bestimmt die Mehrheit der Gesellschaft. Deswegen hat mich der erste Wahlgang schwer enttäuscht. Dass Erdogan nun an der Macht bleibt, verheiñt, dass es keine gute Zeit wird."

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Necla Kelek ist Sozialwissenschaftlerin, Publizistin und Politikberaterin

Load-Date: May 30, 2023

End of Document

Die Deutsch-Aufgabe; Nur wenige Zuwanderer meistern den Integrationskurs im ersten Anlauf. Viele springen vorzeitig ab. Was läuft schief?

Die Welt

Donnerstag 3. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 149

Length: 1131 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Es klang positiv, was das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) im Februar verkündete: Mehr als 500.000 **Migranten** hätten 2022 einen Kurs für Zuwanderer begonnen - so viele wie nie, sagte Behördenpräsident Hans-Eckhard Sommer. Allein bei den Integrationskursen sei die Zahl der Teilnehmer auf 340.000 gewachsen. "Es ist uns gelungen, dies gewaltig zu skalieren", sagte Sommer. Er gehe davon aus, dass vom kommenden Sommer an eine große Zahl an Absolventen für den deutschen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen werde, zitierte ihn die Deutsche Presse-Agentur. Kein Thema war, wie gut die Teilnehmer durchschnittlich in den Kursen abschneiden. Und ob sie danach fit sind für das gesellschaftliche Leben und den Arbeitsmarkt.

Nun gibt es aktuelle Informationen des BAMF - und die sind nach Ansicht von Experten nicht gerade ermutigend. Demnach erreichten im Jahr 2022 nur rund 78.000 Absolventen eines Integrationskurses die gesetzlichen Ziele beim Sprachtest. Rund 48.000 schnitten schlechter ab. Bei rund 64.000 wurde ein "Kursaustritt aufgrund Inaktivität" registriert, was bedeutet, dass die Teilnehmer nicht alle erforderlichen Tests absolvierten und mindestens neun Monate nicht mehr aktiv im Kurs waren. Die Zahlen wurden in der Integrationskursgeschäftsstatistik veröffentlicht, abgefragt hatte sie auch die AfD-Fraktion. Da ein Integrationskurs zwischen sechs und neun Monate dauert, beziehen sich die Zahlen größtenteils auf Menschen, die 2021 oder sogar zuvor einen Kurs begannen. Die vielen ukrainischen Kriegsflüchtlinge sind dort noch nicht berücksichtigt. Aber auch für die ersten vier Monate des Jahres 2023 liegen vorläufige Daten vor. Rund 11.000 Teilnehmer absolvierten demnach bis Ende April erfolgreich den Sprachtest. Rund 9000 erreichten die Zielvorgaben nicht. Rund 28.000 Kursaustritte gab es wegen Inaktivität.

Dies sei eine "vernichtende Bilanz", findet der arbeitspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, René Springer. 2022 habe es 18.000 Integrationskurslehrer gegeben, zugleich hätten aber nur 78.000 Kursteilnehmer das gesetzlich angestrebte Sprachniveau B1 erreicht. "Im gesamten Jahr schafft es ein Lehrer also, vier Personen erfolgreich durch den Kurs zu bringen." Dies sei auch mit Blick auf das verwendete Steuergeld problematisch. Seit 2010 hätten

Die Deutsch-Aufgabe Nur wenige Zuwanderer meistern den Integrationskurs im ersten Anlauf. Viele springen vorzeitig ab. Was läuft schief?

die Integrationskurse mehr als fünf Milliarden Euro gekostet. "Zugleich stellen wir fest, dass die Durchfallerquote auf hohem Niveau stagniert."

Kritik übt nicht nur die AfD. Rechnungsprüfer sehen ebenfalls ein Problem. Im vergangenen Jahr kritisierte der Bundesrechnungshof, dass die Kosten pro Teilnehmer in den vergangenen Jahren immer höher geworden seien. Zwischen 2015 und 2018 sei die durchschnittliche Teilnehmerzahl um 69 Prozent gestiegen. Die Ausgaben seien hingegen um 225 Prozent gewachsen. Zugleich hätten sich die Ergebnisse nicht wirklich verbessert.

Woran liegt es, dass so viele an den Sprachtests scheitern? Und was ist zu tun? Der Sprachwissenschaftler Ibrahim Cindark vom Leibniz-Institut für deutsche Sprache in Mannheim sagt, dass das Programm für einige schlicht zu ambitioniert sei. "Die Erwartung, dass der Durchschnittsmensch nach sechs Monaten Sprachkurs das Niveau B1 erreicht, ist definitiv zu hoch." Cindark war an einem Projekt beteiligt, das die Sprachkenntnisse von mehreren Hundert Integrationskursteilnehmern unabhängig vom BAMF untersuchte - einmal zu Beginn und dann zum Ende des Kurses. Nur zehn Prozent der Teilnehmer hätten sich am Ende des Kurses tatsächlich auf dem gesetzlich festgelegten Sprachniveau B1 verständigen können, sagt Cindark. Der anderen seien vorher ausgeschieden oder erreichten nur A2 oder weniger.

Vor den Flüchtlingsbewegungen 2016, sagt Cindark, seien die Erfolgsquoten höher gewesen. "Allerdings waren die Teilnehmer bis dahin nur selten Geflüchtete. Oft handelte es sich um Zuwanderer, die schon im Heimatland Deutsch gelernt hatten, um überhaupt ein entsprechendes Visum zu bekommen." Seitdem wurde das Konzept nicht angepasst. B1 bedeutet laut dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen, dass man die Sprache "fortgeschritten" verwenden kann. Über vertraute Themen muss man sich dann zusammenhängend äußern können, Kerninhalte verstehen können. Schüler eines Gymnasiums erreichen das Niveau in der Regel nach mehreren Jahren Sprachunterricht.

Andere Faktoren erschweren den Lernprozess. Es gebe aktuell einen Mangel an Integrationskurslehrkräften, sagt Jeannette Langner, Geschäftsführerin des Berufsverbands für Integrations- und Berufssprachkurse. In den vergangenen Jahren seien viele gute Lehrkräfte abgewandert, zum Beispiel in den Schuldienst. Die Folge sei, dass viele Träger 25 Teilnehmer in einen Integrationskurs setzen. "Da muss man ordentlich strampeln, um alle durch B1 zu bringen."

Und dann gibt es noch Berichte über Zuwanderer, die schlicht nicht genügend Motivation für den Kurs aufbrächten. Wie viele es sind, lässt sich seriös nicht sagen. Klar ist nur: Wenn jemand dem Kurs fernbleibt und deswegen den Test nicht besteht, gibt es nicht allzu viel Druck. Er nehme nicht wahr, dass bei einem Kursabbruch regelhaft Sanktionen verhängt würden, beklagt der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Alexander Throm (CDU). "Die Ampel hat im Gegenteil die Sanktionen bei Einführung des Bürgergeldes reduziert. Anerkannte Flüchtlinge müssen kaum mit Kürzungen des Bürgergeldes rechnen, selbst wenn sie dem Integrationskurs fernbleiben."

Die Folgen sind mitunter problematisch - für die Betroffenen, aber auch für die Aufnahmegesellschaft. Zwar betont das BAMF, dass ein Nichteinreichen des B1-Zieles "mitnichten" ein Scheitern darstelle. Auch das Erreichen des Sprachniveaus A2 stelle für jede Person, die Deutsch als Fremdsprache lernt, "einen erheblichen Lernfortschritt" dar. Wiederholungen sind möglich, außerdem schließen Kurse an, die auf die Berufswelt vorbereiten. Außerdem ist es dem BAMF wichtig zu betonen, dass ein Austritt wegen Inaktivität nicht mit einem dauerhaften Abbruch gleichzusetzen sei. Auch wer die Teilnahme zum Beispiel wegen Krankheit länger unterbreche, gelte als inaktiv.

Sprachwissenschaftler Cindark hingegen sagt, es sei "für Teilnehmer frustrierend, wenn sie die vorgegebenen Ziele nicht schaffen". Er fordert, Ziele und Gestaltung der Kurse anzupassen - und zugleich besser mit der Arbeitswelt zu verzahnen. "Für Personen, die ganz neu eine Sprache erlernen, ist es realistisch, nach sechs Monaten das Niveau A2 zu erreichen." Das BAMF solle die Module entsprechend ändern. Die Integrationskurse sollten zugleich verstärkt mit Inhalten gefüllt werden, "die für das Berufsleben wichtig sind". Klar ist, für einen Berufseinstieg reicht das Niveau A2 in der Regel nicht aus. Mehrere Experten sagen, dass man damit maximal in Helfertätigkeiten arbeiten könne.

Die Deutsch-Aufgabe Nur wenige Zuwanderer meistern den Integrationskurs im ersten Anlauf. Viele springen vorzeitig ab. Was läuft schief?



Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 2, 2023

Verfassungsschutz warnt vor Russland-Nähe der AfD; 10.200 Parteimitglieder seien potenziell extremistisch

Die Welt

Mittwoch 21. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 118

Length: 1002 words

Byline: Frederik Schindler

Body

Nach 40 Minuten der Einigkeit wird auf dem Podium der Bundespressekonferenz am Dienstagvormittag ein Widerspruch deutlich. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte gerade auf die Frage eines Journalisten geantwortet: "Ich würde mal sagen, das nehme ich Herrn Haldenwang ab. Ich halte es nicht für geboten, dass der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz Empfehlungen an Wählerinnen und Wähler abgibt."

Der Journalist hatte sowohl Faeser als auch Behördenchef Thomas Haldenwang bei der Vorstellung des Verfassungsschutz-Berichtes für 2022 nach einer Botschaft für Menschen gefragt, die momentan erwägen, die AfD zu wählen. Die Ministerin riet den Wählern, danach zu schauen, wer ein tatsächliches Angebot für die Lösungen der Probleme habe. Dort sehe sie die AfD im Vergleich zu allen anderen Parteien "ganz hinten". "Aber gestatten Sie, ich möchte auch was sagen", sagt Haldenwang, seine Sitznachbarin Faeser lacht. Die Einstufung der AfD als Verdachtsfall im Bereich Rechtsextremismus bedeute, dass der Inlandsnachrichtendienst "hinreichend große Bestrebungen innerhalb der Partei" beobachte, die sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richteten. "Diese Teile der AfD verbreiten Hass und Hetze gegen alle Formen von Minderheiten, insbesondere Migrantinnen und Migranten", sagt Haldenwang. "Teile der AfD sind sehr stark von Moskau beeinflusst und verbreiten russische Narrative weiter. Das sind alles Umstände, die auch die deutschen Wählerinnen und Wähler bei ihrer Entscheidung im Hinterkopf haben sollten."

10.200 Personen innerhalb der AfD rechnet der Verfassungsschutz dem rechtsextremistischen Personenpotenzial zu - rund ein Drittel der Mitglieder. Auf Nachfrage von WELT, wie der Verfassungsschutz zu dieser Schätzung kommt, sagt Haldenwang am Dienstag, dass der Dienst sich bei der Berechnung an Ausführungen hochrangiger AfD-Funktionäre orientiere, die etwa zum Potenzial des formal aufgelösten völkisch-nationalistischen Flügel Zahlen genannt hätten. "Diese Einschätzungen haben wir sehr vorsichtig zugrunde gelegt." Laut Haldenwang wird ein Teil der 10.200 Personen zudem als gewaltbereit eingestuft - wie hoch diese Zahl eingeschätzt wird, will er aber nicht verraten.

Verfassungsschutz warnt vor Russland-Nähe der AfD 10.200 Parteimitglieder seien potenziell extremistisch

Das Verwaltungsgericht Köln hatte die Einstufung der AfD als Verdachtsfall im März des vergangenen Jahres bestätigt. Die AfD legte Berufung beim Oberverwaltungsgericht ein, das Verfahren läuft noch. In Verlautbarungen der AfD und ihrer Repräsentanten komme vielfach ein "ethnisch-kulturell geprägtes Volksverständnis zum Ausdruck, welches im Widerspruch zur Offenheit des Volksbegriffs des Grundgesetzes steht", heißt es im aktuellen Verfassungsschutz-Bericht. Dies zeige sich etwa darin, dass wiederholt zwischen Staatsbürgern deutscher und nicht deutscher Abstammung unterschieden werde.

Insbesondere Asylsuchenden und Migranten aus islamisch geprägten Herkunftsländern würden "oftmals pauschal eine kulturelle Inkompatibilität und ein ausgeprägter Hang zur Kriminalität unterstellt". Festzustellen seien außerdem Verunglimpfungen politischer Gegner sowie des Staates und seiner Repräsentanten, die "nicht eine Auseinandersetzung in der Sache, sondern eine generelle Herabwürdigung und Verächtlichmachung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland zum Ziel" hätten. Der parlamentarische Geschäftsführer der AfD im Bundestag, Bernd Baumann, wies die Vorwürfe am Dienstag zurück. Die Leiter der Verfassungsschutzbehörden seien "Untertanen der Innenminister", sagte er bei einem Pressegespräch.

Der Rechtsextremismus insgesamt sei "die größte Gefahr für die demokratische Grundordnung, nicht aber für die innere Sicherheit", sagte Faeser. Im zweiten Fall seien der islamistische Terrorismus sowie Bedrohungen durch Spionage und Cyberangriffe ebenso relevant. Deutschland sei "nach wie vor unmittelbares Zielspektrum islamistischer Terrororganisationen und auch von islamistisch motivierten Einzeltätern", so die Innenministerin. "Wir dürfen radikalen Islamisten in Deutschland daher keinerlei Spielraum lassen. Wir setzen unsere harte Gangart gegen Islamisten fort."

Im Bereich Islamismus und auslandsbezogener Extremismus werden weiterhin mehrere Organisationen beobachtet, die dem Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) angehören. So wird die Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa (Atib) weiterhin mit mindestens 2500 Mitgliedern den türkisch-rechtsextremen Grauen Wölfen zugerechnet. Sie ist Gründungsmitglied des ZMD, dort mitgliederstärkster Verband und auch im Vorstand vertreten. Das ZMD-Mitglied Islamisches Zentrum Hamburg sei "neben der Botschaft die wichtigste Vertretung der Islamischen Republik Iran in Deutschland". Das Innenministerium prüft momentan ein Verbot des Zentrums. Der Zentralrat der Muslime in Deutschland ist weiterhin Ansprechpartner vieler Ministerien und Politiker in Islamfragen. Im Dezember 2022 war der Zentralrat etwa erneut zur Auftaktveranstaltung der Islamkonferenz im Innenministerium mit Ministerin Faeser eingeladen.

Im Bereich des Linksextremismus ist im Bericht von einem deutlichen Rückgang um 37,4 Prozent bei den Straftaten die Rede sowie von einem Anstieg beim Personenpotenzial um 1800 auf nunmehr 36.500 Personen. Die Polizei sei "das zentrale Feindbild". Zudem seien der Staat und seine Einrichtungen sowie Rechtsextremisten Ziele von Gewalttaten. Behörden-Chef Haldenwang beobachtet in allen extremistischen Phänomenbereichen den Trend, dass Extremisten jünger würden und "weniger ideologisch festgelegt" seien. Zudem wachse die Zahl gewaltorientierter Anhänger.

Auf die radikale Klimaschutzgruppe "Letzte Generation" angesprochen, sagte Haldenwang, dass diese derzeit nicht als extremistische Gruppierung eingestuft werde. Es gebe dort "ein sehr heterogenes Bild". Es gehe teilweise um Straftaten, aber nicht um Extremismus. Die Masse der Menschen in der Klimabewegung setze sich unter dem Dach des Grundgesetzes für ihre Ziele ein. "Unterwanderungsversuche" behalte der Verfassungsschutz aber im Auge.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 20, 2023

"Asylthema ist letzte Bastion für grüne Grundhaltung"; Die Partei tut sich schwer, Restriktionen in der Migrationspolitik zu akzeptieren. Politikwissenschaftler Peter Graf Kielmansegg erklärt das mit einem "extremen Wirklichkeitsverlust"

Die Welt

Dienstag 5. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; THEMA DES TAGES; S. 2; Ausg. 236

Length: 1395 words

Byline: Hannelore Croly

Body

Peter Graf Kielmansegg, 86, ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität Mannheim. Er hält den Grünen vor, nie große Kraft entwickelt zu haben, Andersdenkende zu überzeugen - "im Gegenteil".

WELT:

Professor Graf Kielmansegg, erodiert das Vertrauen der Deutschen in die Politik tatsächlich so sehr, dass die Demokratie in Gefahr gerät?

Peter Graf Kielmansegg:

Jeder fünfte Wähler kann sich mittlerweile vorstellen, die AfD zu wählen. Das spricht zweifellos für eine gravierende Entfremdung. Schwierig einzuschätzen ist, wie tief diese Erosion reicht. Sie dringt aber wohl bereits in Tiefenschichten vor, betrifft also nicht mehr nur Akteure wie Parteien und Politiker, sondern unsere politische Ordnung im Ganzen. Dass die Demokratie dauerhaft eine Zukunft hat, ist keineswegs mehr so sicher, wie wir das 1989/90 meinten. In den USA konnte ein Mann wie Donald Trump das Vertrauen in die Wahlen, einen Grundpfeiler der Demokratie, erschüttern und wird womöglich trotzdem erneut Präsident.

Wo sehen Sie die wesentlichen Ursachen für diese um sich greifende Erosion des Vertrauens in Deutschland?

Seit 15 Jahren jagt eine Krise die andere mit Folgen, die die Bürger sehr unmittelbar zu spüren bekommen. Nach dem auf Beruhigung ausgerichteten Politikstil der MerkelÄra sind die Bürger unvorbereitet mit diesen geballten Herausforderungen konfrontiert. Da kommen Ohnmachtsgefühle auf. Die Erosion des Vertrauens ist aber auch ein Zeichen der Überforderung der Politik.

"Asylthema ist letzte Bastion für grüne Grundhaltung" Die Partei tut sich schwer, Restriktionen in der Migrationspolitik zu akzeptieren. Politikwissenschaftler

Inwiefern?

Von der Politik wird immer mehr erwartet, dass sie alle Probleme schultert und löst. Sie soll in jeder Hinsicht Sicherheit garantieren. Gelingt ihr das nicht, dann hat sie versagt, so die Grundhaltung. Das Sicherheitsdenken der Deutschen ist extrem ausgeprägt. Zugleich soll der Staat dem Einzelnen größtmögliche Freiheit gewähren und ihn in Ruhe lassen, doch die Risiken dieser Freiheit wollen viele nicht tragen. Der 1897 verstorbene Kulturhistoriker Jacob Burckhardt hat es trefflich formuliert: Demokratie soll alles und darf nichts.

Sie sprachen ein verbreitetes Ohnmachtsgefühl an. Woher röhrt in Zeiten von "Doppel-Wumms", "You'll never walk alone" und einem höchst spendablen Sozialstaat der Eindruck, übersehen und übergangen zu werden?

Zum einen haben wir eine von einem starken Lobbyismus vorwärtsgtriebene Sozialstaatsdynamik, die auf dem Prinzip beruht: Es ist nie genug. Zum anderen spielt die jahrelang durchgeholtene Politik der offenen Grenzen eine wesentliche Rolle. Hier kommen die Grünen ins Spiel, deren politischer und gesellschaftlicher Einfluss weit über das hinausgeht, was eigentlich dem Wählerstimmenanteil entspräche. Das erzeugt Frustration und Ärger bei jenen, die sich nicht wiederfinden in der grünen Agenda. Den Wahlergebnissen nach ist das die Mehrheit im Land. Das Empfinden, trotzdem nicht berücksichtigt zu werden, führt zum resignativen Rückzug oder zur aggressiven Attacke.

Die wachsende Gewalt im öffentlichen Raum ist also ebenfalls Symptom der gravierenden Legitimationskrise?

Die Legitimationskrise ist einer von vielen Gründen. Die Omnipräsenz von Gewalt in den sozialen Medien ein anderer; die Tatsache, dass unsere Gesellschaft nicht mehr den Willen und die Fähigkeit besitzt zu erziehen, ein dritter. Alle diese Enthemmungen wirken in die gleiche Richtung: Wenn die Gewaltfreiheit als tragendes Prinzip der Demokratie infrage gestellt wird, dann ist unsere Ordnung elementar gefährdet.

Die Grünen regieren erst seit Kurzem wieder im Bund mit, nach 16 Jahren Pause. Wie konnten sie zu einer so dominierenden politischen Kraft avancieren? Und zeugen nicht die diversen Koalitionen in Ländern und Kommunen für ihre Kompromissfähigkeit?

Es gab zweifellos Lernprozesse in der Partei, der Ukraine-Schock beispielsweise nötigte sie, sich von ihrem Pazifismus zu lösen. Ihre vielfältigen Koalitionsoptionen röhren aber maßgeblich daher, dass umgekehrt die jeweiligen Partner sehr zur Anpassung bereit waren. Gerade die Union ist den Grünen weit entgegengekommen. In Baden-Württemberg ließ sich das beobachten, auch in Nordrhein-Westfalen. Ausschlaggebend für die starke strategische Position der Grünen ist aber neben Wählerstimmen ein anderer Faktor.

Welchen meinen Sie?

Die Grünen werden weithin als die Partei wahrgenommen, die sich konsequent der Jahrhundertaufgabe der ökologischen Transformation unserer Zivilisation stellt. Mit diesem hohen moralischen Anspruch konnte sich die Partei zum politischen Sprachrohr eines Milieus machen, das zentrale gesellschaftliche Bereiche dominiert. In diesem Milieu versteht man sich als progressive Vorhut, die es besser weiß und belehrend den Weg weist. Neben den öffentlich-rechtlichen Medien sind das etwa Hochschulleitungen, Teile der evangelischen Kirche, viele Einrichtungen des kulturellen Betriebes oder bestimmte Sektoren des öffentlichen Dienstes. Diese Institutionen und Akteure wirken alle weit in Öffentlichkeit hinein. Als mit diesem Milieu eng verbundene Partei können die Grünen gesellschaftliche Diskurse prägen.

Auf welchen Politikfeldern halten Sie diese Dominanz für besonders problematisch?

Dass die ökologische Transformation eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahrzehnte ist, wird nur von wenigen Menschen infrage gestellt. Die Grünen sind aber zugleich die politische Sperrsippe einer Bewegung mit kulturrevolutionären gesellschaftlichen Zielen. Hier ist zum Beispiel die Sprachpolitik zu nennen. Ohne Rücksicht auf Mehrheitsmeinung oder Sprachgeschichte soll über das Gendern das Denken verändert werden. Am stärksten und folgenreichsten schlägt die grüne Grundeinstellung, dass moralische Imperative in Politik umgesetzt werden müssen, ohne der Wirklichkeit einen Einspruch zu gestatten, freilich in der Asylpolitik durch.

"Asylthema ist letzte Bastion für grüne Grundhaltung" Die Partei tut sich schwer, Restriktionen in der Migrationspolitik zu akzeptieren. Politikwissenschaftler

Wie ist diese Beharrlichkeit mit Blick auf die überforderten Länder und Kommunen erklärbar, in denen die Grünen schließlich oft mitregieren?

Das Asylthema ist so etwas wie die letzte Bastion für die grüne Grundhaltung, die Politik und Moral vollkommen zur Deckung bringen will. Diese Bastion wird ähnlich vehement verteidigt, wie eine religiöse Gemeinschaft für ihr Glaubensbekenntnis kämpfen würde. Schon die Hinnahme des europäischen Kompromisses war in diesem Sinne ein häretischer Akt. Die Parteiführung hat sich auf dem Parteitag zwar durchgesetzt, aber nur mit extremer Anstrengung. Die innerparteiliche Opposition zeigt mit ihrer Vorstellung, wir könnten und sollten das Elend der ganzen Welt bei uns aufnehmen, einen extremen Wirklichkeitsverlust. Die AfD verdankt ihre Stärke im Wesentlichen der Tatsache, dass sich die Politik als unfähig erwiesen hat, auf den Massenzustrom von Migranten eine angemessene Reaktion zu finden. Insofern haben die Grünen ihren Teil dazu beigetragen, dass wir jetzt einen beunruhigenden Rechtsextremismus im Land haben.

Wenn wir auf das Desaster mit dem Heizungsgesetz schauen: Waren das handwerkliche Fehler? Fehleinschätzungen? Unvermögen?

Die Grünen haben nicht erkannt, dass die Menschen in ihrer Grundsypathie für eine ökologische Wende zwar bereit sind, Müll zu sortieren oder Lastenrad zu fahren. Aber wenn es wirklich ins Portemonnaie geht, dann wird es schwierig. Die geleistete Überzeugungsarbeit reicht bei Weitem noch nicht aus. Dazu trägt auch der durch einen gewissen Hochmut geprägte Stil bei. Sie haben nie eine große Kraft entwickelt, Andersdenkende zu überzeugen und mitzunehmen. Im Gegenteil: Diskussionsspielräume werden bedenklich eingeengt, indem Kritik an der Politik der offenen Grenzen als "rechts" - gleichgesetzt mit rechtsextrem - etikettiert und diskreditiert wird.

Gerade wurden die Grünen in Hessen aus der Regierung gekegelt, Anfang des Jahres in Berlin. Die Umfragewerte sind schwach, die Aggression gegen die Partei etwa im Bayern-Wahlkampf war stark. Liegt vor den Grünen eine düstere Zukunft?

Hessen ist natürlich ein Signal. Das, was man früher große Koalition nannte, wird wieder stärker zur Option, vor allem bei der Union. Bei der SPD muss die Lage wie in Hessen und Berlin schon sehr verzweifelt sein, um sie in diese Richtung zu treiben. Trotzdem sehe ich nicht, dass die Grünen aus dem politischen Spiel herausgedrängt werden. Dazu ist ihre strategische Position zu stark. Dreierkoalitionen werden in der zunehmend fragmentierten Parteienlandschaft in vielen Fällen die einzige Option bleiben. Und dann sind die Grünen immer drin.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Außenministerin Annalena Baerbock neben Wirtschaftsminister Robert Habeck auf dem Grünen-Parteitag Ende November.

Load-Date: December 7, 2023

Die vielfältigen Gründe für den Judenhass; Warum ist Antisemitismus in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen so stark ausgeprägt? Eine Forscherin gibt Antworten

Die Welt

Donnerstag 20. April 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 77

Length: 847 words

Byline: Frederik Schindler

Body

Erst in diesem Monat waren sie wieder auf den Straßen in Berlin-Neukölln zu hören: antisemitische und israelfeindliche Rufe bei einer propalästinensischen Demonstration. Vor allem arabischsprachige junge Männer nahmen an der Versammlung teil. Schon seit vielen Jahren berichten Juden in Deutschland, dass ihnen abseits von Antisemitismus aus der Mehrheitsgesellschaft insbesondere auch der Judenhass in migrantischen und muslimischen Communitys Sorgen bereite.

So einig man sich in der Debatte darüber ist, dass jede Form des Antisemitismus bekämpft werden müsse, so uneinig sind sich viele bei der Analyse, welche Phänomene wie ausgeprägt sind. Der Mediendienst Integration stellte am Mittwoch eine sogenannte Metaanalyse der Antisemitismus-Forscherin Sina Arnold vor, in der mehrere bereits vorhandene Studien zu dem Themenkomplex ausgewertet werden. Die Forschungslage ist komplex.

Beim klassischen Antisemitismus - einer Weltsicht, in der Juden bestimmte biologische oder kulturelle Eigenschaften zugeschrieben werden - weisen Muslime allgemein deutlich höhere Zustimmungswerte auf als Nichtmuslime. Auch bei Menschen mit Zuwanderungsgeschichte verweisen einige Erhebungen auf höhere Zustimmungswerte. Weitere Studien zeigen, dass der klassische Antisemitismus am stärksten bei Personen mit Migrationshintergrund ausgeprägt ist, die keine deutsche Staatsbürgerschaft haben. "Angehörige der zweiten Einwanderungsgeneration stimmen klassischem Antisemitismus seltener zu als ihre eingewanderten Eltern", heißt es in der Expertise des Mediendiensts Integration.

Die Studienlage zum Aspekt der Religiosität ist widersprüchlich. "Manche Studien weisen darauf hin, dass ein höherer Grad an Religiosität mit höheren antisemitischen Einstellungen einhergeht. Anderen Studien zufolge spielt die Stärke der Religiosität keine Rolle", heißt es. Insbesondere dogmatisch-fundamentalistische oder traditionell-konservative religiöse Einstellungen begünstigten eine Feindschaft zu Juden. Auch in "autoritären Kreisen der nicht-muslimischen deutschen Bevölkerung" gebe es höhere Zustimmungswerte zu antisemitischen Aussagen.

Die vielfältigen Gründe für den Judenhass Warum ist Antisemitismus in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen so stark ausgeprägt? Eine Forscherin gibt Antwort....

Unter Muslimen gebe es teilweise eine Praxis, "den eigenen Glauben in expliziter Abgrenzung zu Juden, Jüdinnen, dem Judentum und dem Staat Israel zu interpretieren".

Beim sekundären Antisemitismus - etwa Holocaust-Relativierung oder Täter-Opfer-Umkehr im Kontext nationalsozialistischer Verbrechen - zeigen Menschen mit Migrationshintergrund hingegen in mehreren Studien geringere Zustimmungswerte als Deutsche ohne Zuwanderungsgeschichte. Eine Auseinandersetzung mit der familiären Involvierter in der NS-Zeit sei für Deutsche mit Zuwanderungsgeschichte "weniger relevant", heißt es zur Erklärung.

Beim israelbezogenen Antisemitismus werden etwa traditionelle jüdenfeindliche Stereotype auf den Staat Israel übertragen oder Juden weltweit für israelische Politik verantwortlich gemacht. Hier weisen Menschen mit Migrationshintergrund außerhalb der EU demnach wesentlich höhere Zustimmungswerte als Menschen ohne Migrationshintergrund auf; bei Menschen mit EU-Migrationshintergrund sind die Zustimmungswerte geringfügig höher.

"Die Dauer des Aufenthalts in Deutschland ist ausschlaggebend für antisemitische Einstellungen", heißt es in der Expertise. "Die höhere Zustimmung zu antisemitischen Aussagen schwindet, je länger Migrantinnen und Migranten in Deutschland leben." In der deutschen Gesellschaft sei Antisemitismus zwar weiterhin verbreitet, aber offiziell tabuisiert. Wenn Menschen hier wohnen und aufwachsen, lernten sie ein "Einhalten der sozialen Norm gegen Antisemitismus".

Laut mehreren Studien können auch Diskriminierungserfahrungen eine Rolle spielen. "Es wäre eine seltsame Entschuldigung, antisemitische Äußerungen auf Demonstrationen auf Diskriminierungserfahrungen zurückzuführen", sagte Antisemitismus-Forscherin Arnold WELT. "Einige Studien zeigen aber, dass Menschen mit Migrationshintergrund und Muslime das Gefühl erfahren, nicht dazugehören, und deshalb der Wunsch gestärkt wird, zu einer anderen Gruppe wie etwa Muslimen dazugehören. Zur Identitätsstabilisierung werden Juden dann als Fremdgruppe abgewertet."

Als weitere Erklärung wird der Antisemitismus in den Herkunftsstaaten genannt; dieser ist in einigen Ländern Teil der staatlichen Propaganda. Teilweise finden sich in den untersuchten Studien Hinweise darauf, dass nationale Diskurse einen stärkeren Einfluss auf negative Einstellungen gegenüber Juden hätten als die religiöse Zugehörigkeit. Etwa arabischer Nationalismus stelle "einen zentraleren Bezugspunkt für antisemitische Vorurteile dar als die muslimische Religion"; dieser präge "auch die Haltungen nichtreligiöser Musliminnen und Muslime oder anderer Religionsangehöriger".

Arnold warnt davor, Menschen mit Migrationshintergrund in der Antisemitismus-Debatte "verallgemeinernd in einen Topf" zu werfen. "Die untersuchten Studien zeigen, dass es etwa zwischen Sunnitern und Aleviten oder zwischen verschiedenen Herkunftsländern große Unterschiede gibt und es etwa zu säkularen Kulturmuslimen zu wenig Daten gibt."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Teilnehmer einer jüdenfeindlichen Demonstration in Berlin-Neukölln

Load-Date: April 19, 2023

Die vielfältigen Gründe für den Judenhass Warum ist Antisemitismus in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen so stark ausgeprägt? Eine Forscherin gibt Antwort....

End of Document

Rekord bei Einwanderung nach Großbritannien; Migration über Ärmelkanal macht nur Bruchteil aus

Die Welt

Dienstag 30. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 102

Length: 1005 words

Byline: Mandoline Rutkowski

Body

London

Die Reaktion des britischen Premiers Rishi Sunak war ganz nüchtern. "Die Zahlen sind zu hoch, so einfach ist das. Ich werde dafür sorgen, dass sie sinken." Anlass waren die gerade veröffentlichten Einwanderungsdaten des Office for National Statistics (ONS). werden in Großbritannien als Armutszeugnis der konservativen Migrationspolitik gelesen.

Im vergangenen Jahr hat die Netto-Migration, also die Differenz zwischen Ein- und Auswanderung, mit 606.000 einen neuen Höchstwert erreicht. Im Jahr 2015 vor dem Brexit-Referendum lag er bei 329.000. Das "Take Back Control"-Versprechen, das die Brexit-Befürworter jahrelang vortrugen, scheint gebrochen. Aber nicht die von Innenministerin Suella Braverman bezeichnete "Invasion" der Einwanderer über den Ärmelkanal ist für den Anstieg der Zahlen verantwortlich: Nur 45.755 Menschen kamen im vergangenen Jahr über diese Route. Die Regierung um Sunak hatte sich in den vergangenen Monaten mit harter Rhetorik und einem umstrittenen Gesetz der Eindämmung der "Small Boat"-Migranten verschrieben. Aber ein Großteil ist auf die Einwanderung auf legalem Weg zurückzuführen, wie die ONS-Erhebung zeigt.

Im Vergleich zu Vor-Brexit-Zeiten präsentieren nicht mehr legal einreisende EU-Bürger, sondern solche aus anderen Teilen der Welt das Gros der Einwanderer. Von den knapp 1,2 Millionen Menschen, die im vergangenen Jahr auf die Insel kamen, stammten 925.000 aus Nicht-EU-Ländern. Der größte Anteil (361.000) fiel auf Studierende, die meisten davon aus Indien, China und Nigeria. Brisant ist, dass rund 235.000 Nicht-EU-Einwanderer zu Arbeitszwecken in das Land kamen (2021: 61.000). Die Zahlen offenbaren einen Denkfehler der Brexit-Bewegung. In den Jahren vor dem Referendum hatte insbesondere die Ukip-Partei gegen Osteuropäer in Großbritannien gewettet, denen sie vorwarfen, Einheimischen die Jobs wegzunehmen. Sie arbeiteten dort vordergründig im Niedriglohnsektor, etwa in der Landwirtschaft oder im Bausektor.

Rekord bei Einwanderung nach Großbritannien Migration über Ärmelkanal macht nur Bruchteil aus

Drei Jahre nach dem Brexit zeigt sich: In Großbritannien herrscht akuter Arbeitskräftemangel, insbesondere im Niedriglohnsektor. Weder Einheimische noch EU-Bürger wollen die Jobs machen. "Britten sind wenig daran interessiert, saisonal zu arbeiten, weil sie langfristige Jobs brauchen", sagt Madeleine Sumption, Direktorin des Projekts Migration Observatory an der Oxford-Universität. "Sie wollen oftmals auch nicht zu Niedriglöhnen arbeiten, insbesondere angesichts der explodierenden Lebenshaltungskosten hierzulande." Weil der Brexit die Einreisebestimmungen für EU-Bürger erschwert hat - sie benötigen nun ein Arbeitsvisum und können nicht mehr vom EU-Freizügigkeitsrecht Gebrauch machen - kommen auch diese nicht mehr. Zudem sind die Einkommensschwellen seit dem EU-Austritt für ausländische Arbeitskräfte gesenkt worden. Dies gestalte die Arbeit für Nicht-EU-Bürger weitaus attraktiver als für solche aus der Union, weil die Löhne in ihren Heimatländern oftmals niedriger seien, glaubt Sumption.

Vor allem in der Agrarwirtschaft ist der Arbeitskräftemangel spürbar. Berichte über britische Bauern, deren Ernte zugrunde geht, weil Landarbeiter fehlen, sind keine Seltenheit. Das Innenministerium hat deshalb das Kontingent für Saisonarbeiter in den vergangenen Jahren kontinuierlich erhöht - in diesem Jahr auf 47.000. Dennoch kamen zwischen März 2022 und 2023 über das "Seasonal Work Scheme" nur 35.122 ins Land, wie aktuelle Erhebungen des Innenministeriums zeigen. Die meisten Antragsteller stammten aus Kirgistan und Usbekistan. Zuvor machten Ukrainer einen Großteil dieser Arbeiter aus. Auch der unterfinanzierte National Health Service, das britische Gesundheitssystem, ist auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Im Vergleich zu 2022 stieg die Zahl der Visa für Gesundheits- und Pflegeberufe um 171 Prozent. Die meisten Arbeitskräfte stammten aus Indien, Simbabwe und Nigeria.

Aus den Reihen der Konservativen zeigten sich zuletzt vorsichtige Reaktionen auf die Entwicklung. Justizminister Alex Chalk schlug vor, gering qualifizierte Stellen im Gastgewerbe und im Gartenbau mit ehemaligen Häftlingen zu besetzen, um die Einwanderungszahlen zu senken. Innenministerin Braverman erklärte Mitte Mai, es gebe "keinen Grund", warum nicht mehr einheimische Arbeitskräfte als "Obstpflücker" und "Lkw-Fahrer" ausgebildet werden könnten. Dafür getan wird allerdings wenig, meinen Kritiker. Stephen Kinnock, Labour-Politiker und Schatteneinwanderungsminister, schrieb in einem "Times"-Gastbeitrag, die Konservativen hätten versäumt, "einheimische Talente auszubilden" und "Menschen im erwerbsfähigen Alter wieder an den Arbeitsplatz zu bringen", "um die eine Million offenen Stellen im Vereinigten Königreich zu besetzen."

Die Oppositions-Partei wirft den Konservativen zudem vor, britische Arbeitgeber zu ermutigen, Arbeitskräfte in den Sektoren, die auf der von der britischen Regierung geführten Liste offizieller Mangelberufe stehen, aus dem Ausland zu rekrutieren. Solche dürfen mit 20 Prozent weniger Gehalt entlohnt werden als ihre britischen Wettbewerber. Im März wurden Bauarbeiter, Dachdecker und Handwerker hinzugefügt, zuletzt wurde die Liste um Fischerberufe erweitert. Die Konservativen befänden sich in einer "Zwickmühle", erklärt Anne Kershaw, Migrationsforscherin an der Queen Mary University in London, WELT. "Um Berufe im Niedriglohnsektor attraktiver zu gestalten, müsste der Mindestlohn angehoben werden, was wiederum zur bereits hohen Inflation beitragen würde. Das würde jeder Bürger beim Einkaufen zu spüren bekommen."

Für die Tories erweisen sich die ONS-Zahlen kurz nach der Wahlschlappe Anfang Mai bei den Lokalwahlen als eine Belastungsprobe. "Die Wut und Frustration meiner Wähler konzentrierte sich bisher auf die illegale Migration, aber das wird weiter zunehmen, wenn sie diese Zahlen zur legalen Migration sehen", sagte der Konservative Martin Vickers. Ein anderer Tory-Abgeordnete sagte gegenüber "Politico": "Die Wut wird deutlich werden, wenn wir dieses Wochenende in unseren Wahlkreisen an die Türen klopfen."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 29, 2023

Was wir von Migranten lernen können

Die Welt

Donnerstag 9. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; GASTKOMMENTAR; S. 7; Ausg. 29

Length: 840 words

Byline: Catharina Bruns

Body

Deutschland verschleppt seit Jahrzehnten seine Modernisierung. Und ist zu einem Land geworden, in dem weder Vielfalt noch Selbstständigkeit eine große Rolle spielen. Nun wird beides dringend gebraucht. Denn nicht nur Fachkräfte fehlen, sondern auch Unternehmergeist. Gleichzeitig reden alle über Integration, aber niemand über die Selbstständigkeit. Ein Fehler, denn in puncto Gründungsmentalität können wir viel von Einwanderern lernen. Sie tragen erheblich zum Gründungsgeschehen in Deutschland bei, jede fünfte Existenzgründung erfolgt laut Untersuchungen der KfW durch **Migranten**, jede vierte durch Gründer mit **Migrationshintergrund**.

Auch, weil Menschen mit bestimmten Namen auf dem Arbeitsmarkt (und nicht nur dort) immer noch diskriminiert werden. Aber laut KfW Research , spielt auch die größere Risikobereitschaft eine Rolle. " 38 Prozent der **Migranten** in Deutschland wären - unabhängig von ihrer tatsächlichen Erwerbssituation - grundsätzlich lieber selbstständig als angestellt. " Im Bereich der Startups, also der Gründungen mit hohem Innovationsanspruch, haben laut **Migrant** Founders Monitor 22 Prozent der Gründer ausländische Wurzeln. Sie sind überwiegend Akademiker (91 Prozent), mit starken Aufstiegsambitionen, mehrheitlich Abschlüssen in den Bereichen "Wirtschaft und MINT" und bringen eine ausgeprägte Startup-Mentalität mit.

Die unternehmerischen Potenziale von Menschen mit Migrationsgeschichte sind enorm. Gleichzeitig bilden wir uns ein, dass wir nur freie Stellen anbieten müssen, damit gut ausgebildete Zuwanderer dies schon als ihre große Chance verstehen. Aber die im Vergleich zu anderen europäischen Ländern hohe Steuer- und Abgabenlast, der Bürokratismus, der Mangel an Wohnraum , das peinliche Hinterherhinken bei der Digitalisierung und kaum englischer Sprache in Ämtern und Behörden, sind keine Pull-Faktoren. Das Problem von knappem Wohnraum oder Überlastung im Gesundheitswesen besteht durchaus auch in London, Stockholm oder Dublin. Aber anderswo versprühen die Städte Großstadtflair oder reizen mit einem bestimmten "Way of Life" - was aber ist eigentlich der deutsche "Way of Life"?

Typisch deutsch ist die klare Trennung von Arbeit und Leben. Aber das Ideal der abhängigen Beschäftigung verlangt auch maximale Anpassungsbereitschaft. Wer sein Heimatland verlässt, hat vielleicht größere Träume. Das sozialdemokratisch geprägte Streben vom kleinen Arbeiter zum Angestellten und das konservative Versprechen

Was wir von Migranten lernen können

von Stabilität, hat ein Deutschland hervorgebracht, in dem wir alle nicht zu groß träumen brauchen. Hier hofft nicht der Staat auf uns, sondern wir auf den Staat. Für Mittelmaß mag das reichen, aber wen soll das anziehen? Damit Deutschland Magnet für qualifizierte Berufstätige wird, müssen zuerst wir uns bewegen. Menschen sind keine Planstellen.

Was Deutschland fehlt, ist die Lust auf Zukunft. Es fehlt eine moderne Aufstiegserzählung, die Menschen mit Träumen anspricht und dem Wunsch, Teil eines Lebensgefühls zu sein. Dafür müssen wir unser gestörtes Verhältnis zur Selbstständigkeit, zur Freiheit und zum Aufstieg überdenken. Und alles dafür tun, dass auch selbstständiger Arbeitskraft nichts im Weg steht. Besonders betroffen vom Fachkräftemangel sind laut Wirtschaftsministerium Branchen, in denen auch qualifizierte Selbstständige die Kräfte verstärken könnten: Pflege, Ingenieurwesen, Handwerk, IT. Aber die hiesigen Regelungen zur Scheinselbstständigkeit und mangelnde Anerkennung von ausländischen Abschlüssen verbauen die freie Arbeit. Typisch deutsch, aber zukunftsweisend ist das nicht. Die Annahme, dass Leute so arbeiten werden, wie es hier gerade passt, nur weil sie die formale Qualifikation haben, unterschätzt nicht nur ihre Möglichkeiten, sondern auch die der freien Marktwirtschaft. Und es killt den unternehmerischen Drive, den unser Land so dringend nötig hat.

Eine aktuelle Studie vom Institut der deutschen Wirtschaft zeigt, dass die Selbstständigkeit ein wichtiger Faktor für soziale Mobilität ist, also die Aufstiegschancen in unserem Land vergrößert. Eine Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung kommt zu dem Ergebnis, dass Selbstständige mit Migrationshintergrund um 44 Prozent mehr verdienen als das durchschnittliche Netto-Einkommen von Angestellten mit Migrationshintergrund. Unser Aufstiegsversprechen darf keine bloße Anpassungsaufforderung sein. Auch wenn weder mehr Selbstständigkeit, noch mehr Zuwanderung allein den Fachkräftemangel beheben, so sorgt doch beides dafür, das Land und die Wirtschaft zu dynamisieren. Und das könnte jetzt wichtiger sein, als der bloße Versuch Lücken zu füllen.

Ein Land, in dem man seine eigenen Träume verwirklichen kann, ist für engagierte Leute tausendmal attraktiver als jede Arbeitsplatzgarantie. So ein Deutschland würde nicht nur die Leistungsbereiten der Welt anziehen, sondern auch die vielen schon vorhandenen Potenziale zur Entfaltung bringen, die bisher stille Reserve sind. Auch wenn nicht jeder von der Selbstständigkeit träumt.

Catharina Bruns ist eine deutsche Unternehmerin und Sachbuchautorin.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: February 8, 2023

End of Document

Zu Hause wird doch Deutsch gesprochen; Auch in vielen Haushalten mit Migrationshintergrund

Die Welt

Mittwoch 22. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Wissenschaft; S. 8; Ausg. 38

Length: 248 words

Byline: Dpa

Kami

Body

Knapp 80 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen sprechen nur Deutsch in den eigenen vier Wänden. In Haushalten mit ***Migrationshintergrund*** tut das etwa ein Drittel, wie das Statistische Bundesamt am Dienstag zum Internationalen Tag der Muttersprache am 21. Februar mitteilte.

15 Prozent der rund 82,3 Millionen Menschen, die in Deutschland in Privathaushalten leben, sind mehrsprachlich: Sie sprechen zu Hause neben Deutsch noch mindestens eine weitere Sprache. "Während für knapp ein Drittel von ihnen Deutsch die vorwiegend gesprochene Sprache im Haushalt war, verständigten sich gut zwei Drittel hauptsächlich mit Hilfe einer anderen Sprache", berichten die Statistiker. Nur fünf Prozent sprachen zu Hause kein Deutsch.

Unter den Menschen, die zu Hause vorwiegend eine andere Sprache nutzen, war Türkisch mit 15 Prozent die häufigste Sprache. Danach folgten Russisch (13 Prozent), Arabisch (10 Prozent), Polnisch (7 Prozent) und Englisch (6 Prozent). Basis der Statistik war der Mikrozensus 2021 - die neu zugezogenen Ukrainer sind also noch nicht erfasst.

"Deutsch wird auch von vielen Personen mit Migrationshintergrund zur Kommunikation im eigenen Haushalt genutzt", heißt es. 32 Prozent der rund 22,6 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund sprachen nur Deutsch zu Hause. 50 Prozent griffen auf mindestens eine weitere Sprache zurück. 18 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund sprachen zu Hause ausschließlich eine oder mehrere andere Sprachen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: February 21, 2023

Zu Hause wird doch Deutsch gesprochen Auch in vielen Haushalten mit Migrationshintergrund

End of Document

Bezahlkarte für Flüchtlinge ist bereits im Einsatz; Hannover hat die ersten 70 Karten ausgegeben

Die Welt

Dienstag 12. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Wirtschaft; S. 12; Ausg. 241

Length: 701 words

Byline: Karsten Seibel

Body

Dreimal hat die Arbeitsgruppe Bezahlkarte mittlerweile getagt. Es ist jenes Gremium, dass vor einem Monat eingesetzt wurde, um "Barauszahlungen an Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz einzuschränken", wie es in dem Beschluss nach dem Treffen der Ministerpräsidenten mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) Anfang November hieß.

Die viel diskutierte Bezahlkarte soll, so das Ziel, Bargeldauszahlungen an Asylbewerber weitgehend ersetzen und dadurch nicht nur die kommunale Verwaltung entlasten, sondern auch den Anreiz für Flüchtlinge senken, überhaupt nach Deutschland zu kommen. Mittlerweile ist man sich auf Arbeitsebene zumindest einig, was die Bezahlkarte alles können soll. Auf einer Liste mit den Anforderungen, die WELT vorliegt, heißt es unter anderem: Es soll sich um eine reine Guthabenkarte handeln, ohne ein Konto dahinter. Die Karte soll sowohl physisch als auch digital auf dem Smartphone ausgegeben werden können. Überweisungen sollen nicht möglich sein, weder im In- noch im Ausland, keine Interneteinkäufe, kein Auslandseinsatz.

Im nächsten Schritt sollen bis zum 31. Januar auf politischer Ebene nicht nur die Mindeststandards festgeschrieben werden, sondern auch nötige rechtliche Änderungen vereinbart werden. "Ziel ist es, das Projekt danach unter möglichst großer Länderbeteiligung in eine Ausschreibung zu geben", teilte ein Sprecher der hessischen Landesregierung mit. Hessen ist aktuell das Vorsitzland der Ministerpräsidentenkonferenz. Während sich die Vertreter der 16 Landesregierungen zusammen mit Vertretern des Bundeskanzleramtes und einzelner Ministerien noch darüber unterhalten, wie am Ende die Ausschreibung für eine solche Karte genau aussieht, werden in einzelnen Städten bereits Fakten geschaffen.

In der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover sind seit Mitte November bereits 70 Karten in Umlauf, 300 bis 400 sollen es schon bald sein. "Die SocialCard bietet Geflüchteten einen diskriminierungsfreien Zugang zur bargeldlosen Zahlung", sagt Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne). Das Geld, das Flüchtlingen nach Asylbewerberleistungsgesetz zusteht, wird vom Sozialamt der Stadt als Guthaben monatlich automatisch auf die Karte geladen. Das reduziere den Verwaltungsaufwand bei den Sozialleistungen und die Flüchtlinge müssten

Bezahlkarte für Flüchtlinge ist bereits im Einsatz Hannover hat die ersten 70 Karten ausgegeben

ihrerseits nicht mehr Schlange stehen, um an ihr Geld zu kommen, sagt Onay. Es ist aus seiner Sicht ein Schritt hin zu einer digitalen, modernen Kommune.

Die Karte - aus Plastik oder virtuell - ist innerhalb weniger Minuten einsetzbar. Anders als bei herkömmlichen Karten steht dahinter kein Konto, auf das Geld kommt oder von dem Geld abgeht. Nur das Sozialamt kann die mit einer IBAN versehene Karte aufladen. Ist das Guthaben verbraucht, ist sie im wahrsten Sinne wertlos - bis sie wieder aufgeladen wird. Optisch sehen die Karten aus wie jede andere Bezahlkarte. Der Flüchtlingsstatus der Nutzer ist beim Bezahlen also nicht erkennbar. Eine Kooperation mit dem Kartenanbieter Visa soll eine hohe Akzeptanz der Karte bei Händlern gewährleisten.

Die Stadt Hannover hat sich dafür entschieden, keinerlei Vorgaben zu machen, für welche Einkäufe und an welchen Orten die Menschen die Karte einsetzen. Flüchtlinge können mit ihr in allen Geschäften und Online-Shops bezahlen. Auch lässt sich mit der Karte Bargeld am Automaten und an der Supermarktkasse ziehen. Wichtig sei ein diskriminierungsfreier Zugang zur bargeldlosen Zahlung, sagt Onay. Die aktuelle Debatte um Sachleistungen hält der Grünen-Politiker für "falsch und nicht zielführend".

Das Entscheidende mit Blick auf die bundesweite Einführung einer solchen Bezahlkarte ist aber: Will ein Land oder eine Kommune den Karteneinsatz beschränken, ist dies durchaus möglich. "Die Karte kann je nach Bedarf konfiguriert werden", sagt Joerg Schwitalla, Gründer und Geschäftsführer der Publk GmbH, der die SocialCard entwickelt hat. Die Bargeldausgabe beispielsweise könnte unterbunden, der Einsatz auf bestimmte Beträge und Regionen begrenzt, Online-Käufe ausgeschlossen werden. Mit Leipzig steht eine weitere Großstadt kurz vor der Einführung dieser Bezahlkarte. Schwitalla bekam auch in Sachsen vor einigen Tagen den Zuschlag.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 11, 2023

End of Document

Deutschlands ungenutztes Potenzial bei der Zuwanderung; Die Regierung will Personalengpässe durch ausländische Arbeitskräfte abfedern. Eine neue OECD-Studie zeigt jetzt die Defizite in der bisherigen Migrationspolitik auf

Die Welt

Freitag 16. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Wirtschaft; S. 10; Ausg. 115

Length: 805 words

Byline: Jan Klauth

Body

Hubertus Heil kam kürzlich aus Brasilien zurück. Die Mission des Arbeitsministers in Südamerika: Möglichst viele Arbeitskräfte für die heimische Pflege anwerben. Neu ist diese Strategie nicht. Schon Ex-Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) ging in Lateinamerika auf Werbetour für die Bundesrepublik - mit überschaubarem Erfolg.

Auf 400.000 ausländische Arbeitskräfte pro Jahr beziffert das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) den zusätzlichen Bedarf in allen Sektoren. Zuletzt wurde nur knapp ein Viertel dieses Zielwertes erreicht. Dass Deutschland künftig stärker auf Zuwanderung setzen will und Heil und seine Kabinettskollegen dazu gerade das "modernste Einwanderungsrecht Europas" auf den Weg bringen, ist kein Zufall. Der Arbeitskräftemangel vernichtet bereits heute mehrere Milliarden Euro an Wertschöpfung jährlich, aktuell fehlen dem Land fast zwei Millionen Arbeitskräfte.

Und die Lücke wird noch größer: Wegen der Überalterung drohen laut dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW) aufgrund der Überalterung bis 2030 fünf Millionen weitere Beschäftigte wegzufallen. Folgt die Politik den Handlungsempfehlungen von Ökonomen, wird die Zuwanderung nach Deutschland in den kommenden Jahren deutlich steigen. Damit schreibt sich ein Trend fort. In kaum ein anderes wohlhabendes Land sind in den vergangenen Jahren so viele Menschen eingewandert wie nach Deutschland.

Eine neue Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) liefert auf mehr als 300 Seiten nun eine der bislang ausführlichsten Datensammlungen zur Migration in sämtlichen EU- und OECD-Ländern. Während in der EU rund 54 Millionen Menschen im Ausland geboren sind, sind es in den 38 OECD-Ländern insgesamt 141 Millionen. 83 Indikatoren aus den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung, Lebensverhältnisse und gesellschaftliche Teilhabe haben die Forscher untersucht.

Deutschlands ungenutztes Potenzial bei der Zuwanderung Die Regierung will Personalengpässe durch ausländische Arbeitskräfte abfedern. Eine neue OECD -Studie zei....

Die Studie betont besonders die Erfolge der Zuwanderung. Lehrreich ist die Analyse für Deutschland aber auch deshalb, da die Forscher aufzeigen, wo die Defizite in der Migrationspolitik liegen. Denn diese haben konkrete Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt. So könnten in der vom Arbeitskräftemangel geplagten EU heute 2,4 Millionen Menschen mehr erwerbstätig sein, würden Zugewanderte genauso leicht Arbeit finden wie im Inland geborene Menschen. Doch die zeitlichen Unterschiede sind immens. "Migranten, die im Rahmen des Familiennachzugs oder aus humanitären Gründen Aufnahme finden, fällt der Arbeitsmarktzugang anfangs noch schwer, nach zehn Jahren haben sie aber fast genauso gute Arbeitsmarktchancen wie im Inland geborene", schreiben die Autoren, unter ihnen Thomas Liebig, Ökonom und Migrationsexperte bei der OECD.

Dennoch helfe Zuwanderung maßgeblich dabei, Personalengpässe zu beheben. So ist den Daten zufolge durch Neuzuanderung die Erwerbsbevölkerung im OECD-Raum in den vergangenen fünf Jahren um elf Millionen und in der EU um vier Millionen gewachsen. Auch in Deutschland spiegelt sich das wider: Die Zahl der Erwerbstätigen war mit fast 46 Millionen noch nie so hoch wie heute. Ursache für die Zunahme sind laut OECD neben einer "besseren Integrationspolitik" als vor zehn Jahren und der günstigeren Arbeitsmarktlage auch das gestiegene Bildungsniveau der neu zugewanderten Menschen. So hatten 2020 in der EU 36 Prozent und im OECD-Raum 47 Prozent der Migranten, die in den vorangegangenen fünf Jahren zugewandert waren, einen tertiären Bildungsabschluss. Zehn Jahre zuvor waren es nur 22 Prozent beziehungsweise 32 Prozent.

Doch die Autoren um Liebig betonen auch, dass gerade bei den Beschäftigungs- und Lebensverhältnissen weiterhin Anlass zur Sorge bestehe. In einigen Bereichen seien "keine wesentlichen Verbesserungen zu erkennen". So ist etwa der Anteil der Wohnungseigentümer unter den im Ausland geborenen Personen niedriger. Ein überproportional hoher Anteil der Zugewanderten lebt zudem in minderwertigen Wohnungen. "In vier von fünf Ländern leben Zugewanderte auch mit größerer Wahrscheinlichkeit unter der relativen Armutsgrenze ihres jeweiligen Aufenthaltslandes", heißt es in der Analyse weiter. So ist in den meisten Ländern die Armutssquote von Kindern aus Migrantenhaushalten mindestens 50 Prozent höher. Unter dem Strich macht die Studie auch deutlich, wie groß das ungenutzte Potenzial durch die Zuwanderung aus volkswirtschaftlicher Perspektive ist. Es sei der Zuwanderungsbevölkerung im Allgemeinen nicht gelungen, ganz gegenüber der im Inland geborenen Bevölkerung aufzuholen, heißt es. Denn trotz der Bildungserfolge gibt es weiterhin Schattenseiten: "Das Bildungsniveau von mehr als einem Drittel aller im Ausland Geborenen liegt in der EU nicht über Grundschulniveau", schreiben die Autoren. Damit ist dieser Anteil mehr als doppelt so hoch wie in der im Inland geborenen Bevölkerung.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 15, 2023

End of Document

Leserbriefe

Die Welt

Donnerstag 21. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; LESERBRIEFE; S. 7; Ausg. 248

Length: 386 words

Body

Guter Journalismus

Zu: ",Die Union wirkt orientierungslos", 19. Dezember

Andrea Seibels Interview mit Claus Leggewie, dem Direktor des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen, ist ein Beispiel, wie guter Journalismus sein muss: Die Fragestellerin arbeitet nicht zehn vorbereitete Fragen ab, sondern tritt in einen spannenden Dialog mit dem Befragten. Sie widerspricht, provoziert, stellt in Frage. Und dabei fördert sie bei dem Politikwissenschaftler eine geradezu peinliche Oberflächlichkeit zutage. AfD-Nähe sieht er bei der neuen CDU, ohne auch nur ein einziges überzeugendes Argument dafür zu bringen. Der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck sei der Einzige, der den Deutschen "reinen Wein" einschenke - wie war das noch einmal vor Kurzem mit Affäre um den Staatssekretär Patrick Graichen? Und bei der **Migrationsdebatte** kann Politikwissenschaftler Leggewie auch nicht mehr sagen, als auf die "Verkennung der **Migrationsursachen**" hinzuweisen. Von einem Politikwissenschaftler darf man eigentlich mehr erwarten als Sprechhülsen auf insistierende Reporterfragen.

Werner Weiland, Ladenburg

Wettbewerb zählt

Zu: "Der Markt wird es regeln", 20. Dezember

Danke für Ihren treffenden Artikel zum Thema Elektromobilität und deren Subvention. Offenbar wurden die Beihilfen, die jeder Steuerzahler erwirtschaftet hat, auf die Verkaufspreise seitens der Autohersteller zuvor zusätzlich draufkalkuliert. Wettbewerb treibt Innovation voran, was uns allen zugutekommt, auch der Umwelt, sofern man ordnungspolitisch korrekt aussteuert (zum Beispiel mit CO₂-Bepreisung und Verringerung der elektrischen Energie). Smartphones mussten auch nicht subventioniert werden, inzwischen gibt es Exemplare, für die Käufer mehr als tausend Euro zu zahlen bereit sind. Oder andersherum: Warum soll der Steuerzahler einem Hausbesitzer, dessen Ölheizung kaputt ist, die Wärmepumpe finanzieren?

Hilko Kalberlah, per E-Mail

Leserbriefe

Ihre Post an: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin, E-Mail: forum@welt.de (forum@welt.de)

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 20, 2023

End of Document

Hyperkritische Einwanderer der ersten Welle

Die Welt

Dienstag 10. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; PLATZ DER REPUBLIK; S. 2; Ausg. 196

Length: 482 words

Byline: Alan Posener

Body

Letzte Woche las ich einen Bericht über die Nachwahl im schottischen Bezirk Rutherglen. Überraschend siegte Labour gegen die schottische Unabhängigkeitspartei SNP. Anders gesagt: Die Partei von Anas Sanwar, Muslim, Kind pakistanischer Eltern und Labour-Chef in Schottland, siegte gegen die Partei von Humza Yousaf, Muslim, Kind pakistanischer Eltern und Chef der SNP. Die Konservativen hatten keine Chance. Parteichef Rishi Sunak, zugleich Premierminister von Großbritannien, Hindu und Sohn indischtämmiger Einwanderer aus Ostafrika, kämpft mit einem tief sitzenden Widerwillen der Wähler gegen die Partei. Eines seiner Probleme ist Innenministerin Suella Braverman, die Asylbewerber nach Ruanda schicken will und vor einer "Invasion" illegaler Migranten warnt. Bravermans Eltern waren indischtämmige Einwanderer. Angesprochen auf Bravermans neueste Warnung vor einem "Hurrikan" illegaler Einwanderung - so viel zu dem Märchen, das Schengen-Abkommen wäre obsolet: Wenn nicht einmal eine Inselnation wie Großbritannien die eigenen Grenzen dichthalten kann, wie soll das ein Land wie Deutschland können? - sagte Sunak: "Wir sind alle der lebende Beweis dafür, dass Einwanderer hierherkommen können und etwas aus sich machen können. Das machen wir besser als jedes andere Land der Welt, und als Briten sollten wir stolz darauf sein."

Richtig. Sadiq Khan, Bürgermeister der Weltstadt London, und viele andere Politiker zeigen, welchen Gewinn die Zuwanderung für Großbritannien bedeutet. Bravermans Ausfälle sind nicht nur ein Versuch, mit Populismus die Geschickte der Konservativen zu wenden, sie sind auch Ausdruck eines bekannten Phänomens: Einwanderer der ersten Welle sind hyperkritisch gegenüber der zweiten, die gegenüber der dritten und so weiter. In den USA lehnten die englischen und schottischen Einwanderer die Iren ab, die waren gegen die Italiener, die wiederum gegen die Polen und alle gegen die Schwarzen und die Juden. Apropos Juden: In den 1920er-Jahren waren viele alteingesessene deutsche Juden gegen die Zuwanderung von "Ostjuden" und verachteten deren Kultur. Im Haus meiner Großeltern nahm das komische Züge an: Wer ein jiddisches Wort benutzte, musste zehn Pfennige Strafe zahlen. Der Gelehrte Hans-Joachim Schoeps hingegen war ein tragischer Fall: Aus Begeisterung für den Nationalsozialismus gründete er eine "Gefolgschaft deutscher Juden" mit dem Namen "Der Vortrupp" und verlangte die "Trennung von deutschen und undeutschen Juden". Die Anbiederung half nichts. Schoeps musste 1938 fliehen. Der Vater starb 1942 im KZ Theresienstadt, die Mutter wurde 1944 in Auschwitz ermordet. Keine 80 Jahre später muss ich Deutschland nicht verlassen, um Menschen aus verschiedenen Teilen der Welt zu begegnen: Ukrainer,

Hyperkritische Einwanderer der ersten Welle

Türken, Syrer, Senegalesen, Iraner und Israelis. Hitlers schlimmster Albtraum hat sich erfüllt. Wenn das nicht ein Grund ist, stolz zu sein!

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 10, 2023

End of Document

Die Verächter des freien Westens; In Deutschland leben Juden wieder in Angst.Zu diesem gefährlichen Klima haben viele beigetragen - nicht zuletzt Migrantenaus dem arabischen Kulturraum. Diesen antiwestlichen Milieus müssen hart die Grenzen aufgezeigt werden

Die Welt

Dienstag 31. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; LEITARTIKEL; S. 7; Ausg. 211

Length: 1441 words

Byline: Ulf Poschardt

Body

Das NIE WIEDER gilt nur dank der Israelischen Verteidigungsstreitkräfte (IDF). Die Neugründung des Staates Israel war nicht nur das Ergebnis jahrzehntelanger zionistischer Kampfbereitschaft, sondern auch eine Lehre der Weltgemeinschaft, dass Jüdinnen und Juden einen Ort haben, an dem sie sicher sind vor der Seuche des Antisemitismus. Die Deutschen haben an dieser Erkenntnis in bitterster, deprimierendster, schändlichster Art großen Anteil gehabt. Die Nazi-Barbarei, der noch heute fassungslos machende Zivilisationsbruch der Shoah - das war eine der Grundlagen des Staates Israel, als er 1948 wieder gegründet wurde. Bis heute wird das NIE WIEDER von Generation zu Generation weitergegeben. Und diejenigen, die das NIE WIEDER garantieren, sind die Soldatinnen und Soldaten der israelischen Armee, der wohl buntesten, mutigsten und motiviertesten Armee der Welt.

Wenn es einen Beleg dafür gebraucht hätte, dass es einen Staat des jüdischen Volkes geben muss, der bis an die Zähne bewaffnet ist, dann würden die Ereignisse der vergangenen zweieinhalb Wochen genügen. Die Barbarei der von Iran unterstützten Terrorbande Hamas, die unsägliches Leid im Geiste von Amon Göth, Heinrich Himmler oder Josef Mengele (minus deren teuflischem IQ) über das jüdische Volk gebracht hat, ist das eine. Fast noch erschreckender, nein deprimierender ist das globale Echo dieser Barbarei. Die arabischen Staaten, mit kleinen Ausnahmen an Restvernunft, nutzen die Gelegenheit, dem Antisemitismus ihres Kulturraums freien Lauf zu lassen - aber selbst im Nordkaukasus wütet der Mob. In Tunesien wird eine Synagoge zerstört, im Libanon folgt gewalttätige Demonstration auf gewalttätige Demonstration, und in Dagestan wird ein Flughafen samt -feld nach Juden durchsucht.

Kommen wir zum freien Westen. Oder besser: dem einst freien Westen, der sich kulturell von innen selbst zu zerstören droht. Die Ikonen der akademischen Bildung, die amerikanischen Ivy-League-Universitäten, sind weitgehend in die Hände der postkolonialen Barbaren gefallen. Die Saat der Stussbewegungen rund um die Critical

Die Verächter des freien Westens In Deutschland leben Juden wieder in Angst.Zu diesem gefährlichen Klima haben viele beigetragen - nicht zuletzt Migrantenaus de....

Whiteness und der postkolonialen Relativierung des Holocaust ist aufgegangen. Judith Butler, die Grand Dame der Queertheorie, wirkt wie ein verbitterter alter weißer Mann, wenn sie mit anderen Steigbügelhaltern der Hamas-Verklärung ihr tristes Lebenswerk auch angesichts vergewaltigter, geschändeter Frauen vollenden will. Die Auslöschung Israels, die seit 1973 noch nie so real als Gefahr bestand, hält sie nicht davon ab, ihren ranzigen BDS-Quark weiterzuerzählen.

Aber nicht nur die Universitäten in den USA wanken, sondern auch die Hochschulen im Rest des freien Westens, von den Durchlauferhitzern des Hasses in der arabischen Welt ganz zu schweigen. Die vermeintlich moralischen Instanzen des freien Westens, von Greta Thunberg über den UN-Generalsekretär bis hin zum kulturellen Establishment: Es ist eine Totalenttäuschung - um es vorsichtig zu formulieren. Dass Teile der Bullshit-Theorien ihren Weg auch in den woken Kapitalismus gefunden haben, dokumentieren auf Social Media die unzähligen antisemitischen Ausfälle jener Milieus, denen sich nahezu alle Firmen und Konzerne mitunter bis zur Selbstaufgabe angedient haben. Unter dem Deckmantel von Diversity und vermeintlichem Antirassismus ist in einigen Unternehmen der Antisemitismus geschürt worden. Unsere Kollegin Bari Weiss hat darüber berichtet, als sie 2020 die New York Time verließ, in der sie als "Nazi und Rassistin" geschmäht wurde. Auch in deutschen Medien, insbesondere den öffentlich-rechtlichen, sind es oft genug die Vertreter der Bunten Republik Deutschland, die deutlich machen, wie wenig die Regeln des NIE WIEDER de facto für sie gelten. Wo sind die Kopftuchträgerinnen, die sich von der Phänomenologie des blutrünstigen Antisemitismus distanzieren, wie ihn ihre Glaubensschwestern gerade in Hunderttausenden TikTok- und Instagram-Stories feiern?

Es ist bezeichnend und eigentlich fast pervers, dass die großen kulturellen und politischen Apologeten der "Safe Spaces", die ach so gefährdete Minderheiten vor Mikroaggressionen und semantischen Unschärfen schützen sollen, eine Welt kreieren, in der Jüdinnen und Juden keine Safe Spaces mehr haben. Im Gegenteil: in der entgrenzte, kaputte Hass gefeiert wird - also das Morden, das Vergewaltigen, das Enthaupten von Männern, Frauen und Kindern, das Erwürgen von Babys an einer Türklinke. Das sind die gefeierten Helden des Postkolonialismus. Kein Wunder, dass auch Hitler-Liebe in Insta-Postings auftaucht. Folgerichtig, dass auch Maximilian Krah, der AfD-EU-Spitzenkandidat und Vordenker der Neuen Rechten, nicht den Islam als Feind sieht, sondern den Liberalismus.

Dazu kommt das erbärmliche Bild, das die muslimische migrantische Gesellschaft in Deutschland abgibt - bis auf eine mutige Minderheit, angeführt von Cem Özdemir, Danyal Bayaz, Seyran Ates, Ahmad Mansour, Necla Kelek, Omid Nouripour oder Ali Toprak. Die Islam-Verbände sind hingegen lost, der anmaßend benannte Zentralrat der Muslime ist eine einzige Peinlichkeit. Dass wir die Ditib, diesen verlängerten Arm Erdo ans, nicht nur weiterhin dulden, sondern als Gesprächspartner hofieren, ist ein Witz. Wo sind die türkischen, arabischen, palästinensischen Demonstrationen für die einzige liberale Demokratie im Nahen Osten, gegen die Hamas, gegen die Barbarei? Die deutsche Kulturwelt, die auch nach 1945 durch Antisemiten geprägt wurde, in der der Waffen-SS-Lyriker Günter Grass oder Walter Jens (seit 1942 NSDAP-Mitglied) großes Ansehen genossen, in der politisierende Figürchen wie Johano Strasser stolz ihr BDS-Fähnchen in den Wind halten - ein Totalausfall. Gleicher gilt für die Documenta mit ihrem antisemitischen Schmutz oder die Neuen Deutschen Medienmacher, die Journalismus diffamieren, der sich kritisch mit Clan-Strukturen und -Kriminalität auseinandersetzt.

Die Merkelsche Flüchtlingspolitik war ein Brandbeschleuniger jener gekippten kulturellen, politischen und sozialen Räume. 2023 ist deutlich geworden, dass die Migration aus dem arabischen Kulturkreis das NIE WIEDER zur Floskel hat verkommen lassen. Natürlich gibt es rechten und linken Antisemitismus, der ist genauso widerlich wie der muslimisch-arabische. Aber der muslimisch-arabische setzt seinen Judenhass sofort in einen Vernichtungsrausch um, wenn er dazu die Gelegenheit erhält.

Deutschland muss das NIE WIEDER genauso ernst nehmen wie die IDF - oder die Klappe halten. Die roten Linien müssen gezogen, jedes Übertreten muss scharf sanktioniert werden. Jüdinnen und Juden leben wieder in Angst. Ein Liederabend, organisiert von der jungen jüdischen Community, findet unter enormen Sicherheitsbemühungen klandestin statt. Aber egal, mit wem man da spricht: Alle haben Angst. Diejenigen, die für diese Angst sorgen, und das ist im Augenblick vor allem der muslimische Mob, müssen wissen, dass dies in Deutschland nicht willkommen ist. Wer von denen keinen deutschen Pass hat, muss abgeschoben werden. Wer einen deutschen Pass hat und

Die Verächter des freien Westens In Deutschland leben Juden wieder in Angst.Zu diesem gefährlichen Klima haben viele beigetragen - nicht zuletzt Migrantenaus de....

Juden den Tod wünscht, gehört ins Gefängnis. Die Migration aus dem arabischen Kulturraum muss maximal eingeschränkt werden. Jede Einbürgerung schließt ein Bekenntnis zum Existenzrecht Israels ein. Die militärischen Moscheen gehören geschlossen, die radikalen Kulturvereine aufgelöst, die gesamte Infrastruktur der antisemitischen Barbarei zerschlagen.

Darum geht es jetzt: In der nächsten Runde müssen sich die erbärmlichen Figuren der BDS-Unterstützer fragen, ob sie über dieses Engagement nicht noch einmal nachdenken sollten. Es ist nicht Sache der Jüdinnen und Juden, den Antisemitismus zu bekämpfen, sondern aller liberalen Demokraten. Den antiwestlichen Milieus müssen hart und unmissverständlich die Grenzen aufgezeigt werden. Dazu gehört auch eine Wehrhaftigkeit und Klarheit, wie sie die Israelis vorleben - und auch die jüdischen Diaspora-Gemeinden.

Die Welt steuert auf einen neuen Konflikt zu: der freie Westen im Kampf gegen arabische, europäische und eine asiatische Diktatur. Wieder einmal sind Juden die ersten Opfer, an denen sich der komplexe Hass der Verlierer austobt. Es ist Aufgabe und Verpflichtung, dass Deutschland diesmal auf der richtigen Seite der Geschichte steht. Die aktuellen Debatten, aber auch die desaströsen Abstimmungen in der UN, machen einem dabei wenig Hoffnung. Die Bundesregierung muss ernst machen. Die Union steht beeindruckend - und die linken und rechten Ränder müssen sich fragen, ob sie sich in ihrer Liebe zu Putin, der die Hamas stützt, für alle Zeiten vom Westen verabschieden wollen. Das NIE WIEDER ist wie immer eine Sache der Mitte der Gesellschaft.

ulf.poschardt@welt.de (ulf.poschardt@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 31, 2023

End of Document

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Bundespräsident über illegale Migration: Steinmeier für Begrenzung ++ Streit um Ausbau einer NS-Gedenkstätte: CDU nennt Roth "unverschämt" ++ Städtetag zum Deutschlandticket: Lösung für Studenten soll her ++ Pistorius zum Kosovo: Keine Bundeswehr-Aufstockung ++ Außenpolitik ++ Tschechien, Österreich, Polen: Kontrollen an Grenze zur Slowakei ++ Letzter Bus aus Bergkarabach eingetroffen: 100.000 Armenier geflohen ++ Ukraine: Luftabwehr schießt Drohnen ab ++ Türkei: Festnahmen nach Anschlag ++ Spanien: Sanchez versucht Regierungsbildung ++ Wissen ++ Nobelpreis für Medizin: Auszeichnung für Impfstoffforscher ++ Europäischer Atlantik: Zählung von Walen und Delfinen ++ Wirtschaft und Geld ++ CBAM-Start: Kritik an Klima-Aufschlag ++ Prognose: Wachstum wird abnehmen ++ Außenhandel: Industrie gegen Öko-Richtlinien ++ Boom bei Balkonkraftwerken: Mehr als 300.000 in Betrieb ++ Finanzaufsicht BaFin zur Deutschen Bank: Sonderbeauftragter eingesetzt ++ Tag an der Börse: Dax auf 15.000-Kurs ++ Sport ++ Wuppertaler SV: "Geld beschafft keiner außer mir" ++ NFL: Drama um Ex-Champion Francis ++ Tennis: Zverev scheidet im Halbfinale aus ++ Kultur und Gesellschaft ++ Fake-Goethe & Co: Jäger der falschen Zitate ++ Frankfurter Buchmesse: Tschechien wird Gastland 2026 ++ Österreich: Joggerin von Hund totgebissen ++ Bangkok: Teenager erschießt zwei Menschen ++ Vorbesitzer verklagen Trödler: Afrikanische Maske bringt Millionen

Die Welt

Mittwoch 4. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 192

Length: 2759 words

Body

Innenpolitik

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Bundespräsident über illegale Migration: Steinmeier für Begrenzung ++ Streit um Ausbau einer NS-Gedenkstätte: CDU nennt Roth "un....

Bundespräsident über illegale **Migration**

Steinmeier für Begrenzung

Nun hat sich auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in die Debatte um die anhaltend hohen **Migrationszahlen** eingeschaltet. "Die sogenannte illegale **Migration** müssen wir eindämmen", sagte er in einem Interview mit den ARD-"Tagesthemen". Er sprach sich für die Prüfung von **Asylgesuchen** von Menschen mit wenig Chancen auf eine Bleibeperspektive bereits an den EU-Außengrenzen aus. Sollten abgelehnte **Asylbewerber** bereits dort abgeschoben werden, würden sich auch die Ankunftszzahlen in Deutschland verringern, sagte er. Die Überlastung in zahlreichen Kommunen im Umgang mit **Asylsuchenden** erinnere ihn an die Zeit zwischen 1992 und 1993, sagte der Bundespräsident weiter. Es habe damals "Überlastungssignale" von Bürgermeistern gegeben, die dazu geführt hätten, "dass die Politik handelt". Diese Erwartung hätten Menschen auch derzeit. Mehr zur deutschen Debatte auf Seite 4.

Streit um Ausbau einer NS-Gedenkstätte

CDU nennt Roth "unverschämmt"

Nach den Plänen von Bund, Land Nordrhein-Westfalen und Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) soll der NS-Gedenkort "Stalag 326" in Schloß Holte-Stukenbrock für Kriegsgefangene aus der Sowjetunion zu einer nationalen Gedenkstätte erweitert werden. Die CDU im Kreistag Gütersloh findet das Projekt überdimensioniert und hat dagegen gestimmt, ebenso wie die AfD. Daraufhin hagelte es Kritik, unter anderem von Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne). Eine "Unverschämtheit" nennt Birgit Ernst, CDU-Fraktionschefin im Kreistag, Roths Verhalten. Ein Interview mit Ernst lesen Sie auf Seite 5.

Städtetag zum Deutschlandticket

Lösung für Studenten soll her

Das Deutschlandticket gilt als Erfolg, wird aber zum Dauerstreithema. Offen ist beispielsweise die dauerhafte Finanzierung. Nun fordert der Deutsche Städtetag, Semestertickets für Studenten bundesweit in das Projekt zu integrieren. Fünf Monate nach dem Start des 49-Euro-Tickets hätten sich Bund und Länder immer noch nicht auf eine bundesweite Lösung für Studierende geeinigt, sagte Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy der Funke Mediengruppe. An vielen Hochschulen würden jetzt die Verträge mit den Verkehrsunternehmen zum Semesterticket mit der Begründung gekündigt, die Studenten könnten stattdessen das Deutschlandticket abonnieren. Das sei keine gute Nachricht für diejenigen, die nicht viel Geld hätten. "Denn ein Semesterticket ist per Solidarmodell von und für alle Studierenden finanziert - und oft günstiger als 49 Euro", sagte Dedy.

Pistorius zum Kosovo

Keine Bundeswehr-Aufstockung

In Deutschland wird die angespannte Situation zwischen dem Kosovo und Serbien nach den Worten von Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) sehr aufmerksam beobachtet. Man sei "sehr, sehr schnell handlungsfähig", wenn es notwendig werden sollte, sagte er. Eine personelle Aufstockung der Nato-geführten Friedensmission Kfor mit deutschen Soldaten lehnt er aber ab: "Jetzt und heute definitiv nein. Es sei denn, es passiert etwas." Die Vorsitzende des Bundestags-Verteidigungsausschusses, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, hält eine Aufstockung prinzipiell für möglich. Die personelle Obergrenze liege laut Mandat bei 400 Soldaten, sagte die FDP-Politikerin dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. 85 Soldaten seien derzeit Teil von Kfor. "Da ist also, ohne das Mandat verändern zu müssen, noch deutlich Luft nach oben."

Außenpolitik

Tschechien, Österreich, Polen

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Bundespräsident über illegale Migration: Steinmeier für Begrenzung ++ Streit um Ausbau einer NS-Gedenkstätte: CDU nennt Roth "un....

Kontrollen an Grenze zur Slowakei

Eigentlich soll es im sogenannten Schengen-Raum keine Grenzkontrollen geben - dennoch haben Tschechien und Österreich ihre Wiedereinführung angekündigt, und zwar an der Grenze zur Slowakei. Beide Länder teilten getrennt voneinander mit, die Maßnahme werde am Mittwoch in Kraft treten und mindestens zehn Tage lang gelten. Der österreichische Innenminister Gerhard Karner erklärte, Ziel sei es, Schleuser abzuhalten. Auch der tschechische Innenminister Vit Rakusan sagte, die Kontrollen würden dabei helfen, Schlepper wirksam zu bekämpfen. Der Schritt sei eng mit den Nachbarländern abgestimmt, auch mit Polen, das ähnliche Kontrollen an seiner Grenze zur Slowakei beschlossen hat. Der slowakische Ministerpräsident Ludovit Odor kritisierte die Entscheidung.

Letzter Bus aus Bergkarabach eingetroffen

100.000 Armenier geflohen

Mehr als 100.000 Armenier haben die Region Bergkarabach nach der Eroberung durch Aserbaidschan verlassen. Der letzte Bus mit Flüchtlingen traf am Montagabend in Armenien ein. Damit seien nun 100.514 zwangsweise umgesiedelte Bewohner in Armenien angekommen, sagte Regierungssprecherin Naseli Bagdassarjan. Vor der Eroberung durch Aserbaidschan lebten rund 120.000 Menschen dort. Die aserbaidschanische Führung hingegen betonte einmal mehr, dass es keinen Grund für eine Flucht gebe und die Menschen gemäß den Gesetzen des Landes in das Leben integriert würden. Die Südkaukasusrepublik Aserbaidschan ist anders als Armenien ein autoritär geführtes Land ohne Medienfreiheit oder demokratisch gewählte Führung und steht wegen Menschenrechtsverstößen international in der Kritik.

Ukraine

Luftabwehr schießt Drohnen ab

Die ukrainische Flugabwehr hat nach eigenen Angaben bei neuen heftigen russischen Luftangriffen 29 Drohnen und eine Rakete vom Typ Iskander abgeschossen. Bei den Angriffen in der Nacht seien nur zwei sogenannte Kamikaze-Drohnen vom iranischen Typ Shahed-136/131 nicht abgeschossen worden, teilten die Luftstreitkräfte mit. Angegriffen hätten die Russen diesmal östliche und südliche Regionen des Landes im Raum Dnipropetrowsk und Mykolajiw, hieß es. In Russland warf der Gouverneur des Gebietes Brjansk, Alexander Bogomas, den ukrainischen Streitkräften vor, das Dorf Klimowo mit Streumunition beschossen zu haben. Unterdessen wird in Deutschland weiter über die Lieferung von Marschflugkörpern vom Typ Taurus an die Ukraine debattiert. Warum die Waffen jetzt so wichtig für Kiew wären, lesen Sie auf Seite 6.

Türkei

Festnahmen nach Anschlag

Nach dem Bombenanschlag in Ankara geht die Türkei gegen mutmaßliche Verbindungsleute vor. Innenminister Ali Yerlikaya schrieb auf der Plattform X, es habe landesweit 466 Einsätze gegen Einheiten der militärischen kurdischen Gruppe PKK gegeben. Es seien 55 Verdächtige in 16 Provinzen festgenommen worden. Am Sonntag hatten zwei Angreifer in der Nähe von Regierungsgebäuden in Ankara eine Bombe gezündet. Dabei wurden beide Attentäter getötet und zwei Polizisten verletzt. Der Angriff ereignete sich kurz vor einer Rede von Präsident Recep Tayyip Erdogan bei der Eröffnungssitzung des türkischen Parlaments. Die PKK hatte die Tat für sich reklamiert. Bereits wenige Stunden nach dem Anschlag hatte die türkische Luftwaffe Stellungen der PKK im Nordirak angegriffen. Am Montag hatten Sicherheitskräfte in Istanbul und in der nordwesttürkischen Provinz Kırklareli zudem 20 Menschen festgenommen, denen die Behörden Verbindungen zur PKK vorwerfen - darunter örtliche Vertreter der prokurdischen Partei HDP.

Spanien

Sanchez versucht Regierungsbildung

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Bundespräsident über illegale Migration: Steinmeier für Begrenzung ++ Streit um Ausbau einer NS-Gedenkstätte: CDU nennt Roth "un....

Nach dem Scheitern der konservativen Opposition im Bemühen um eine Parlamentsmehrheit will Spaniens amtierender Regierungschef Pedro Sanchez von der Sozialistischen Partei nun zügig Gespräche mit anderen Parteien zur Regierungsneubildung aufnehmen. Zuvor hatte ihn König Felipe mit der Regierungsbildung beauftragt. Sanchez durfte nun die Unterstützung der katalanischen Separatisten suchen, die im Gegenzug aber eine Begnadigung Hunderter Mitstreiter und ein neues Unabhängigkeitsreferendum für Katalonien fordern.

Wissen

Nobelpreis für Medizin

Auszeichnung für Impfstoffforscher

Ungarn konnte sich am Montag und Dienstag über gleich zwei im Land geborene Nobelpreisträger freuen. Denn neben dem in Garching bei München arbeitenden Ferenc Krausz (Physiknobelpreis) war zuvor die in Ungarn geborene Biochemikerin Katalin Karikó mit dem Nobelpreis für Medizin ausgezeichnet worden. Sie wurde gemeinsam mit dem US-Immunologen Drew Weissman für ihre beharrlichen Vorarbeiten im Bereich der sogenannten mRNA-Impfstoffe geehrt, die schließlich im Kampf gegen die Corona-Pandemie eine große Rolle spielten. Die Preisträger hätten mit ihrer Forschung "zu dem beispiellosen Tempo der Impfstoffentwicklung während einer der größten Bedrohungen für die menschliche Gesundheit in moderner Zeit" beigetragen, erklärte das Karolinska-Institut in Stockholm.

Europäischer Atlantik

Zählung von Walen und Delfinen

Insgesamt 1,4 Millionen Wale, Delfine und Schweinswale leben in den Gewässern von Südnorwegen bis Portugal. Das ergab eine Zählung im Sommer 2022, deren Ergebnisse nun vorliegen, wie die Tierärztliche Hochschule Hannover meldete. Forscher aus acht europäischen Ländern hatten im Sommer 2022 über sechs Wochen aus Kleinflugzeugen und von einem Forschungsschiff aus die Anzahl der Kleinwale in der Nordsee und den angrenzenden europäischen atlantischen Gewässern erfasst. Die am häufigsten vorkommenden Arten waren Schweinswale mit 409.000, Gemeine Delfine mit 439.000 und Gestreifte Delfine mit 187.000 geschätzten Tieren. Die Daten sind eine wichtige Grundlage, um die Auswirkungen von Belastungen wie Offshore-Industrie, Schifffahrt und Fischerei auf Walpopulationen zu bewerten.

Wirtschaft und Geld

CBAM-Start

Kritik an Klima-Aufschlag

Die EU hat zum Anfang des Monats ihre neue CBAM-Abgabe auf den Weg gebracht. Das Programm sieht vor, dass für klimaschädliche Importgüter aus nicht-europäischen Ländern eine Abgabe fällig wird. Aus der Industrie gibt es bereits Kritik an der Umsetzung. So entstehe für den Import wichtiger Rohstoffe und Waren ein übermäßiger bürokratischer Aufwand. Außerdem bestünde die Gefahr, dass ausländische Betriebe ihre Lieferungen an Deutschland reduzierten oder einstellten. Alle Details lesen Sie auf Seite 10.

Prognose

Wachstum wird abnehmen

Das Wirtschaftswachstum westlicher Industrienationen könnte bis Mitte des Jahrhunderts weiter nachlassen. Das ist das Ergebnis einer Studie der Ökonomen des Wirtschaftsberaters Oxford Economics. Demnach sorge vor allem eine zunehmende Alterung der Gesellschaft und der damit einhergehende Rückgang der Beschäftigtenzahlen im Westen für ein weniger stark ausgeprägtes Wachstum. Wie sich Spärer vor dem Wohlstandsverlust schützen können, lesen Sie auf Seite 12.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Bundespräsident über illegale Migration: Steinmeier für Begrenzung ++ Streit um Ausbau einer NS-Gedenkstätte: CDU nennt Roth "un....

Außenhandel

Industrie gegen Öko-Richtlinien

Im Zuge des Klimaschutzes plant der Wirtschaftsminister strengere Umwelt-Auflagen für den Außenhandel. Das gab sein Ministerium bereits im Juli bekannt. Kritik daran gibt es nun aus der Wirtschaft. Diese betrifft vor allem die vorgesehenen Anpassungen für die sogenannten Hermesbürgschaften, ein Instrument der Regierung, im Außenhandel Risiken für deutsche Unternehmen abzubauen. So kritisierte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) Siegfried Russwurm, die Pläne konterkarieren die Diversifizierungsbemühungen deutscher Unternehmen. Alle weiteren Hintergründe lesen Sie auf Seite 9.

Boom bei Balkonkraftwerken

Mehr als 300.000 in Betrieb

Die starke Nachfrage nach Balkonkraftwerken hat im dritten Quartal angehalten. Mit Stand 2. Oktober waren im Marktstammdatenregister der Bundesnetzagentur gut 300.000 Anlagen in Betrieb registriert. Mehr lesen Sie auf Seite 9.

Finanzaufsicht BaFin zur Deutschen Bank

Sonderbeauftragter eingesetzt

Die Finanzaufsicht BaFin hat wegen der Probleme bei der Postbank einen Sonderbeauftragten für die Konzernmutter Deutsche Bank bestellt. Dieser soll überwachen, dass die Bank die Einschränkungen im Service bei der Postbank und beim Baufinanzierer DSL Bank "zügig und vollständig beseitigt", so die Aufsicht. "Die BaFin hat diese Maßnahme ergriffen, um die kollektiven Interessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern zu schützen." Der Sonderbeauftragte werde seinen Fokus darauf richten, dass Aufträge in einer angemessenen Frist bearbeitet und bisher nicht bearbeitete Kundenaufträge rasch abgearbeitet würden.

Tag an der Börse

Dax auf 15.000-Kurs

Der Dax ist am Tag der Deutschen Einheit in Richtung der 15.000-Punkte-Marke gefallen. Während steigende Renditen Anleihen attraktiver machen, nahm das Interesse der Anleger an Aktien ab. Der Dax knüpfte an seinen schwachen Wochenaufpunkt an und verlor bis Börsenschluss 1,06 Prozent auf 15.085 Punkte. Mehr Börsendaten finden Sie auf Seite 9.

Sport

Wuppertaler SV

"Geld beschafft keiner außer mir"

Friedhelm Runge ist eine Unternehmer-Persönlichkeit, wie man sie sich in Deutschland wünscht: ehrgeizig, zupackend und streitbar. Für seinen Herzensverein, den Wuppertaler SV, gibt der 84-jährige Chef des Weltmarktführers EMKA seit Jahrzehnten alles - vor allem sehr viel Geld. Was ihn antreibt, ist ein Traum: Er will mit dem WSV wieder nach oben, ins Profigeschäft. Doch Runge hadert mit den Verantwortlichen des Regionalliga-Klubs. "Wenn es mich nicht geben würde, dann wäre der Verein doch längst pleite", sagt er. "Das Geld beschafft keiner außer mir." Die Hintergründe lesen Sie auf Seite 13.

NFL

Drama um Ex-Champion Francis

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Bundespräsident über illegale Migration: Steinmeier für Begrenzung ++ Streit um Ausbau einer NS-Gedenkstätte: CDU nennt Roth "un....

Der frühere Super-Bowl-Champion Russ Francis ist bei einem Flugzeugabsturz gestorben. Der 70 Jahre alte Russ, der für die New England Patriots sowie San Francisco 49ers spielte und zu seiner Zeit einer der besten Tight Ends der NFL war, war mit einem weiteren Mann mit einem Kleinflugzeug vom Flughafen Lake Placid abgeflogen. Doch kurz nach dem Start geriet die Maschine in Schwierigkeiten und stürzte laut New Yorker Polizei nahe des Flughafens in eine Böschung. Auch der Mitinsasse starb. Die Untersuchungen zur Unfallursache laufen.

Tennis

Zverev scheidet im Halbfinale aus

Alexander Zverev hat sein drittes Endspiel in diesem Jahr verpasst. Im hochklassigen Halbfinale von Peking musste sich der Tennis-Olympiasieger dem russischen Weltranglisten-Dritten Daniil Medwedew 4:6, 3:6 geschlagen geben. Die deutsche Nummer eins schaffte es nicht, dem Kontrahenten einmal den Aufschlag abzunehmen und kassierte selbst in beiden Sätzen jeweils ein entscheidendes Break. Nach zuvor sieben Siegen in Serie endete damit in 85 Minuten Zverevs Erfolgsserie in China.

Kultur und Gesellschaft

Fake-Goethe & Co

Jäger der falschen Zitate

Witziges wird gern Tucholsky zugeschrieben, Politisches Churchill und Gefühliges Rilke: Der Wiener Zitatforscher Gerald Krieghofer weiß, dass viele Aussprüche berühmter Personen so nie gesagt wurden. Wie er falschen Zitaten auf die Schliche kommt, erklärt er im Gespräch mit WELT. Das Interview lesen Sie auf den Seiten 14/15.

Frankfurter Buchmesse

Tschechien wird Gastland 2026

Tschechien wird sich 2026 als Gastland der Frankfurter Buchmesse präsentieren. Das Motto des Gastauftritts verweist auf Shakespeare, der Böhmen poetisch ans Meer verlegte, und lautet "Czechia - a country on the coast" (übersetzt etwa: Tschechien - ein Land an der Küste). Die Regierung in Prag stellt für das Projekt ein Gesamtbudget von umgerechnet rund acht Millionen Euro bereit.

Österreich

Joggerin von Hund totgebissen

Die Hundehalterin versuchte noch, ihren Terrier von der Joggerin wegzuzaubern - doch der Angriff endete tragisch: In Österreich ist eine Frau beim morgendlichen Joggen von einem Hund zu Tode gebissen worden. Laut Polizei erlitt die 60-Jährige bei dem Vorfall im Bundesland Oberösterreich mehrere Verletzungen. Als der Notarzt eintraf, war sie bereits tot. Das Tier, ein American Staffordshire Terrier, wurde auf Anordnung der Behörden eingeschläfert. In Oberösterreich ist die Haltung dieser Hunderasse mit keinen Auflagen verbunden - anders als in vielen deutschen Bundesländern.

Bangkok

Teenager erschießt zwei Menschen

Ein 14 Jahre alter Junge hat in einem beliebten Luxus-Einkaufszentrum in Bangkok zwei Menschen erschossen. Fünf weitere Opfer seien am Dienstagnachmittag verletzt worden, berichtete der thailändische Rundfunkssender Thai PBS. Der jugendliche Täter wurde noch am Tatort von Einsatzkräften festgenommen, hieß es. Das auch unter ausländischen Touristen beliebte Einkaufszentrum ist eine der bekanntesten Malls in Bangkok und liegt direkt am Bahnhof Siam, einem wichtigen Knotenpunkt in der Hauptstadt. Medienberichten zufolge soll er in der Vergangenheit wegen geistiger Erkrankung in Behandlung gewesen sein.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Bundespräsident über illegale Migration: Steinmeier für Begrenzung ++ Streit um Ausbau einer NS-Gedenkstätte: CDU nennt Roth "un....

Vorbesitzer verklagen Trödler

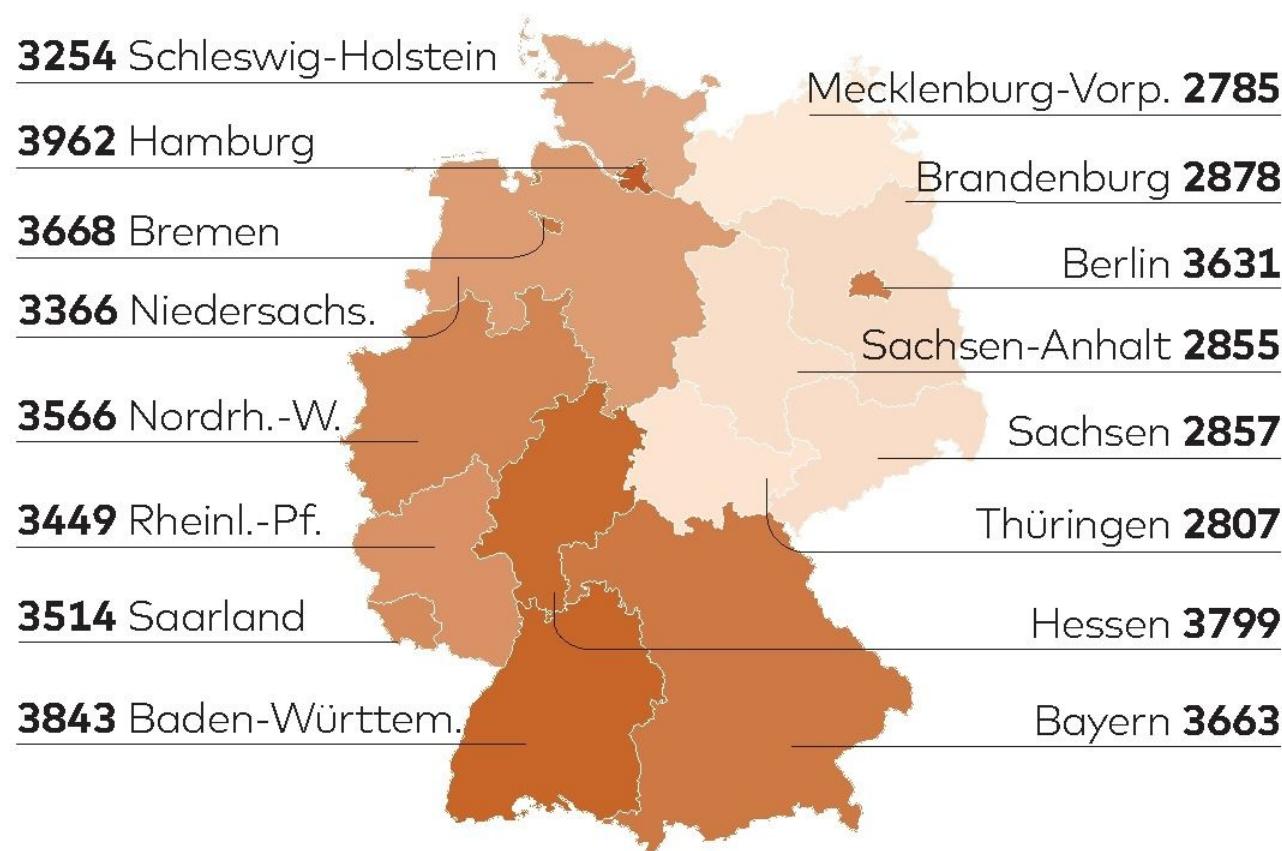
Afrikanische Maske bringt Millionen

Es dürfte das Geschäft seines Lebens gewesen sein: Ein Trödelhändler in Frankreich hat von einem älteren Ehepaar eine historische Maske aus Zentralafrika für 150 Euro erstanden und sie anschließend für mehr als vier Millionen Euro weiterverkauft. Das Ehepaar ist nun jedoch vor Gericht gezogen, um den Verkauf der Maske an den Trödelhändler rückgängig zu machen. Die Angelegenheit soll am 31. Oktober im südfranzösischen Alès verhandelt werden.

ARBEITSMARKT

Osten verdient immer noch schlechter

Median der monatl. Bruttoarbeitsentgelte von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte 2021, in Euro



Quelle: Statista; Bundesagentur für Arbeit

welt

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Bundespräsident über illegale Migration: Steinmeier für Begrenzung ++ Streit um Ausbau einer NS-Gedenkstätte: CDU nennt Roth "un....

Load-Date: October 4, 2023

End of Document

"Die grüne Deutungshoheit ist passé"; Diese "Hegemonie" habe "Grenzen des Sagbaren" verengt - und sei nun am Ende, sagt Historiker Rödder (CDU). Dazu beigetragen habe, dass der Terror der Hamas Probleme ungesteuerter Migration offenlege

Die Welt

Freitag 24. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT



Section: POLITIK; THEMA DES TAGES; S. 2; Ausg. 229

Length: 1568 words

Byline: Ulf Poschardt

Body

Die CDU hat nicht viele Intellektuelle in ihren Reihen. Andreas Rödder, Professor für Neueste Geschichte in Mainz, ist einer. Als Chef der Grundwertekommission schied der 56-Jährige im Streit. Seinen Thinktank für eine bürgerlich konservative Mitte namens R21 führt er weiter.

WELT:

Herr Rödder, gab es schon mal so eine schlechte Regierung in Deutschland?

Andreas Rödder:

Der Fairness halber: Der zeitgenössische Blick ist immer kritischer als die historische Rückschau. Wie hat man über die Regierung Kohl oder über die Anfänge von Rot-Grün hergezogen! Und: Regieren ist immer komplexer geworden - vor 30 Jahren haben klimapolitische Auswirkungen finanzpolitischer Entscheidungen keine Rolle gespielt, heute sind sie ein Nummer-eins-Thema. Darüber hinaus aber: Die Mischung aus ideologischem Überschwang und fahrlässiger Zögerlichkeit, die Fliehkräfte und die handwerklichen Mängel in der Regierung sind eklatant, und die Watsche des Bundesverfassungsgerichts ist beispiellos.

Wie gut ist die Union in der Opposition auf künftige Verantwortung vorbereitet? Und: Ist sie zu freundlich mit der Ampel?

Die Union steht vor dem klassischen Dilemma einer demokratischen Opposition: gegen die Regierung zu sein, aber die Regierung nicht zu obstruieren, gerade in Krisenzeiten. Hinzu kommt: Die Union muss sich nach der langen Regierungszeit neu orientieren - und sie muss sich entscheiden, ob sie auf Schwarz-Grün setzt und sich den Grünen anpasst. Oder ob sie eine unterscheidbare bürgerliche Partei sein will, die sich aktiv von den Grünen

"Die grüne Deutungshoheit ist passé" Diese "Hegemonie" habe "Grenzen des Sagbaren" verengt - und sei nun am Ende, sagt Historiker Rödder (CDU). Dazu beigetragen....

absetzt. Ich habe den Eindruck, die Notwendigkeit der Eigenständigkeit ist der Spitze bewusst. Die Union als soft-grüne Partei würde sich überflüssig machen - und die Zeichen der Zeit erkennen.

Erleben wir gerade weltanschaulich die Kernschmelze jener kulturellen Hegemonie rot-grüner Koordinaten?

Ja, und das ist ein echter Paradigmenwechsel. Die grüne kulturelle Hegemonie hat sich seit den 80er-Jahren aufgebaut und seit der Weltfinanzkrise von 2008 die politische Öffentlichkeit dominiert. Sie hat die neuralgischen Zonen des Diskurses bestimmt: Klima und Energie, Migration und Integration, Geschlecht und Sexualität. Und sie hat die Grenzen des Sagbaren festgelegt: Wer als "Klimaleugner", "Rassist" oder "transphob" galt, war aus der Debatte verbannt. Wenn Hubert Aiwanger in Erding sagte, die "schweigende Mehrheit dieses Landes" müsse sich "die Demokratie wieder zurückholen", dann war das institutionell falsch; im Hinblick auf die demokratische Öffentlichkeit aber sprach er genau das an, was Allensbach schon seit etlicher Zeit demoskopisch erhebt.

Das hat ja auch verfangen - in beiden Lagern. Dieser Satz.

Erding war ein ikonischer Moment. Dort ist auch das Heizungsgesetz gescheitert - und die Strafaktion der "Süddeutschen" ist im Rohr krepiert. Schließlich hat das Attentat der Hamas samt der sympathisierenden Demonstrationen den Schleier über den Problemen ungesteuerter Migration weggerissen. Wie Robert Habeck heute spricht, hätte noch vor Wochen als "rechts" gegolten - wie zuvor Boris Palmer. Aber das ist vorbei. Die grüne Deutungshoheit ist passé.

Wie erklären Sie sich diesen Wandel?

Es gibt ein chinesisches Sprichwort, dass eine Sache, die in ihr Extrem getrieben wird, ins Gegenteil umschlägt. Die grüne Hegemonie hat ideologisch überzogen, indem sie den Rahmen des Sagbaren immer enger gezogen und immer aggressiver das Stigma "Nazi" verteilt hat, etwa an die Teilnehmer einer Konferenz meiner Kollegin Susanne Schröter zum Thema "Migration steuern, Pluralität gestalten" im April in Frankfurt. Irgendwann setzt dann ein, was man Reaktanz nennt: "Wenn das Nazi ist, dann bin ich eben Nazi", sagen sich die Leute. Hinzu kam der Einbruch der Wirklichkeit: das Hamas-Attentat und die Sympathiebekundungen von Linken und Muslimen. Der russische Überfall auf die Ukraine, der die deutsche Ideologie der "Zivilmacht" ad absurdum geführt hat. Und das Heizungsgesetz hat eine Ahnung verschafft, dass die grüne Klima- und Energiepolitik nicht funktionieren kann.

Welche Chance liegt darin für eine bürgerliche Politik?

Die Chance, sich aus der Defensive gegenüber der grünen Deutungshoheit zu befreien und eigene Positionen zu vertreten. Die Herausforderung, das Narrativ der Klimaaktivisten und Postkolonialisten zu überwinden, die bürgerliche westliche Gesellschaft sei im Kern zerstörerisch und rassistisch. Und die Notwendigkeit, ein positives eigenes Narrativ zu entwickeln, dass und wie bürgerliche Politik eine positive und lebenswerte Zukunft eröffnen kann. Bürgerliche Politik muss sich mit Überzeugungs- und mit Strahlkraft sowohl von grüner Politik als auch von der populistischen Rechten absetzen. Die entscheidende Frage ist, ob die Gegenbewegung nach rechts, die wir erleben werden, in das Lager der populistischen Rechten oder in die demokratische rechte Mitte führt.

Profitieren am Ende nur Rechtsaußen-Parteien wie die AfD?

Sie haben es einfacher, weil sie die eindeutigen Geschichten erzählen und die einfachen Lösungen versprechen. Und das vor dem Hintergrund, dass sich in Deutschland wie in vielen westlichen Gesellschaften gerade durch die Migrationspolitik ein enormes Konfliktpotenzial aufgestaut hat. Ich bin kein Freund von Kulturpessimismus und Dystopien - aber wenn auf die Sympathie für Hamas islamistische Gewalt in Deutschland folgen sollte, würde ich bürgerkriegsähnliche Zustände nicht ausschließen. Die Extremisten würde es freuen. Daher ist eine bürgerliche Politik so wichtig, die mit harter Verbindlichkeit und Konsequenz die offene Gesellschaft und die liberale Demokratie verteidigt - nach allen Seiten.

Warum haben Sie eigentlich hingeschmissen bei der Grundwertekommission der CDU?

"Die grüne Deutungshoheit ist passé" Diese "Hegemonie" habe "Grenzen des Sagbaren" verengt - und sei nun am Ende, sagt Historiker Rödder (CDU). Dazu beigetragen....

"Hingeschmissen" ist ein arg großes Wort - die Arbeit der Kommission war ja schon getan, die Grundwertecharta fertig und verabschiedet. Als mir aber klar wurde, dass meine Unabhängigkeit und die Leitung der Grundwertekommission, auch wenn sie nur noch formeller Art war, nicht vereinbar sein sollten, war das für mich eine Frage der Selbstachtung. Meine intellektuelle Unabhängigkeit war immer die unverhandelbare Grundlage meines politischen Engagements als Christdemokrat.

Warum wurde die entstellte Version Ihrer Aussagen auch in der Partei so aufgeregt geteilt?

Für die Frage bin ich eigentlich nicht der richtige Adressat. Aber auch das war Teil der grünen Deutungshegemonie: Die permanente Moralisierung der Debatte baut einen immensen tagespolitischen Druck auf und verhindert eine sachliche Differenzierung. Das gilt besonders für den hysterischen Begriff der "Brandmauer", den sich die Union hat aufdrängen lassen und der sie in eine defensive Rechtfertigungshaltung getrieben hat. Ich halte es für nötig, dass die Union demgegenüber aus eigener Kraft in die Offensive kommt.

Wie geht Ihrer Meinung nach eine Minderheitsregierung der CDU, ohne sich im Osten von der AfD tolerieren zu lassen?

Ich möchte die Sache nach dem ganzen Theater jetzt eigentlich nicht noch einmal vertiefen, zumal sie ganz akut nicht ansteht. Nur so viel: Minderheitsregierungen sind ein wiederkehrendes Phänomen in der Geschichte des Parlamentarismus, das ja aktuell auch in den Niederlanden im Raum steht. Wichtig ist dabei die Unterscheidung zwischen Minderheitsregierungen ohne und Tolerierungsregierungen mit Absprachen. Es geht um den Fall, dass Linke und AfD mehr als die Hälfte der Sitze haben und keiner allein eine Mehrheit hat. In einer solchen Situation ist eine Minderheitsregierung ohne Absprachen die einzige Möglichkeit, Bewegung in die Verhältnisse zu bringen. Dass dies keine Wunschvorstellung ist, versteht sich von selbst, aber Wählerbeschimpfung und Politikverweigerung bringen ja auch nichts.

Und was wäre Ihre Hoffnung bei der FDP, wenn die bei möglichen Neuwahlen ihren Kern neu schärfen muss?

Zunächst einmal finde ich, dass die FDP auf schwerem Posten ziemlich heldenhaft kämpft. Aber in der Ampel regiert zusammen, was nicht zusammengehört. Deshalb gebe ich die Hoffnung auf eine bürgerliche Koalition nicht auf, in der die FDP für individuelle Freiheit, Ordnungspolitik und Innovationskraft durch Marktwirtschaft und technologischen Fortschritt steht. Schwarz-Gelb wäre die richtige Antwort auf die Herausforderungen nach dem Zusammenbruch der grünen Hegemonie. Sie könnte auch die demokratische rechte Mitte wieder breiter integrieren.

In den Niederlanden hat jetzt der Rechtsaußen-Politiker Geert Wilders die Parlamentswahl gewonnen, und in Deutschland meinen die Linken, dass das Migrationsnarrativ schuld sei. Wie sehen Sie das? Und wie kommen Linke, Grüne, "Woke" - wie Sie sagen würden - darauf, dass ein Narrativ Menschen mehr zu Wahlentscheidungen treibe als die Realität?

Realität gibt es nicht im Rohzustand, sie wird immer über Narrative vermittelt. Das grüne Narrativ hat Öffentlichkeit und Politik weit über die grüne Partei hinaus geprägt und mit Energie und Klima, Migration, Sexualität und Geschlecht die Agenda der letzten 15 Jahre bestimmt. Jetzt aber treten die Folgewirkungen von Ideologie und Illusion in der Realität mit harter Offenheit zutage, und das führt zu dem Paradigmenwechsel, der gerade stattfindet. Umso wichtiger ist ein positives und zugleich von der Realität gedecktes Narrativ bürgerlicher Politik, eine gute und lebenswerte Zukunft zu eröffnen. Gute Laune statt Ressentiment und Realismus statt Illusionen, das muss die Devise bürgerlicher Politik sein.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

"Die grüne Deutungshoheit ist passé" Diese "Hegemonie" habe "Grenzen des Sagbaren" verengt - und sei nun am Ende, sagt Historiker Rödder (CDU). Dazu beigetragen....

Graphic

"Die grüne Hegemonie hat ideologisch überzogen", sagt Historiker Andreas Rödder

Load-Date: November 23, 2023

End of Document

Vom Schafhirten zum Milliardär; Ein kurdischer Migrant steigt zum Joghurt-Magnaten auf und öffnet heute Türen für Flüchtlinge aus aller Welt.
"Menschen sind wichtiger als Profite", sagt Hamdi Ulukaya

Die Welt

Montag 22. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Wirtschaft; S. 11; Ausg. 97

Length: 951 words

Byline: Inga Michler

Body

Hamdi Ulukaya sitzt im kamelhaarfarbenen Pullover mit Sneakern und Basecap in einem Besprechungsraum des Berliner Luxushotels Ritz Carlton. Bis eben hatte er noch Telefonate, gleich steht ein Treffen mit Wirtschaftsführern beim amerikanischen Botschafter an. Doch Ulukaya lässt sich nicht hetzen. Seelenruhig beantwortet er Fragen, reist in Gedanken zurück in seine Kindheit.

Wenn Hamdi Ulukaya von seiner Kindheit spricht, verlangsamt sich die Zeit. Mit ruhiger Stimme erzählt er von den Bergen Kurdistans, durch die seine Familie ihre Schafherden trieb. Im Sommer waren die Eltern mit ihren sechs Kindern auf Wanderschaft zu immer neuen Weiden. Im Winter kehrten sie mit ihren Tieren ins Dorf zurück. "Wir hatten, was wir brauchten", erinnert sich Ulukaya. "Milch, Käse und Joghurt satt." Dazu viel Freiheit und "Eltern, die uns Kinder liebten". Es sei ein gutes Leben gewesen.

Ein gutes Leben führt Ulukaya noch immer - nur ein völlig anderes. Er hat eine märchenhafte Aufstiegsgeschichte geschrieben: vom Schafhirten zum Milliardär und Philanthropen. Der 50-Jährige produziert in den USA heute das, was schon seine kurdische Familie so gut konnte: Joghurt. Alleine gegen riesige Konzerne wie Kraft, Danone oder Nestlé, ist er damit zum Marktführer aufgestiegen.

Mehr als 2000 Menschen - viele davon Migranten wie er - arbeiten heute für Ulukaya. Und er arbeitet für sie. Denn der aufstrebende Unternehmer hat seine Belegschaft zu Eigentümern gemacht, ihnen mehr als zwölf Prozent der Anteile übertragen. Ein ungewöhnlicher Schritt. Und Ulukaya ging noch weiter: Er versprach, einen Großteil seines Vermögens noch zu Lebzeiten zu spenden und fing gleich damit an. Ulukaya gründete die Hilfsorganisation Tent, die inzwischen in elf Ländern der Welt, darunter Deutschland, die USA und Kolumbien, Flüchtlingen hilft, Arbeit zu finden.

Seine Marke Chobani (Hirte) gibt es in den USA heute in jedem Supermarkt. Forbes taxierte das Vermögen des "Joghurt-Königs" jüngst auf über zwei Milliarden Dollar. Doch für Ulukaya scheint das nebensächlich. "Reichtümer

Vom Schafhirten zum Milliardär Ein kurdischer Migrant steigt zum Joghurt-Magnaten auf und öffnet heute Türen für Flüchtlinge aus aller Welt. "Menschen sind wichtig...."

waren für mich nie wichtig", sagt er. "In unserem Dorf gab es noch nicht einmal einen Laden." Für Nomaden zählte nur, was sie mit sich tragen könnten - dazu ihr Vieh und ein Dach über dem Kopf für den Winter. Ins Geschäft, ins "Big Business" gar, habe Ulukaya gar nicht gewollt. Aber sein Weg habe ihn nun einmal dorthin geführt. Und nun, da er ihn gehe, wolle er möglichst vielen Menschen helfen - Menschen wie er, die Wanderer sind zwischen den Welten.

Elf Jahre war er alt, als die Dorflehrerin ihn für ein Stipendium vorschlug. Auf ein Internat könne er gehen und den höheren Schulabschluss machen - als Erster in seiner Familie. Die Eltern waren erst erschrocken. "Ich aber fand das aufregend und wollte es unbedingt versuchen." Ulukaya durfte ziehen - und zog in den folgenden Jahren immer weiter: Studienplatz in Ankara, Sprachkurs in New York, Gelegenheitsjobs als Tellerwäscher, Tankwart und Farmhelfer. Und dort, auf der Farm, die zündende Idee: Amerika braucht besseren Joghurt.

Per Kredit kauft Ulukaya eine abgewirtschaftete Molkerei im Bundesstaat New York. Vier der 55 bereits entlassenen Mitarbeiter übernimmt er sofort, viele andere wird er in den folgenden Jahren wieder einstellen. Die Beschäftigten halten heute nicht nur Anteile am Unternehmen. Selbst Hilfsarbeiter verdienen mindestens 15 Dollar die Stunde - fast doppelt so viel wie der gesetzliche Mindestlohn in den USA.

Heute ist Ulukaya verheiratet, hat drei Kinder und ein, wie er sagt, "kleines Haus mit vielen Anbauten" in der Nähe seiner ersten Fabrik. Er hilft Nichten und Neffen bei ihrer Ausbildung. Viele kommen zu Besuch, um Englisch zu lernen. "Ich glaube fest an die Menschen und an die Gemeinschaft."

Neuankömmlingen will er Hilfestellung bei der Integration geben - weit über die eigene Familie hinaus. Im Jahr 2016 gründete er die Organisation "Tent Partnership for Refugees" (Tent), die Unternehmen mobilisiert, Geflüchtete einzustellen. 220 Firmen, von Amazon über Adidas bis Pfizer haben sich dem Netzwerk angeschlossen. "In dem Moment, in dem ein Flüchtlings Arbeit findet und für seine Familie sorgen kann, ist er kein Flüchtlings mehr", sagt Ulukaya. Er oder sie werde zur wertvollen Stütze der Gesellschaft.

"Menschen sind wichtiger als Profite." Der Schlüsselsatz in Ulukayas viel beachteten Ted-Talk. Fast 4,5 Millionen Menschen haben das Video von einer Innovationskonferenz im Jahr 2019 bis heute im Netz angesehen. Es soll eine Anleitung für "alle CEOs der Welt" zur "noblen" Führung sein. "Sie sollten sich zuallererst um ihre Mitarbeiter kümmern", findet Ulukaya. "Die Profite von Aktionären zu maximieren, ist die dümmste Idee, die ich je gehört habe."

Bisher hat Chobani auch noch keine Aktionäre. Ein Pensionsfonds ist zu 20 Prozent beteiligt, der Rest gehört, neben den Mitarbeitern, dem Gründer selbst. Erstaunlich ist es da schon, dass Ulukaya öffentlich mit dem Gedanken spielte, an die Börse zu gehen. Nichts sei entschieden, sagt Ulukaya dazu. Frisches Kapital könnte aber die Möglichkeit sein, zu den Lebensmittelgiganten auf dem US-Markt aufzuschließen - den Umsatz von heute rund 2,5 Milliarden Dollar im Jahr zu verzehnfachen. Nur zu welchem Preis? Fremde Eigner wie ein Investmentfonds könnten Sparpläne erzwingen, um die Profite zu erhöhen. Genau das also, was Ulukaya doch so sehr ablehnt.

Klar ist ihm auf jeden Fall eines: Verkaufen will er sein Unternehmen nicht. Angebote von Wettbewerbern habe es immer wieder gegeben. Aber warum solle er etwas aufgeben, was er seit Kind so liebe, die Herstellung von Joghurt? Da halte er es mit der nomadischen Philosophie, die sein Leben so sehr bestimmt habe: Der Weg ist das Ziel.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Das Leben kurdischer Schafhirten ist einfach, hier am Ortseingang nach Kirkuk

Vom Schafhirten zum Milliardär Ein kurdischer Migrant steigt zum Joghurt-Magnaten auf und öffnet heute Türen für Flüchtlinge aus aller Welt. "Menschen sind wichtig...."

Load-Date: May 21, 2023

End of Document

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Migrantenunterkünfte: Grüne für dauerhafte Finanzierung ++ Linke: "Bundestagsfraktion politisch tot" ++ Margot Friedländer: Glückwünsche zum 102. Geburtstag ++ Frankfurt will "autoarme City" sein: Tempo 20 in der Innenstadt ++ Außenpolitik ++ Atombomben-Äußerung eines Ministers: Scharfe Kritik von Netanjahu ++ Ukraine: Russisches Kriegsschiff getroffen ++ Prügelnder Kadyrow-Sohn: Neuer Sicherheitschef seines Vaters ++ Finanzieller Ausgleich von Klimaschäden: Einigung rückt näher ++ Wissen ++ Bei Schnupfen und Mukoviszidose: Schleim mit Schleim bekämpfen ++ Gesundheitsgefahr: Scharfe Chips zurückgerufen ++ Wirtschaft und Geld ++ Signa-Gründer: Benko zum Rückzug bereit ++ Schnelles Internet: Probleme beim Glasfaserausbau ++ Schwacher Export: Besserung nicht in Sicht ++ Goldman-Sachs-Manager: "Wohlhabende sind vorsichtig" ++ Sport ++ 1. FC Bayern: Neue Kritik an Tuchel ++ VfL Wolfsburg: Auch gegen Werder sieglos ++ "Aufstehen gegen Antisemitismus": Erklärung von DOSB und Makkabi ++ Kultur und Gesellschaft ++ 25. Todestag: Weggefährten über Niklas Luhmann ++ Literatur: Büchner-Preis für Lutz Seiler ++ Götz-George-Preis für Schauspieler: Angela Winkler ausgezeichnet ++ Unwetter in Teilen Italiens: Tausende ohne Strom ++ Erdbeben in Nepal: Mindestens 157 Tote

Die Welt

Montag 6. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 215

Length: 2905 words

Body

Innenpolitik

Migrantenunterkünfte

Grüne für dauerhafte Finanzierung

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Migrantenunterkünfte: Grüne für dauerhafte Finanzierung ++ Linke:
 "Bundestagsfraktion politisch tot" ++ Margot Friedländer: Glück....

"Wir brauchen sogenannte Vorhaltepauschalen": Filiz Polat, parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion und **Migrationspolitikerin**, fordert vor dem Bund-Länder-Treffen am heutigen Montag Geld für Länder und Kommunen, damit sie auch in Nicht-Krisenzeiten Unterkünfte für **Migranten** und **Flüchtlinge** vorhalten können. "Die Länder und Kommunen müssen Bettenkapazitäten vorhalten können, um auf volatile Fluchtbewegungen reagieren zu können", sagte Polat WELT. Um Geld zu sparen, hatten viele Länder und Kommunen nach den **Migrationsbewegungen** 2015 und 2016 Plätze in **Flüchtlingsunterkünften** abgebaut, als sie nicht mehr benötigt wurden. FDP-Innenpolitiker Stephan Thomae forderte von dem Bund-Länder-Treffen die bundesweite Einführung einer Bezahlkarte für **Migranten**. "Das ist ein wichtiger Schritt, um Anreize für irreguläre **Migration** effektiv zu senken", sagte er dieser Zeitung. Welche Erwartungen Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) an das Treffen hat, lesen Sie im WELT-Interview auf Seite 4.

Linke

"Bundestagsfraktion politisch tot"

Nach der Abkehr von Sahra Wagenknecht will die Linkspartei nach vorne blicken und wieder politische Inhalte in den Mittelpunkt stellen. "Wir haben heute den Startschuss für eine Linke mit Zukunft gelegt", sagte der Parteivorsitzende Martin Schirdewan nach einer Strategiekonferenz am Sonntag. Von einem Fortbestand der Bundestagsfraktion wird dabei aber nicht mehr ausgegangen. "Diese Bundestagsfraktion ist politisch tot", sagte deren Vorsitzender Dietmar Bartsch mit Blick darauf, dass durch den Austritt von Wagenknecht und der sie unterstützenden Abgeordneten die Mindestzahl für die Fraktionsstärke unterschritten wird. "Es wird keine Bundestagsfraktion in naher Zukunft geben."

Margot Friedländer

Glückwünsche zum 102. Geburtstag

Zum 102. Geburtstag der Holocaust-Überlebenden Margot Friedländer haben zahlreiche Politiker gratuliert. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) schrieb auf X: "Es ist ein großes Glück, dass sie heute wieder in Deutschland lebt und das 'Nie wieder' mit Leben füllt." Friedländer macht sich den Dialog vor allem mit jungen Menschen zur Lebensaufgabe - unter anderem durch Besuche in Schulklassen und Lesungen. Friedländers Lebensweg sei "ein eindrucksvolles Zeugnis von Stärke, Resilienz und einer unerschütterlichen Hoffnung, die viele Menschen inspiriert", erklärte Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU). Auch Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) und Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) gratulierten. Die 102-Jährige hatte ihre gesamte Familie im Holocaust verloren. Sie selbst überlebte das Konzentrationslager Theresienstadt. Nach dem Zweiten Weltkrieg ging sie in die USA, kehrte aber mit 88 Jahren nach Deutschland zurück. Anfang des Jahres bekam sie das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse.

Frankfurt will "autoarme City" sein

Tempo 20 in der Innenstadt

Nicht Tempo 30, Tempo 20 soll es sein: Die Stadt Frankfurt am Main führt in Teilen der Innenstadt eine strikte Verkehrsberuhigung durch. Anfang Dezember werde das Limit rund um die Börse kommen und dann blockweise weiter umgesetzt, sagte Verkehrsdezernent Wolfgang Siefert (Grüne). Das Gebiet werde zum verkehrsberuhigten Geschäftsbereich erklärt. Geplant sei die Tempo-Beschränkung in den Nebenstraßen. Bei den Hauptstraßen bleibe alles wie gehabt. Hier soll der Durchgangsverkehr fahren. "Fahren von Parkhaus zu Parkhaus oder zum Posen mit dem Auto soll es in der Innenstadt nicht mehr geben", sagte Siefert. Wenn weniger Autos unterwegs seien, steige die Aufenthaltsqualität. Ziel sei keine autofreie Innenstadt, sondern eine autoarme.

Außenpolitik

Atombomben-Äußerung eines Ministers

Scharfe Kritik von Netanjahu

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Migrantenunterkünfte: Grüne für dauerhafte Finanzierung ++ Linke: "Bundestagsfraktion politisch tot" ++ Margot Friedländer: Glüc....

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und andere Kabinettsmitglieder haben sich in aller Deutlichkeit von Äußerungen des weit rechts stehenden Kulturerbeminters Amichai Elijahu distanziert. Dieser hatte in einem Interview mit dem Radiosender Kol Beramah gesagt, der Abwurf einer Atombombe auf den Gaza-Streifen sei eine Option. Später relativierte er das und erklärte, die Äußerung sei metaphorisch gemeint gewesen. "Aber wir müssen definitiv machtvoll und überproportional auf Terrorismus reagieren." Das Armeeradio zitierte Netanjahu damit, dass Elijahus Äußerungen von der Realität losgelöst seien. Israel und die Streitkräfte des Landes "handeln nach den höchsten Standards des Völkerrechts, um zu vermeiden, dass Nichtkombattanten verletzt werden - und werden dies auch weiterhin tun, bis wir den Sieg erringen". Der Sender berichtete, Netanjahu habe Elijahu bis auf Weiteres von Kabinettstreffen ausgeschlossen.

Ukraine

Russisches Kriegsschiff getroffen

Erfolg für die Ukraine: Die Luftstreitkräfte des Landes haben nach eigenen Angaben ein neues russisches Kriegsschiff in einer Werft auf der von Moskau annektierten Schwarzmeer-Halbinsel Krim zerstört. Luftwaffen-Kommandeur Generalleutnant Mykola Oleschtschuk schrieb auf Telegram, dass der Treffer bestätigt sei. Zuvor hatte er ein Video veröffentlicht, das den Angriff auf die Werft im Küstenort Kertsch zeigen soll. Auch russische Medien berichteten unter Berufung auf das Verteidigungsministerium in Moskau von dem Schlag. Wie der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba die Lage einschätzt und wie er sich auf den Winter vorbereitet, lesen Sie im WELT-Interview auf Seite 6.

Prügelper Kadyrow-Sohn

Neuer Sicherheitschef seines Vaters

Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm: Der 15-jährige Sohn des tschetschenischen Machthabers Ramsan Kadyrow, Adam, ist zum Chef des Sicherheitsdienstes seines Vaters ernannt worden. Der Jugendliche, der unlängst einen wehrlosen Mann in einem Gefängnis verprügelt und zu Boden getreten hatte, sei "ein leuchtendes Beispiel" für seine Generation, schrieb der Kommandeur von Kadyrows Spezialarmee Achmat, Samid Tschalajew, im sozialen Netzwerk Instagram. Er veröffentlichte dazu ein Foto von sich mit Adam Kadyrow. Ramsan Kadyrow, der die russische Teilrepublik Tschetschenien im Kaukasus wie ein Diktator führt, war einst selbst Vize-Sicherheitschef seines Vaters Achmat Kadyrow, der 2004 bei einem Attentat getötet wurde.

Finanzieller Ausgleich von Klimaschäden

Einigung rückt näher

Gut drei Wochen vor Beginn der Weltklimakonferenz COP28 in Dubai wurde bei den Vorbereitungen für einen Finanztopf zum Ausgleich von Klimaschäden in Entwicklungsländern eine wichtige Hürde genommen. "Wenn die COP in Dubai diesen Vorschlag annimmt, kann der Fonds kurzfristig seine Arbeit aufnehmen und den besonders vom Klimawandel betroffenen Länder schon mit ersten finanziellen Unterstützungen helfen", sagte Jochen Flasbarth, Staatssekretär im Bundesentwicklungsministerium. Zuvor hatte es in Abu Dhabi eine Einigung auf eine Grundstruktur gegeben. Aus deutscher Perspektive lobte Flasbarth besonders, dass ein bislang strittiger Punkt adressiert wird: "Auch die inzwischen reichen Länder wie die Golfstaaten oder ein Land wie China mit den inzwischen höchsten Treibhausgasemissionen können sich ihrer Verantwortung nicht mehr entziehen."

Wissen

Bei Schnupfen und Mukoviszidose

Schleim mit Schleim bekämpfen

In der Erkältungszeit ist Schleim besonders lästig. Dabei hilft er dem Körper, gesund zu werden. Zu viel davon kann allerdings krank machen. Wissenschaftler suchen daher nach Medikamenten, mit denen sich das zähe Sekret

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Migrantenunterkünfte: Grüne für dauerhafte Finanzierung ++ Linke: "Bundestagsfraktion politisch tot" ++ Margot Friedländer: Glüc....

leichter lösen lässt; bei gewöhnlichen Infekten, aber auch bei Krankheiten wie Mukoviszidose. So arbeitet der Biophysiker Daniel Lauster an der Freien Universität Berlin daran, "aus dem Schleim selbst einen Schleimlöser zu entwickeln", wie er sagt. In einem Projekt namens "MucBoost" will Lauster zudem verhindern, dass Menschen an Erkältungserregern erkranken; es wurde jüngst mit 2,5 Millionen Euro gefördert. Wie genau Lausters "molekulares Lego" funktioniert und was guten von schlechtem Schleim unterscheidet, lesen Sie auf Seite 8.

Gesundheitsgefahr

Scharfe Chips zurückgerufen

Mehrere Chargen mit extrem scharfen Chips sind wegen Gesundheitsgefahren zurückgerufen worden. In dem Produkt "Hot Chip Challenge" seien stark schwankende und teilweise extrem hohe Gehalte an Capsaicin festgestellt worden, heißt es in einer Warnung, die auf dem Verbraucherportal des Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit veröffentlicht wurde. Der Stoff stammt aus Chilischoten. Die Chips kommen bei Internet-Challenges zum Einsatz. Teilweise mussten Kinder und Jugendliche im Krankenhaus behandelt werden. Zwei Firmen mit Sitz in Frankfurt und Gießen haben das Produkt zurückgerufen. Es wurde in einen Großteil der Bundesländer geliefert.

Wirtschaft und Geld

Signa-Gründer

Benko zum Rückzug bereit

Zur Signa-Gruppe des österreichischen Unternehmers René Benko gehören Luxusimmobilien und Warenhäuser. Zuletzt ist Signa wegen Verkäufen, Insolvenzen und einem Baustopp in die Schlagzeilen geraten. Benko ist nach Darstellung eines Miteigentümers der Immobilien- und Handelsholding nun zu einem drastischen Schritt bereit. Der Milliardär habe signalisiert, sich als Vorsitzender aus dem Beirat der Signa Holding GmbH zurückzuziehen, sagte der österreichische Industrielle und Holding-Gesellschafter Hans Peter Haselsteiner dem Radiosender Ö1. Außerdem sei der 46-jährige Benko grundsätzlich bereit, seine Stimmrechte einem Sanierer mit weitreichenden Befugnissen zu übertragen.

Schnelles Internet

Probleme beim Glasfaserausbau

Die Opposition hat die Bundesregierung aufgefordert, beim Glasfaserausbau schnell zu handeln - andernfalls drohe "der Kontrollverlust". Die Schwierigkeiten beim flächendeckenden schnellen Internet häufen sich. Während vor allem in Ballungsräumen die Leitungen teils doppelt verlegt werden, fehlen auf dem Land mitunter Investoren für den teuren Ausbau. Nach den Plänen der Bundesregierung soll bis 2030 jeder Haushalt in Deutschland in Reichweite eines Glasfaser-Netzes sein. Eine Kleine Anfrage der Unionsfraktion im Bundestag habe verdeutlicht, dass "das Digitalministerium weiterhin keinen Plan für das Problem des Glasfaser-Doppelausbaus hat", sagte der CSU-Bundestagsabgeordnete und zuständige Berichterstatter Hansjörg Durz. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 10.

Schwacher Export

Besserung nicht in Sicht

Ökonomen betrachten die schwächernde Exportwirtschaft in Deutschland mit Sorge. Im September lagen die Ausfuhren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes mit 126,5 Milliarden Euro um 2,4 Prozent unter dem Vormonat und sogar um 7,5 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Der Rückgang fällt damit deutlich stärker aus, als Experten erwartet hatten. Dass sich der Abwärtstrend für den Außenhandel seit Jahresbeginn "nahezu ungebrochen fortgesetzt" habe, sei eine "etwas beunruhigende Tendenz", kommentiert Jens-Oliver Niklasch, Volkswirt bei der Landesbank Baden-Württemberg. Es sehe nicht so aus, als würde der Außenhandel

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Migrantenunterkünfte: Grüne für dauerhafte Finanzierung ++ Linke: "Bundestagsfraktion politisch tot" ++ Margot Friedländer: Glüc....

alsbald der benötigte Konjunkturtreiber für die deutsche Wirtschaft. Insbesondere Maschinenbauunternehmen leiden hierzulande unter dem Einbruch der Exporte. Die Hintergründe lesen Sie auf Seite 9.

Goldman-Sachs-Manager

"Wohlhabende sind vorsichtig"

Multimillionäre und Milliardäre achten zurzeit verstärkt darauf, mit welchen Finanzunternehmen sie zusammenarbeiten und wie diversifiziert sie sich aufstellen, hat Darren Allaway beobachtet. Er leitet bei der US-Bank Goldman Sachs das Geschäft mit Family Offices, Gesellschaften, in denen sehr wohlhabende Familien die Verwaltung ihrer Vermögen ausgelagert haben. Im WELT-Interview erläutert der Top-Manager, wie Superreiche jetzt investieren und warum er davor warnt, die wirtschaftliche Stärke Deutschlands zu unterschätzen. Das Interview lesen Sie auf Seite 11.

Sport

1. FC Bayern

Neue Kritik an Tuchel

Durch seine Reaktion nach dem 4:0 (2:0) bei Borussia Dortmund sieht sich Bayern-Trainer Thomas Tuchel sogleich mit neuer Kritik konfrontiert. Am Sonntag zeigte sich der ehemalige Bayern-Meistercoach Felix Magath überrascht, dass Tuchel gereizt auf Aussagen von einigen TV-Experten reagierte. Das mache keinen guten Eindruck. "Eigentlich ist noch gar nichts los in der Liga. Der FC Bayern hat nur einen rabenschwarzen Pokal-Tag gehabt. Da muss man als Trainer auch Kritik einstecken", sagte Magath dem TV-Sender "Bild". "Ich sehe jetzt noch keine unanständige Kritik. Wenn der Trainer jetzt schon so empfindlich reagiert, wird es wahrscheinlich keine einfache Saison." Warum Tuchel trotz der Gala seiner Bayern beim BVB so dünnhäutig reagierte, lesen Sie auf Seite 12.

VfL Wolfsburg

Auch gegen Werder sieglos

Der VfL Wolfsburg hat gegen Werder Bremen trotz Führung den Sieg noch verspielt und steckt weiter im Tabellen-Mittelfeld der Fußball-Bundesliga fest. Die Niedersachsen kamen am Sonntag nicht über ein 2:2 (1:1) hinaus und sind damit in der Liga bereits seit vier Spielen sieglos. Für die Bremer war es dagegen der erste Auswärtspunkt der Saison, durch den sich die Hanseaten weiter ins gesicherte Mittelfeld der Tabelle absetzen. In der Schlussphase sah Wolfsburgs Maxence Lacroix wegen Foulspiels die Gelb-Rote Karte (88.). Mehr Spielergebnisse auf Seite 13.

"Aufstehen gegen Antisemitismus"

Erklärung von DOSB und Makkabi

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) und der deutsch-jüdische Sportverband Makkabi haben die Taten der Hamas in einer gemeinsamen Erklärung auf das Schärfste verurteilt. "Unsere Solidarität gilt dem israelischen Volk und dem Staat Israel sowie den Jüdinnen und Juden in Deutschland und weltweit", hieß es in dem Schreiben. Weiter schrieben die Verbände: "Lasst uns alle aufstehen gegen antisemitische Äußerungen in unseren mehr als 86.000 Sportvereinen in Deutschland! Lasst uns dafür sorgen, dass sich Jüdinnen und Juden bei uns sicher fühlen und wir weiterhin miteinander Sport treiben können!"

Kultur und Gesellschaft

25. Todestag

Weggefährten über Niklas Luhmann

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Migrantenunterkünfte: Grüne für dauerhafte Finanzierung ++ Linke: "Bundestagsfraktion politisch tot" ++ Margot Friedländer: Glüc....

Am 6. November 1998 starb der Soziologe Niklas Luhmann, der mit Büchern wie "Das Wissen der Gesellschaft" zu einem der wichtigsten deutschen Denker der Nachkriegszeit wurde. Fast legendär ist seine Kontroverse mit dem ebenfalls weltberühmten Kollegen Jürgen Habermas. Zeitgenossen wie Hans Ulrich Gumbrecht, Alexander Kluge und Luhmann-Schüler wie Maren Lehmann und Rudolf Stichweh erinnern sich an und ihn begründen, warum seine Theorien noch heute wichtig sind: Seiten 14/15.

Literatur

Büchner-Preis für Lutz Seiler

In Darmstadt hat der Schriftsteller Lutz Seiler ("Kruso") den Georg-Büchner-Preis bekommen. Der mit 50.000 Euro dotierte Preis gilt als die wichtigste Auszeichnung für deutschsprachige Schriftsteller. Neben dem Georg-Büchner-Preis gab es weitere Verleihungen. Der Evolutionsbiologe Matthias Glaubrecht wurde mit dem Sigmund-Freud-Preis für wissenschaftliche Prosa geehrt und die Literaturkritikerin Jutta Person mit dem Johann-Heinrich-Merk-Preis für literarische Kritik und Essay. Die Auszeichnungen sind jeweils mit 20.000 Euro dotiert. Bei der Sitzung der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung am Wochenende wurde auch der Schriftsteller Ingo Schulze zu deren neuem Präsidenten gewählt. Mehr lesen Sie auf Seite 16.

Götz-George-Preis für Schauspieler

Angela Winkler ausgezeichnet

Die Schauspielerin Angela Winkler erhält in diesem Jahr den Götz-George-Preis. Die 79-Jährige zeichne sich durch eine "unbändige Freude am Spiel" und "einen leichtfüßigen Umgang mit dem ihr eigenen, großen Können" aus, teilte die Jury zur Begründung mit und ergänzte: "Diese Künstlerin lässt die Seele sprechen." Die mit 10.000 Euro dotierte Ehrung erhalten Schauspieler, die mit ihrem künstlerischen Wirken die Film-, Fernseh- und Theaterlandschaft geprägt haben. Winkler wurde 1944 in Templin in der Uckermark geboren und lebt heute laut Mitteilung mit ihrem Mann in Berlin und Frankreich. Zum Star wurde sie durch ihre Titelrolle im Film "Die verlorene Ehre der Katharina Blum" aus dem Jahr 1975. Bekannt ist die Schauspielerin auch aus der oscarprämierten Buchverfilmung "Die Blechtrommel" oder aus der Netflix-Serie "Dark".

Unwetter in Teilen Italiens

Tausende ohne Strom

Nach den schweren Unwettern der vergangenen Tage ist die mittelitalienische Region Toskana in der Nacht zum Sonntag erneut von heftigen Regenfällen und Stürmen heimgesucht worden. Mehr als 16.000 Haushalte seien ohne Strom und rund 1200 Menschen in dem Gebiet unweit von Florenz vorsorglich evakuiert worden, teilte der Präsident der beliebten Urlaubsregion, Eugenio Giani, mit. Infolge der Unwetter, von denen die Gegend seit Donnerstagabend betroffen ist, sind mindestens sieben Menschen ums Leben gekommen. Die schweren Unwetter haben insbesondere die Provinzen Prato und Pistoia in Mitleidenschaft gezogen. Der Fluss Bisenzio sowie einige kleinere Bäche traten über die Ufer und überschwemmten ganze Ortschaften. Indes laufen in den Gemeinden, in denen das Wasser bereits zurückgegangen ist, die Aufräumarbeiten.

Erdbeben in Nepal

Mindestens 157 Tote

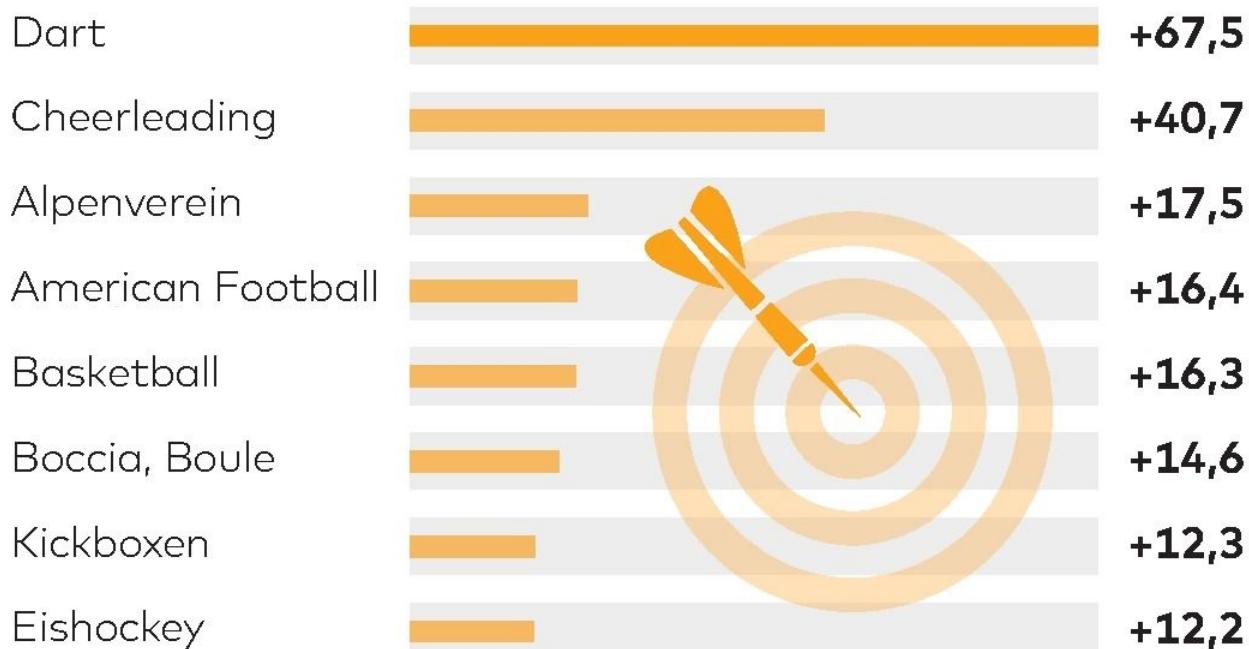
Bei einem schweren Erdbeben im Westen Nepals sind in der Nacht zum Samstag mindestens 157 Menschen gestorben. 36 Stunden nach den Erdstößen der Stärke 5,6 in dem Himalaja-Staat wurde die Suche nach Überlebenden eingestellt, wie die Behörden am Sonntag mitteilten. Die Hilfe konzentriert sich nun auf die Unterstützung für die Überlebenden, die Lebensmittel und Unterkünfte benötigen. In abgelegenen westlichen Regionen des Landes hatte das Erdbeben am Freitagabend zahllose der zumeist aus Lehm gebauten Häuser einstürzen lassen. Viele Überlebende verbrachten die Nächte seither unter freiem Himmel.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Migrantenunterkünfte: Grüne für dauerhafte Finanzierung ++ Linke: "Bundestagsfraktion politisch tot" ++ Margot Friedländer: Glüc....

SPORTARTEN

Dart ist im Trend

Entwicklung der Mitgliederzahl ausgewählter Sportverbände in Deutschland, 2023 ggü. 2018 (in %)*

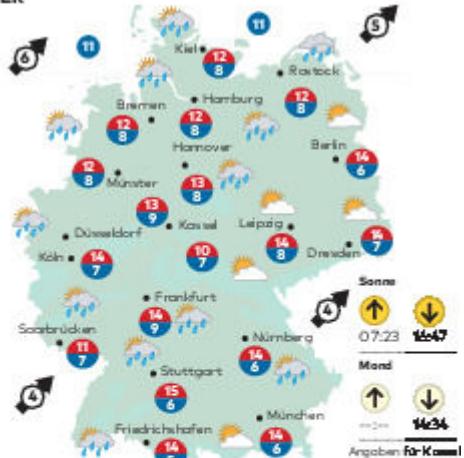


* nur Verbände, die 2018 mindestens 10.000 Mitglieder hatten
Quelle: DOSB, Statista

welt

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Migrantenunterkünfte: Grüne für dauerhafte Finanzierung ++ Linke: "Bundestagsfraktion politisch tot" ++ Margot Friedländer: Glüc....

WETTER



Schauer und einzelne Gewitter

Heute: Die Sonne macht sich bei uns mehrtr, und der Himmel zeigt sich wieder verhangen. Es füllt zum Teil leichtfüger Regen. Im Nordwesten und südlich der Donau lehnen sich Gewitter entzündet. Die Temperaturen steigen in den Nachmittagsstunden auf Werte zwischen 6 und 15 Grad. Es weht ein mittlerer bis frischer, im äußersten Norden starker Wind aus Südwest.

Blauer Tag: Beider Wetterlage schlafen viele nicht so tief wie sonst. Die Folgen sind Müdigkeit und Abgeschlagenheit. Dadurch lehnen Konzentrations- und Leistungsfähigkeit abgeschräkt sein. Wetterföhliges haben außerdem mit Kreislaufproblemen zu kämpfen.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: November 6, 2023

End of Document

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Umfrage zur Hessen-Wahl: Enges Rennen um Platz zwei ++ Wegen einer Bedrohungslage: Weidel sagt Kundgebung ab
++ Entscheidung zu Heilversuchen: Kostenerstattung erschwert ++
Sachleistungen für Asylbewerber: Bund macht Druck ++ Außenpolitik ++
Kernelement der Asylreform: EU-Staaten einigen sich ++ Großbritannien:
Rauchen soll verboten werden ++ Schutz vor russischen Angriffen: Charkiw baut unterirdische Schule ++ Nach Protestaktion: Russische Journalistin verurteilt ++ Wissen ++ Chemie: Nobelpreis für Quanten-Forscher ++
Gesundheit: Neues Institut für Prävention ++ Wirtschaft und Geld ++
"Bluesky": 200 Euro Eintritt für Twitter-Klon ++ Brandbrief: Hilferuf der Möbelindustrie ++ Umfrage: Ein Drittel sorgt weniger vor ++ Tag an der Börse: Dax kämpft gegen den Verlust ++ Sport ++ FC Bayern: Das Joker-Glück der Münchener ++ Fußball-EM 2028: Türkei zieht sich aus Rennen zurück ++ Fußball-WM 2030: Sechs Länder, drei Kontinente ++ Kultur und Gesellschaft ++ Regisseur Axel Ranisch: Geschichten ohne Drehbuch ++
Wes Anderson für Netflix: Viermal Roald Dahl ++ Auktion in New York: 25 Millionen Dollar für Picasso-Werk? ++ Busunglück in Venedig: Deutsche unter den Opfern ++ USA gegen chinesische Produzenten: Fentanyl-Hersteller angeklagt ++ Polizei-Gewerkschaft: Feuerwerks-Verbot gegen Krawalle

Die Welt

Donnerstag 5. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 193

Length: 2934 words

Body

Innenpolitik

Umfrage zur Hessen-Wahl

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Umfrage zur Hessen -Wahl: Enges Rennen um Platz zwei ++ Wegen einer Bedrohungslage: Weidel sagt Kundgebung ab ++ Entscheidung zu....

Enges Rennen um Platz zwei

Kurz vor der Landtagswahl in Hessen liegt die CDU von Ministerpräsident Boris Rhein in einer neuen Umfrage weiter deutlich vorn. Die am Mittwoch von "Bild" veröffentlichte Erhebung des Instituts Insa sieht die CDU bei 31 Prozent. Die SPD von Spitzenkandidatin und Bundesinnenministerin Nancy Faeser kommt ebenso wie Grüne und AfD auf 16 Prozent. Die Freien Wähler erreichen fünf Prozent. Bliebe es bei der Wahl am Sonntag dabei, könnten sie erstmals in den Wiesbadener Landtag einziehen. Sie erreichen damit in der Umfrage denselben Wert wie die FDP, die ebenfalls auf fünf Prozent kommt. Nicht mehr im Landtag vertreten wäre die Linke mit vier Prozent.

Wegen einer Bedrohungslage

Weidel sagt Kundgebung ab

Sollte auf Alice Weidel ein Anschlag verübt werden? Die AfD-Chefin hat einen Auftritt bei einer Kundgebung ihrer Partei kurz vor den Landtagswahlen in Bayern aus Sicherheitsgründen abgesagt. "Am vorletzten Wochenende gab es einen sicherheitsrelevanten Vorfall. Frau Weidel und ihre Familie wurden von Sicherheitsbehörden aus ihrer privaten Wohnung an einen sicheren Ort verbracht, da sich Hinweise verdichtet hatten, die auf einen Anschlag auf ihre Familie hindeuteten", sagte ein Sprecher der Politikerin auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur. Aus Vorsichtsgründen habe sie daher auf öffentliche Auftritte verzichtet. Eine Sprecherin des Bundeskriminalamts sagte, dass man sich nicht zu einzelnen Sachverhalten äußere. Die AfD hatte Weidel als Hauptrednerin zum Tag der Deutschen Einheit in Mödlareuth geladen - einem Ort, der sowohl in Bayern als auch in Thüringen liegt und durch den früher die innerdeutsche Grenze verlief. Einen Kommentar lesen Sie auf Seite 7.

Entscheidung zu Heilversuchen

Kostenerstattung erschwert

Patienten mit einer unheilbaren Erkrankung können allein wegen der Empfehlung ihres behandelnden Arztes nicht die Kostenerstattung für eine experimentelle Therapie verlangen. Vielmehr komme es darauf an, ob ein "Mindestmaß an wissenschaftlicher Datenlage zu den Erfolgsaussichten des Therapieansatzes" vorliegt, entschied das Bundesverfassungsgericht. (AZ: 1 BvR 1790/23) Nur wenn eine auf hinreichende Indizien "nicht ganz fernliegende Aussicht auf Heilung oder wenigstens auf eine spürbare positive Einwirkung auf den Krankheitsverlauf besteht", könne die gesetzliche Krankenkasse für die Kosten aufkommen, erklärten die Karlsruher Richter.

Sachleistungen für Asylbewerber

Bund macht Druck

Im Streit über staatliche Leistungen für Asylbewerber in Deutschland erhöht der Bund den Druck auf die Länder. FDP-Fraktionschef Christian Dürr forderte die Ministerpräsidenten der 16 Bundesländer am Mittwoch ultimativ auf, bestehende Geldleistungen für Migranten auf Sachleistungen umzustellen. "Mein Ultimatum lautet: Am 6.11. ist Stichtag. Bis dahin müssen alle 16 MPs sagen, wir wollen keine Bargeldzahlungen mehr, denn die sind ein Pullfaktor", sagte Dürr in der TV-Sendung "RTL/ntv-Frühstart". Am 6. November ist die nächste Ministerpräsidentenkonferenz mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) geplant. Dabei soll es vor allem um die Finanzierung der Versorgung der Migranten gehen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) bekräftigte im ZDF, dass der Bund längst die Möglichkeit für die Länder eröffnet habe, das System auf Sachleistungen umzustellen. Wie der große Zustrom von Migranten eine deutsche Stadt an ihre Grenzen bringt, lesen Sie auf Seite 4.

Außenpolitik

Kernelement der Asylreform

EU-Staaten einigen sich

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Umfrage zur Hessen -Wahl: Enges Rennen um Platz zwei ++ Wegen einer Bedrohungslage: Weidel sagt Kundgebung ab ++ Entscheidung zu....

Es ist gelungen: Die EU-Staaten haben nach wochenlangem Streit über ein Kernelement der geplanten Asylreform einen Durchbruch erzielt. Es sei eine gemeinsame Positionierung zu den Vorschlägen der EU-Kommission für einen Krisenmechanismus vereinbart werden, erklärte die spanische EU-Ratspräsidentschaft auf der Plattform X. Die sogenannte Krisenverordnung ist ein zentrales Element der geplanten EU-Asylreform. Über sie könnte etwa bei einem besonders starken Anstieg der Migration der Zeitraum verlängert werden, in dem Menschen unter haftähnlichen Bedingungen festgehalten werden können. Zudem könnte der Kreis der Menschen vergrößert werden, der für die geplanten strengen Grenzverfahren infrage kommt.

Großbritannien

Rauchen soll verboten werden

No smoking: Großbritannien will künftigen Generationen das Rauchen verbieten und mit einem strikten Anti-Tabak-Kurs dem Vorbild von Neuseeland folgen. Er schlage vor, die Altersgrenze für den Kauf von Tabak von derzeit 18 Jahren jährlich um ein Jahr zu erhöhen, sagte Premierminister Rishi Sunak auf dem Jahrestreffen seiner Konservativen Partei in Manchester. Ziel sei, dass ein heute 14-Jähriger nie legal eine Zigarette kaufen und seine Generation damit rauchfrei aufwachsen könne. Was der Premierminister in seiner Rede vor der in einer tiefen Krise steckenden Konservativen Partei sonst noch sagte, lesen Sie auf Seite 6.

Schutz vor russischen Angriffen

Charkiw baut unterirdische Schule

Kinder brauchen Licht und frische Luft - doch im Krieg liegen die Prioritäten anders: Die ostukrainische Metropole Charkiw baut die erste unterirdische Schule des Landes, um ihre Schüler vor russischen Angriffen zu schützen. "Ein solcher Schutzraum wird es Tausenden von Kindern in Charkiw ermöglichen, ihren Unterricht auch bei Raketenangriffen sicher von Angesicht zu Angesicht fortzusetzen", schrieb Bürgermeister Ihor Terechow im Kurznachrichtendienst Telegram. Während viele Schulen in Frontregionen während des Krieges gezwungen sind, online zu unterrichten, hatte Charkiw vor Beginn des Schuljahres am 1. September auch rund 60 Klassenzimmer in U-Bahnstationen eingerichtet. "Es gibt eine gewisse Müdigkeit, aber wir werden alles tun, um gegen unseren Feind zu gewinnen", sagt Präsident Wolodymyr Selenskyj dem italienischen Fernsehsender SkyTg24. Mehr zum Ukraine-Krieg lesen Sie auf Seite 6.

Nach Protestaktion

Russische Journalistin verurteilt

Mehr als eineinhalb Jahre nach ihrem aufsehenerregenden Protest im Live-TV gegen den Angriffskrieg in der Ukraine ist die russische Fernsehjournalistin Marina Owsjannikowa in einer anderen Angelegenheit in Abwesenheit zu achteinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Owsjannikowa wurde wegen "Verbreitung von Falschinformationen" über die Armee verurteilt, wie ein Moskauer Gericht erklärte. Das Urteil bezieht sich auf eine Protestaktion im Juli 2022, bei der Owsjannikowa allein in der Nähe des Kremls demonstriert und dabei ein Schild hochgehalten hatte, auf dem sie die militärische Intervention in der Ukraine und den russischen Präsidenten Wladimir Putin kritisierte. Im März 2022 war Owsjannikowa während der Sendung eines TV-Senders hinter der Nachrichtensprecherin aufgetaucht und hatte ein Protestplakat in die Kamera gehalten - und hatte so weltweite Aufmerksamkeit erregt. Im Oktober 2022 floh die heute 45-Jährige aus dem Hausarrest mit ihrer Tochter aus Russland. Die Journalistin, die zwischenzeitlich für WELT arbeitete, hält sich nach Angaben in ihrem Nutzerkonto im Online-Dienst Instagram derzeit in Frankreich auf.

Wissen

Chemie

Nobelpreis für Quanten-Forscher

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Umfrage zur Hessen -Wahl: Enges Rennen um Platz zwei ++ Wegen einer Bedrohungslage: Weidel sagt Kundgebung ab ++ Entscheidung zu....

Der Nobelpreis für Chemie geht in diesem Jahr an die in den USA tätigen Forscher Moungi Bawendi, Louis Brus und Alexei Ekimov für die Entdeckung und Entwicklung von sogenannten Quantenpunkten. Das meldete die Königlich-Schwedische Akademie der Wissenschaften in Stockholm. Die auch künstliche Atome genannten Strukturen werden unter anderem in modernen Fernsehern verwendet und sind für Quantencomputer wichtig. Mehr über die Forscher und ihre Entdeckungen lesen Sie auf Seite 8.

Gesundheit

Neues Institut für Prävention

Braucht Deutschland eine weitere Behörde? Nach Ansicht von Karl Lauterbach (SPD) ja. Demnach soll sich eine neue Bundesbehörde nach den Plänen des Gesundheitsministers um verstärkte Informationen und Vorbeugung etwa zu Krebs, Demenz und Herz-Kreislauf-Erkrankungen kümmern. Bis 2025 soll dafür ein "Bundesinstitut für Prävention und Aufklärung in der Medizin aufgebaut" werden. Darin aufgehen soll auch die bisherige Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Lauterbach sagte, Deutschland gebe so viel wie kein anderes EU-Land für Gesundheit aus, sei bei der Lebenserwartung aber nur Durchschnitt. Das System sei zu stark auf Behandlung bei schon bestehender Krankheit ausgerichtet, wirksame Vorbeugung fehle. Dies solle das neue Institut verbessern.

Wirtschaft und Geld

"Bluesky"

200 Euro Eintritt für Twitter-Klon

Das soziale Netzwerk "Bluesky" bekommt derzeit starken Zulauf. Der Dienst funktioniert genauso wie "X", vormals Twitter. Vor allem enttäuschte Twitter-Nutzer und Elon-Musk-Skeptiker halten den Dienst für eine bessere Alternative. Doch wer sich registrieren will, benötigt eine Einladung. Und die strikte Gästeliste hat eine Kehrseite: Um die Einladungen ist ein regelrechter Markt entstanden. Findige Nutzer haben daraus ein Geschäftsmodell entwickelt. Zudem hat die Exklusivität noch einen weiteren Nebeneffekt. So beklagen manche Neuankömmlinge politische Einseitigkeit. Mehr dazu auf Seite 12.

Brandbrief

Hilferuf der Möbelindustrie

Deutschlands Möbelbranche rutscht immer tiefer in die Krise und fordert nun eine Kurskorrektur in der Baupolitik. "Ohne einen funktionierenden Wohnungsneubau werden nachgelagerte Wertschöpfungsketten wie die der Möbelbranche in existenzbedrohende wirtschaftliche Turbulenzen hineingezogen", heißt es in einem Positionspapier des Handelsverbands Möbel und Küchen (BVDM) und des Verbands der Deutschen Möbelindustrie (VDM), das WELT exklusiv vorliegt. Mehr lesen Sie im Bericht auf Seite 9.

Umfrage

Ein Drittel sorgt weniger vor

Viele Menschen in Deutschland würden gerne mehr fürs Alter auf die hohe Kante legen, können es sich aber nicht leisten: Die stark gestiegene Inflation dämpft einer Umfrage zufolge die private Altersvorsorge. Fast ein Drittel (32 Prozent) von gut 2000 Befragten sorgt seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs und der gestiegenen Teuerung weniger für den Ruhestand vor als zuvor. Genau so viele gaben an, gar nicht fürs Alter zu sparen, wie aus der Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov im Auftrag des Versicherungskonzerns Axa hervorgeht. Mehr als die Hälfte (59 Prozent) sagten, dass sie gerne mehr vorsorgen würden, sie könnten es sich jedoch finanziell nicht leisten. Demnach gaben 15 Prozent der Befragten an, weniger als 100 Euro pro Monat in die private Altersvorsorge zu stecken. Ebenso viele investieren zwischen 100 und 200 Euro. Zehn Prozent sparen 200 bis 300 Euro und neun Prozent mehr als 400 Euro.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Umfrage zur Hessen -Wahl: Enges Rennen um Platz zwei ++ Wegen einer Bedrohungslage: Weidel sagt Kundgebung ab ++ Entscheidung zu....

Tag an der Börse

Dax kämpft gegen den Verlust

Der Dax ist am Mittwoch erstmals seit März wieder zeitweise unter die Marke von 15.000 Punkten gefallen. Nachdem der Leitindex in der ersten Handelsstunde bis auf 14.948 Punkte abgesackt war, holte er seine Verluste aber auf und schaffte es wieder in den Plusbereich. Zum Xetra-Schluss legte er 0,1 Prozent auf 15.099 Zähler zu. Weitere Börseninformationen finden Sie auf Seite 9.

Sport

FC Bayern

Das Joker-Glück der Münchener

Der Sieg des FC Bayern kam von der Bank. Entsprechend lobte Trainer Thomas Tuchel nach dem Münchener 2:1 in der Champions League beim FC Kopenhagen "den unglaublichen Schub" seiner Joker - allen voran Thomas Müller und Mathys Tel. Der eingewechselte Müller legte dem eingewechselten Tel im Parken-Stadion in der 83. Spielminute das umjubelte Siegtor auf. "Thomas hat das sensationell gemacht. Und Mathys hat wieder getroffen", kommentierte Tuchel begeistert. Der alte Müller (34) und der junge Tel (18) - gerade Letzterer erarbeitet sich in seiner zweiten Saison beim deutschen Meister einen immer größeren Stellenwert. Tel drängt in die Startelf. Und auch Müller will sich nicht mit Joker-Einsätzen abfinden. Ausgelassen bejubelte er seine Torvorbereitung. Verspürte er danach Genugtuung? "Genugtuung ist ein großes Wort. Aber die Freude ist groß", sagte der Nationalspieler. Mehr lesen Sie auf Seite 13.

Fußball-EM 2028

Türkei zieht sich aus Rennen zurück

Die Europameisterschaft 2028 findet aller Voraussicht nach im Vereinigten Königreich und in Irland statt. Wie der europäische Fußballverband Uefa mitteilte, hat die Türkei als einziger weiterer Bewerber seine Kandidatur zurückgezogen. Stattdessen werde sich die Türkei nun gemeinsam mit Italien für die EM 2032 bewerben, hieß es. Die offizielle Entscheidung fällt aber erst am 10. Oktober bei einer Sitzung des Uefa-Exekutivkomitees. Die EM-Organisatoren hatten im April insgesamt zehn Stadien als Austragungsorte für die EM 2028 im Vereinigten Königreich und Irland benannt, darunter Dublin und Belfast auf der irischen Insel. Damit würden insgesamt fünf Verbände die EM ausrichten: England, Schottland, Wales, Nordirland sowie Irland.

Fußball-WM 2030

Sechs Länder, drei Kontinente

Für die Jubiläumsausgabe der Fußball-Weltmeisterschaft 2030 hat sich der Weltverband Fifa etwas Besonderes ausgedacht: Die Fußball-Weltmeisterschaft 2030 wird in Südamerika eröffnet und anschließend in Marokko, Spanien und Portugal ausgetragen. Damit wird die WM erstmals auf drei Kontinenten ausgetragen. Das Eröffnungsspiel soll dabei in Uruguay stattfinden, zwei weitere Partien in Argentinien und Paraguay. Damit will die Fifa das Jubiläum des Turniers entsprechend würdigen. Die erste WM war 1930 in Uruguay ausgetragen worden. Ursprünglich wollten die drei südamerikanischen Länder das Turnier komplett austragen, was die Fifa aber ablehnte. Nach den drei Spielen geht das Turnier mit 48 Nationen in Marokko, Spanien und Portugal weiter. Alle sechs Teams sind damit auch automatisch für die Endrunde qualifiziert. Außerdem soll eine Jubiläumsfeier in Montevideo stattfinden, der Hauptstadt Uruguays.

Kultur und Gesellschaft

Regisseur Axel Ranisch

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Umfrage zur Hessen -Wahl: Enges Rennen um Platz zwei ++ Wegen einer Bedrohungslage: Weidel sagt Kundgebung ab ++ Entscheidung zu....

Geschichten ohne Drehbuch

Er wuchs als Sohn von Leistungssportlern und als dicker, schwuler Klassikliebhaber in einem ostdeutschen Plattenbau auf: der Regisseur und Schriftsteller Axel Ranisch. In seiner neuen sechsteiligen Serie "Nackt über Berlin", die jetzt auf Arte zu sehen ist, erzählt er davon. Ranisch dreht gern - selbst im "Tatort" - ohne Buch, lässt improvisieren. Das mache Schauspieler freier, sagt Ranisch. Ein Gespräch mit ihm über Witz und Wahn und queere Normalität finden Sie auf Seite 15.

Wes Anderson für Netflix

Viermal Roald Dahl

Der amerikanische Filmregisseur Wes Anderson hat eine Vorliebe für die scheinbare Kinderliteratur des britischen Schriftstellers Roald Dahl. Für einen Zeichentrick-Film von Anderson lieferte Dahl bereits die Vorlage. "Der fantastische Mr. Fox" hieß der Film. Für Netflix hat Anderson jetzt vier Geschichten Dahls verfilmt - mit Benedict Cumberbatch, Ben Kingsley, Ralph Fiennes und Rupert Friend. Fantastische Filmgeschichten sind das. Was man dafür nicht unbedingt braucht, lesen Sie auf Seite 16.

Auktion in New York

25 Millionen Dollar für Picasso-Werk?

Bei den traditionellen Herbstversteigerungen der großen Auktionshäuser im November in New York werden wieder Rekordpreise erwartet: Ein Werk des spanischen Malers Pablo Picasso (1881-1973) könnte bei einer Auktion um die 25 Millionen Dollar (knapp 24 Millionen Euro) einbringen. Das 1932 entstandene Stillleben "Comptoir et guitare" (auf Deutsch etwa: Obstschale und Gitarre) solle im November versteigert werden, teilte das Auktionshaus Sotheby's mit.

Busunglück in Venedig

Deutsche unter den Opfern

Bei dem schweren Busunglück im norditalienischen Venedig mit mindestens 21 Toten ist ein deutscher Staatsbürger unter den 15 Verletzten. Bereits zuvor hatte ein Sprecher des Bürgermeisteramts von Venedig erklärt, dass unter den Todesopfern ein Deutscher sei. Der Bus war laut der Feuerwehr von Venedig am Dienstagabend von einer Brücke über eine Eisenbahnlinie zwischen Mestre und Marghera gestürzt, zwei auf dem Festland befindlichen Stadtteilen Venedigs. Er fing nach dem Sturz Feuer und brannte fast vollständig aus. Zum Zeitpunkt des Unglücks gegen 19.30 Uhr befand sich der Bus auf dem Rückweg vom Zentrum Venedigs zu einem Campingplatz. Bürgermeister Luigi Brugnaro sprach von einer "Apokalypse". Unter den Toten ist auch der Fahrer, ein 40 Jahre alter Italiener. Spekuliert wird, dass er wegen eines Schwächeanfalls die Kontrolle verloren haben könnte - oder auch, dass er eingeschlafen ist.

USA gegen chinesische Produzenten

Fentanyl-Hersteller angeklagt

Im Kampf gegen die Einfuhr der tödlichen Droge Fentanyl in die Vereinigten Staaten hat das US-Justizministerium Klage gegen acht in China ansässige Produzenten und Mitarbeiter erhoben. Den Unternehmen werden Verbrechen im Zusammenhang mit Herstellung und dem Vertrieb von Fentanyl sowie Substanzen zur Produktion dieser synthetischen Droge vorgeworfen. Zugleich verhängte das US-Finanzministerium Sanktionen gegen 13 Personen und zwölf Betriebe in China und Kanada. Damit sollen Geldflüsse aus dem Drogengeschäft gestoppt werden. Das synthetische Opioid Fentanyl ist rund 50-mal stärker als Heroin und hat in den USA zu einem ernsten Drogenproblem geführt.

Polizei-Gewerkschaft

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Umfrage zur Hessen -Wahl: Enges Rennen um Platz zwei ++ Wegen einer Bedrohungslage: Weidel sagt Kundgebung ab ++ Entscheidung zu....

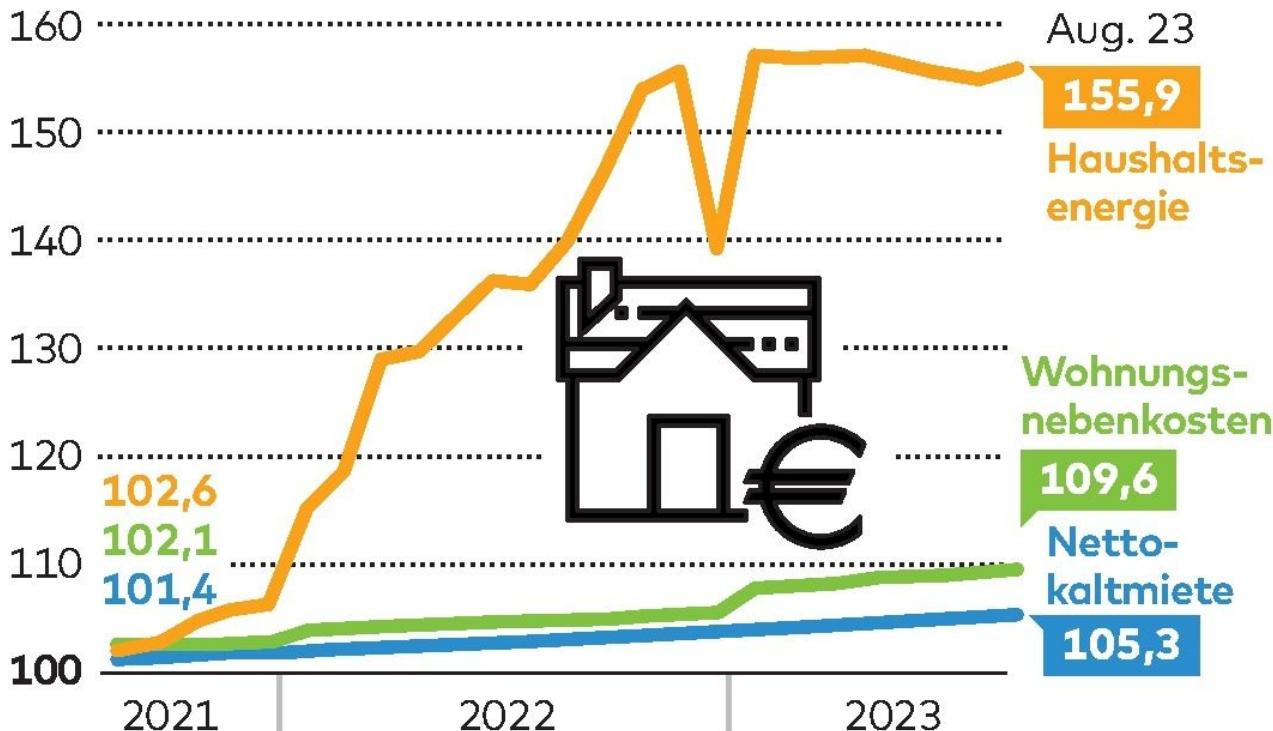
Feuerwerks-Verbot gegen Krawalle

Drei Monate vor Silvester hat die Berliner Gewerkschaft der Polizei (GdP) eine Reihe von Maßnahmen gefordert, um erneute Krawalle zu verhindern. Nötig sei ein bundesweites Verbot von privatem Feuerwerk verbunden mit einem Verkaufsverbot, sagte der GdP-Landesvorsitzende Stephan Weh. Weil eine Gesetzesänderung in ganz Deutschland nicht zu erwarten sei, sei zumindest in Berlin ein lokales Feuerwerks-Verbot innerhalb des S-Bahn-Rings denkbar und "halbwegs umsetzbar". Statt der "Privatböllerei" sollten die Bezirke Profi-Feuerwerke organisieren. "Auf den Straßen würde mehr Übersichtlichkeit herrschen, sodass man Gewalttäter gezielter aus der Masse selektieren könnte."

HAUSHALTSENERGIE

Preise stagnieren auf hohem Niveau

Entwicklung ausgewählter Indizes für Wohnkosten in Deutschland (in Punkten, 2020 = 100)

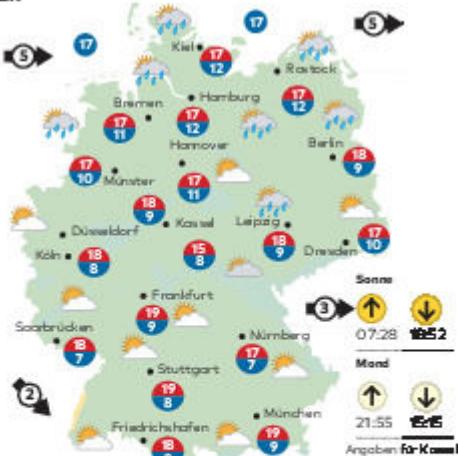


Quelle: Statista/Statistisches Bundesamt

welt

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Umfrage zur Hessen -Wahl: Enges Rennen um Platz zwei ++ Wegen einer Bedrohungslage: Weidel sagt Kundgebung ab ++ Entscheidung zu....

WETTER



Meist trocken, nur lokal Regen

Wetter: Im Norden setzt sich das wolkige und unbeständige Schauerwetter fort. Auch im Osten kann es örtlich regnen. Sonst bleibt es noch Auflösung lokaler Nebelfelder bei Sonne und teilweise auch dichten Wolken überwiegend trocken. 12 bis 21 Grad werden erreicht. Die Windweht im Süden und Südwesten nur schwach, sonst: frisch mit starker Böen aus meist westlichen Richtungen.

Bewertung: Bei der Wetterlage schlafen viele Menschen nicht so tief wie sonst. Die Folgen sind Müdigkeit und Abgeschlagenheit. Dadurch können Konzentrations- und Leistungsfähigkeit eingeschränkt sein. In einigen Fällen verlängert sich die Reaktionszeit.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: October 5, 2023

End of Document